Donnerstag, 6. März 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 55 - 10.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts.

exklusiv in der WELT:



Bei den Beamten wird gespart: Freigewordene Stellen werden nicht wieder besetzt. Die Aufgabenbelastung wurde *jedoch nicht reduziert.* Der „Beförderungsstau" bereitet den Staatsdienern zusätzlich Sorgen. Sparen bei den Beamten aber, so meint Alfred Krause, der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, sei Sparen am falschen Platz. Krause appelliert an Bonn, einem qualifizierten Nachwuchs wieder Anreize zu geben. Seite 8

POLITIK

Anzeige: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Austermann hat Anzeige gegen den Grünen-Abgeordneten Schily wegen „falscher Verdächtigung" Bundeskanzler Kohls und „übler Nachrede" erstattet. Er reagierte auf die von Schily in Gang gesetzten Ermittlungen der Koblenzer Staatsanwaltschaft gegen den Kanzler.

Streik? Verärgerte Kirchenmitarbeiter in Nordelbien diskutieren über Streik. Sie werfen dem Arbeitgeber Kirche in bestimmten tarifrechtlichen Fragen eine „starre" Haltung vor. Grund ist die Weigerung der nordelbischen Kirche, den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst zu übernehmen.

Tarife: Mit Forderungen, die insgesamt 6,5 Prozent mehr Gehalt ausmachen, will die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) in *die Tarifverhandlungen für die* 200 000 Angestellten im Versicherungswesen gehen.

Boykott: Die SPD im Bayerischen Landtag hat den angedrohten Boykott gegen Justizminister Lang nach den scharfen Auseinandersetzungen um die Rolle der Sozialdemokraten im Widerstand gegen die atomare Wiederaufbe*reitungsanlage in Wackersdorf* wahrgemacht. Noch bevor der Minister im Rechtsausschuß das Wort ergriff, verließ die SPD den Saal. (S. 4)

Lira: In Italien ist eine Währungsumstellung mit dem Ziel in Sicht, für 1000 Lire eine neue Lira einzuführen. Die Befürworter erhoffen sich von einer solchen Maßnahme vor allem eine positive psychologische Wirkung. Die Lira werde „gewichtiger". (S. 5)

Rücktritt: Der stellvertretende Direktor des amerikanischen Ge*heimdienstes CIA, John McMa*hon, ist überraschend „aus persönlichen Gründen" zurückgetreten. Präsident Reagan nahm den Rücktritt mit Bedauern an; Details über den Schritt wurden nicht bekannt. McMahon arbeitete seit 34 Jahren für den CIA.

Anklage: Generalbundesanwalt Rebmann hat Anklage gegen einen 62 Jahre alten „DDR"-Bewohner wegen des Verdachts der Agententätigkeit erhoben. Der *Mann, 1985 in Neckargmünd fest*genommen, soll bei Reisen in die Bundesrepublik Deutschland Personen und Objekte ausgespäht haben.

Falin: Der ehemalige sowjetische Botschafter in Bonn ist zum neuen Chef der Moskauer Nachrichtenagentur „Nowosti" ernannt worden. Zuletzt war Falin *als politischer Kommentator* bei der Regierungszeitung „Iswestija" tätig. Seine Berufung in das neue Amt wird als politischer Aufstieg gewertet.

WIRTSCHAFT

Vital: Der Maschinen- und Anlagenbau erwartet 1986 angesichts des Auftragsbestands und wachsender Inlandsnachfrage ein preisbereinigtes Produktionsplus von 6 Prozent, auch wenn das Auslandsgeschäft seit einigen Monaten nicht mehr so hochtourig wie zuvor läuft. Der Industriezweig zeigt sich „vital". (S. 13)

Börse: Gewinnmitnahmen und Tauschoperationen verhinderten die Ausbildung einer einheitlichen Tendenz an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 281,29 (278,79). BHF Rentenindex 106,641 (106,714). BHF Performance Index 102,647 (102,688). Dollarmittelkurs 2,2210 (2,2065) Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,50 (337,15) Dollar.

Aktienindex der WELT 31.12.1964=100
290 · 280 · 270 · 260
24. 25. 26. 27. 28. Februar 1986 · 3. 4. 5. 6. 7. März
DIE WELT

KULTUR

Spannung: Das Milwaukee Symphony Orchestra, erstmals auf Europa-Reise, bestach in Hamburg. Es empfahl sich durch die Kultur des Instrumentalklangs in allen Gruppen. (S. 27)

Marcia Haydée: Über die Kraft einer Tänzerin, älter zu werden – WELT-Gespräch mit Stuttgarts Ballettchefin, die das Erbe des 1973 gestorbenen John Cranko fortführt. (S. 27)

SPORT

Motorsport: *Drei Zuschauer ka*men ums Leben und 33 wurden verletzt, als der portugiesische Ford-Fahrer Joaquim Santos bei der Rallye Portugal ins Publikum geschleudert wurde. (S. 24)

Fußball: Der Bundesligaklub VfB Stuttgart hat seinen jugoslawischen Trainer Otto Baric von sofort an beurlaubt. Der bis 1987 datierte Vertrag mit Baric wird bereits zum 31. Mai gelöst. (S. 24)

AUS ALLER WELT

Hüte: Eine schwarz-weiße Filzkappe mit Lackpaspel oder eine Tscherkesse aus geflochtenem dreifarbigen Jersey mit angearbeitetem Schalteil – die neue Hutmode (Foto) bietet vielfache Variationen für vielfältigen Geschmack.



Ströme: Ein gigantisches Moskauer Projekt zur Umleitung von sibirischen Flüssen, um Steppen zu bewässern, ist zu den Akten gelegt. Die Väter des Plans hatten gehofft, mit den nach ihrer Ansicht nutzlos in Richtung Nordsibirien fließenden Wassermassen mittelasiatische Trockenzonen bewässern zu können. (S. 28)

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Der Bund bringt Bewegung in die starre Medienpolitik

Schnelle Belegung von Satelliten-Kanälen / Schritte der Länder gegen die ARD?

GERNOT FACIUS, **Bonn**

Eine nach monatelanger Prüfung gefällte Entscheidung der Bundesregierung *soll endlich Bewegung in die* Medienpolitik bringen und den Veranstaltern von privatem Hörfunk und Fernsehen Planungssicherheit geben. Das Kabinett beauftragte gestern die Bundespost, die Kanäle des Fernseh-Satelliten TV-Sat – er soll von Herbst an betriebsbereit sein – auch dann zu vergeben, wenn unter den Ländern keine Einigung zu erreichen ist. Das bedeutet: Bonn möchte nicht länger *auf einen Staatsvertrag warten. Es ist* bereit, auch eine Mehrheitsentscheidung der Ministerpräsidenten zu akzeptieren.

Staatssekretär Professor Waldemar Schreckenberger vom Kanzleramt begründete den Kabinettsvorstoß in einem WELT-Gespräch mit der „wertvollen Zeit", die aufgrund der Uneinigkeit der Ministerpräsidenten verstrichen sei. Schreckenberger: „Wir wollen bewußt ein Zeichen setzen. Unsere Prüfungen haben ergeben, daß diese Initiative mit dem Bundesstaatsprinzip vereinbar ist." Der *Abschluß* eines Staatsvertrags war bislang an der Weigerung des rot-grün regierten Landes Hessen gescheitert, das Hindernis „Fernseh*werbung in Hessen III*" aus dem Weg zu schaffen. Ein weiteres Warten hätte aber zur Folge, daß das TV-Sat-System gefährdet würde. Denn der Postminister könnte nicht rechtzeitig den Reserve-Satelliten bestellen. Ohne diese „Reserve" wäre das gesamte System eine Investitionsruine.

Bei der Kanalbelegung für TV-Programme über Breitbandkabel soll der Postminister nach einem konkreten *Plan verfahren: Die mit hoher techni*scher Reichweite ausgestatteten Kanäle werden vier öffentlich-rechtlichen Programmen zugeordnet; zwei Kanäle sollen mit bundesweiten über Satellit ausgestrahlten Programmen, sowie mindestens zwei weitere Kanäle mit „Programmen entsprechend den Prioritäten des jeweiligen Landes" belegt werden.

Von großer Bedeutung für die privaten Anbieter ist die Forderung, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Programme auch über neue terrestrische (erdgebundene) Frequenzen zu übertragen. Schreckenberger: „Ich bin ziemlich sicher, daß hier noch einige Frequenzen zu finden sind, die den Privaten zur Verfügung gestellt werden können." Die Reichweiten privater Programme seien entscheidend für die „wirtschaftliche Tragfähigkeit, sonst wird mit erheblichen Brüchen zu rechnen sein".

Am selben Tag spitzte sich die Auseinandersetzung um das von der ARD geplante Satelliten-Programm „Eins Plus" zu. Schreckenberger sprach von einem „unverständlichen Drängen der ARD auf neue Programme". So, *wie es sich die expandieren*den öffentlich-rechtlichen Sender vorstellten, „kann eine Medienordnung nicht aussehen". Das Land Baden-Württemberg erwägt rechtliche Schritte gegen „Eins Plus", das ohne staatsvertragliche Regelung vom 29. März ausgestrahlt werden soll. Und der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, lehnte eine Einspeisung des Programms in die bayerischen Kabelnetze *ab.* Argument: Das entsprechende bayerische Gesetz erlaube eine solche Einspeisung nur dann, wenn andere Anbieter nicht verdrängt würden.

CSU interveniert bei Teilprivatisierung

Sicherheitspolitische Bedenken / Stoltenberg hält an Terminplan für Verkäufe fest

HEINZ HECK, **Bonn**

Finanzminister Stoltenberg ist darüber verärgert, daß die Entscheidung über die Teilprivatisierung von drei Bundesunternehmen auf bayerischen Druck kurzfristig von der Tagesordnung der gestrigen Kabinettssitzung abgesetzt worden ist. Nach Agenturberichten hatte ein Regierungssprecher die Absetzung gestern morgen noch mit der Abwesenheit des Wirtschaftsministers begründet. Martin Bangemann hält sich derzeit, wie seit längerem geplant, in Mexiko auf.

Ungeachtet der erst Ende Februar in einem Koalitionsgespräch erzielten Vereinbarung über die Teilprivatisierung der VIAG, Prakla-Seismos und der Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) hat der Chef der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber (CSU), *seinen Parteifreund Bundes*innenminister Friedrich Zimmermann veranlaßt, die Absetzung dieses Punktes von der noch am Montag routinemäßig in der Staatssekretärsrunde bestätigten Tagesordnung zu beantragen.

In Bayern gibt es, wie der Sprecher des Bundesfinanzministeriums, Karlheinz von den Driesch, auf der gestrigen Pressekonferenz zumindest indirekt bestätigte, Bedenken gegen den Verkauf von Aktien der IVG. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur *liegen sie vor allem* im sicherheitspolitischen Bereich. Die IVG hat in Ottobrunn eine Tochter, die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft, zu deren Unternehmensgegenstand auch strategische Aufgaben gehören. Die Bedenken sollen von der ebenfalls dort ansässigen Messerschmitt-Bölkow-Blohm kommen, an der der Freistaat Bayern direkt und indirekt maßgeblich beteiligt ist.

Das Koalitionsgespräch hatte, wie die WELT am 26. Februar berichtete, allerdings Einigkeit darüber gebracht, *daß im Juni 40 Prozent des* Grundkapitals (580 Millionen Mark) der VIAG, 47 Prozent des auf 60 Millionen Mark erhöhten Grundkapitals der Prakla-Seismos und im September 45 Prozent des auf 110 Millionen Mark zu erhöhenden Grundkapitals der IVG – breit gestreut – veräußert werden sollten.

Dem Vernehmen nach beruft sich die CSU bei ihrer Intervention darauf, daß dieser Punkt nach dem Protokoll beim Koalitionsgespräch lediglich zur Kenntnis genommen worden sei. Von einem Beschluß könne keine Rede sein. Auf Zimmermanns Intervention soll der für Außenpolitik zuständige Leiter im Kanzleramt, Horst Teltschik, in Vertretung des abwesenden Kanzleramtschefs, Wolfgang Schäuble, *den Punkt von der Tages*ordnung abgesetzt haben. Bei der Pressekonferenz gestern sagte Regierungssprecher Friedhelm Ost lediglich, der Chef des Kanzleramtes habe den Punkt gestrichen, da hierzu noch ein „Prüfungswunsch" bestanden habe. Auch sei kein Termindruck zu erwarten, so daß die Frage in der kommenden Woche behandelt werden könne. Von den Driesch versicherte, daß Stoltenberg am Terminplan für die Veräußerung festhalten wolle.

Marcos wird für USA zum Problem

Washington lehnt Diplomatenstatus für den früheren Präsidenten der Philippinen ab

FRITZ WIRTH, **Washington**

Eine Woche nach seiner Flucht von den Philippinen hat sich die Szene für den ehemaligen Präsidenten Marcos verändert, nicht aber das Gefühl, sich weiterhin in einer Art Belagerungszustand zu befinden. Er lebt mit seinem Anhang von 87 Familienmitgliedern, Freunden, Rechtsanwälten und Ärzten weiterhin im Gästequartier auf dem amerikanischen Luftwaffenstützpunkt auf Hawaii, hat sich *bisher nur einmal* kurz der Öffentlichkeit gezeigt und scheint noch keine konkreten Zukunftspläne zu haben.

„Er wirkt auf mich wie ein verstörter Tourist", erklärte Senator Paul Laxalt, der am Montag dreimal mit ihm telefonierte. Laxalt hatte eine wichtige Rolle beim diplomatischen Manöver der amerikanischen Regierung gespielt, Marcos gewaltlos aus seinem Amt und dem Land zu entfernen.

Marcos hatte bisher bei allen seinen Aktionen seit der Flucht aus Manila *zwei Prioritäten: seinen beträcht*lichen Reichtum sicherzustellen, den er in seinen 20 Jahren als Präsident angesammelt hat, obwohl er offiziell als Präsident nur ein Jahreseinkommen von umgerechnet 5000 Dollar *hatte, und einen rechtlichen Status zu* finden, der ihn von künftigen Rechtsproblemen befreit.

Er hat deshalb die amerikanische Regierung aufgefordert, ihm und seinen Familienmitgliedern diplomatischen Status zu geben. Die Reagan-*Administration hat dies abgelehnt.* Marcos hat ferner die amerikanischen Behörden um persönlichen Schutz auf unbegrenzte Zeit gebeten. Ihm wurde jedoch bedeutet, daß er in absehbarer Zeit sich selbst Leibwächter zu beschaffen und zu bezahlen habe.

Die Reagan-Administration befindet sich im Umgang mit Marcos in einem Dilemma. Sie steht einerseits im Wort bei Marcos, ihm einen „Ab*gang in Würde" von den Philippinen* zu verschaffen und sich erkenntlich zu zeigen für Marcos' Bereitschaft, gewaltlos sein Amt zu verlassen. *Andererseits jedoch ist Washington um* ein gutes Verhältnis zur neuen Regierung auf den Philippinen bemüht.

Im Zentrum der Probleme um Marcos steht sein persönlicher und rechtlich fragwürdiger Besitz, dessen genaue Dimensionen zur Stunde niemand kennt. Die zum Teil wilden Schätzungen liegen zwischen zwei *und zehn Milliarden Dollar. Einen* beträchtlichen Teil davon soll Marcos in Immobilientransaktionen, unter anderem in New York, angelegt haben.

Zur Stunde ist Marcos nahezu ohne Bargeld. Nach bisher unbestätigten Berichten brachte er in seinem Fluggepäck nach *Hawaii 22 Kisten* mit Schmuck, 26 Millionen neugedruckte Pesos (rund 1,2 Millionen Dollar) und einige Kunstgegenstände mit. Die Kisten befinden sich jedoch noch in Händen des amerikanischen Zolls, der prüft, wie weit der Import dieser Güter mit den amerikanischen Zollbestimmungen zu vereinbaren ist. Die philippinische Regierung hat Washington aufgefordert, diese Kisten *vorerst zu beschlagnahmen.*

Gute Auftragslage in der Bauindustrie

Go. **Bonn**

Die deutsche Bauindustrie hat nach Ansicht ihres Verbandspräsidenten Günther Herion die Talsohle bereits durchschritten. In einem WELT-Gespräch sagte Herion, der in diesem Jahr „relativ hohe Auftragseingang im Wirtschaftsbau und die steigende Tendenz des Auftragseinganges im öffentlichen Bau" ließen eine Produktionssteigerung in beiden Bereichen erwarten, die nach allen Abzügen bei insgesamt drei Prozent liegen werde. Er glaubt auch, daß sich in diesem Jahr erstmals wieder Kostendeckung erzielen lasse.

Für das laufende Jahr empfiehlt Herion eine mäßige Tariflohnerhöhung. Drei Prozent wären angesichts des zusätzlichen Kostenschubs für die Bauwirtschaft von zwei Prozent der Lohnsumme aus der Vorruhestandsregelung schon zu viel, aber eine Null-Runde wolle die Industrie auch nicht.

Seite 15: Investitionen

Erste Urteile zum Protest gegen 116

DW. **Bonn**

Sechs Arbeitsgerichte haben nach Angaben des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall bereits gegen die von den Gewerkschaften für heute geplanten Proteste zum Paragraphen 116 des AFG während der Arbeitszeit entschieden. Dabei handelt es sich um die Arbeitsgerichte in Detmold, Bonn, Kiel, Arnsberg, Bochholt und München.

Der DGB hatte die rund sieben Millionen Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert, am 6. März, dem dritten Jahrestag von Bundeskanzler Helmut Kohls Wahlsieg, von 13 Uhr an auf 150 Kundgebungen gegen die geplante Änderung des Streikrechts zu protestieren.

Die von Professor Kurt Biedenkopf (CDU) als Kompromiß im Konflikt um die Änderung des Paragraphen 116 vorgeschlagene Schiedsstelle ist inzwischen auch vom Präsidenten des Bundesozialgerichts, Heinrich *Reiter, abgelehnt worden.*

Botha hofft auf friedliche Lösung

-ni, **Johannesburg**

Südafrikas Präsident Pieter Willem Botha hat die für heute angekündigte Aufhebung des Ausnahmezustandes damit begründet, daß sich die Situation im dem Land weitestgehend beruhigt hat. „Ich unternehme diesen *Schritt in der Hoffnung, daß alle Süd*afrikaner ihre Probleme friedlich lösen und gegenseitiges Verständnis zeigen werden", erklärte Botha.

Sowohl die United Democratic Front (UDF) als auch die rein schwarze AZAPO wiesen Bothas Ankündigung zurück. Die UDF forderte weiterhin die bedingungslose Entlassung des ANC-Führers Nelson Mandela, *die Legalisierung des in Südafrika* verbotenen ANC sowie die sofortige Aufhebung der Apartheid, „um ein positives Klima für Verhandlungen herzustellen."

Der Ausnahmezustand war am 20. Juli vergangenen Jahres von Präsident Botha verhängt worden.

DER KOMMENTAR

Hinausgetrieben

ENNO v. LOEWENSTERN

Professor Martin Krieles Aus*trittserklärung ist ein erschüt*terndes Dokument. Wenn man in der SPD wegen „unsozialdemokratischer Haltung" mit einem Prozeß überzogen werden kann, weil man zu Distanz und Würde gegenüber kommunistischen Machthabern rät, weil man vor undifferenziertem Antiamerikanismus warnt (in einer Partei, die „primitiven Antikommunismus" *jederzeit kritisiert*), weil man ein Widerstandsrecht nur gegen die Diktatur und nicht gegen den demokratischen Rechtsstaat gelten läßt, dann stellt sich die SPD ein Zeugnis aus, das Freunde und Gegner gleichermaßen bewegen muß.

So beklagenswert es ist, daß Kriele diesen Kräften das Feld räumte – man kann verstehen, daß ein Wissenschaftler etwas anderes zu tun hat, als sich gegen einen nach gegnerischem Belie*ben anschwellenden Wust von* Einzelvorwürfen „auf einem derartigen moralischen und intellektuellen Tiefstand" zu verteidigen.

Kriele ist in einer seit den späten sechziger Jahren bewährten Grabenkämpfertechnik hinausge*trieben worden: Die einen haben* Zeit, und die anderen, die vernünftige Arbeit zu leisten haben, geben schließlich auf.

Wenn die Partei diesen Mann hätte halten wollen, der einst Willy Brandts Ostpolitik kämpferisch *begleitete*, dann hätte sie dieses üble Verfahren verhindern können. Aber Prozesse sind heute zum politischen Kampfmittel geworden. „Eine grundsätzliche Erneuerung des sozialdemokratischen Selbstverständnisses kann nur von den Parteimitgliedern ausgehen, die in führende Positionen gewählt sind" sagt Kriele. Eine traurige, aber leider zutreffen*de Beschreibung der Partei, die so* viel von Basis redet. „Öffentlich hielten sich meine Freunde überwiegend bedeckt – eine Notwen*digkeit, die ich angesichts des Zu*standes der Partei verstehe." Da läuft es einem kalt den Rücken herunter.

Kriele hat immerhin erreicht, daß die SPD ihr Nicaragua-Bild korrigierte. Er hofft, durch seinen Austritt „Signalwirkung in der Partei" zu erzielen. Leider sieht es nicht danach aus.

Kriele: Die SPD hat sich gewandelt

p. p. **Bonn**

Der Kölner *Staatsrechtler* Martin Kriele hat in seinem Parteiaustritts-Schreiben der SPD vorgeworfen, sich gewandelt zu haben. Er fühle sich „fremd unter Leuten, die für den Kampf gegen Diktaturen nur sind, wenn diese von den USA gestützt werden". Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel bekundete Kriele seinen Respekt für die Art, in der dieser seinen Austritt vollzogen habe, „auch wenn ich die Begründung nicht teile".

Seite 12: Konflikt unzumutbar

NATO-Soldaten von Lawine verschüttet

DW. **Oslo**

Bei den NATO-Manövern in Norwegen sind gestern 30 Soldaten von einer Lawine verschüttet worden. Dies meldete die norwegische Nach*richtenagentur NTB.* Der Unglücksort liege in der Nähe von nordnorwegischen Hafenstadt Narvik. Bergungsmannschaften seien unterwegs, teilte das NATO-Kommando Europa-Nord mit.

An dem Manöver ist die sogenannte NATO-Feuerwehr beteiligt. Zu ihr gehören auch umfangreiche Bundeswehr-Truppenteile.

Madrid wertet Büro der PLO auf

DW. **Madrid**

Die spanische Regierung wird das Büro der *Palästinensischen* Befreiungsfront in Madrid künftig als offizielle PLO-Vertretung anerkennen. Das gab Spaniens Außenminister Fernandez Ordonez gestern in Madrid bekannt. Welchen diplomatischen Rang die 1977 auf Grund eines mündlichen Abkommens eröffnete PLO-Vertretung haben soll, teilte er nicht mit. Spanien werde auch künftig das Recht des palästinensischen Volkes *auf Selbstbestimmung unterstützen.*

Phantombild von Palmes Mörder

W.K. **Stockholm**

Das Bundeskriminalamt (BKA) *hilft der Polizei in Stockholm bei der* Anfertigung eines Phantombildes von dem Mörder des schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme. Ein BKA-Sprecher sagte, Experten würden mit einem Gerät nach Schweden geschickt, mit dem man fotoähnliche Fahndungsbilder herstellen kann. Als Grundlage für das Phantombild dient die Zeichnung einer 23jährigen Porträtmalerin, die Palmes Mörder kurz *nach der Tat gesehen hatte.*

Manila läßt Kommunisten frei

DW. **Manila**

Die neue philippinische Regierung unter Präsidentin Corazon Aquino hat gestern die Freilassung von vier führenden Kommunisten angeordnet, die bislang von der Amnestie ausgeschlossen wurden. Damit setzte sich Frau Aquino über den Einspruch des Militärs in Manila hinweg. Zu den freigelassenen Häftlingen, die über zehn Jahre im Gefängnis waren, gehört unter anderem der Führer der Untergrundorganisation „Neue Volksarmee".

WELT-Serie Kuba im Wandel

DW. **Bonn**

Auch nach den Anfang der 80er Jahre eingeleiteten Reformen leidet Kuba weiter unter chronischen Versorgungsproblemen. Mit amerikanischen Dollars läßt sich fast alles besorgen. Das System Fidel Castros schuf eine Untergrundwirtschaft, in der Tauschhandel und Schiebereien florieren.

Im zweiten Teil seiner Serie beschreibt WELT-Korrespondent Werner Thomas das Labyrinth der kubanischen Doppelwirtschaft (Seite 5).

Lafontaine strebt Fusion von Arbed und Dillinger Hütte an

Saarbrücken hofft bei Entschuldung auf neues Angebot aus Bonn

U.R. **Bonn**

Die saarländische Landesregierung hofft, daß die Bundesregierung bis zum 20. März ein neues Angebot zur Entschuldung von Arbed Saarstahl unterbreitet. Ministerpräsident Oskar Lafontaine hat in der jüngsten *Kabinettssitzung deutlich gemacht,* daß das bisherige Angebot aus Bonn – Übernahme des Bundesanteils an der Entschuldung in Höhe von zwei Dritteln des Gesamtbetrages von 705 Millionen Mark – nicht ausreichend sei.

Den Befürchtungen der Bundesregierung, die Ziehung der Option von Arbed auf die Saarländische Investitions- und Kreditbank (SIKB) käme einer Verstaatlichung des Montanunternehmens gleich, begegnet man in Saarbrücken jetzt mit der Erklärung, eine Fusion der Dillinger Hütte mit Arbed zu den „Vereinigten saarländischen Stahlwerken" als „Kern einer industriellen Lösung" anzustreben. Bislang war nur davon die Rede, die Dillinger Hütte, die in französischem Mehrheitsbesitz ist, sollte bei Arbed *das Management im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages, nicht* aber als kapitalhaftender Eigentümer übernehmen. Mit dieser neuen Marschrichtung will die Landesregierung erreichen, daß Bonn in der Entschuldungsfrage mehr Entgegenkommen zeigt.

Offen bleibt noch die Frage der saarländischen Mitwirkungsrechte bei Arbed. Die Saarländer streben Mitentscheidungsrechte bei der neuen Gesellschaft an. Dabei denkt man beispielsweise an eine Sperr-Minorität für einen der saarländischen *Eigner, etwa die SIKB.* Dies jedoch dürfte neue Vorbehalte der Bundesregierung wecken.

Die Drohung des saarländischen Wirtschaftsministers Hajo Hoffmann (SPD), die Landesregierung werde von März an keine Beihilfen mehr an Arbed *zahlen, falls sich eine Lösung* in der Sanierungsfrage nicht bis Ende Februar abzeichnen sollte, ist gegenwärtig der Boden entzogen. Wegen der guten Ertragslage benötigt Arbed, wie verlautet, momentan keine Beihilfen. „Die können aber schnell wie*der vor der Tür stehen", hieß* es.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Milliarden-Spiel

Von Hans Dachs

Das Milliarden-Spiel oder Wie bringe ich Politiker – nicht unbedingt gegen ihren Willen – in Zugzwang: Nach diesem Motto läuft in diesen Tagen in Bonn ein Lehrstück ab.

Im ersten Akt wird Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle vor der Fernsehkamera mehr hypothetisch gefragt, wie den Bauern unter die Arme gegriffen werden müßte, wenn die Brüsseler Preisverhandlungen nicht so wie gewünscht laufen sollten. Die allerhöchste Summe im allerschlimmsten Fall, antwortet Kiechle wörtlich, könnte bis zu einer Milliarde gehen. Allerdings werde mit sehr viel weniger gerechnet, mit einer Größenordnung ab hundert Millionen.

Im zweiten Akt nimmt Kiechle an einer Sitzung des Bauernverbandes teil, wobei er durch protestierende Bauern spießrutenlaufen muß. Nachdem er die Sitzung verlassen hat, wird vom Verband verbreitet, er habe keine konkrete Hilfe zugesagt. Stunden später wird die Milliarde, als angeblich doch von Kiechle stammend, vom Verband nachgeschoben.

Im dritten Akt wird die Milliarde bereits verteilt. Spannung bringt die Rückblende. Denn eben jene Summe stammt ursprünglich aus dem Bauernverband. Der Finanzminister sollte sie, so die damalige Forderung, freiwillig nach Brüssel überweisen, damit die Maßnahmen gegen die Überproduktion nicht zu hart ausfallen müßten. Jetzt fordert der Verband nationale Hilfen.

Leichte Verwirrung im vierten Akt. Es wird jemand gesucht, der gegen die Milliarde wetten möchte – es findet sich keiner. Im Hintergrund herrscht Stimmengewirr. Ob das alles sinnvoll sei, möchte einer wissen, da doch einerseits die Bauern, die in benachteiligten Gebieten weiter produzieren, höhere Ausgleichsbeträge erhalten sollen, anderseits aber jetzt auch mit einer Prämie für ausscheidende Landwirte geliebäugelt werde. Die Bauern sollen mehr Getreide verfüttern, sagt jemand. Dann bekommen sie aber nicht die Mehrwertsteuervergütung, die verlängert werden soll, wirft ein anderer ein.

Der fünfte Akt bringt ein für die Bonner Staatsschauspiele keineswegs überraschendes Ende: Es wird bereits für das nächste Jahr eine Neuaufführung angekündigt.

Bekenntnis im Norden

Von Georg Bauer

Was der Landesgeschäftsführer der SPD Schleswig-Holsteins, Klaus Rave, mitteilte – der SPD-Oppositionsführer im Kieler Landtag, Björn Engholm, werde sich bei Einzug der Grünen in den nächsten Landtag im Herbst 1987 mit deren Stimmen zum Ministerpräsidenten des nördlichsten Bundeslandes wählen lassen –, hat einige nebelhafte Äußerungen geklärt, die zunächst für Dementis gehalten werden konnten.

Man strebe die Alleinregierung an, hatte Engholm wissen lassen. Dann schränkte er allerdings ein, er werde die Grünen, sollten sie denn die Fünfprozenthürde nehmen, behandeln wie jede andere Partei. Allerdings sei er nach den Erfahrungen mit der FDP an einer Koalition nicht interessiert.

Ein definitives Nein also war das nicht; dafür hat Rave nun ein definitives Ja ausgesprochen. Die Wähler in Schleswig-Holstein wissen damit, woran sie sind. Das Zusammenrücken von SPD und Grünen im Norden wird zudem durch mehrere Umstände erleichtert. Der tiefe Zwiespalt, der etwa in Hessen „Realisten“ von „Fundamentalisten“ trennt, ist in Schleswig-Holstein unbekannt. So konnte denn auch der Grünen-Sprecher Heino Schomaker mitteilen, daß seine Partei durchaus zum Zusammenwirken zur Verfügung stehe.

Mit einigen Forderungen der Grünen dürfte die SPD einverstanden sein. Der Mülltransport zur „DDR“-Sondermülldeponie Schönberg nahe Lübeck mißfällt auch ihnen. Und die Atomkraftwerke Krümmel und Brockdorf, die auf Wunsch der Grünen innerhalb einer Legislaturperiode abgeschaltet werden und als Industrieruinen abschreckende Beispiele einer verfehlten Energiepolitik sein sollen, sind auch vielen Sozialdemokraten unsympathisch.

Zwist könnte es allerdings bei der dritten Forderung geben, dem Ausstieg aus dem Fernstraßenbau. Die Wirtschaft des strukturschwachen Landes, das sich gern als Brücke zwischen Skandinavien und Mitteleuropa sieht, ist auf Straßen angewiesen. Die Häfen müssen versorgt werden. Aber was immer aus dieser Brücke werden mag – die Brücke zwischen SPD und Grünen ist auch in Schleswig-Holstein geschlagen. Man ist auf Niedersachsen gespannt.

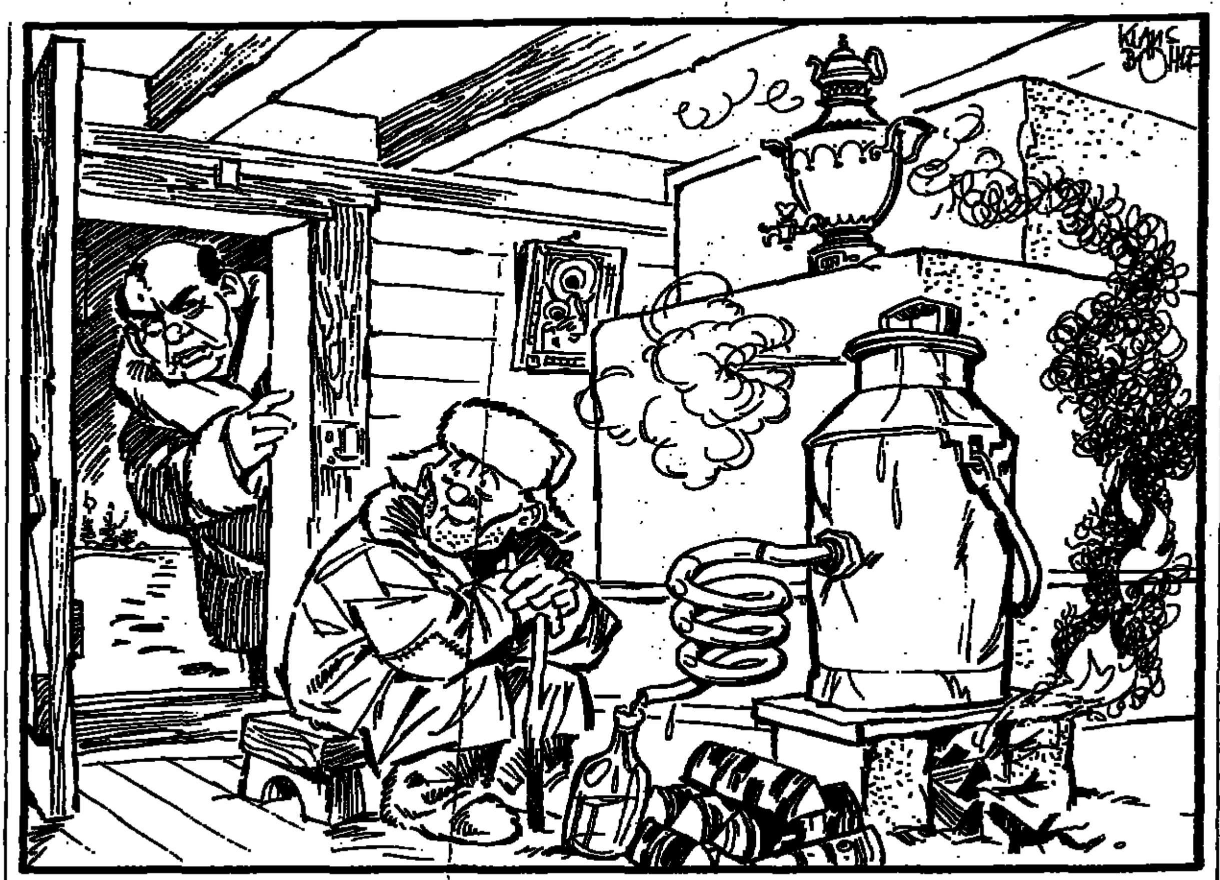
Waldheim unter Feuer

Von Carl Gustaf Ströhm

Daß der langjährige UN-Generalsekretär Kurt Waldheim ein Nationalsozialist gewesen sei und sich sogar als Stabsfigur in der Nähe von NS-Kriegsverbrechen bewegt habe, ist eine der übelstriechenden Blüten, die ein österreichischer Präsidentschaftswahlkampf je hervorbrachte. Geht man davon aus, daß die plötzlich explodierende Enthüllungskampagne gegen Waldheim – der bisher in Österreich als Typus des angesehenen, welterfahrenen Diplomaten galt – von interessierter Seite ausgelöst wurde, dann kann man nur einen Schluß ziehen: Waldheim muß erledigt werden, weil er als erster bürgerlicher Kandidat seit 1945 eine reelle Chance hat, am 4. Mai die Volkswahl zum Bundespräsidenten zu gewinnen und damit ein Amt zu erobern, das bisher stets SPÖ-Mitgliedern oder von der SPÖ aufgestellten parteilosen Kandidaten vorbehalten war. Fürchtet jemand, ein siegreicher Waldheim werde an der Donau eine Wende von der sozialistischen Regierungszeit einläuten?

Die bisher bekanntgewordenen Vorwürfe sind absurd. Selbst wenn der damals 19jährige Pferdesportler Waldheim 1938 Mitglied der Reiter-SA war – was er bestreitet –, so galt diese Gliederung im ganzen Reich als Refugium von bürgerlich denkenden Menschen, die hier von anderen, brutaleren Nazi-Organisationen verschont zu werden hofften. Auch daß der Oberleutnant Waldheim während des Krieges in Wehrmachtsstäben tätig war, die gegen Partisanen kämpften, ist kein ernsthaftes Argument gegen ihn. Es gab von Walter Scheel bis Helmut Schmidt, von Franz Josef Strauß bis Richard von Weizsäcker eine ganze Reihe damaliger Oberleutnants und Hauptleute der Wehrmacht, die (zum Teil mit hohen Tapferkeitsauszeichnungen versehen) inzwischen zu höchsten Ämtern in der Demokratie aufgestiegen sind.

Will man alle die jungen Offiziere von damals pauschal als Gehilfen von Kriegsverbrechern brandmarken? Und was wird erst geschehen, wenn eines Tages die Waldheim-Generation gestorben ist? Wird dann die Kampagne gegen jene fortgesetzt, die als Flakhelfer oder gar als Pimpfe das Kriegsende 1945 in kurzen Hosen erlebten?



„Ich destilliere nur die Lehren der Partei, Genosse Generalsekretär!“ KLAUS BÖHLE

SPD und Ingenieure

Von Ulrich Lohmar

Die SPD ist wieder einmal dabei, zu entdecken, daß die gleichmäßige Verteilung von Dummheit noch keinen gesellschaftlichen Fortschritt verbürgt. So beschloß sie, sich vor allem um Techniker und Ingenieure zu kümmern, also um die neue technische Intelligenz. Auf einem Kongreß in Düsseldorf machte sie deutlich, worum es ihr dabei geht.

Willy Brandt meinte, seine Partei habe sich bisher um die Gruppen der technischen Intelligenz zu wenig gekümmert, gleichwohl sei dort aber ein lebhaftes Interesse für die Sozialdemokratie zu bemerken. Er vergaß dabei, daß die SPD unter Waldemar von Knoeringen bereits in den fünfziger Jahren einen groß angelegten Versuch unternommen hatte, sich der wissenschaftlichen Zivilisation zu öffnen, deren Kernstück nun einmal die Berufe der technischen Intelligenz sind.

Damals blieb es bei einem kurzlebigen Appell für die friedliche Nutzung der Kernenergie und für ein größeres Gewicht naturwissenschaftlicher und technischer Ausbildung an unseren Schulen und Hochschulen. Waldemar von Knoeringen blieb ein einsamer Rufer in der Wüste und konnte sich mit seinen Ideen auch auf dem fruchtbaren Boden des Godesberger Programms nicht entfalten: Die Partei-Mehrheit schlurfte lieber durch die alten Furchen ihrer ideologischen Äcker, die sie seit hundert Jahren zu pflügen gewohnt war.

Der neue Aufbruch hat natürlich einen wahlpolitischen Grund: Die Zahl der hier tätigen Menschen wächst von Jahr zu Jahr. So wie die FDP sich bei den leitenden Angestellten eine neue Klientel von Wahlwerbern zu sichern versucht, geht es der SPD um das gleiche Ziel bei den Berufen der technischen Intelligenz. Wie unsicher sie sich dabei bewegt, zeigte allein die Tatsache, daß sie als den wesentlichen Sprecher der Industrie ausgerechnet einen Repräsentanten der IBM einlud, während die gesamte elektronische Industrie Europas in einem Überlebenskampf gegen den Weltgiganten IBM steht. So etwas passiert einem halt, wenn man nicht weiß, in welchem Gelände man sich bewegt.

Viel gravierender ist jedoch, daß die Sozialdemokraten offensichtlich nicht verstanden haben, worum es den jungen und jüngeren Technikern oder Ingenieuren bei ihrem wachen politischen Interesse geht. Die meisten von ihnen suchen keine politische Gefolgschaft und Bevormundung in einer Großpartei oder Gewerkschaft, sondern Informationen und Hilfe für ein eigenes politisches Urteil. Sie haben gelernt, naturwissenschaftlich und technisch zu denken; was ihnen fehlt, ist die Einordnung ihrer beruflichen Bezüge in unsere moderne Gesellschaft.

Antworten auf diese Frage können ihnen plakative Angebote wie die der „Versöhnungsgesellschaft“ nicht geben. Das Vertrauen zu Großorganisationen ist vor allem bei der technischen Intelligenz erheblich zurückgegangen, mehr noch als bei den übrigen Arbeitnehmern. So hat die SPD auf ihrem Kongreß ein hölzernes Eisen zu schmieden versucht, als sie ausgerechnet Oskar Lafontaine und Franz Steinkühler mit deren sattsam bekannten Bekenntnisangeboten in die Diskussion schickte. Um handlich verpackte Fertigfabrikate aus der ideologischen Parteiproduktion geht es gerade den Technikern und Ingenieuren nicht.

So muß man leider vermuten, daß es um einen taktischen Schachzug geht, jedenfalls einstweilen. Mit Phrasen wie der Bemerkung Willy Brandts gegen die „Modernisierungseuphorie der Neokonservativen“ ist es nicht getan, zumal da der SPD-Vorsitzende vergaß, daß er noch 1972 mit dem Slogan „Wir wollen das moderne Deutschland“ sich eben dieser Sprache bediente. Seit die Diskussion um das Godesberger Programm in der Sozialdemokratie wieder in Gang gekommen ist, lösen die Meinungsmoden in dieser Partei sich in schneller Folge ab.

Das begann vor Jahren mit einer leidenschaftlichen und zutiefst bürokratischen Diskussion um den sogenannten „Orientierungsrahmen“, den heute schon niemand mehr kennt; das ging weiter mit Erhard Epplers inbrünstigem Appell für einen „Wertkonservativismus“, von dem nur die Polemik gegen die sogenannten „Neokonservativen“ übriggeblieben ist; dann kam die fahrige Anlehnung an das Schlagwort von der Emanzipation vor allem der Frauen, wobei die Männerwelt der SPD die realen Preise dafür dennoch möglichst gering halten will; die letzte Folge dieser Modewelle war der Versuch, als Kernstück einer Gesellschaftsreform das Bündnis zwischen Ökologie und Ökonomie anzubieten.

Alle diese Moden hielten ein paar Monate oder höchstens zwei Jahre, bis sie von der nächsten Welle abgelöst wurden. Jetzt ist also die technische Intelligenz als das nächste Vehikel ausgeguckt worden, auf dem die SPD zur politischen Mehrheit zurückfinden möchte.

Es ist schade, daß eine so große und historisch geprägte Partei wie die SPD in eine solche Hektik der Grundsatz-Moden verfallen ist. Gerade das Thema „Wissenschaftliche Zivilisation“ hätte es verdient, sich damit endlich und ernsthafter zu beschäftigen, als das bisher der Fall war. In Wirklichkeit werden die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen unserer Zeit ja viel weitergehend von Naturwissenschaften und Technik bestimmt als von den Programmen der politischen Parteien. Das gilt übrigens nicht nur für die ideologischen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokraten. Der Fortschritt verläuft heute wie in einer Domino-Reihe in der Rangfolge Wissenschaft, Ökonomie, Gesellschaft, Politik, Ausbildung und Recht. Die Führungskraft unserer Parteien wird sich daran erweisen, ob sie der Politik dabei einen besseren Stellenwert zurückerobern kann.

GAST-KOMMENTAR



Professor Ulrich Lohmar, von 1957 bis 1972 SPD-MdB, lebt heute als freier Wissenschaftler in Bonn FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH M. Vazquez Raña

Weder rechts noch links

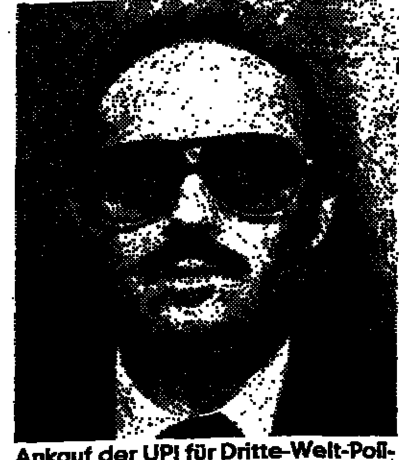
Von Günter Friedländer

Mexikos Wirtschaftsprobleme haben viele Mexikaner betroffen, die im Ausland eingegangene Verpflichtungen nicht mehr einhalten können. Tausende haben Wohnungen in den USA verloren, weil sie die monatlichen Mieten nicht mehr überweisen konnten. Bei ihrer Regierung fanden sie keine Sympathie. Mexikos Präsident fordert sie auf, als gute Patrioten ihre Ersparnisse lieber in Mexiko anzulegen.

Solche Probleme hat Mario Vazquez Raña (54) nicht, obwohl er einen Millionenvertrag unterschrieb, der ihn zum Herren der nordamerikanischen Presseagentur United Press International (UPI) macht, sobald das Konkursgericht zustimmt, bei dem die UPI Schutz vor ihren vielen Gläubigern suchte und dem Vazquez im März seine Sanierungspläne vorlegen muß. Der Mexikaner würde über Nacht zu einer der einflußreichsten Persönlichkeiten in der nordamerikanischen Medienwelt werden: Mehr als zwölftausend Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen in mehr als hundert Ländern benutzen die Dienste der UPI.

Vazquez begleitete seinen Feldzug, die UPI zu kontrollieren, mit so nichtssagenden Erklärungen wie der, daß er politisch „weder rechts noch links“ stehe oder daß er „ein Feind der Apartheid in Südafrika“ sei. Mit achtzehn Jahren hatte er die Möbelfabrik seines Vaters übernommen; im Lauf von sechundzwanzig Jahren brachte er sie an die Spitze der mexikanischen Möbelindustrie. 1976 verkaufte er sie, um einen Verlag zu erwerben, für den er in wenigen Jahren vierunddreißig mexikanische Zeitungen kaufte. Sie waren aus privater Hand in den Besitz der mexikanischen Regierung übergegangen, die sie dann für acht Millionen Dollar an Vazquez abtrat.

„Accuracy In Media“ (AIM), eine nordamerikanische Organisation, die Vorgänge in der Medienwelt analysiert, hat mitgeteilt, daß die mexikanische Regierung für diese vierunddreißig Zeitungen sehr viel mehr bezahlt habe. Die Transaktion war möglich – so AIM –, weil Luis Echeverria,



Ankauf der UPI für Dritte-Welt-Politik? Vazquez Raña FOTO: DPA

Mexikos Präsident von 1970 bis 1976, ein stiller Teilhaber des von Vazquez aufgebauten Zeitungskonzerns gewesen sei. Echeverria, ein militanter Vertreter einer Dritte-Welt-Politik und Vorkämpfer einer von ihr kontrollierten neuen Medienordnung, die die Unesco vergeblich dem Westen aufzuzwingen suchte, habe so seinen politischen Einfluß über seine Präsidentschaft hinaus sichern wollen.

Bei Vazquez' Unternehmen sollen Journalisten Zuflucht gefunden haben, die nach dem Sturz Allendes Chile verließen. AIM fürchtet, daß linksextreme Kreise Süd- und Mittelamerikas durch den Kauf der UPI großen Einfluß auf die Meinungsbildung nicht nur in den USA nehmen könnten, und verlangt eine Untersuchung des Kaufvertrags mit Vazquez.

Das nordamerikanische „Financial News Network“ (FNN) teilt mit, es habe der UPI einen günstigeren Übernahmevorschlag als Vazquez unterbreitet, der mit Zahlungsversprechen an die Gewerkschaft der UPI-Journalisten deren Gunst erhalten habe. FNN hat einen Prozeß begonnen mit dem Argument, daß „Schiebungen“ (racketeering) und „eine Verschwörung gegen den freien Handel“ den Kaufvertrag zugunsten von Vazquez beeinflußt hätten. Von diesem Prozeß kann abhängen, ob Vazquez zum Herrn der UPI wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

Sie schreibt zum Streit um den Paragraphen 116:

Ministerpräsident Ernst Albrecht drängt, den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes noch vor Ostern zu verabschieden – oder (so muß man wohl still hinzufügen) gar nicht mehr. Albrecht steht vor Landtagswahlen, und ihn packt die Furcht, das Trommelfeuer der Gewerkschaften könne Niedersachsens Marktplätze und Versammlungssäle beleben. Deshalb sein Verlangen nach mehr Tempo im Gesetzgebungsverfahren. Die ebenfalls dahinterstehende Spekulation auf das kurze Gedächtnis der Wähler könnte sich hier aber als verfehlt erweisen.

Nordwest-Zeitung

Das Oldenburger Blatt geht auf die bäuerlichen Wähler ein:

Falls die niedersächsischen Bauern sich am 15. Juni ebenfalls zu einer Wahlabstinenz entschließen sollten, könnten die denkbaren Konsequenzen allerdings gravierender sein als in Kiel und in Düsseldorf. Das ist wohl auch die Hoffnung der wahlkämpfenden CDU, die die Landwirte fragen wird, ob sie wirklich eine Wende in Hannover wollen. Weil aber die Antwort erst am Wahltag mit dem Stimmzettel erfolgen wird, dürfte es bei den Christdemokraten mit der Ruhe, die sie noch am 22. Februar auf ihrem Landesparteitag in Hannover an den Tag legten, vorbei sein. Die Bauern werden allerdings ihre Ruhe erst wiedergewinnen, wenn sie kurzfristig eine Änderung erkennen, mittelfristig eine Besserung erfahren und langfristig ihre Zukunftsgarantie auf ihren Höfen erhalten.

Frankfurter Allgemeine

Sie meint zu Raus Träumen:

Gesetzt den Fall, der Kanzlerkandidat Rau hätte Alpträume, dann träumte er in diesen Tagen so: Nach dem schleswig-holsteinischen Kommunalerfolg ein Sieg der SPD in Niedersachsen am 15. Juni mit Schröder. Wende der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zugunsten der SPD-Regierungen. Am 12. Oktober Landtagswahl in Bayern? Wenn schon kein Sieg, dann doch eine sichtbare Minderung des „Süd-Defizits“ der SPD. Am 9. November in Hamburg: Bestätigung der absoluten Mehrheit Dohnanyis. Im Januar 1987: ein Erdrutsch stößt den anderen an. In der Bundesrepublik kehren schwedische Verhältnisse ein, wie sie Barzel einmal befürchtet hat. Die CDU/CSU-FDP-Regierung war nur ein Zwischenspiel; das sozialdemokratische Zeitalter dauert mindestens bis zur Jahrtausendwende: „Und ich bin Bundeskanzler.“ Dies wäre tatsächlich nicht nur eine Hoffnung, sondern auch ein Alptraum für Rau. Denn ungeachtet der geistigen Erstarrung der CDU und der Überlebenskrämpfe der FDP – die SPD ist noch nicht an der Reihe. Nicht nur Wehner weiß das.

Und fünfzig Prozent der Arbeitsplätze für die Frauen

Grünen-Programm mit radikalem Zusatzvotum / Von Hans-Jürgen Mahnke

Die Grünen sind schon Meister der Verbal-Akrobatik. In ihrem jetzt vorgelegten Entwurf für einen „Umbau des Industriesystems“, ein „Programm zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung“, versuchen sie nicht nur in der Überschrift bereits mehr Felder zu besetzen als die SPD mit ihrem Konzept für Arbeit und Umwelt. Sie grenzen sich in dem 96-Seiten-Papier auch von den traditionellen Parteien ab. Und zwar stets nach dem Motto: Die Regierung redet nur, und wenn es darauf ankommt, dann macht die SPD auch nichts anderes.

Allerdings geben sich die Grünen nicht mehr so radikal. Wer das bedauert, dem wird gleich noch ein Minderheitenvotum mitgeliefert. Immerhin soll das Papier ja noch auf einem Parteitag verabschiedet werden. Es stehen eben Wahlen vor der Tür. Und die Grünen legen sogar eine Finanzierungsrechnung bei. Nur: Nachvollziehbar ist sie nicht, auch wenn sie aufzugehen scheint. Denn wie die Posten errechnet wurden, das wird nicht erläutert.

Die Grünen nehmen auch Abschied von Worten. Der Ausstieg aus der Industriegesellschaft, ein Reibepunkt gerade mit den Gewerkschaften, wird nicht proklamiert. Er sei nicht notwendig, heißt es jetzt. Notwendig sei dafür „der Umbau des Industriesystems“, der sich an vier zentralen Punkten orientieren soll: Umweltzerstörung, Massenerwerbslosigkeit, geschlechtsspezifische Benachteiligung und neue Armut.

Dieses erfordere „den Bruch mit alten wirtschaftlichen Leitbildern“. Denn: „Wir müssen Abschied nehmen vom Wachstum des Bruttosozialprodukts als oberstem Leitbild aller Wirtschaftspolitik“.

Ordnungspolitische Grundsatzentscheidungen wollen die Grünen nicht fällen. Sie lehnen den Markt nicht ab, sie wollen ihn auch nicht „vergöttern“. Wer will das schon. Sosehr sie für die Förderung genossenschaftlicher Eigentumsformen eintreten, sosehr sie die Vergesellschaftung in bestimmten Bereichen – so in der Stahlindustrie – für eine sinnvolle Lösung halten, so wenig lehnen sie „privates Eigentum grundsätzlich ab“.

Wenn man den Inhalt dessen, was eine Industriegesellschaft ist, entsprechend umdeutet, dann macht es keinen Unterschied, ob man aus ihr aussteigt oder ob man sie umbaut. Zwar vermeiden die Grünen das Wort „Revolution“, „denn alles Neue wächst auf den Schultern des Alten“. Nur: Was kommt dabei heraus, wenn der ökologische Landbau forciert, wenn das preiswerte und menschengerechte Wohnen gegen Abriß, Umwandlung in Eigentumswohnungen und Veränderungsmodernisierung gesichert werden soll, wenn die Fahrpreise bei der Bundesbahn halbiert und die Mineralölsteuer kräftig angehoben werden sollen, wenn für nicht gefahrlos zu beseitigende Stoffe strenge Auflagen bis hin zu Produktionsverboten erlassen werden, wenn die Kernkraftwerke stillgelegt und die Kraft-Wärme-Kopplung sowie die Nutzung regenerativer Energiequellen verstärkt werden, wenn bei der Forschung die Bürgerbeteiligung eingeführt wird oder wenn die neuen Medien gesellschaftlichen Entscheidungen unterworfen werden? Auch die einseitige Abrüstung gehört dazu.

Kopfschütteln hilft nichts. Fatalerweise decken sich in einzelnen Punkten die Vorstellungen der Grünen mit denen mancher Bürger, die das Konzept als Ganzes ablehnen. Das kann für die Beteiligung der Beschäftigen bei der Einführung neuer Technologien, beim Recht auf Ausbildung, bei der Pauschalhonorierung der niedergelassenen Ärzte, bei der ausreichenden Versorgung von Kindern oder bei der bedarfsorientierten Einkommenssicherung (1000 Mark für alle und im Alter 1200 Mark) so sein. Dieses Programm bietet für viele etwas, insbesondere den emanzipatorisch Geneigten. Alle Arbeits- und Ausbildungsplätze sollen mindestens zu fünfzig Prozent mit Frauen besetzt werden.

Beschäftigungsprogramme werden im Gegensatz zu den Gewerkschaften abgelehnt. Die Grünen kritisieren, daß mit der Parole „Hauptsache Arbeit“ den Arbeitnehmern die Vorrangstellung der Wachstumsökonomie gegenüber der Herstellung einer menschen- und umweltgerechten Lebensweise schmackhaft gemacht werden solle. Propagiert wird die Arbeitszeitverkürzung als wichtigstes Mittel im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, begleitet vom Überstundenverbot, von neuen Freistellungsrechten und Verfügungszeiten.

Finanziert werden soll das alles durch Kürzungen der Rüstungsausgaben, Abbau der Verschwendung im Gesundheitswesen, durch den Stopp des Fernstraßenbaus, durch die Rücknahme der Steuerreform und durch neue Abgaben.

Wenn es schon nicht gelingt, den Ausstieg aus der Industriegesellschaft zu verschleiern, so gilt dies erst recht für den Ausstieg aus der Wohlstandsgesellschaft. Weniger produzieren und mehr verteilen – das funktioniert nicht zusammen: man muß schon klar sagen, welches von beiden man will.

„Mit dem Papst spreche ich deutsch"

Seit beinahe einem Jahr trägt er den Purpur der Kardinäle und arbeitet als „Minister" in der römischen Kurie. Ein Gespräch mit dem Benediktiner Augustinus Mayer.

Von F. MEICHSNER

Dort, wo sich die Arme der Bernini-Kolonnaden im Halbrund der pompös-kalten kurialen Amtspaläste aus der Mussolinizeit fortsetzen und in die Via della Conciliazione einmünden, liegt in der Nähe der Piazza Pio XII., vom Petersdom aus gesehen rechter Hand, der Sitz der Kongregationen für den Gottesdienst und für die Sakramente. Vom Fenster des Präfektenbüros aus blickt der Besucher direkt auf den Apostolischen Palast und auf die links davon sich erhebende Kuppel von St. Peter. Hier residiert einer der beiden deutschen Kurienkardinäle: Der im Mai vorigen Jahres mit der Purpurwürde bekleidete Benediktiner Augustinus Mayer.

„Manche haben von Rom, vor allem von der so übel beleumundeten *Kurie, eine sehr einseitige* Vorstellung", sagt der Hausherr mit einem fast verlegen wirkenden leichten Lächeln nach herzlicher Begrüßung, die das Wort „residieren" sofort als fehl am Platze erscheinen läßt. In seiner ganzen respektablen Länge, die eher Askese, Bescheidenheit und Menschlichkeit als Amtswürde ausstrahlt, entspricht dieser Generalssohn aus Bayern so gar nicht landläufigen Vorstellungen von einem römischen Prälaten.

Der Begegnung vorangegangen war ein Anruf bei der deutschen Sekretärin im Vorzimmer, der ohne jede Rückfrage sofort ins Präfektenamtszimmer durchgestellt wurde. Dies und die prompte Verabredung zu einem Gespräch sind selbst in der „reformierten" Kurie sicherlich noch immer seltene Ausnahmen.

Der Kardinal gesteht, daß es ihm nicht leichtgefallen ist, im Jahre 1966 nach fünfjähriger Amtszeit als Abt des niederbayerischen Benediktinerklosters Metten der Rückberufung nach Rom durch Paul VI. zu folgen, wo er zuvor 27 Jahre lang als Professor für Dogmatik an der Päpstlichen Hochschule S. Anselmo, die letzten 17 Jahre davon auch als Rektor, gewirkt hatte. Das, was ihn in Metten auszeichnete, brachte er jedenfalls wieder nach Rom mit zurück: „Großmut, Disziplin, Sorge für alle, Freude, Arbeit, Menschlichkeit, Wissenschaft", wie einer seiner ehemaligen Schüler in S. Anselmo, *der jetzige* Linzer Bischof Maximilian Aichern, einmal sagte.

„Bürokratisch, unnahbar, eingemauert, ohne persönlichen Kontakt und ohne Kenntnis dessen, was in der Welt geschieht" – all das, was er jetzt im Gespräch als „bedauerliche" Klischeevorstellung von der Kurie anprangert, war er weder als Sekretär der religiösen Kongregration, noch *ist* er es jetzt als Chef seiner beiden „Ministerien", der Kongregationen für den Gottesdient und für die Sakramente. Er ist das genaue Gegenteil. Als fast 75jähriger repräsentiert er vielleicht am überzeugendsten eine noch junge „andere" Kurie.

„Während des Konzils war ich als Liberaler verschrieen", sagt er, als das Gespräch auf die Liturgiereform kommt, für die seine Gottesdienstkongregation zuständig ist. Und mit einem Blick auf das seinem Schreibtisch gegenüberhängende große Ölgemälde von Pius XII., dem er äußerlich verblüffend ähnelt, fügt er hinzu: „Ihn will man jetzt in die extremste *konservative Ecke stellen.*"

Er respektiert bei aller grundsätzlichen Bejahung der Meßfeier in der Volkssprache, für die er während des Konzils so entschieden eingetreten war, den Wunsch „vieler" Gläubiger, „die ganz gern mal wieder die alte (lateinische) Meßfeier haben möchten". Mit dem Traditionalismus des „a *divinis*" *suspendierten Bischofs* Lefebvre habe das „nichts" zu tun. Lefebvre habe „eine Einstellung zum Konzil, die nicht allein mit der Messe zusammenhängt, sondern viel tiefer *geht*".

Womit er nicht einverstanden ist, das ist die „kreative Willkür", mit der der neue Ritus in der Volkssprache von manchen Priestern gehandhabt wird. *Die Gemeinde werde da nicht* mehr mit den Worten „der Herr sei mit Euch", sondern mit einem schlichten „Good morning" oder „Good evening" begrüßt. „Das sind Anbiederungen, die die Laien gar nicht wollen. Ich habe darüber 10 000 Briefe bekommen."

Zum Menschen, so fügt er hinzu, gehörte nun einmal neben Wille und Verstand auch das Gefühl. „Wir Akademiker sind manchesmal in Gefahr, daß wir das nicht wahrhaben wollen."

Zu seinem eigenen Amtsverständnis sagt der päpstliche „Minister", nach dem Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal Ratzinger, der ranghöchste deutsche Vertreter an der Kurie: „Wir sind Helfer des Papstes, sind nicht aus eigener Vollmacht bestellt. Wir haben in seinem Sinne unsere Aufgabe zu erfüllen."

Kardinal Mayer: Ein Deutscher repräsentiert die junge „andere" Kurie FOTO: DPA

Regelmäßige Besprechungen der Kongregationspräfekten mit dem Papst, die sogenannten Tabellenaudienzen, gibt es nicht mehr. Jeder Kurienkardinal *muß in der Regel* selbst entscheiden, ob er eine bestimmte Frage dem Papst persönlich vortragen oder dessen *Entscheidung* schriftlich einholen will. „Wir machen uns ein Gewissen daraus. Man fragt sich selber: *Muß ich das wirklich* dem Papst persönlich vortragen, wenn er vielleicht gerade vor einer schwierigen Reise steht *oder von einer anstrengenden* Reise zurückgekehrt ist?"

Es gibt aber auch Zeiten – etwa vor oder nach einer Kongregationsvollversammlung –, in denen der persönliche Kontakt notwendig ist. „Gelegentlich lädt der Papst dann auch zu einem Arbeitsessen ein. Die Fragen werden dabei in einer netten, kollegialen Weise angegangen."

Wenn der Kardinal mit dem Papst allein ist, wird deutsch gesprochen. „Er möchte das und sagt: ‚Ich habe ja nur mit Kardinal Ratzinger und mit Ihnen Gelegenheit deutsch zu sprechen.' Im größeren Kreis sprechen wir italienisch oder – je nach den Teilnehmern – auch englisch und *französisch.*"

Die Frage, wie es sich als deutscher Kurienkardinal materiell in Rom leben läßt, provoziert beim Kardinal zunächst wieder das etwas verlegen wirkende Lächeln. Dann sagt er: „Als Sekretär der religiösen Kongregation – eine Stellung, die im weltlichen Bereich derjenigen eines Staatssekretärs vergleichbar ist – hatte ich das Gehalt eines Kaplans im ersten Dienstjahr in Deutschland. Damals hatte die deutsche Bischofskonferenz *uns monatlich einen Zuschuß* gegeben. Jetzt sind wir aber an und für sich sehr stark angehoben worden."

Sein „Ministergehalt"? „Ich krieg' also jetzt um die 4000 Mark im Monat. *Für die Amtswohnung muß ich nur* Heizung, Strom, Gas und Telefon zahlen. Natürlich kann man das nicht vergleichen mit einem Bischof in Deutschland. Aber das wollen wir ja *auch gar nicht.*"

Als Kongregationspräfekt hat der Kardinal weder Dienstwagen noch Chauffeur, steuert er seinen Privatwagen selbst durch den römischen Verkehr. Der Haushalt wird ihm von seiner Schwester Margarethe geführt. Sie beklagt sich gelegentlich darüber, daß ihr Bruder Paul – das ist der Taufname des Kardinals – zu wenig esse. Kürzlich meinte sie: „Ich diene einem Kirchenfürsten und koche für eine Kirchenmaus."

Nicht alle Kleriker sind solch geborene Asketen. Und am Essen zu sparen, *das mögen selbst so manche* Kurienprälaten nicht sehr gern. Vielleicht liegt es auch daran, daß immer wieder ein gewisses deutsches Defizit an der römischen Kurie beklagt wird.

Kardinal Mayer meint dazu: „*Manche* sagen, wir hätten zu wenig Deutsche hier an der Kurie. Aber das hängt nicht damit zusammen, daß die Kurie sie nicht wollte. Sie bekommt sie einfach nicht."

Mit „DT 64" gegen flotte Pop-Musik

Von DIETER DOSE

Könnt Ihr mir mal die Adresse von Boris Becker schicken?" oder „Ich bin Punker und lebe leider in der DDR. Ich suche dringend Kontakt mit Punkern": Hörerpost *aus der „DDR" an die Adresse* der „Jungen Welle" von RIAS II in West-Berlin.

Das neue Programm von RIAS II – poppig, flockig, viel Musik, kurze Informationen – wird *seit fünf Monaten* ausgestrahlt. Ein Hit für junge Leute in Ost und West. Ein Hit, der den Sendern in der „DDR" noch mehr Hörer wegschnappte.

Die Waffe, die Ost-Berlin nun dagegen geschmiedet hat, heißt „DT 64". „DT 64" – das Kürzel steht für „Deutschlandtreffen 1964", die als eine Jugendsendung unter dieser Bezeichnung in das *Programm* des „DDR"-Rundfunks aufgenommen wurde – hat morgen als neuer Jugendsender Premiere. *Auf UKW* wird „DT 64" täglich *elf* Stunden senden. Der Sendebeginn am Freitag ist nicht willkürlich gewählt: An diesem Tag feiert die Staatsjugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ) ihr 40jähriges Bestehen.

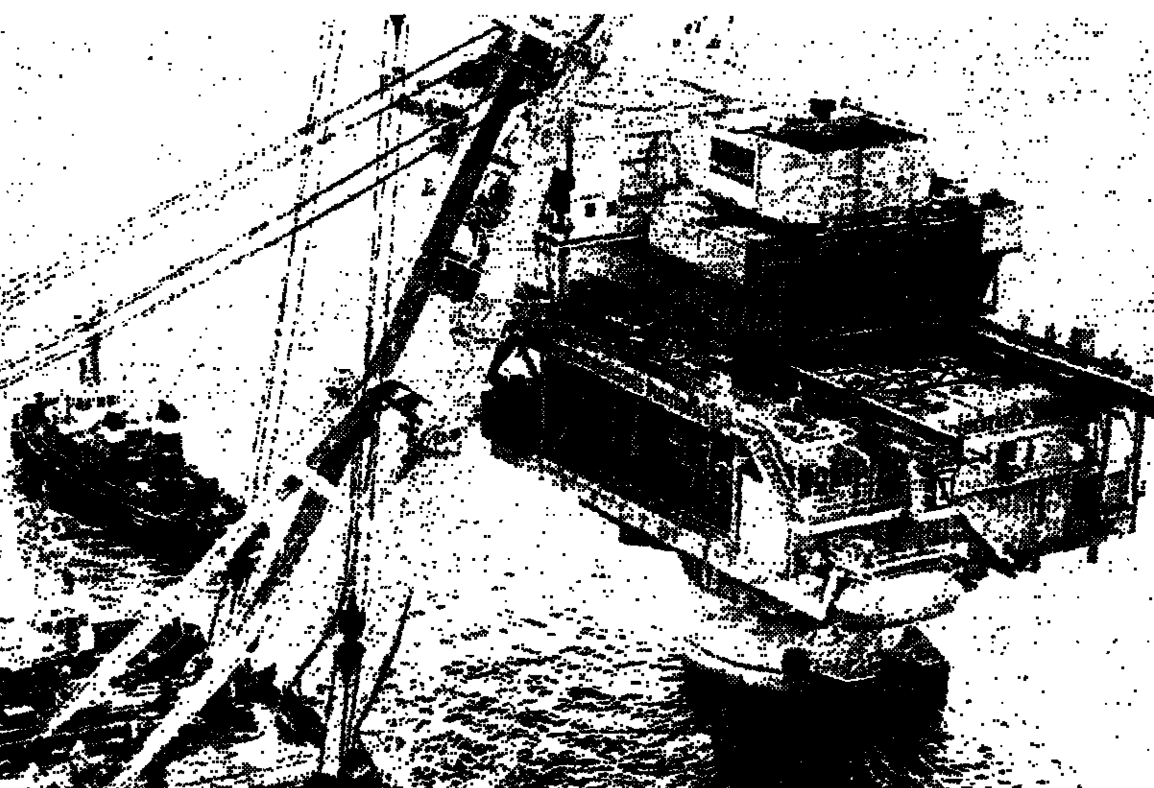
Mit viel *heißer Musik soll dem* „Klassenfeind" im Äther der Fehdehandschuh zugeworfen werden. Denn seit es RIAS II, gesendet aus einem Bau-Container im Westberliner Stadtteil Schöneberg, gibt, sind den Jugendsendungen des „DDR"-Radios die Hörer weggelaufen. Briefe an RIAS beweisen es. Immer wieder heißt es: „Super Euer Programm." „Der neue Sender ist die Antwort auf unser Programm", sagt der Chef von RIAS II, Gerhard Besserer.

Man weiß beim RIAS auch, daß auf einer Schulleiterkonferenz in Potsdam über die „subversiven Informationen" auf West-Frequenz beraten worden und an mehreren Schulen in der „DDR" gegen RIAS II polemisiert worden ist. Die meisten Briefe und Anrufe, die in West-Berlin an*kommen*, betreffen Musikwünsche. Ein Beispiel: „Für viele bei uns ist das Mitschneiden Eurer Musikstücke die einzige Möglichkeit, an aktuelle Titel der internationalen Rock- und Popszene heranzukommen."

„DT 64", wie die Konkurrenz aus *dem Westen von einer jungen Redaktion* gestaltet, wird täglich von 13 bis 24 Uhr senden. Sieben Zehntel des Programms sollen aus Musik bestehen. „Nicht als bloße Berieselung", wie das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" ausdrücklich hervorhebt, sondern auch, um „mehr Möglichkeiten zum Mitschneiden, Textübersetzungen, Informationen über Musik, Gruppen und Interpreten zu bieten". Genau wie bei RIAS II.

Ein „Radio der Hörer" soll der neue Ost-*Sender werden. „Deshalb sind* wir auch mindestens die Hälfte der Sendezeit live per Telefon im Studio zu erreichen", erklärt Chefredakteurin Marianne Hoebbel. So nach dem Motto „Ruf mal an", aber nicht beim RIAS, sondern bei uns. Wunsch- und Grußsendungen („Claudia schickt ihrem auf Friedenswacht stehenden Peter tausend Küsse") strahlt „DT 64" regelmäßig aus. Sonntags ist auch ernste Musik dran. Titel einer geplanten Sendung: „Das Jahr 1813, die Befreiungskriege von napoleonischer Fremdherrschaft und die dabei ent*standene Musik*".

RIAS II nimmt es gelassen. Denn *man hat im Äther-Wettstreit sowieso* die besseren Karten – man sendet rund um die Uhr. Denn (noch?) überläßt das östliche Jugendradio so gute Sendezeiten wie frühmorgens und auch nachts. Obwohl es in einer Studie der Sektion Journalistik an der Leipziger Karl-Marx-Universität doch heißt: „Die Mehrzahl der Radiohörer eines Tages konzentriert sich im kurzen Wechsel während der Frühprogramme ... Die Musik spielt dabei eine große Rolle, denn 80 Prozent der *DDR*-Bürger schalten vor allem ihretwegen frühmorgens das Radio ein." Und noch ein Plus wird bleiben, wie ein Hörer aus der Mark Brandenburg schreibt: „Die Westsender *brauche ich wie das tägliche Essen*. Nicht so viel wie nötig, sondern so viel wie möglich."



Der „Schwerarbeiter" im ersten deutschen Off-shore-Ölfeld: Plattform B in der Schwedeneck-See FOTO: AP

Der UV-Sensor wacht, und der Molch sorgt für den Ölfluß

Erdöl aus eigenen Feldern: In der Schwedeneck-See vor der deutschen Ostsee-Küste arbeiten zwei Plattformen – *unbemannt, elektronisch* gesichert, nur von einem Kontrolleur überwacht.

Von GEORG BAUER

Fördermeister Horst Wagner liebt die frische Brise und das träge Schwanken der kleinen „Waabs" auf den Wellen der Ostsee. Für seine Fahrt von der Ölplattform A zur Ölplattform B zieht er den Wasserweg dem Lufttaxi vor. Beide Transportmittel stehen bereit, der Hubschrauber in Kiel, die Waabs im Ostseebad Damp 2000.

Seit Beginn des Jahres arbeitet die Plattform B im ersten deutschen Offshore-Ölfeld in der Schwedeneck-See vor Eckernförde auf vollen Touren. Wie das Pendant, die ebenso trutzig aus dem Wasser ragende Plattform A, ist dieses unförmige Gebilde aus Stahl ein menschenleeres Monument in der See.

Unbemannt – das Wort klingt nach Raumfahrt, neuer *Technik und Erfin*dungsgeist. Bringt man es auf einen nüchternen wirtschaftlichen Nenner – und der gilt vor allem bei den beiden Betreibern Texaco und Wintershall –, *so bedeutet es vor allem eins:* Rationalisierung.

Horst Wagner klettert fast täglich über die Eisentreppen, bei Wind und Wetter, das Wochenende ausgenommen. Als Kontrolleur kennt er wie kein anderer jeden Winkel des Ungetüms. Auch Ölproben muß er von Zeit zu Zeit nehmen, oder er muß einen sogenannten Molch, einen Reinigungskratzer, durch die Pipeline jagen, die das Öl zur Landstation in Waabs nahe Damp 2000 leitet. Vier bis *sechs Stunden dauert ein solcher* Durchlauf, je nach Druck.

Das Förderziel: 400 000 Tonnen Erdöl pro Jahr

Der Molch reinigt die Rohre von Paraffin-Rückständen und sichert so die ungehemmte Strömung des *schwarzen Goldes. Für Guntram* Kudoke, den Nigeria-erfahrenen Texaco-Mann und Boß dieses deutschen Ölfeldes auf See, böte sich die Technik für die Medizin an. „Wenn Blutbahnen so gereinigt werden könnten, würde mancher Herzinfarkt vermieden", sinniert er über die Funktion des Molchs.

Der Turm B mit seinen jetzt acht *Bohrungen ist der „Schwerarbeiter"* des ölfördernden Duos. Er soll 65 Prozent des Öls aus den Tiefen des Erdreiches pumpen und dazu beitragen, daß das gesteckte Förderziel von 400 000 Tonnen Öl pro Jahr erreicht wird. Insgesamt schätzen Fachleute die Menge des in der Schwedeneck-See vermuteten förderbaren Schatzes auf 2,5 Millionen Tonnen. In rund 15 Jahren wird alles vorbei sein. Die Kameras werden dann abmontiert, die Rohre entschraubt und die Plattfor*men wegtransportiert sein. Auch die* Foto-Safaris der Schiffe von Eckernförde und Damp 2000 gehören dann der Vergangenheit an.

Die gläsernen Augen und UV-Sensoren unmittelbar über den Förderanlagen warnen vor ungebetenen Gästen. Bei Unregelmäßigkeiten lärmt es ohrenbetäubend auf der *Landsta*tion in Waabs. Vor allem im Sommer schreckt die Sirene die Texaco-Mitarbeiter vor ihren Computern auf. Neugierige Surfer, die ihre Kräfte über*schätzten, müssen von den Plattfor*men gefischt werden.

Neben den Ölfeldern vor der Küste Nordnorwegens mit ihren auf mehrere hundert Millionen Tonnen geschätzten Reservoirs nimmt sich die Schwedeneck-See wie ein Zwerg aus. Über Jahre schmorte der Plan wegen *Zweifeln an der Rentabilität* in den Schubladen der Texaco-Strategen. Ein Umdenkungs-Prozeß setzte erst mit dem Ölschock ein, als der Gedanke, durch heimische Ölquellen *von den Feldern Arabiens unabhän*giger zu werden, an Gewicht gewann. Heute deckt die Bundesrepublik Deutschland fast acht Prozent ihres Ölbedarfes aus eigenen Quellen.

Schwedeneck sollte daher auch, so sagt Guntram Kudoke, ein Trendsetter sein, hin zu den eigenen Feldern. *Die Rentabilitätsfrage stellt sich heu*te allerdings erneut, rechnete doch Texaco beim Startschuß mit einem über dem heutigen Niveau liegenden Ölpreis. Noch weiter sollte der Preisverfall daher nicht gehen, wünscht man sich bei Texaco.

Mit aller Zufriedenheit kann die Landesregierung in Kiel die Entwicklung verfolgen. Beim Förderzins war sie den Kalkulatoren des Projektes mit einem Satz von zehn Prozent in langwierigen Verhandlungen entgegengekommen. Gemessen an den rund 1,2 Milliarden Mark, die „Öl*scheich*" Ernst Albrecht 1985 aus dem Förderzins bezog, nimmt sich sein Kollege Uwe Barschel in Schleswig-Holstein wie ein armer Verwandter aus. Er kassierte nur 31 Millionen. Doch die Kasse wird, sollte Turm B zur Zufriedenheit aller arbeiten, in diesem Jahr reichlicher gefüllt. Außerdem trug Schwedeneck zur Sicherung der Raffinerie in Heide bei, und die schleswig-holsteinische Wirtschaft wurde mit einem stattlichen Prozentsatz an den Investitionen von 370 Millionen Mark beteiligt.

Schon tun sich neue Geldquellen auf. Im Sommer soll wieder Öl aus der Probebohrung auf der Mittelplatte in der Nordsee fließen. Optimisten schätzen, daß rund 75 Millionen Tonnen Öl im Watt liegen.

Neue Einnahmen aus der Mittelplatte

Die Arbeiten dort ruhen zur Zeit, der Winter hat den Stopp verordnet. Im Frühjahr wird es weitergehen auf der *künstlichen Insel*, die durch Spuntwände und Sandvorspülungen den anstürmenden Wellen der Nordsee trotzt. Auch ein Hafenbecken mit Schleuse wurde bereits angelegt. Ob *es nahe der Vogelinsel Trischen* aber so sauber zugeht wie auf den Plattformen? Kein Ölfleck erregt dort den Zorn der Umweltschützer.

Um das von Texaco und Wintershall betriebene Projekt Mittelplatte hatte es so manchen Ärger gegeben. Barschel, der die Einrichtung des Nationalparks Wattenmeer betrieben hatte, sparte die Mittelplatte aus der schützenswerten Zone aus. Die Entscheidung rief die Kritiker auf den Plan und handelte der Landesregie*rung den Vorwurf der Unglaubwür*digkeit in ihrem Engagement für den Umweltschutz ein.

Der Sturm der Entrüstung hat sich gelegt. Irgendwann im Sommer wird ein Leichter mit doppelten Wänden das erste Öl Richtung Brunsbüttel transportieren.

In Niedersachsen ist die innere Lage „stabil“

MJ. Hannover

In Niedersachsen hat im vorigen Jahr die kriminelle Energie gewalttätiger linksradikaler Gruppen deutlich zugenommen. Der gestern von Innenminister Egbert Möcklinghoff (CDU) vorgelegte Landes-Verfassungsschutzbericht *1985 verzeichnet* 58 Sprengstoff-, Brand- und andere terrorähnliche Anschläge (im Vorjahr 38), die sich in den Räumen Göttingen, Hannover und Lüchow-Dannenberg mit den dort entstehenden kerntechnischen Industrieprojekten konzentrierten.

Zwar sei das Land von Terrorakten der „zur alten Gefährlichkeit wiedererstarkten“ Rote Armee Fraktion (RAF) „verschont geblieben“; Sorge bereitet jedoch ein etwa 20 Personen zählender RAF-Sympathisantenkreis im Land, der „als Kaderreserve *in* Betracht kommt“. Zudem sei nicht auszuschließen, daß es zu „personellen Verflechtungen“ zwischen jenen gewalttätigen Kleingruppen der „au-

tonomen Linken“ und dem RAF-Kern komme. Die Tragweite mancher Anschläge, so am 1. Juni 1985 auf die Verwaltung der Hannover-Messe AG, deute jedenfalls in diese Richtung.

Im rechtsradikalen Lager beschäftigt Niedersachsens Verfassungsschützer vor allem die „Freiheitliche deutsche Arbeiterpartei“ (FAP). Die Kleinstpartei sei seit dem 1983 ergangenen Verbot der neonazistischen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS: „Kühnen-Gruppe“) von deren Resten „massiv unterwandert“ worden, macht in Niedersachsen mit „unerträglichen Provokationen“ (Möcklinghoff) von sich reden und will zur Landtagswahl antreten. Die Landesregierung ist *„nicht gewillt“*, deren „Verherrlichung des Nationalsozialismus auf Dauer hinzunehmen“. Ein Verbot der FAP liegt demzufolge im niedersächsischen Interesse.

Die Spionageabwehr des Landesamtes für Verfassungsschutz hatte 1985 vor allem die Folgen des „Falles Tiedge“ zu verkraften. Der Übertritt des vormaligen Regierungsdirektors beim Bundesverfassungsschutz in die „DDR“ erforderte in Niedersachsen – mit seinem ausgedehnten innerdeutschen Grenzabschnitt ein zentrales Glied der bundesweiten Abwehr gegen Ostblock-Spionage – umfangreiche Vorkehrungen zum Schutz gefährdeter Mitarbeiter sowie „personelle und methodische Neuorganisation“. Möcklinghoff: „Die Abwehr ist aber nicht lahmgelegt, sondern im Gegenteil jetzt ganz besonders motiviert.“ So seien „bereits wieder Erfolge zu verzeichnen“. Für den Minister ein Grund mehr, Niedersachsens innere Sicherheit insgesamt als „stabil“ zu beurteilen.

Vor leeren SPD-Stühlen sprach Lang über die Ausschreitungen in Amberg

Bericht über Wackersdorf-Demonstranten vorgelegt / Einigung mit Opposition gescheitert

PETER SCHMALZ, München

Sichtlich befriedigt betrat Justizminister August Lang gestern kurz nach 9.00 Uhr den Sitzungssaal 1 im Bayerischen Landtag, begrüßte erst die CSU-Abgeordneten per Handschlag und dann auch noch die wartenden Journalisten, ehe er sich setzte und von einem Mitarbeiter einen sechsseitigen Bericht vorgelegt bekam, den er auf Wunsch des Parlaments den Mitgliedern des Rechtsausschusses vorzulegen gedachte. Doch ehe Lang das Wort erteilt wurde, geschah, was erwartet wurde und weshalb sogar zwei Fernsehteams zur Sitzung dieses ansonsten von der Öffentlichkeit wenig beachteten Parlamentsgremiums gekommen sind: Der Ausschuß-Vorsitzende Günter Wirth, ein Sozialdemokrat, gab im Namen seiner Fraktion die Erklärung ab, ihm und seinen Genossen sei es unmöglich, an einer Sitzung teilzunehmen, in der dieser Minister das Wort ergreift, der die Behauptung aufgestellt habe, die SPD würde sich mit Flugblattschreibern, die aus dem terroristischen Bereich stammen, verbinden oder verbünden. Worauf er *sich erhob und gemeinsam mit drei* Parteifreunden den Saal verließ.

Ausschuß-Vize Paul Diethei (CSU) übernahm den Vorsitz und begrüßte „unseren Justizminister“ recht herzlich, was sämtliche noch anwesenden Abgeordneten zu heftigem Beifall veranlaßte.

Betroffen folgten sie anschließend dem Bericht des Ministers: Am 4. Januar, einem Samstag, war es vor der Justizvollzugsanstalt Amberg im Verlauf einer Demonstration, bei der die Freilassung zweier inhaftierter WAA-Gegner gefordert wurde, zu Ausschreitungen gekommen, als Gewalttäter unter anderem mit einer gußeisernen Kanalabdeckung die Panzerglasscheibe der Torwache zertrümmerten und die Mauer der Anstalt erklommen. Auf dem Rückweg zu ihrem Hüttendorf auf dem WAA-Baugelände wurden 72 Personen vorläufig festgenommen, 52 von ihnen mußten die Nacht hinter den Mauern verbringen, vor denen sie zuvor randaliert hatten.

Gegen 22 Uhr machten sie auch dort Randale, warfen – wie Lang vortrug – „Gegenstände der Zelleneinrichtungen aus den Fenstern, über-



Stehen zu ihrem Wort: Bayerns Justizminister August Lang (links) und SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann.
FOTOS: PETER PROBST/SVEN SIMON

schwemmten die Hafträume, setzten Gegenstände in Brand, rissen Fenster *heraus, zerschlugen Scheiben*, Neonlampen und WC-Einrichtungen, beschmierten die Wände mit beleidigenden Parolen und zerstörten nahezu sämtliche erreichbaren Einrichtungsgegenstände“. Den reinen Materialschaden bezifferte Lang auf *knapp 4000 Mark, insgesamt würde* die Renovierung bei üblichen Handwerkerpreisen das Sechs- bis Achtfache kosten.

Von „menschenverachtendem Zynismus“ aber, so Lang, zeugten die Parolen, mit denen die Zellenwände beschmiert wurden. „Die Bullen von heute sind die Steaks von morgen“ war ebenso zu lesen wie „Kommt Zeit, kommt Rat, kommt Attentat“. Hinter drei Sätzen tauchte der RAF-Stern auf, so auch hinter dem, der kaum verschlüsselt zum Mord an Franz Josef Strauß aufruft: „Zusammenlegung von Franz Josef + Marianne.“

Der Minister legte Flugblätter vor, auf denen sein Kollege vom Umweltressort, Alfred Dick, als Terrorist und Mörder gesucht wird, und eines, das Sozialdemokraten traut vereint mit Kommunisten präsentiert und auf dem der verleumderische Satz zu lesen ist, die bayerische Regierung gebe ihrer Polizei das Recht, auf Kinder unter 14 Jahren zu *schießen*.

Er wolle durch Aufrütteln bewußt machen, daß dieser Weg nicht richtig ist, erklärte Lang und *bedauerte, daß sich* die SPD von diesen Vorfällen nicht distanzierte. Karl-Heinz Hiersemann, der SPD-Spitzenkandidat für die *Landtagswahl*, meinte bislang nur, die SPD habe nicht den geringsten Anlaß, sich von Gewalttaten zu distanzieren, mit denen sie nichts zu tun habe. Die CSU könnte *vielmehr froh sein*, sich „in dieser Frage in so guter Gesellschaft“ zu befinden.

Ein Einigungsgespräch, das Landtagspräsident Franz Heubl mit Lang und dem SPD-Fraktionschef Helmut Rothemund führte, ist gescheitert. Anschließend sicherte der CSU-Fraktionsvorstand August Lang uneingeschränkte Unterstützung zu. Die SPD aber bemühte sich gestern nachmittag, das Wortprotokoll der Vormittagssitzung zu erhalten, um zumindest auf diesem Weg zu erfahren, was im Parlament besprochen wurde.

„Panorama“ setzt Beitrag über Fluchthilfe ab

hrk. Berlin

Das Fernseh-Magazin „Panorama“ hat am Dienstagabend einen Beitrag über kommerzielle Fluchthilfe, in die Ende der siebziger Jahre angeblich auch heute führende CDU-Politiker verwickelt gewesen sein sollen, nicht ausgestrahlt. Auf Anfrage erklärte „Panorama“-Chef Peter Gatter, der Beitrag sei „noch nicht hieb- und stichfest“ gewesen. Man bleibe jedoch an diesem Thema und werde vielleicht in der nächsten „Panorama“-Sendung auf den Vorgang zurückkommen. Gatter sagte, es *habe* im *NDR „keinen Druck von* oben“ gegeben, den Beitrag nicht auszustrahlen.

Vorwürfe gegen Berliner CDU-Politiker – insbesondere gegen den heutigen Bundestags- und früheren Europaparlaments-Abgeordneten Gero *Pfennig – waren 1977 in der Illustrierten* „Quick“ erhoben worden. Pfennig arbeitete seinerzeit in einer Anwaltskanzlei mit Diepgen und dem heutigen Berliner CDU-Generalsekretär Landowsky zusammen. Der Autor dieser Story arbeitete später als *Journalist für die Berliner CDU* und schrieb für sie im Wahlkampf 1985 Texte für Wahlkampfzeitungen.

„Panorama“ sah sich bereits Ende Januar nach einem Bericht aus dem Berliner Halbwelt-Milieu schweren Vorwürfen der Berliner CDU-Führung ausgesetzt, weil dabei auch ehrverletzende Behauptungen über führende CDU-Politiker verbreitet worden waren. Landowsky sprach damals von einer „Kampagne, die von einer Aktionseinheit vereinzelter gewissenloser Journalisten und einem kriminellen Protz-Milieu“ getragen werde.

Agent der „DDR“ forschte Flick aus

rtr, Bonn

Ein als Wirtschaftsjournalist getarnter DDR-Agent hat bis 1983 etwa zehn Jahre lang den Flick-Konzern ausgeforscht. Der Referatsleiter im Bundesinnenministerium, Werthenbach, sagte gestern vor dem Spionage-Untersuchungsausschuß, der angebliche Journalist sei unter den Namen „Jennrich“ oder „Dr. Frank“ aufgetreten. In Sicherheitskreisen hieß es, dem Spion sei trotz einer Observation durch den Verfassungsschutz die Flucht gelungen.

Werthenbach sagte, der Spion habe eine Reihe von Expertisen erstellt, so über die Auswirkungen des Flick-Untersuchungsausschusses auf die Parteienlandschaft und „den rechten Flügel einer bestimmten Partei“. Es sei also nicht abwegig gewesen, daß der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Spranger, beim Verfassungsschutz einen Bericht in Auftrag gegeben habe, ob die Flick-Affäre im Zusammenhang stehe mit einer „Desinformationskampagne gegnerischer Nachrichtendienste“.

Senat will Spekulationen mit Bauland unterbinden

Berlin: Parlamentsausschuß soll besser informiert werden

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Nach dem folgenreichsten Bestechungs- und Korruptionsskandal der Nachkriegsgeschichte kommt allmählich Bewegung in die Berliner Politik: Bausenator Klaus Franke (CDU) – gegen zwei seiner Beamten wird noch von der *Staatsanwaltschaft* ermittelt – veranlaßte jetzt eine schärfere Handhabung bei der Vergabe von Staatsgeldern für den öffentlich geförderten Wohnungsbau. Vor allem die häufigen Grundstücksspekulationen, die die Baulandpreise in der Stadt *immer höher trieben*, sollen unterbunden werden.

Bisher war es beispielsweise gang und gäbe, daß ein erfolgreicher Antragsteller auf öffentliche Mittel nicht etwa selbst baute, sondern sein Grundstück mit großem Gewinn weitergab und der *Käufer dennoch* – weil die Förderung ans Objekt gebunden ist – hohe Subventionen einstrich.

Wie hart der Kampf um die Staatsgelder vor allem 1986 entbrennt, zeichnet sich ab. Nach einer Übersicht von Franke stehen rund 1,2 Milliarden Mark für die *Wohnungsbau*förderung bereit. Die Zuschüsse werden 15 Jahre lang gezahlt. Sie reichen 1986 für die Bewilligung von 5850 Wohnungen (davon 4300 für Mieter). Wollten Senat und Wohnungsbaukreditanstalt indes allen Anträgen zustimmen, müßten sie 20 000 Wohnungen fördern – unbezahlbar.

Der beträchtliche Einfluß der Bauverwaltung auf die Vergabe der Milliardenbeträge datierte vom 16. Mai 1983. Seither bestimmte der Bausenator nach Rücksprache im Hause und unter vielen Kriterien, welches Projekt in die Förderungsliste aufgenommen wurde und somit Staatsgelder erhielt. Von 1987 an wird die interne „Checkliste“ erweitert. Die endgültige Entscheidung trifft dann wie bisher ein Bewilligungsausschuß, in dem auch die Wohnungsbaukreditanstalt vertreten ist. Künftig erhält der Bauausschuß des Parlaments detaillierte Informationen über Projekte, bevor über Ja oder Nein zum Zuschußantrag entschieden wird.

Nach einer Übersicht des SPD-Bauexperten Wolfgang Nagel lagen zum Beispiel 1984 die gemeinnützigen und städtischen Gesellschaften mit nur knapp 30 Prozent Anteil am „Bewilligungskuchen“ gegenüber 70 Prozent für private Bauträger im Hintertreffen.

Inzwischen setzt der politische Streit *zwischen dem Bezirk* Kreuzberg – die Bezirksverordneten verhängten mit Mehrheit einen allgemeinen Baustopp für private Großbauträger – und dem Senat ein. Die Landesregierung will jetzt Entscheidungen an sich ziehen. Kreuzbergs alter*nativer Baustadtrat* Werner Orlowsky unterschreibt beispielsweise selbst fertige Baubescheide nicht mehr.

Ein neuer Baustadtrat muß im CDU-beherrschten Bezirk Wilmersdorf gefunden werden, nachdem der in den Skandal verwickelte Amtsinhaber Jörg Herrmann (das CDU-Ausschlußverfahren läuft) mit 39:2 Stimmen abgewählt worden war. Die zum „Reform“-Flügel zählende Union im Bezirk machte nun mit einer Anregung von Eberhard Diepgen Ernst, das Auswahlverfahren bei der Bestellung von Stadträten auch nach „fachspezifischer Kompetenz“ auszurichten. Herrmann war von Beruf Lehrer und kam aus dem CDU-Nachwuchs im RCDS. Kreis-Chef Ekkehard Wruck, einer der schärfsten innerparteilichen Kritiker der CDU-Mehrheit, begründete die öffentliche und überregionale Ausschreibung damit, man wolle dabei gar nicht erst den „Geruch der Hinterzimmer-Muschelei“ aufkommen lassen.

Die 84 Berliner Stadtratsposten, *honoriert mit* 8000 Mark Monatssalär, wurden bisher in der Regel nach parteiinternen Mehrheitsentscheidungen und heftigen Kungeleien vergeben.

Heute erfolgt im Rathaus Schöneberg ein weiterer Schritt: Der von Diepgen um Hilfe gebetene „Rat der Weisen“ aus Ex-Politikern aller Parteien samt Rechnungshofpräsident Ulrich Müller (SPD) legt ein 18-Seiten-Papier mit Reformvorschlägen für die Bereiche Spenden, Trennung von Amt und Mandat und der Bezirksverwaltung vor.

Die SPD zieht Bilanz

Vogel wirft Koalition eine „Kette von Skandalen“ vor

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Bonner SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel hat angekündigt, daß im Falle eines Bundestags-Wahlsiegs der SPD unter einem Kanzler Rau die „Voraussetzungen für die Erfüllung unserer Wünsche“ bei der „DDR günstiger gemacht“ würden. Dies bedeutet sowohl ein Vorantreiben der von Ost-Berlin geforderten Abschaffung der zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter als auch eine einvernehmliche Festlegung der Elbegrenze in der Strommitte. Vor allem aber hat Vogel einen neuen Vorschlag gemacht für die von Honecker geforderte „Respektierung“ einer eigenen „DDR“-Staatsbürgerschaft: In „notifizierter Form“ solle der „DDR“ die geltende Verfassungslage übermittelt werden, aber auch die Erklärung, „niemanden gegen seinen Willen“ mit der deutschen Staatsbürgerschaft im Sinne des Grundgesetzes „in Anspruch zu nehmen“.

Vogel würdigte in einer politischen Bilanz der vergangenen drei Jahre, daß „sich Teile der Koalition darum bemühen, die Ost- und Deutschlandpolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung fortzusetzen“. Aber er warf der Bundesregierung vor, „die politische Kultur unseres Landes nachhaltig beschädigt“ zu haben, obwohl sie „die Politik geistig-moralisch erneuern wollte“.

Vogel listete als schwere Fehler der Koalition auf, daß „in der Wirtschafts- und Sozialpolitik den günstigeren Ertrags- und Inflationsdaten eine lange Liste von Negativrekorden“ gegenüberstehe. Er verwies auf die unverändert hohen Arbeitslosenzahlen, „40 Prozent der Arbeitsuchenden erhalten weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe“.

Und: „Wir haben die höchste Lohnsteuerquote seit dem Jahre 1949, nach der Wende wurden die Rentenversicherungsbeiträge viermal erhöht, die kommunalen Sozialhilfeaufwendungen haben 1985 die 20-Milliarden-Grenze überschritten, 1985 hatte die Bundesrepublik Deutschland einen absoluten Pleitenrekord von über 14 000 Unternehmenszusammenbrüchen, trotz eines explosionsartigen Anstiegs der EG-Ausgaben im Agrarbereich und trotz überproportional steigender nationaler Ausgaben und Subventionen für die Landwirtschaft sind die Einkommen der deutschen Bauern auf den Stand von 1976/77 abgesunken.“

Zudem stellte er „eine ununterbrochene Kette von Skandalen und Affären“ fest. Mit der geplanten Änderung des Streikparagraphen 116 sei ein „schwerer Sozialkonflikt“ entstanden, der „ohne jede Not vom Zaun gebrochen“ worden sei.

Die SPD habe „ein anderes Gesellschaftsverständnis“, sagte Vogel. Dann zählte er die von seiner Partei bzw. der Bundestagsfraktion in den vergangenen drei Jahren eingebrachten Vorschläge auf, wie das „Programm Arbeit und Umwelt“.

„Wahlniederlagen eine Folge der FDP-Extratouren“

lz. München

Die Führung der CSU gab bisher keinen Kommentar zum Wahlergebnis von Schleswig-Holstein, obwohl sie das Resultat als ein Alarmzeichen betrachtet. Allerdings schreibt das CSU-Organ „Bayernkurier“ in seiner jüngsten Ausgabe, die Koalitionsparteien und vor allem die CDU würden sich etwas vormachen, wollten „sie den dramatischen Rückgang der CDU-Stimmen“ nicht so ernst nehmen, wie er es angesichts der kommenden Wahlen verdiene.

Schleswig-Holstein sei kein Einzelfall; es wird an die Wahlen im Saarland, in Hessen und in Nordrhein-Westfalen erinnert. „Nirgendwo ergebe die *Addition* der Wahlergebnisse von CDU und FDP 50 Prozent.“ Die CSU sei sehr gespannt, „mit welcher Strategie *man* die Bundestagswahl 1987 gewinnen will“, kündigt das Blatt an.

Die Rechnungen, die von CDU-Seite der CSU immer wieder aufgemacht werden, scheine „so ganz doch nicht zu stimmen“. Die Unterlassung der gründlichen Abrechnung mit der „*liberal-sozialistischen* Erblast und die Duldung vielfältiger Extratouren der FDP“ sei der CSU gegenüber stets damit begründet worden, daß mit der FDP auch die Mehrheit gesichert sei. „Die Grundrechenart des Zusammenzählens funktioniert zumindest zur Zeit nicht“, meint der „Bayernkurier“ dazu.

Weniger Übersiedler aus Mitteldeutschland

W.K. Bonn

Die Zahl der Übersiedler aus der „DDR“ ist im Februar gegenüber dem Vormonat um rund 800 zurückgegangen. Insgesamt kamen im vergangenen Monat 1562 Deutsche aus der „DDR“ mit Ausreisegenehmigung *(2309 im Januar) und ferner 236* Mitteldeutsche über Drittländer. Aus Gefängnissen der “DDR“ wurden 19 Häftlinge (22) abgeschoben.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription *price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum*. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 *and at additional mailing offices*. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Füllhorn für Parteien

PETER PHILIPPS, Bonn

Dank fleißig zahlender und spendender SPD-Genossen sind auch die anderen im Bundestag vertretenen Parteien zu einem zusätzlichen Geldsegen gekommen: Rund 2,7 Millionen Mark hat die CDU, 1,9 Millionen die *Schwester CSU, fast drei Millionen* haben die Grünen und immerhin etwa noch 1,7 Millionen Mark hat die FDP über den sogenannten „Chancenausgleich“ für 1984 aus der Staatskasse erhalten. Dies geht aus dem von Bundestagspräsident Jenninger *jetzt erstmals nach den neuen* gesetzlichen Bestimmungen veröffentlichten Bericht „über die Entwicklung der Parteifinanzen“ hervor.

Der im Parteiengesetz inzwischen vorgesehene „Chancenausgleich“ soll *„bewirken, daß jede Partei, die bei* der letzten Bundestagswahl mindestens 0,5 Prozent der Zweitstimmen erlangt hat, entsprechend ihrem Anteil an Wählerstimmen so gestellt wird wie diejenige Bundestagspartei, die das günstigste Verhältnis zwischen *Wählerstimmen und steuerli*cher Förderung ihrer Mitgliedsbeiträge und Spenden erreicht hat“.

Dabei wird die jeweilige Steuerermäßigung für Beiträge und Spenden nach einem durchschnittlichen Steuersatz von 40 Prozent berücksichtigt. Berechnet wird also, welcher Partei „im Verhältnis zu ihren Wählerstimmen die höchste Steuerermäßigung zugute gekommen ist“. Entsprechend dieser „Maßstabspartei“ werden anschließend Chancenausgleichs-Zahlungen auch an die Konkurrenten vorgenommen.

Für die SPD wirkte sich dabei aus, daß inzwischen Parteibeiträge steuerlich stärker absetzbar sind als früher. Denn mit einem Anteil von 8,17 Prozent an den Gesamteinnahmen liegt *die Oppositionspartei bei den* Spenden heute ganz am Ende der Skala – CDU: 12,46 %, Grüne: 15,87 %, CSU: 29,11 %, FDP: 30,48 %. Hingegen decken bei der SPD die Beiträge 49,52 Prozent der Einnahmen – CDU: 43,21%, CSU: 34,46 %, FDP: *27,75 %, Grüne: 10,49 %.*

Diese Aufstellung bringt allerdings die Grünen in erhebliche verfassungsmäßige Probleme. Denn nach dem Parteiengesetz dürfen die Parteien innerhalb von vier Jahren nicht *zu mehr als 50 Prozent staatlich finan*ziert werden. Die Grünen haben jedoch laut Jenningers Liste 69,37 Prozent ihrer Einnahmen aus dem Titel „Wahlkampfkosten-Erstattung“ bestritten – CSU: 32,18 %, FDP: 35,19 %, SPD: 35,87 %, CDU: 37,23 %.

Reizvoll ist auch die Aufstellung über die Ausgaben: Für „politische Tätigkeit“ verbrauchten die Grünen 70,17 %, CSU 62,93 %, FDP 60,65 %, CDU 50,58 %, SPD 49,51 %. Andererseits verpulverten FDP (18,87 %) und CDU (18,7 %) das meiste Geld *für* „Verwaltungsaufwand“ – SPD 15,54 %, Grüne 13,14 %, CSU 12,4 %. Die Personalkosten schlugen bei der SPD am höchsten zu Buch mit 30,34 % – CDU 28,09 %, CSU 18,32 %, FDP 16,09 %, Grüne 8,74 %.

WELT-Serie Kuba (II) / Mit Schiebereien und Schwarzmarkt gegen die chronischen Versorgungsprobleme

Die Währung des Klassenfeinds öffnet fast jede Tür

Von WERNER THOMAS

Jeans, „Pitusas" genannt, sind ein Zahlungsmittel. Die Frau eines Diplomaten erzählt: „Neulich kaufte ich zwei Hunde. Der Züchter verlangte kein Geld, sondern zwei Paar Jeans." Die Vierbeiner kosteten auf diese Weise umgerechnet zehn Dollar.

Kubas Wirtschaft strotzt vor Kuriositäten. Sie gleicht einem Labyrinth der Improvisationen, Experimente – und Selbsthilfeaktionen.

Ein westlicher Besucher hat es relativ einfach. Er bewegt sich auf Dollarbasis. Der Dollar ist König. Die „Turistaxis", Fiats des Typs „Uno", die Hotels, die Restaurants, die mit importierten kapitalistischen Konsumgütern und erlesenen kubanischen Exportprodukten gefüllten Touristenläden („Turistiendas") akzeptieren nur die Währung des Klassenfeindes. Das Service-Personal erwartet Dollar-Trinkgelder, obgleich kein Bürger dieses sozialistischen *Staates fremde Valuta besitzen darf.* Die Preise liegen etwas unter dem amerikanischen Durchschnitt.

Freilich verlangte das Habana Libre den zum dritten Parteikongreß angereisten US-Journalisten 140 Dollar pro Nacht ab. Die Europäer konnten für 36 Dollar nächtigen.

Die Welt der Kubaner ist kompliziert. Sie müssen nach wie vor mit der „*Libreta*" *leben, dem hellbraunen* Rationierungsbüchlein. Der Staat rationiert alle Grundnahrungsmittel außer Brot, Eiern, Milch und Joghurt. Die in „Tiendas Populares" (Volksgeschäften) angebotenen rationierten Waren sind billig: ein Pfund Reis umgerechnet 20 US-Cent, ein Pfund Zucker 8 Cent, ein Pfund Fisch 35 bis 65 Cent. Neben den Volksgeschäften existieren *die Einrichtungen des* „Venta Libre" (freier Verkauf) oder „Mercado Paralelo" (Parallel-Markt). Die Leute klagen über die gesalzenen Preise, obgleich die Regierung eine Kontrolle ausübt. Ein Paar West-Jeans kosten bis zu – umgerechnet – 160 Dollar. Das Durchschnitts-*Monatseinkommen* liegt bei 200 bis 300 Dollar.

Man braucht Glück beim Einkauf. *Die Frau eines deutschen Firmenvertreters* berichtet: „Morgens drehe ich eine Runde, um das Lebensmittelangebot zu inspizieren." Fidel Castro kritisierte in seiner sechseinhalbstündigen Parteitagsrede Anfang Februar die chronischen Versorgungsprobleme. Während des dritten Parteikongresses herrschte in Havana ein akuter Biermangel. Auf vielen Flaschen fehlte das Etikett. Konsumgüter können sich die Ausländer im Diplomatenladen gegen Dollar beschaffen. Spezielle Einkaufsmöglichkeiten genießen auch die Ostblockgäste und die höheren Ränge der Partei und der Streitkräfte.

Gut gekleidete Kubaner ohne Privilegien haben meistens Familienmitglieder und Freunde in den USA, die Dollarschecks an die Nationalbank überweisen. Diese händigt dann Devisenzertifikate aus, mit denen zu einer bestimmten Zeit in einem bestimmten Touristengeschäft eingekauft werden kann. Pech, wenn die gewünschte Ware nicht vorhanden ist: Es gibt keine weiteren Einkaufsmöglichkeiten. Qualitätsschuhe für Damen sind besonders rar. Der „Turistienda" des Hotels Nacionale offerierte Anfang Februar lediglich Plastikschuhe aus Taiwan.

Das System schuf eine Untergrundwirtschaft. Tauschhandel und Schiebereien florieren. Die Monatszeitschrift „Opina", die interessanteste Publikation der karibischen Insel, veröffentlicht seitenweise Kleinanzeigen: „Biete das und benötige jenes". Obgleich auf Devisenvergehen hohe Gefängnisstrafen stehen, verfolgen junge Männer westliche Touristen: „*A cinco, a cinco.*" *Sie wollen für 1* Dollar 5 Peso zahlen, das Fünffache des offiziellen Umtauschkurses. Sowjetische Entwicklungshelfer schleppen Kisten mit japanischen Elektronikgeräten aus den Devisengeschäften. Ein westlicher Diplomat: „Neulich klingelte ein sowjetischer Jeans-Händler an meiner Haustür und verschwand schnell, als ich dankend ablehnte und mich identifizierte." Die Freunde aus der Sowjetunion versorgen besonders ländliche Gebiete mit „Pitusas".

Längst träumt die Partei nicht mehr vom „neuen Menschen", dem „moralische Anreize" genügen, um fleißiger zu sein. Sie lockt mit materiellen Werten. Sie läßt Überstunden bezahlen, erlaubt Trinkgelder und belohnt Effizienz. Selbst ein Einsatz auf dem Kriegsschauplatz Angola bringt materielle Vorteile. Die Privatinitiative blieb jedoch im wesentlichen auf die Bauernmärkte, die Taxifahrer mit den museumsreifen amerikanischen Straßenkreuzern und die großzügig tolerierte Schwarzarbeit der Handwerker *nach Feierabend beschränkt.*

Die Kubaner kommen aus mit ihrem Einkommen. Fast 80 Prozent der Bevölkerung zahlen keine Miete, der Rest höchstens zehn Prozent des Einkommens. Die Gesundheitsfürsorge, das Bildungssystem und Sportveranstaltungen sind frei. Telefon, Elektrizitätsversorgung und die Verkehrsmittel kosten kaum etwas. *Dennoch grassiert Unzufriedenheit.* Die meisten Gesprächspartner vermissen preisgünstige Qualitätsprodukte auf dem „Venta-Libre-Markt". Castro kritisierte in seiner Rede zwei andere prekäre Probleme: den trägen Service und die Wohnraumnot.

Die meisten Häuser wirken heruntergekommen, von innen mehr noch als von außen, weil das Geld für die Instandhaltung fehlt. Viele Gebäude stehen leer, weil niemand sein Appartement räumt, wenn er in einem anderen Teil des Landes leben muß.

Die Misere schafft Mißmut, besonders unter *jungen Leuten, die oft* auch noch nach der Hochzeit in der elterlichen Wohnung leben müssen. Ein Buchhalter berichtet: „Ich schlafe seit drei Jahren in meinem Büro." Die Regierung richtete Liebespaaren Stundenhotels ein, „Posadas", vor denen sich an Wochenenden lange Schlangen bilden. Einige Waldgebiete nahe der Hauptstadt gelten als „Zonas de Tolerancia", Toleranzzonen.

Allgemein vertreten die Kubaner die Meinung, daß es wirtschaftlich aufwärts ging in den fünf Jahren zwischen dem zweiten und dem dritten Parteikongreß. Ob dieser Trend jedoch anhält, ist ungewiß. Die Leute wirken nervös.

Fidel Castro hat nicht nur Selbstkritik geübt, sondern auch zu größeren Anstrengungen und Opfern aufgefordert und vor westlicher Konsum-Mentalität gewarnt. Die Zeiten könnten wieder schlechter werden.

Auch nach 27 Jahren Sozialismus ist Kuba ein Land mit einem fragilen wirtschaftlichen Fundament geblieben. Die Sowjetunion muß dem karibischen Verbündeten immer noch gewaltige Subventionen gewähren, 10 Millionen Dollar täglich, wie US-Experten schätzen. *Die Schulden gegenüber den Sowjets* (Militärlieferungen eingeschlossen) sollen 20 Milliarden Dollar betragen. Castro bedauerte, daß die Insel im vergangenen Jahr ihre Exportverpflichtungen gegenüber den sozialistischen Bruderländern nicht erfüllen konnte.

Man tut alles, um Dollar zu kassieren. Der sogenannte „Reexport" so*wjetischen Öls, das nicht in Anspruch* genommen wird, ist der größte Devisenbringer. Letztes Jahr verdiente Kuba auf diese Weise 500 Millionen Dollar. Die Entwicklung des West-Tourismus hat Prioritätscharakter im neuen Fünfjahresplan.

Dollar-Touristen bekommen nie amerikanisches Kleingeld zurück, wenn sie Rechnungen begleichen: *Die Fremdenverkehrsbehörde Intur* ließ für solche Zwecke Spezialmünzen prägen. Der Begriff „Spielgeld" kursiert.

Morgen:
Das Phänomen Castro



Ein „Kleinunternehmer" bei der Arbeit in Havana FOTO: SVEN SIMON

Rom uneinig, ob die Lira drei Nullen verlieren soll

Begleitmaßnahme der Wirtschaftspolitik oder nur Kosmetik?

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Wird die italienische Lira drei Nullen verlieren? Das seit neun Jahren mehrfach ventilierte Programm einer Währungsumstellung von 1000:1 (tausend alte Lire = eine neue Lira) ist aufgrund einer Bemerkung des christdemokratischen Haushaltsministers Goria zum aktuellen Diskussionsthema in Rom geworden. Höchstwahrscheinlich wird es auch bei den geplanten Koalitionsgesprächen zur „Verifizierung" der die Regierung Craxi tragenden Fünf-Parteien-Allianz eine Rolle spielen.

Goria teilte mit, daß „technisch" für die Währungsumstellung schon alles vorbereitet sei. Er fügte hinzu: „Wenn man so etwas machen will, darf man keine Zeit verlieren und muß innerhalb von zwei bis drei Monaten alles erledigen." Seiner Meinung nach bietet die augenblickliche internationale Konjunktur mit Ölpreis- und Dollarkurs-Senkung Italien eine gute Gelegenheit zur wirtschaftlichen Sanierung. Schon im Juni oder Juli dieses Jahres könnten sich Erfolge zeigen, und dann sollte man auch konkret über die „neue Lira" sprechen.

„Für sich allein", präzisierte der *Minister in einem „Tempo"-Interview*, „hätte die Umstellung keinen Sinn". Sinnvoll wäre sie nur als begleitende Maßnahme eines auf die wirtschaftliche Gesundung ausgerichteten Gesamtkonzeptes.

Sowohl innerhalb der Regierungskoalition als auch in *Wirtschafts- und* Finanzkreisen ist das Umstellungsprojekt freilich stark umstritten.

Psychologische Wirkung

Seine Befürworter – neben Goria viele andere Christdemokraten, die Sozialisten, die Sozialdemokraten und einige Liberale – versprechen sich davon vor allem eine positive psychologische Wirkung. Die Lira werde dadurch „gewichtiger", das Zahlenspiel mit Milliarden und Tausenden von *Milliarden werde auf allgemein* begreifbare Größen reduziert.

Auf der Gegenseite wird besonders von den Republikanern, aber auch von einigen Christdemokraten und Liberalen sowie von führenden Vertretern der Wirtschaft und des Bankwesens eingewandt, daß es sich jetzt nur um eine kosmetische Operation handeln würde. Die Einführung der neuen Lira sollte erst am Ende eines Sanierungsprozesses stehen, der zu einer deutlichen Tendenzwende in der staatlichen Ausgabenpolitik und zur Herabsetzung der Inflationsrate auf jährlich höchstens fünf Prozent führen müsse.

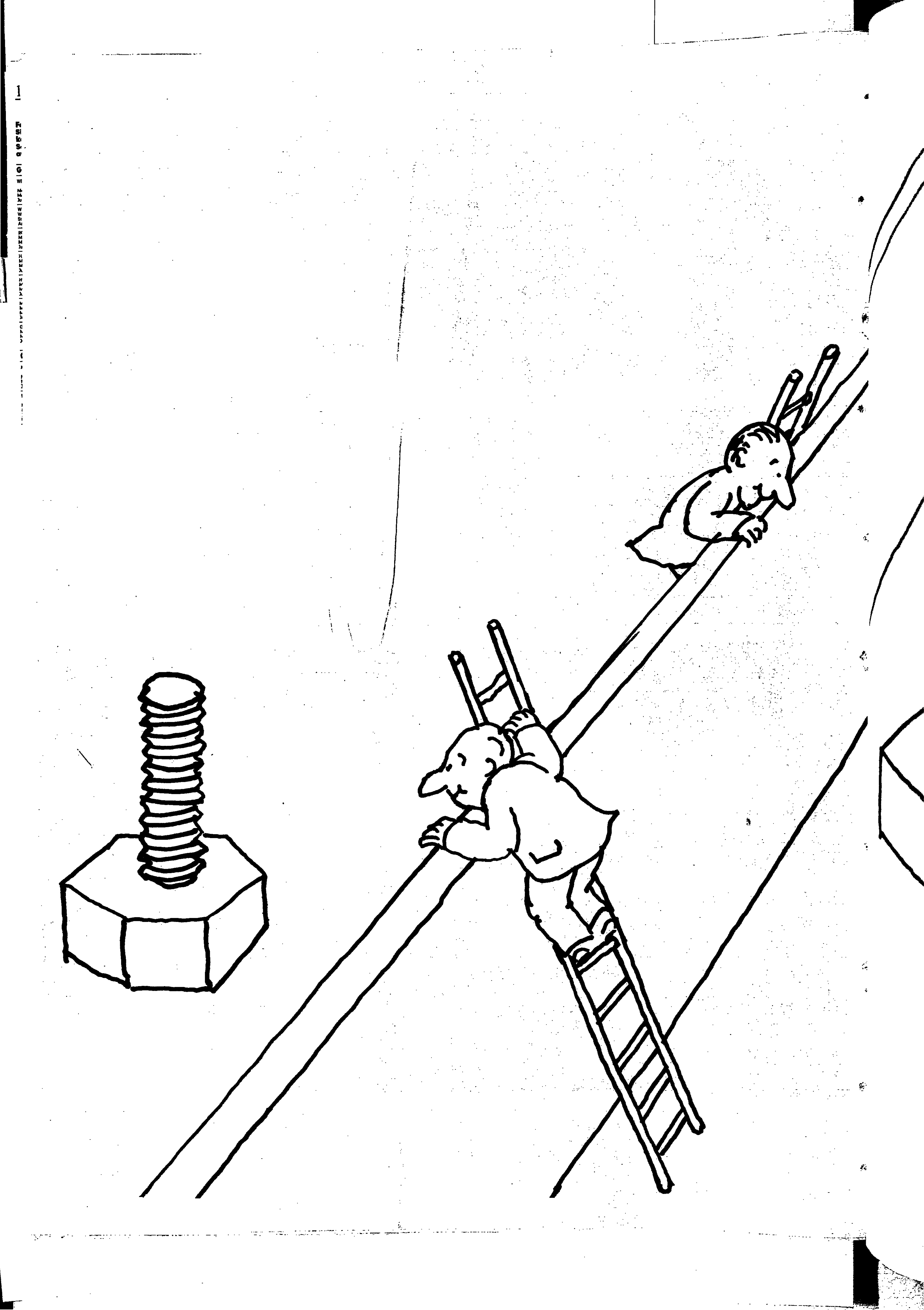
Sollte man sich *nicht für die* „neue Lira" entscheiden, müßten, wie Goria erklärte, sehr bald schon die ebenfalls vorbereiteten neuen Banknoten im Werte von einer halben Million und von einer Million Lire in Druck gehen.

Vor dem „Gipfel"

Auf alle Fälle bleibt das Umstellungsprojekt eng verbunden mit der gesamten Wirtschaftspolitik, die wohl das Hauptthema des demnächst fälligen „Gipfeltreffens" der Regierungskoalition sein wird. Auch hier gehen die Vorstellungen weit auseinander. Christdemokraten, Republikaner und Liberale plädieren dafür, die durch Ölpreisrückgang und Dollarkurs-Senkung eingesparten Lire-Milliarden in erster Linie zur Senkung des Haushaltsdefizits und damit indirekt der Inflationsrate einzusetzen. Ministerpräsident Craxi und seine Sozialistische Partei sind jedoch – ebenso wie die Sozialdemokraten – der Ansicht, daß ein hoher Prozentsatz davon *für öffentliche Arbeiten* und generell zur Schaffung neuer Arbeitsplätze abgezweigt werden sollte.

Auf dem soeben in Rom zu Ende gegangenen Gewerkschaftskongreß der CGIL hat Craxi deutlich zu erkennen gegeben, daß er nach zwei Jahren „*Austerity*" *wirtschaftspolitisch* wieder den Dialog mit der Linken sucht. Das aber könnte die Regierungskoalition am Ende stärker belasten als der Meinungsstreit um die drei Lira-Nullen.

Nicht wenige Christdemokraten vermuten dahinter die Absicht Craxis und seiner Partei, vom Sprungbrett der amtierenden Koalition aus nach *den nächsten Parlamentswahlen* die Linksalternative unter sozialistischer Führung zu erreichen. Sie argwöhnen, daß es die Absicht des Ministerpräsidenten sein könnte, die eingesparten Energie- und Dollarmilliarden in Wählerstimmen umzumünzen und damit die Democrazia Cristiana ins Abseits zu drängen.



Die Beamten sind Opfer der Sparpolitik

Von ALFRED KRAUSE

Das Sparen um jeden Preis am und im öffentlichen Dienst hat viele Väter. Wo immer es in den letzten Jahren galt, Haushaltslöcher zu stopfen, mußte der öffentliche Dienst herhalten. Dabei waren die Personaletats ein bevorzugtes Betätigungsfeld für die Haushaltspolitiker. Regelmäßig wurden Jahr für Jahr aufs neue in Bund, Ländern und Gemeinden pauschale Stellenkürzungen verhängt und Wiederbesetzungssperren verordnet.

Dies geschah, *ohne daß gleichzeitig* die Aufgabenbelastung reduziert wurde. Die Forderung nach mehr und verbessertem Umweltschutz ist das wohl deutlichste Beispiel für diese Entwicklung. Eine Personalpolitik, die sich einseitig an Kostengesichtspunkten *orientiert*, *muß* aber letztlich die Funktionsfähigkeit der Verwaltung und damit die Handlungsfähigkeit des Staates gefährden.

Es ist unredlich, sowohl gegenüber den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes als gegenüber den Bürgern, staatliche Leistungen auszubauen und zu perfektionieren, gleichzeitig aber den Behörden das Personal zur Erfüllung dieser Aufgaben zu entziehen.

Nehmen wir die Lage der Arbeits*verwaltung*, *wo der Verdoppelung* der Arbeitslosenzahl seit 1980 ein Anstieg der Beschäftigtenzahl von 55 000 auf lediglich 63 000 gegenübersteht. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit fehlen in den Arbeitsämtern rund 5000 Mitarbeiter! Oder nehmen wir die Lage der Steuer- und Finanzverwaltung, wo nach Schätzung *der Steuergewerkschaft* 25 000 Mitarbeiter fehlen. Die Folge: Großbetriebe werden durchschnittlich nur alle acht Jahre, Kleinbetriebe nur noch alle 15 Jahre kontrolliert. Die Einschränkung der eigentlich erforderlichen Betriebsprüfungen führt zu *Steuerausfällen in Milliardenhöhe.*

Oder nehmen wir die Situation im öffentlichen Gesundheitswesen. Für weite Bereiche wie die öffentlichen *Krankenhäuser und die sozialen* Dienste hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berechnungen vorgelegt, in denen eine Personalaufstockung um 60 000 Schwestern und Pfleger sowie um 20 000 Ärzte für notwendig gehalten wird. Der Katalog ließe sich fortsetzen. Bereits diese Beispiele zeigen aber, daß Einsparungen am „falschen Ende" teure Folgen haben können.

In einigen Bundesländern ist im Hinblick auf erneut beabsichtigte Stellenkürzungen sogar noch eine Verschärfung der Situation zu erwarten. Allein die nordrhein-westfälische Landesregierung will 1986 weitere 9500 Stellen „einsparen" bei Fortdauer der sechsmonatigen *Besetzungssperre* für freie und freiwerdende Stellen. Bremen – hochverschuldet – kündigt eine noch drastischere Sparpolitik für den öffentlichen Dienst an: Bis weit in die 90er Jahre hinein sieht der Bremer Senat keinen *Handlungsspielraum* für bedarfsgerechte Personal- und Sachausstattungen des bremischen öffentlichen Dienstes.

Beim Bund ste*hen die Zeichen da*gegen günstiger! Mit der vorgesehenen Besoldungsanpassung 1986 ist zumindest wieder der Gleichklang der Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst hergestellt worden. Im Besoldungsstrukturgesetz sind Signale gesetzt worden, die Einkommen im einfachen Dienst von den Sozialhilfesätzen abzurücken. Die Politik der pauschalen Stellenkürzungen und Wiederbesetzungssperren *ist aufgegeben* worden. Schließlich wurden auch er*ste Schritte zum Abbau der besorg*niserregenden Beförderungsstaus unternommen. Eine glaubhafte berufliche Perspektive gehört im öffentlichen Dienst wie auch in der Wirtschaft zu den unverzichtbaren Leistungsanreizen.

Damit deutet sich eine Trendwende an. Der öffentliche Dienst wird nicht mehr ausschließlich als „Kostenfaktor" verstanden, sondern zunehmend in seiner Bedeutung als Instrument zur Erfüllung staatlicher Aufgaben anerkannt.

Ein hochentwickeltes Gesellschaftssystem wie die Bundesrepublik Deutschland braucht eine ebenso entwickelte staatliche Infrastruktur. Ein „Nachtwächterstaat", der sich im wesentlichen auf die Bewahrung der inneren und äußeren Sicherheit beschränkt und alles übrige dem *freien Spiel der Kräfte überläßt*, wäre weder zeitgemäß, noch würde er den Anforderungen eines sozialen Rechtsstaates entsprechen.

Die Leistungsfähigkeit der Verwaltung kann ohne eine vorausschauende Personalplanung auf Dauer nicht *gesichert werden. Dazu gehört*, daß der Staat wissen muß, für welche Aufgaben er wieviel Personal benötigt. Er muß vor allem rechtzeitig wissen, wieviel Nachwuchskräfte er ausbilden muß, um die Zukunftsaufgaben bewältigen und den in den einzelnen Bereichen entstehenden Ersatzbedarf zu decken.



Alfred Krause FOTO: JUPP DARCHINGER

Man sollte annehmen, der Staat wisse das in allen Einzelheiten. Ist das wirklich der Fall? Es gibt zumindest begründete Zweifel, ob eine vorausschauende Personalplanung sy*stematisch für alle Verwaltungsbe*reiche betrieben wird: Einer Studie des deutschen Instituts für Urbanistik (DIFU), Berlin, zufolge haben beispielsweise seit 1975 von 154 befragten Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern mehr als 74 Prozent vollkommen neue Dienststellen für Umweltschutzaufgaben eingerichtet oder vorhandene in größerem Umfang auf den Umweltschutz ausgerichtet. Dabei kritisiert das *Institut* häufig halbfertige Lösungen, die Zer*splitterung der Zuständigkeiten* und die mangelhafte Personalausstattung.

Der Vorwurf unzureichender Konzepte und Personalbedarfsberechnungen trifft ebenso Bund und Länder: So erhebt *das Statistische Bun*desamt in Wiesbaden nur alle zehn (!) *Jahre* eine differenzierte Personalstandsstatistik im Hinblick auf Altersstrukturen, Aufgabenbereiche und Bezahlung in allen Dienststellen des Bundes und der Länder, die als wichtige Grundlage für die Berechnungen des Personalersatzbedarfs des öffentlichen *Dienstes notwendig* ist. Die letzte entsprechende Erhebung stammt aus dem Jahr 1977! Man muß sich fragen, ob eine Personalwirtschaft auf der Grundlage bis zu zehn Jahre alter Daten zukünftig noch verantwortbar ist. Von aktueller Bedeutung ist, daß die Daten für die Statistik des Jahres 1987 in diesem Jahr erhoben werden. Sie können klare Auskünfte darüber geben, welcher konkrete Personalersatzbedarf in den kommenden Jahren in den einzelnen Verwaltungen besteht. Dazu sind aber politische Vorgaben notwendig, entsprechende Informationen darüber zu erhalten, wie der Nachwuchs – rechtzeitig – ausgebildet werden muß, um die dem öffentlichen Dienst gestellten Aufgaben *sachgerecht erfüllen zu können*. Dazu zählen auch Überlegungen, den Altersaufbau insgesamt homogener zu gestalten, um Beförderungsstaus abzubauen und damit berufliches Fortkommen zu gewährleiten.

Qualifizierter Nachwuchs für den öffentlichen Dienst dürfte zukünftig aber nur dann zu gewinnen sein, wenn wieder berufliche Anreize geschaffen werden. Mit – noch bestehenden – Absenkungen der Eingangsbesoldung und beruflichen Aufstiegschancen mit teilweise 14jährigen Wartezeiten ist das jedenfalls nicht zu machen!

Die Bundesregierung hat vom Parlament anläßlich der Verabschiedung des Besoldungsstrukturgesetzes den Auftrag erhalten, bis zum Herbst '86 u. a. diese Frage zu prüfen. Sie sollte die Chance nutzen, durch verbesserte Rahmenbedingungen und voraus*schauende Personalplanungen dem* öffentlichen Dienst die Infrastruktur zu geben, die ein hochentwickeltes Gesellschaftssystem wie die Bundesrepublik nötig hat.

Alfred Krause ist Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes (DBB).

Libyen wirbt Schwarze für Islamische Legion an

Nutzt Khadhafi Flüchtlingselend für seinen Kampf in Tschad?

ACHIM REMDE, Accra/Abidjan

„Junge Freiwillige, die bereit sind, *für die Sache des Islam zu kämpfen*", werden in Ghana per Zeitungsanzeige gesucht. Wenn das libysche Volksbüro um neun Uhr morgens öffnet, steht schon ein gutes Dutzend vor der Tür. *Richter* Annan, prominentes Mitglied der ghanaischen Regierung, erklärte *auf Fragen der WELT zu* der Anzeigenkampagne: „Es handelt sich um eine kommerzielle *Anzeige*, auf die die ghanaische Regierung keine Zensur ausübt. In Libyen arbeiten immerhin viele Ghanaer. Sie sind mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen zufrieden."

Die jungen Freiwilligen werden für *Khadhafis Islamische Legion* gesucht. Diese Fremdenlegion besteht fast ausschließlich aus Schwarzafrikanern, die aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen – viele von ihnen kommen aus den armen Sahelländern – ihrer Heimat den Rücken kehren. Nach Berichten *westlicher* Beobachter existiert in der Nähe von Cotonou, der Hauptstadt der Sozialistischen Volksrepublik Benin in Westafrika, ein Sammellager, von dem aus vor allem jugendliche Flüchtlinge aus Tschad zu Hunderten von der sowjetischen Fluglinie Aeroflot nach Tripolis geflogen werden. *Während ihres Aufenthaltes in* Benin erhalten sie pro Tag 500 CFA (etwa 3,50 Mark) sowie kostenlose Verpflegung und Unterkunft. Da viele von ihnen unterernährt sind, müssen sie zunächst einmal zu Kräften kommen.

Ähnliche Anzeigen wie in Accra sollen in anderen westafrikanischen Ländern sowie in Dschibuti erschienen sein.

Hilfe aus Frankreich

Die Islamische Legion wird im von *Libyen besetzten Nord-Tschad* eingesetzt. Ihre Kämpfer sind nur schwer von *jenen der tschadischen* Oppositionsbewegung zu unterscheiden, die unter Führung Goukouni Oueddeis gegen die Regierung Hissène Habres kämpft, die die Hauptstadt Ndjamena und den Süden bis zum 15. Breitengrad kontrolliert.

Unter dem Beifall zahlreicher afrikanischer Regierungen – „Bravo les *Français!*" schrieb die Zeitung *„Fraternité Matin"* von der Elfenbeinküste – waren zur Unterstützung Habres Mitte Februar wieder französische Truppen nach Tschad zurückgekehrt, inzwischen insgesamt 900 Soldaten. 150 von ihnen gingen vor wenigen Tagen in Moussoro, 250 Kilometer *nordöstlich* von Ndjamena, in Stellung, um ein dort stationiertes Kontingent von Habre-Truppen zu entlasten. Sie haben inzwischen ein weitreichendes Radar-Luftüberwachungssystem errichtet, *das ähnliche* Überraschungen wie die vom 17. Februar *verhindern soll*, als ein libysches Flugzeug den Flughafen von Ndjamena bombardierte.

OAU zeigt sich unfähig

Darüber hinaus brachte am vergangenen Freitag eine von Frankreich gecharterte C-5 Galaxy der amerikanischen *Luftwaffe – das größte* Transportflugzeug der Welt – Ge*schütze* für Boden-Luft-Raketen vom Typ „Hawk", die eine Reichweite bis zu einer Höhe von 8500 Meter haben, nach Ndjamena. Sie wurden unmittelbar neben dem Flugfeld installiert und sollen zusammen mit *einer* Radaranlage die schon vorhandenen *Crotale-Geschütze ergänzen*. Diese dienen zum Schutz von Flugzeugen in niedriger und mittlerer Höhe.

Politischen Beobachtern fällt auf, *daß die* Zusammenarbeit mit den Amerikanern beim neuerlichen Tschad-Engagement Frankreichs nunmehr reibungslos zu funktionieren scheint. Frühere Hinweise auf den aggressiven Charakter der libyschen Präsenz in Tschad seitens der Amerikaner und auch Hissène *Ha*bres waren bei den Franzosen auf tau*be Ohren gestoßen*.

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), *die zur Lösung des* Tschad-Problems eigentlich berufen wäre, erweist sich unterdessen wieder einmal als unfähig. Sie hat auf ihrer Außenministertagung am vergangenen Mittwoch das Thema Tschad an einen Ausschuß überwiesen und statt dessen Libyen ihrer Unterstützung gegen die USA im Streit um die von Libyen als Hoheitsgewässer beanspruchte Große Syrte versichert.

Skandal um Diamanten zieht Kreise

htz. Antwerpen

Der als „Diamanten-Affäre" begonnene Skandal um Schwarzhandelsgeschäfte und Steuerhinterziehung einiger Antwerpener Diamantenhändler erhält eine politische Dimension. Der belgische *Vizepremier und* Justizminister Jean Gol und sein Amtskollege für öffentliche Angelegenheiten, Louis Olivier, werden jetzt im Zusammenhang mit dieser Betrugsaffäre genannt.

Bei der Durchsuchung des Antwerpener Bankhauses „Rodger Kirchen & Co.", das für rund 800 Kunden über Jahre finstere *Geschäfte* betrieben haben und unversteuerte Gewinne aus den Schwarzhandelsgeschäften von umgerechnet rund 10 Milliarden Mark für die Kunden auf Nummernkonten in die Schweiz oder nach Luxemburg transferiert haben soll, stieß die Polizei auf umfangreiche Dossiers. Sie führten auf die Spur des *Politikers Hilaire Beelen* (Teilhaber bei „Kirchen & Co.") und über ihn und seine Partei, die flämischen Liberalen, zu einer gemeinnützigen Vereinigung mit dem bezeichnenden Namen „Steunt Elkander" (helft einander), bei der Justizminister Jean Gol als Vizevorsitzender fungiert.

Bei einer Durchsuchungsaktion von *„Steunt Elkander"* wiederum soll die Staatsanwaltschaft auf einen zwi*schen dem Justizminister* und dieser Vereinigung geführten Briefwechsel gestoßen sein. Aus ihm ging angeblich hervor, daß seitens des Justizministeriums wiederholt in laufende Gerichtsverfahren eingegriffen wurde. Außerdem unterhalte, so hieß es in der belgischen Presse, „Steunt Elkander" mit der Luxemburger Immobiliengesellschaft *„Immo-Invest"* enge Kontakte. Sie aber diente als Geldwaschanlage für „Kirchen & Co".

Ein Sprecher des Justizministeriums hat im Namen des erkrankten Justizministers diese Behauptungen zurückgewiesen. Der die Ermittlungen leitende Staatsanwalt Francis Poelman sagte: „Im jetzigen Stadium können wir nicht von einem politisch finanziellen Skandal sprechen."

Ein Skandal aber ist es längst. Denn Hilaire Beelen, von der Justiz kürzlich gegen eine *Kaution* von umgerechnet 400 000 Mark freigelassen, ist *inzwischen untergetaucht*.

Am 4. 3. 1986 verstarb unser ehemaliger Direktor

Dr. phil. Paul Kränzlein

im Alter von 73 Jahren.

Der Verstorbene trat im Jahre 1941 als Chemiker in die Polymerisationsabteilung unseres Unternehmens ein. Er übernahm im November 1953 die Leitung dieser Abteilung und beeinflußte damit maßgebend die erfolgreiche Entwicklung unserer Kunststoffe und Synthesekautschuke. Als technischer Leiter unseres Geschäftsbereiches Kautschuk erwarb er sich von 1972 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1977 weitere Verdienste. Zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten aus seinem Fachgebiet sind Zeugnis seiner Kreativität.

In Trauer nehmen wir Abschied von einer hochgeachteten Persönlichkeit, dessen menschliche Ausstrahlung und Aufgeschlossenheit in unserer Erinnerung bleiben werden.

Marl, den 5. März 1986

Hüls Aktiengesellschaft

Die Trauerfeier ist am Freitag, dem 7. 3. 1986, um 11.00 Uhr in der Trauerhalle des Hauptfriedhofes in Gelsenkirchen-Buer. Anschließend erfolgt die Beisetzung.

Anstelle zugedachter Blumen wird im Sinne des Verstorbenen um eine Spende an die Stiftung Eben-Ezer, Postscheckamt Hannover, Konto-Nummer 7 406 309 (BLZ 250 100 30), gebeten.

In Trauer nehmen wir Abschied von unserem ehemaligen Geschäftsführer

Dr. phil. Paul Kränzlein

der im Alter von 73 Jahren am 4. März 1986 verstarb.

Nach Gründung unserer Gesellschaft im Jahre 1955 hat der Verstorbene bei Planung, Aufbau und Inbetriebnahme unserer Produktionsstätten sowie bei der weiteren Entwicklung unseres Unternehmens entscheidend mitgewirkt. Seit dem Jahre 1964 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1977 hat er als Geschäftsführer die Geschicke unseres Unternehmens erfolgreich gestaltet.

Hohes Ansehen erwarb er sich durch seine engagierte Tätigkeit in internationalen Fachgremien und in der deutschen Kautschuk-Gesellschaft.

Seine Fairness, Kontaktfähigkeit und menschliche Aufgeschlossenheit bleiben bei Kollegen und Mitarbeitern in guter Erinnerung.

Marl, den 5. März 1986

Aufsichtsrat, Geschäftsführung
Betriebsrat und Mitarbeiter der
Bunawerke Hüls GmbH

Die Trauerfeier ist am Freitag, dem 7. März 1986, um 11.00 Uhr in der Trauerhalle des Hauptfriedhofes in Gelsenkirchen-Buer. Anschließend erfolgt die Beisetzung.

Anstelle zugedachter Blumen wird im Sinne des Verstorbenen um eine Spende an die Stiftung Eben-Ezer, Postscheckamt Hannover, Konto-Nummer 7 406 309 (BLZ 250 100 30), gebeten.

Mein geliebter Mann

Dr. phil. Wolfgang Eckhardt

geb. 9. Okt. 1925 gest. 26. Febr. 1986

hat mich nach kurzer Krankheit für immer verlassen.

In Trauer und Dankbarkeit
Karin Eckhardt geb. Martens
und alle Angehörigen

Uhlenhorster Weg 19, 2 Hamburg 76

Wir nehmen Abschied am Dienstag, dem 11. März 1986, um 11.30 Uhr in der Halle B, Krematorium, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf.

Am 26. Februar 1986 verstarb im *Alter* von 60 Jahren der *Leiter* unserer Mittelalter-Abteilung, Oberkustos

Dr. Wolfgang Eckhardt

Dr. Eckhardt arbeitete nicht nur auf dem Gebiet der mittelalterlichen Kunst, sondern war auch als Betreuer der Sammlung wissenschaftlicher Instrumente ein Kenner von Rang. Das Museum verdankt ihm darüber hinaus die langjährige Redaktion *aller Publikationen des Hauses*.

Wir trauern um ihn.

Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem sehr verehrten Seniorchef, Herrn

Willi Müller-Preißer

geb. 16. Januar 1922 gest. 28. Februar 1986

Als Inhaber unserer Unternehmen war er eine herausragende Persönlichkeit voller Tatkraft und *menschlicher Wärme*.

Für sein unternehmerisches Engagement und für seinen bis zuletzt unschätzbaren Rat werden wir ihm immer dankbar sein.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter
der Firmen

F. MORITZ MÜLLER HOLZ-IMPORT
REIHERSTIEG-HOLZLAGER AG UMSCHLAG, LAGERUNG, SÄGEWERK
HAMBURG

Trauerfeier am Freitag, dem 14. März 1986, 10.45 Uhr, Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle C.

Für uns alle unfaßbar, verstarb am Sonntagabend unser Seniorchef an den Folgen eines Herzinfarktes

WILLI van de LOO

*geb. 4. 7. *1929* †2. 3. 1986

Sein hohes fachliches Können und weitschauender Unternehmergeist, seine menschliche Stärke und Aufrichtigkeit bleiben uns allen ein Vorbild.
Die heutige Bedeutung unserer Firma verdanken wir ihm.
Sein Tod ist für uns alle ein schmerzlicher Verlust.
Wir werden sein Angedenken stets in Ehren halten.
Es verpflichtet uns, in seinem Sinne weiterzuarbeiten.
In Dankbarkeit nehmen wir Abschied:

Willi und Monika van de Loo geb. Appel
Günther und Sigrid Koch geb. van de Loo
Die Mitarbeiter des Autohauses van de Loo

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verhetzung auf der Bühne

„Bundestag warnt vor Antisemitismus"; WELT vom 28. Februar

Sehr geehrte Herren,

in der aktuellen Stunde am 27. Februar im Bundestag kam leider ein deutliches Beispiel von neuem Antisemitismus in der Bundesrepublik nicht zur Sprache. Es handelt sich dabei um das eindeutig antisemitische Bühnenstück von Fassbinder „Der Müll, die Stadt und der Tod", das in Frankfurt/M. erst vor kurzem auf einer staatlich subventionierten Bühne aufgeführt werden sollte. Dabei waren bei diesem Stück die Merkmale der Volksverhetzung erfüllt.

Abgesehen von CDU-Oberbürgermeister Wallmann hatte sich sonst kein Vertreter der politischen Parteien für die Absetzung des Stückes ausgesprochen. Wenn dieses antisemitische Machwerk von Fassbinder trotz der linken Proteste gegen die Absetzung schließlich doch nicht aufgeführt wurde, war es vor allem das Verdienst der Entschlossenheit unserer jüdischen Mitbürger in Frankfurt/M., die mehr Unterstützung seitens der politischen Parteien verdient hätten.

Deshalb hätte es auch den Initiatorinnen der aktuellen Stunde im Bundestag, Frau Renger und Frau Hamm-Brücher, gut angestanden, den Verfechtern der Aufführung dieses Stückes aus den Reihen der SPD und der Grünen ihre antisemitische Haltung vorzuwerfen, statt alles im Nebel zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Früchtnicht,
Hamburg 65

Reise-Risiken

„Bitterer „Cocktail" für Verwandlungskünstler"; WELT vom 1. März

Sehr geehrte Redaktion,

Ihr hochinteressanter Artikel über resistente Malariaerreger blieb leider ohne den entscheidenden Hinweis, in welchen Gebieten der ahnungslose Tourist am meisten gefährdet ist. In keinem Prospekt eines Reiseveranstalters finden Sie einen derartigen Hinweis.

Ein Internist in München wies mich darauf hin, daß das Gesundheitsrisiko wegen resistenter Malariastämme in jüngster Zeit außerordentlich gestiegen sei. Ich setzte mich sofort mit dem Tropeninstitut in München in Verbindung und erhielt die Auskunft, daß die schwersten Malariafälle mit über 50 Prozent tödlichem Ausgang zur Zeit aus Kenia kämen. Dort helfe auch keine Prophylaxe, weil die Resistenz gegenüber allen in Deutschland zugelassenen Malariamitteln (Resochin, Fansidar) bestehe.

Bei dem Reiseunternehmen, bei dem ich eine Safari in Kenia buchte, sagte man mir, man habe sich beim Tropeninstitut in Hamburg erkundigt und die Auskunft erhalten, daß kein Grund zur Beunruhigung bestehe und normale Malariaprophylaxe auch in Kenia völlig ausreichend sei. Was ist nun richtig?

Mit freundlichen Grüßen
Dieter Peikert,
Gmund a. Teg.

Erbhöfe?

Sehr geehrte Herren,

in seiner Betrachtung über den Widerstand des Außenministeriums gegen die Beteiligung der Bundesrepublik an der SDI-Forschung hat Herbert Kremp die Frage nach den Motiven gestellt. Ich bin überzeugt, daß Außenminister Genscher nicht vor Verwerfungen im Bündnis zurückscheut, weil seine Partei mit der SPD und den Grünen um ein Wählerpotential konkurriert, das auf eine Neuauflage der sogenannten Entspannungspolitik eingeschworen ist. Die Diskussion über das Angebot Gorbatschows läßt allerdings befürchten, daß der Primat der Innenpolitik für alle Bündnispartner zur Versuchung werden kann.

Wer dem psychostrategischen Feldzug Moskaus mit der Parole Vorschub leistet, das SDI-Programm könne durch Abrüstung entbehrlich gemacht werden, täuscht den Wähler über die politische Wirklichkeit und die waffentechnischen Zukunftsperspektiven.

Die Aussicht, daß der Weltfrieden eines Tages auf der Stärke der Defensive und den technologischen und rüstungswirtschaftlichen Potentialen ruhen wird, ist für den Westen ermutigend, weil die Sowjetunion auf diesem Feld nicht Schritt halten kann. Der Bundesrepublik fällt in dieser Lage eine Schlüsselrolle zu. Deshalb darf das Außenministerium kein Erbhof der FDP werden.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Fleischer,
Hamburg 70

Pfennig an sich

Sehr geehrte Damen und Herren,

kann man einen Pfennig erhöhen? Eigentlich nicht. Aber der „Kohlepfennig" macht's möglich. Freilich ist er auch kein Pfennig, sondern ein größerer Geldschein. Man sollte aufhören, Abgaben und Steuern mit dem verniedlichenden Wort „Pfennig" zu umschreiben. Ehrlich wäre es, eine Kohlesteuer auch so zu nennen. Witzigerweise wird von der Kohlesteuer auch noch Mehrwertsteuer erhoben! Vor Einführung weiterer Pfennige, als da wären Wald-, Reinluft-, Sauberwasser-Pfennige muß gewarnt werden.

Warum „Preisverfall"? Verfall ist schlecht, Preissenkung ist gut. Da die Mehrzahl der WELT-Leser nicht Händler, sondern Verbraucher sind, ist künftig das Wort „Preisverfall" durch „Preissenkung" zu ersetzen.

Mit freundlichem Gruß
Paul Aberger,
Scharbeutz

Porzellan kaputt

„Grolle attackiert Washingtons Nicaragua-Politik"; WELT (Hamburg-Ausgabe) vom 27. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

besorgt fragen neben mir noch viele Bürger, ob es in der SPD-Senatsmannschaft keinen kompetenteren Politiker gibt als ausgerechnet den Schulsenator, der sich anmaßt, die Nicaragua-Politik Washingtons zu kritisieren?

Herr Grolle hat mit seiner Schulpolitik in der Freien und Hansestadt schon genug Porzellan zerschlagen ...; jetzt auch noch Nicaragua. Das darf doch nicht wahr sein. Was mutet die SPD ihren Wählern eigentlich alles zu? Herr Grolle wäre gut beraten gewesen, das Büchlein von Kriele (SPD), Staatsrechtler und Publizist, zu lesen: „Nicaragua – Das blutende Herz Amerikas". Krieles Fazit nach einer einwöchigen Reise durch das schwer geprüfte Land: „Nicaragua ist weit entfernt davon, eine Demokratie zu sein, entwickelt sich vielmehr zu einem Zwangsstaat sowjetischer Prägung. Wieder, wie vor 1979, herrschen Unfreiheit und Armut, gebessert hat sich nichts. Auf vielen Gebieten sind die Nicaraguaner sogar noch schlechter gestellt als unter Somoza."

Mit freundlichen Grüßen
Hellmuth Fehling,
Hamburg 52

Wort des Tages

„Charakter ist in der moralischen Welt, was in der physischen das Knochengebäude."

Karl Julius Weber, deutscher Jurist und Privatgelehrter (1767–1832)

Trickkisten

„Schmeicheleinheiten für den Chef"; WELT vom 25. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer lange genug in Betrieben der Privatwirtschaft gearbeitet hat, weiß wie sehr sich in vielen Betrieben Personalleiter, Ausbildungsleiter und Betriebspsychologen bemühen, in Seminaren – inner- und außerbetrieblich – Vorgesetzte aller Ebenen mit den Voraussetzungen einer guten Arbeitsatmosphäre vertraut zu machen.

Um so erschrockener muß nach dem Bericht über „Schmeicheleinheiten für den Chef" zur Kenntnis genommen werden, daß ein, wie es heißt, Psychologieprofessor an der Universität Dortmund „machtbewußte" Mitarbeiter darin unterrichtet, wie sie mit Kniffen und Tricks ihre Vorgesetzten manipulieren können. Danach schult er seit Jahren sowohl Chefs in punkto Führungseigenschaften als auch „untergebene" Mitarbeiter. Die Mitarbeiter sollen „den Boß beherrschen" – sprich: manipulieren lernen, und die Chefs wohl gleichermaßen ihre Mitarbeiter.

Hätte der „Psychologieprofessor" Betriebskenntnisse und Erfahrungen im täglichen Miteinander dort, würde er wissen, daß mit Griffen in die Trickkiste nach kurzer Zeit sich Argwohn und gegenseitiges Mißtrauen im Betrieb einnisteten. Das Aufpeppeln von Radfahrernaturen und Speichelleckern auf der einen Seite, und der Einbau von Tricks in Führungsgrundsätze fördert sicher nicht die erwünschte vertrauensvolle Zusammenarbeit im Betrieb.

Es ist auch die Frage, ob die Aktivitäten eines solchen Psychologen dem in manchen Unternehmungen nicht sehr geprägten Ansehen der Betriebspsychologen dienlich sind.

Mit den besten Grüßen
Dr. Otto Ahlers,
Hamburg 11

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Dr. Dusan Spacil, Prags Botschafter in Bonn, gilt unter seinen Kollegen als leidenschaftlicher Musikfreund. In seiner neuen Botschaftskanzlei in Bonn-Ippendorf bat er wieder einmal zu einem Konzert. Eingeladen hatte er das Ensemble des Dvorak-Konservatoriums Prag, die „Camerata Nova", die Prager Bläser. Bei der Gruppe handelt es sich um sehr junge Musiker, die jetzt gerade ihre Studien auf dem Konservatorium beendet haben und in Kürze in eines der neun Symphonieorchester der Stadt eintreten werden. Die Künstler, die zuvor eine Tournee durch Frankreich und Luxemburg unternahmen, stellten sich u. a. mit Mozart und Dvorak vor. Anton Dvoraks 175. Geburtstag wird in Prag in den nächsten Tagen musikalisch groß gefeiert. Die Musikstudenten spielten mit dem ihnen eigenen jugendlichen Enthusiasmus und zeigten hervorragendes künstlerisches Einfühlungsvermögen und Können. Die musikalische Leitung hatte Professor Dr. Vachulka. Der 75jährige Dozent hat in den vergangenen Jahren in Prag zahlreichen Ensembles zu ihrem Entstehen verholfen. Die deutschen Gäste, unter ihnen der Staatssekretär im Bundespräsidialamt, Dr. **Klaus Blech**, der Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt, Ministerialdirektor Dr. **Berthold Witte**, der Sprecher des Auswärtigen Amtes, **Jürgen Chrobog** und Bonns Polizeipräsident Dr. **Hans-Wilhelm Fritsch** spendeten viel Beifall für die sympathische Truppe.

*

In der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn stellte Dr. **Hubertus Hoffmann** sein neuestes Buch vor: „Die Atompartner Washington/Bonn und die Modernisierung der taktischen Kernwaffen". Erschienen ist das Werk im Verlag Bernard & Graefe, Koblenz. Das Buch ist die erste umfassende deutsche Untersuchung der jüngsten Phase der nuklearen Sicherheitspolitik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Das Vorwort schrieb der renommierte Bonner Politikwissenschaftler Professor Dr. **Karl-Dietrich Bracher**. In seiner Laudatio erklärte General a.D. **Johannes Steinhoff**, bisher gebe es nichts Ebenbürtiges auf dem deutschen Büchermarkt. Hubertus Hoffmann wertete in der Untersuchung mehr als 50 Hintergrundinterviews aus. Gespräche hatte er unter anderem mit **Helmut Schmidt, Alexander Haig** und dem ehemaligen amerikanischen Sicherheitsberater Dr. **Zbigniew Brzezinski** geführt.

GEBURTSTAGE

Paul Kratz, SPD-Bundestagsabgeordneter von 1972 bis 1980, wird am 13. März 65 Jahre alt. Geboren in Eschweiler bei Aachen, lernte Kratz nach dem Schulbesuch Stahlbauschlosser. 1941 kam er zur Kriegsmarine. Nach dem Kriege arbeitete er als Walzwerker und als Straßenbahnschaffner. Mitte der 50er Jahre absolvierte er ein Studium an der Akademie der Arbeit in Frankfurt/Main. 1957 bis 1962 war er Geschäftsführer bei der Gewerkschaft ÖTV und ab 1963 Bevollmächtigter der IG Metall für die Verwaltungsstelle Viersen. Dort lebt er auch heute noch. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag übernahm er die Aufgabe als Seniorenbeauftragter der SPD für den Niederrhein.

*

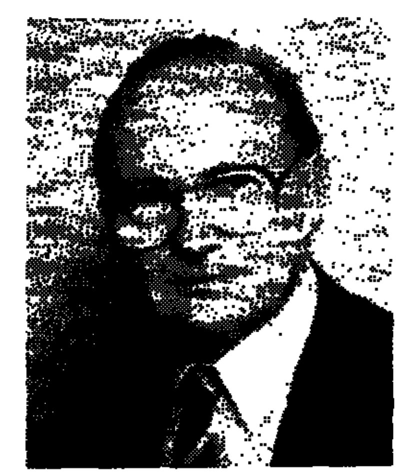
Der SPD-Bundestagsabgeordnete **Alfred Meininghaus**, stellvertretender Vorsitzender des vielbeschäftigten Petitionsausschusses im Deutschen Bundestag, wird am 14. März 60 Jahre alt. Meininghaus ist in Dortmund geboren. Der Sohn eines Bergmanns besuchte zunächst die Mittelschule. Er erlernte den Beruf des Industriekaufmanns und bildete sich in gewerkschaftlichen Schulungskursen fort. 1964 bis 1976 arbeitete er als Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Dortmund. 1957 trat er in die SPD ein. 1969 bis 1976 gehörte er dem Rat der Stadt Dortmund an, die beiden letzten Jahre als Bürgermeister. In seinem Dortmunder Bundestagswahlkreis erzielte er 1976, 1980 und 1983 Traumergebnisse von über 60 Prozent.

*

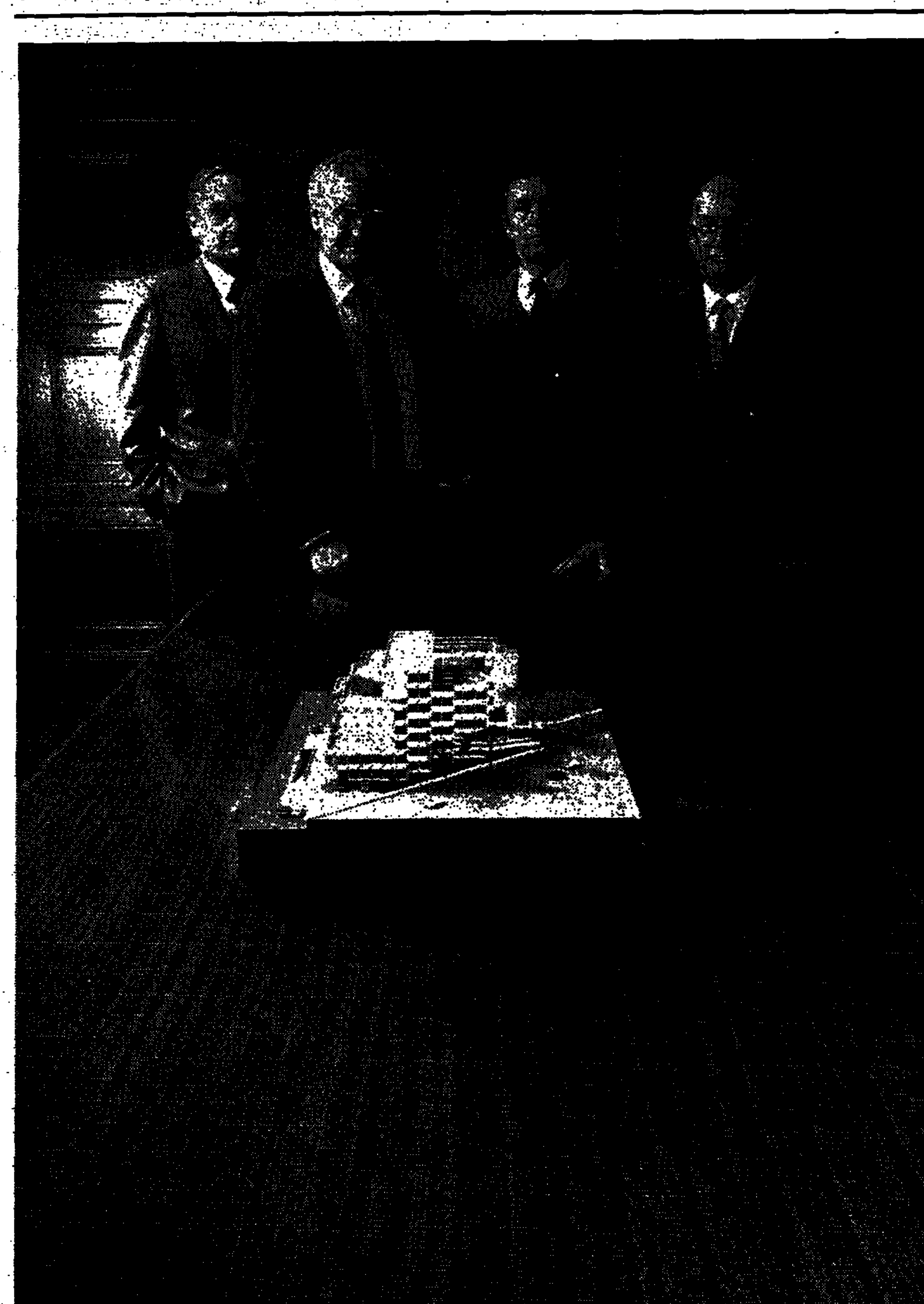
Professor Dr. **Eugen Schreck**, ehemaliger Direktor der Augenklinik und Poliklinik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, wird am 15. März 75 Jahre alt. Über einen langen Zeitraum hat der Mediziner die Ophthalmologie an der Universität in Erlangen-Nürnberg geprägt. Der Wissenschaftler war der Hochschule von 1951 bis 1980 verbunden. In diesen Jahren entstanden auch bedeutende Lehr- und Handbücher zu seinem Fachgebiet. Von 1948 bis 1959 arbeitete er für das Zentralblatt der Ophthalmologie und bis 1983 war er Herausgeber von Graefes Archiv für klinische und experimentelle Ophthalmologie. Sein langjähriger Kampf galt dem Neubau der Universitäts-Augenklinik in Erlangen-Nürnberg. Während seiner Tätigkeit schlug er auch als Lehrer Rekorde: Er bildete 101 Augenärzte aus. Einige von ihnen haben inzwischen selbst Lehrstühle und Chefarztpositionen. Zu Beginn der Sechziger war Professor Schreck Dekan der Medizinischen Fakultät.

*

Die Welt der Rechtswissenschaft gab sich am Dienstag bei einem Empfang zum 60. Geburtstag eines der bekanntesten Journalisten auf dem Felde der Rechtspolitik, **Henning Frank**, (Foto) in Niederkassel bei Bonn ein Stelldichein. Frank ist Redakteur des Deutschlandfunks



und Mitarbeiter der WELT. Die Laudatio hielt der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor **Roman Herzog**, als ranghöchster Anwesender in seiner Eigenschaft als „stellvertretendes Bundesorgan", wie er selbst eingestand. Unter den Gästen sah man den ehemaligen Außenminister **Gerhard Schröder**, den Staatsminister im Kanzleramt **Friedrich Vogel**, Bundesverfassungsrichter Professor **Hans Hugo Klein**, den früheren Bundesverfassungsrichter **Hans Joachim Faller**, den Vorsitzenden der Gesellschaft für Rechtspolitik („Bitburger Gespräche") und früheren Mainzer Justizminister **Otto Theisen**, Professor **Fritz Ossenbühl** (Universität Bonn) sowie Berufskollegen Franks.



Das aktuelle Fachbuch

. . . schlimmer als mancher Krieg

Auf die Frage, welche Faktoren denn die Geschichte der Menschheit am meisten beeinflußt haben, müßte man wohl antworten: der Mensch selbst. Andere werden vielleicht den „Produktionsverhältnissen" den Vorrang geben. Wohl niemand käme aber ernsthaft auf die Idee, bestimmten Tieren eine solche Bedeutung beizumessen. Doch es waren gerade die Insekten, die dem Menschen mehr zu schaffen gemacht haben als mancher Krieg. Dies liegt vor allem an ihrer Rolle als Überträger von Infektionskrankheiten; Malaria, Fleckfieber und Pest sind die drei bedeutsamsten dieser Seuchen.

In drei abgeschlossenen Kapiteln beschreiben der Zoologe Prof. Erwin Schimitschek und der Tropenmediziner Prof. Günther Werner die Organismen, die die Seuchen auslösen bzw. übertragen, und zeigen an Hand zahlreicher Beispiele aus der Geschichte und der Kultur, wie diese Seuchen das Leben der Menschen beeinflußten.

Das Buch schildert aber auch, welche Maßnahmen die Menschen gegen diese Seuchen zu ergreifen suchten. Wer kennt nicht die Bilder von den „Schnabeldoktoren", die bis weit in die Neuzeit hinein mit ihren Vogelkopf-ähnlichen Masken durch die pestverseuchten Städte zogen. Erst den Fortschritten der Medizin und Biologie im letzten Jahrhundert ist es zu verdanken, daß diese Krankheiten, zumindest in unseren Breiten, heute keine Gefahr mehr darstellen. Ganz anders allerdings in den Ländern der Dritten Welt: Während Fleckfieber und Pest nur noch regional begrenzt auftreten, ist die Malaria immer noch die häufigste Infektionskrankheit auf der Welt und fordert Jahr für Jahr viele Millionen Tote. Kü.

„Malaria, Fleckfieber, Pest – Auswirkungen auf Kultur und Geschichte", von E. Schimitschek und G. Werner, S. Hirzel Verlag, 172 S., 29,50 DM.

Mehr Tempo für den Datenfluß

Computer-Hersteller Hewlett-Packard stellt Hochleistungsrechner einer neuen Generation vor

Von DIETER THIERBACH

Die Live-Übertragung, morgens um 10 Uhr aus dem kalifornischen Palo-Alto in alle Welt abgestrahlt, lief perfekt. Was vier Kameras in der Tele-Konferenz erfaßten, konnten gleichzeitig Hunderte von Journalisten an Amerikas Ostküste, aber auch über 500 Manager im Berliner Kongreß-Zentrum verfolgen. Für den 74jährigen Firmengründer David Packard war es das größte Spektakel in der Geschichte seiner weltweit über 84 000 Mitarbeiter zählenden, mehr als 7000 elektronische Produkte herstellenden Spezialisten-Crew. Unweit des jetzigen Hauptsitzes in Palo Altos 3000 Hanover Street gründete David Packard 1938 mit seinem Stanford-Studienkollegen William R. Hewlett in einer Garage seine „Firma" und legte so den Grundstein zum Run auf Silicon Valley.

Seine Wissenschaftler hatten soeben die ersten Modelle einer neuen Generation von Hochleistungscomputern vorgestellt, die nach dem RISC-Prinzip (RISC= Reduced Instruction Set Computing – Rechnen mit vereinfachtem Befehlssatz) arbeiten. „Kein anderer namhafter Computerhersteller hat bisher die Entwicklung einer so umfangreichen Palette von Produkten angekündigt, die alle auf derselben Architektur aufbauen", erklärte John A. Young, Präsident von Hewlett-Packard.

Die neue „HP Precesion Architecture" bietet gegenüber komplexeren Rechner-Architekturen beträchtliche Leistungsvorteile. Der auf dem RISC-Konzept aufbauende Befehlssatz der neuen Rechner ist unmittelbar in der Hardware realisiert. Damit wird die für die Entschlüsselung der mikrodatierten Maschinenbefehle konventioneller Computer aufzuwendenden Systemzeit eingespart.

Die größte der vorgestellten „Maschinen" wird 6,7 Millionen Instruktionen pro Sekunde verarbeiten können und ist damit dreimal so schnell wie Geräte in der herkömmlichen Technologie. Bis zu 350 000 US-Dollar soll der Computer kosten, der in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres zu kaufen sein wird. Vergleichsdaten zeigen, daß die neuen HP-Maschinen schneller und billiger sind als die Rechner der Konkurrenten DEC (Digital Equipment Corporation) und IBM (Industrial Business Machines).

Vor 14 Jahren hatte „HP" seinen großen Coup mit dem „HP 35" gelandet, der umfangreiche Tabellenwerke überflüssig machte, weil er als erster Taschenrechner Winkelfunktionen und Logarithmen berechnen konnte und somit eine kleine Revolution in wissenschaftlichen Labors auslöste.

Das RISC-Verfahren der phasenweisen Parallelverarbeitung von Befehlen, auch Pipelining genannt, erhöht dank der Einheitlichkeit der Befehle die Leistungsfähigkeit des Systems. Eine solche Architektur kann in den verschiedensten modernen Technologien verwirklicht werden und eignet sich vor allen Dingen für den Einsatz von VLSI-Schaltungen (Very Large Scale Integration), Chips mit sehr hoher Packungdichte elektronischer Bauelemente.

Der Austausch von Daten kann jetzt innerhalb eines Chips stattfinden, anstatt zwischen verschiedenen Rechnerkomponenten. Eine weitere Leistungsverbesserung ergibt sich aus dem Speicher-Hierarchieprinzip der neuen Architektur und der Verwendung optimierender Compiler, den Übersetzungsprogrammen also, welche die in einer Programmiersprache abgefaßten Quellanweisungen in Zielanweisungen einer maschinenorientierten Programmiersprache umwandeln. So werden häufig benötigte Befehle und Daten in Registern der Zentraleinheit abgespeichert, die bis zu achtmal schneller sind als der Arbeitsspeicher.

Vizepräsident Joel S. Birnbaum, Direktor der zentralen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, ist – nach über 15 Jahren beim großen Bruder IBM – der geistige Ziehvater. Wann wird ein Personal-Computer mit der neuen Technologie versehen werden? Birnbaum: „Ein IC besteht schon, allein an der Software und dem Einbinden in schon bestehende PC-Systeme hapert es noch."

Ira Goldstein, einer der über 1200 Wissenschaftler, die sich im letzten Jahr die Firmen-Summe von 685 Mill. US Dollar für Forschung und Entwicklung aufteilten, gibt einen kleinen Vorgeschmack auf das, was man später einmal mit den neuen Maschinen machen kann: Er stellt eine Art chemischen Detektiv als Beispiel für „künstliche Intelligenz" vor. Bekannte standardisierte chemische Untersuchungsmethoden wie die Massenspektroskopie, die Gaschromatographie, Infrarot- und Ultraviolett-Techniken sollen schon bald in einem Automaten gekoppelt werden. Ob flüssige oder feste, organische oder anorganische Stoffe: „Der moderne Analysenatomat", so Ira Goldstein „nutzt mit Hilfe einer Infobank bekannte Daten einiger tausend bereits bekannter Verbindungen, vergleicht sie mit den gerade ermittelten Werten, kombiniert und spuckt einen möglichen Strukturvorschlag mit einer bis zu 99 prozentigen Wahrscheinlichkeit aus." Auf die Frage, wann denn so ein – die chemische Analytik revolutionieres – Universalgenie produktionsreif sei, stellt er lapidar fest: „Unsere Ideen gehen jetzt an die Geräteleute . . ."

Mikrochips werden kleiner, dabei aber immer leistungsfähiger FOTO: DIE WELT

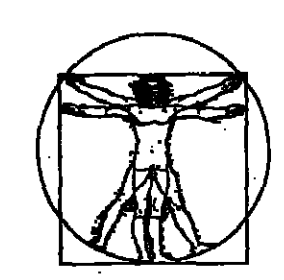
NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Energie-Gigant Wetter

Hamburg (dpa) – Um 14 bis 15 Grad Celsius sind von Dienstag auf Mittwoch die Minimum-Temperaturen in der Bundesrepublik Deutschland gestiegen. Dabei sind gewaltige Energiemengen mit der erwärmten Luft in das Bundesgebiet eingeflossen. Wollte ein Kernkraftwerk mit einer Leistung von 1000 Megawatt diese Wärmemenge erzeugen, so müßte es über 280 000 Tage oder 750 Jahre lang ununterbrochen arbeiten. Sämtliche 374 Kernkraftwerke der Welt, die gegenwärtig mit einer elektrischen Leistung von insgesamt fast 250 000 Megawatt an die Stromversorgungsnetze angeschlossen sind, hätten immerhin noch 1100 Tage oder rund drei Jahre in Aktion zu treten, um das jetztige warme Wetter zu erzeugen.

Umwelt – Frühjahrsputz

Bonn (AP) – Mit der „Aktion Frühjahrsputz" will die von den großen Umwelt- und Naturschutzverbänden getragene „Verbraucher-Initiative" in den nächsten Wochen über die Gefährdung der Gewässer durch Putz-, Reinigungs- und Pflegemittel aufklären. Wie Vertreter



der Initiative gestern in Bonn mitteilten, soll mit Informationsständen und Flugblättern für einen Verzicht auf den übermäßigen Einsatz von Chemikalien beim Frühjahrsputz geworben werden. Die Initiative macht darauf aufmerksam, daß das Bundesgesundheitsamt die routinemäßige Verwendung von Desinfektionsmitteln im Haushalt für überflüssig erklärt habe. Auf Sanitär- und WC-Reiniger könne man getrost verzichten, Scheuermittel, Bürste und verdünnter Essig gegen Kalkablagerungen täten es auch.

Männerlastigkeit

Bonn (DW.) – Junge Frauen sollten sich nach Auffassung von Wissenschaftlern weit mehr als bisher zu einem Maschinenbaustudium entschließen. Es biete Frauen gute Berufsaussichten und interessante Tätigkeitsfelder, meinte der Fachbereichstag Maschinenbau der Fachhochschulen in einer gestrigen Veröffentlichung. Das Gremium – ein Zusammenschluß der Fachbereichsleiter Maschinenbau der Fachhochschulen – beklagte ferner, daß der Frauen-Anteil unter den Studenten dieses Fachbereichs noch immer weit unter zehn Prozent liege.

Wenn der Stoffwechsel entgleist ist

Einengungen der Halsschlagadern bilden oftmals die Ursache für einen Schlaganfall

Von BERND KOCH

Einschnürungen der Halsschlagadern, die zu Symptomen im Zentralnervensystem führen, müssen operativ beseitigt werden. Der dauerhafte Erfolg ist dabei wesentlich davon abhängig, ob es gelingt, die zugrunde liegende Arteriosklerose in ihrer fortschreitenden Entwicklung aufzuhalten. Aber auch bei erneuter Einengung (Stenose) des Gefäßes läßt sich eine Zweitoperation durchführen. Das Risiko ist dabei genauso hoch einzuschätzen wie beim Ersteingriff. Mit dem Problem der operativen Therapie von Stenosen im Bereich der Halsschlagadern beschäftigte sich die Deutsche Gesellschaft für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie auf ihrem diesjährigen Kongreß in Bad Nauheim.

Arteriosklerose ist die krankhafte Verhärtung und Aufrauhung der Gefäßwände. Jahrelange Stoffwechselentgleisungen in Form erhöhter Fett- und Zuckerwerte im Blut sowie Bluthochdruck führen zu diesen Veränderungen. Es kommt zu Ablagerungen an den Innenwänden der Gefäße und dadurch zur Einengung des Innendurchmessers. An diesen Stellen entstehen neben Strömungsabrissen auch Blutstaus. Diese fördern wiederum die Bildung von Blutgerinnseln, sogenannten Thrombosen, so daß sich die Einengung verstärkt.

Winzige Teilchen können sich loslösen und bis zum Ort kleiner Arterien fortgeschwemmt werden. Hier kommt es schließlich zur kompletten Verstopfung. Unterversorgung bestimmter Körperregionen ist die Folge. Ereignen sich diese Vorgänge im Gehirn, so entstehen neurologische Ausfälle. Handelt es sich um lang andauernde Lähmungen, spricht der Mediziner vom Schlaganfall (Apoplex).

Die Aufgabe der großen Halsschlagadern ist die Versorgung des Gehirns mit Sauerstoff. Das vom Herzen ausgestoßene Blut gelangt über diese Arterien zum zentralen Nervensystem. Durch den Blutfluß kommt es zu Strömungsgeräuschen, die besonders im Bereich der Einengungen deutlich hörbar sind. Ultraschalluntersuchungen ermöglichen es dem Arzt, diese Geräusche zu verstärken und damit die krankhafte Stelle zu lokalisieren.

Zwei chirurgische Verfähren haben sich zur Therapie der Stenose von Halsschlagadern durchgesetzt: Über einen zirka zehn Zentimeter langen Hautschnitt wird das krankhafte Gefäßteil freipräpariert. Ist die Schlagader groß genug, so wird sie eröffnet und die Kalkablagerungen werden ausgeräumt. Handelt es sich jedoch um ein sehr kleinkalibriges Gefäß, nimmt der Chirurg ein Stück körpereigene Vene vom Unterschenkel oder auch ein Stück Kunststoff und näht dies in die Halsschlagader ein. Der Anteil der tödlich endenden Fälle bei solchen Operationen liegt unter ein Prozent.

Hauptkomplikation und damit häufigste Ursache des Zweiteingriffes ist die erneute Stenose. Auf dem Kongreß wurde empfohlen, operierte Patienten kurzfristig mit Ultraschalluntersuchungen zu überwachen und in den ersten zwei Jahren eher zurückhaltend die Indikation für einen erneuten Eingriff zu stellen. Im Falle eines Zweiteingriffes ist das Risiko jedoch nicht größer als beim Ersteingriff.

Wesentlich für den dauerhaften Erfolg wird es sein, ob die Stoffwechselentgleisungen in Zukunft beherrscht und Verfahren bzw. Medikamente entwickelt werden können, die die Fett- und Zuckerwerte im Blut in der physiologischen Breite regulieren.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber (beurlaubt); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Klage-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geiler; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

„Kirche soll Spenden offenlegen"

Brauchitsch: Praxis bei Sportvereinen als Vorbild / Kritik an TV-Äußerungen zurückgewiesen

W.K. Bonn

Der in Bonn vor Gericht stehende frühere Gesellschafter des Flick-Konzerns, Eberhard von Brauchitsch, hat den Kirchen in Deutschland geraten, *ihren Mitgliedern offenzulegen*, wohin Spenden fließen – ähnlich wie bei Sportvereinen oder Wissenschafts-Stiftungen. Mit dieser Aufforderung reagierte er gestern gegenüber der WELT auf die Kritik der beiden großen Kirchen an seinen Äußerungen im Fernsehen.

Im ZDF hatte von Brauchitsch auf eine Frage nach sogenannten Spenden-Waschanlagen gesagt, man müsse sich darüber im klaren sein, daß der Begriff der Durchleitung von Spenden an Dritte von der deutschen Steuersystematik als normal angesehen werde. Dies geschehe im Sportbereich *ebenso* wie in Wissenschaft und Forschung. „Und wir haben diese Praxis in einer ganz unerfreulichen Form im Bereich der Kirchen, wenn sie Terroristen unterstützen." Auf die Rückfrage, ob damit Länder der Dritten Welt gemeint seien, sagte von Brauchitsch: „So *meine ich das.*"

Der Industrielle *ging nicht auf* Vorgänge in der Bundesrepublik Deutschland ein, wie zum Beispiel auf die Ereignisse in den siebziger Jahren, als Vikare und Pfarrer die Baader-Meinhof-Bande logistisch unterstützten.

In West-Berlin duldete es die *Evangelische* Kirchenleitung in jüngster Zeit, daß im Redaktionskollektiv kirchlicher Schriften ein orthodoxer Kommunist tätig war. Dieser hatte im Auftrag des „DDR"-Regimes an Aktionen teilgenommen, die gegen die demokratische Grundordnung in der Bundesrepu*blik Deutschland gerichtet* waren.

Bei seinem Vergleich der Verwendung von Spenden bei Kirchen und anderen Institutionen erläuterte von Brauchitsch, Spenden für Sportler würden über kommunale Sportämter geleitet, diejenigen für die Wissenschaft oder einzelne Forscher *zum Beispiel* über den Stifterverband. „Dann weiß ich, wohin in diesem Bereich mein Geld geht."

Bei der Kirche wolle er, sagte von Brauchitsch, „daß damit Seelsorge *betrieben wird*". Die „Bezahlung *von Aufständischen gegen legitim* gewählte Regierungen" betrachte er dagegen als „Unterstützung des Terrorismus".

Man dürfe seine Äußerungen allerdings nicht als Angriff gegen die Kirchen verstehen, betonte von Brauchitsch. Das Reizthema sei auch nicht von *ihm* in die Öffentlichkeit getragen worden. Vor der ZDF-Sendung habe kürzlich bereits Günter von Lojewski in der ARD die Verwendung von Kirchengeldern in Südafrika behandelt. „Wenn die Kirchen ein gutes Gewissen haben, sollen sie mal sagen, wohin das Geld fließt."

Für die Deutsche Bischofskonferenz wies Sprecher Hammerschmidt gegenüber dem Evangelischen Pressedienst (epd) die Äußerungen von Brauchitsch zurück: „Sind es denn alles Terroristen, die auf den Philippinen und auf Haiti auf die Straße gegangen sind?" Der Sprecher der Evangelischen Kirche, Koppe, erklärte, von der EKD gebe es kein Geld für Terroristen. „Herr von Brauchitsch ist falsch informiert, wenn er das behauptet."

Die Swapo erhält das meiste Geld

idea, Wetzlar

Beim Thema Unterstützung von Terroristen *durch die evangelische* Kirche geht es vornehmlich um den Sonderfonds des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrates. Aus ihm wurden 1985 umgerechnet rund 1,1 Millionen Mark verteilt.

Der größte Einzelbetrag ging an die „Südwestafrikanische Volksorganisation" (Swapo). Sie erhielten 308 000 Mark (1984 300 000 Mark) gefolgt vom „Afrikanischen Nationalkongreß" (ANC) in Südafrika, der rund 216 000 Mark (210 000) erhielt. *Weitere Empfänger der für das süd*liche Afrika bestimmten Gesamtsumme von 630 000 Mark (500 000 Mark) sind der Panafrikanische Kongreß von Azania (PAC) und der Gewerkschaftsverband SACTU. Die Gelder sind vor allem für „Informationsarbeit" sowie „humanitäre Zwecke" bestimmt. *Ihre* Verwendung wird jedoch ausdrücklich nicht überprüft.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) lehnt Zuwendungen aus Kirchensteuermitteln an den Sonderfonds ab. Aus der evangelischen Kirche im Rheinland (mit rund 3,2 Millionen Mitgliedern die zweitgrößte Mitgliedskirche der EKD) und der evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland können jedoch unter bestimmten Voraussetzungen auch Kirchensteuern an den *Sonderfonds* überwiesen werden. Dies wird seit einem Synodenbeschluß im Rheinland 1984 auch von einigen Gemeinden getan.

Der *Landeskirchenrat* der Nordwestdeutschen Kirche beschloß Ende vergangenen Jahres den Betrag für den Sonderfonds um 5000 auf insgesamt 15 000 Mark zu erhöhen. *Voraussetzung für die Vergabe ist*, daß die Gemeinden den gleichen Betrag an Spenden erbringen. Die Diskussion um den Sonderfonds hat seit Jahren zu zahlreichen Kirchenaustritten geführt. Wegen des Sonderfonds läßt die evangelisch-lutherische Landeskirche Schaumburg-*Lippe* ihre Mitgliedschaft im Weltkirchenrat seit 1978 mit der Begründung ruhen, sie könne die Unterstützung von Widerstandsorganisationen im südlichen Afrika, die Gewalt anwenden, nicht billigen.

Ein weiterer Streitpunkt ist die massive finanzielle Unterstützung des südafrikanischen Kirchenrates aus der EKD. Der Kirchenrat, der längst nicht alle Kirchen in Südafrika vertritt, zählt zu den schärfsten Kritikern der Regierung in Südafrika. Nur etwa 1,2 Prozent seines Haushaltes gab er 1984 für den Posten „Kirche und Mission" aus. Der Hauptanteil seines Jahresbudgets von umgerechnet 7,65 Millionen Mark wurde für den „Befreiungskampf" und Zahlungen an „Opfer der Apartheid" verwandt.

Von evangelisch-kirchlichen Stellen aus der Bundesrepublik Deutschland erhielt der Kirchenrat 1983 rund zwei Millionen Mark und 1984 1,8 Millionen Mark.

Kriele: Konflikt in der SPD war unzumutbar

p. p. Bonn

„Ich wollte in der SPD bleiben". So beginnt der Brief Martin Krieles, in dem er auf fünf Seiten („Kopie an den Parteivorsitzenden Willy Brandt") seinen Partei-Austritt begründet. Im Ortsverein Bürrig-Küppersteg (Leverkusen), der *seinen Ausschluß* betrieb, sei „niemand auf den Gedanken" gekommen, „mich vor Einleitung des Verfahrens einzuladen und anzuhören". Aber endgültig seit der mündlichen Verhandlung gegen ihn am 22. Februar sei „die Fortsetzung des innerparteilichen Konflikts unzumutbar" geworden.

„Der Antrag bezog sich ursprünglich auf konkret bezeichnete Punkte: Unterstützung des amerikanischen Präsidenten in ‚Le Monde', offensive Verteidigung gegen einen äußerst linken Angriff in der ‚Frankfurter Rundschau'. Gegen einen solchen Antrag *kann man sich verteidigen.* Indessen wurde das Verfahren in der mündlichen Verhandlung überraschend zu einem Tribunal über mein gesamtes wissenschaftliches und publizistisches Werk ausgeweitet. Mein Ankläger rühmte sich, vierzig Publikationen von mir auf unsozialdemokratische Stellen hin durchgesehen zu haben."

Weiter: „Unsozialdemokratisch seien z. B. folgende Meinungen: Demokratische Politiker *sollten* gegenüber *kommunistischen Machthabern* eine gewisse Distanz und Würde bewahren, oder: Widerstandsrecht gäbe es nur gegen Diktaturen, nicht aber gegen freiheitliche Demokratien, oder: vor einem undifferenzierten Anti-Amerikanismus sei zu warnen, oder: Man müsse über das Parteiinteresse *hinaus* immer auch das Gesamtinteresse der Demokratie im Auge behalten ... Insbesondere aber ging es um mein Buch: Nicaragua – Das blutende Herz Amerikas." Darüberhinaus seien ihm „*verschiedene* Übereinstimmungen mit in der CDU vertretenen Meinungen vorgehalten" worden.

Elfeinhalb Stunden habe die „Inquisition" gedauert. Das ganze Parteiordnungsverfahren würde wohl Monate in Anspruch nehmen. „Es erscheint mir auch als ein *letzter* Akt der Solidarität mit der Partei, dem ein Ende zu setzen." Aber, so Kriele, „ich muß auch für persönliche Gründe um Verständnis bitten".

Werbereise durch Europa für Frieden in Nicaragua

WALTER H. RUEB, Bonn

Der Sekretär für politische Bildung der „Partido Conservador" Nicaraguas, Emilio Alvarez Montalvan, hat Anfang der Woche Gespräche in *Bonn geführt, um für den Friedens*plan der nicaraguanischen Opposition zu werben. Der Funktionär der Konservativen Partei erläutert auf seiner mehrwöchigen Europareise den „Friedensplan zur Lösung der Krise in unserem Lande", den sechs Oppositionsparteien im Januar vorgelegt *hatten. In dem Sechs-Punkte*-Plan wird die sandinistische Regierung in Managua unter anderem zur sofortigen Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzung mit den Aufständischen aufgefordert, damit erste Schritte für ein Friedensabkommen sowie eine Entmilitarisierung des *Landes getan* werden könnten. Alvarez sprach in Bonn unter anderem mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und mit der CDU, SPD und FDP.

„Überall waren die Reaktionen positiv", sagte der 60jährige Augenarzt aus Managua zur WELT. „Ich begegnete großer Sympathie für die Probleme meiner Heimat." Alvarez bestätigte, daß er in Deutschland auch mit dem Kölner Staatsrechtler Martin Kriele gesprochen habe. Ein Treffen mit dem SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski, der ebenfalls kritisch zur Nicaragua-Politik der Sozialdemokraten steht, sei aber nicht zustandegekommen.

Fragen an Contadora

Alvarez legte Wert auf die Feststellung, daß seine Europa-Reise eine „diplomatische Mission" sei. Er lehnte es ab, zum Vorgehen der Sandinisten gegen Kirche, Privatwirtschaft, Opposition, Presse und unabhängige Gewerkschaften Stellung zu nehmen. „*Ich möchte wieder in meine Heimat* zurückkehren können", begründete Alvarez seine Zurückhaltung. „Außerdem will ich den Friedensplan auch noch den Regierungen in Südamerika erläutern." In diesem wird auch ein Amnestiegesetz für politisch motivierte Taten gefordert, ferner die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Wiederherstellung der Rechte aller Nicaraguaner, die Abhaltung freier Wahlen mit der Zulassung aller politischer Parteien sowie die strickte *Einhaltung aller* für die Demokratisierung Nicaraguas abgeschlossenen internationalen Abkommen.

Alvarez teilte mit, daß der Friedensplan der Contadora-Gruppe zugeleitet sei und die Verantwortlichen aufgefordert worden seien, ihn zu unterschreiben. „Wenn sie dies nicht tun, ist die Contadora-Gruppe überflüssig. Sie müßte für eine Versöhnung in Nicaragua alles tun, denn sie war es, die den Begriff der nationalen Versöhnung in Nicaragua erstmals benutzte."

Pressezensur dauert an

Alvarez warf der Contadora vor, sie *habe nie begriffen*, daß der Konflikt in dem mittelamerikanischen Land nicht von der Intervention der Vereinigten Staaten, sondern von der Unzufriedenheit vieler Bürger mit dem sandinistischen Regime ausgegangen sei. Alvarez: „Der Konflikt entstand in Nicaragua selbst. Erst hinterher *fanden* jene *Unterstützung* im Ausland, die gegen das sandinistische Regime den Kampf aufgenommen hatten."

Kritisch Stellung zur Situation in dem *lateinamerikanischen* Land nahm gegenüber der WELT auch der Präsident der Bonner Nicaragua-Gesellschaft und Gastgeber von Alvarez, Michael Sommer. „Die Verfolgung der katholischen Kirche durch die Sandinisten wird fortgesetzt. Das Regime konfiszierte die Erstausgabe einer neuen Kirchenzeitung, zensiert die Predigten von Bischof Obando y Bravo und verhindert seit Januar sämtliche Sendungen von Radion catholica." Weiter wies Sommer darauf *hin, daß das sandinistische* Regime in Managua nach wie vor eine harte Haltung gegenüber der Privatwirtschaft einnehme. So habe der zuständige Minister erst vor kurzem gesagt, das Konzept von Privateigentum sei in Nicaragua überwunden.

Der Präsident der Nicaragua-Gesellschaft kritisierte auch die Haltung der Sandinisten gegenüber den oppo*sitionellen Parteien; diese dürften* weder öffentliche Veranstaltung abhalten noch für sich werben. Bei der Oppositionszeitung „La Prensa" werde die Pressefreiheit nach wie vor mit Füßen getreten. „Täglich fallen 75 Prozent der Nachrichten der Zensur zum Opfer."

Waldheim weist neue Vorwürfe zurück

cgs. Wien

Mit einem Bericht in der „New York Times" über die militärische Karriere des ehemaligen UNO-Generalsekretärs Kurt Waldheim im Zweiten Weltkrieg hat die Kampagne gegen den Kandidaten der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) für das Amt des Bundespräsidenten eine internationale Dimension erhalten.

Nachdem Waldheim in österreichischen Medien eine von ihm bestrittene Zugehörigkeit zur Reiter-SA und zum *NS-Studentenbund* im Jahre 1938 vorgeworfen worden war, stellt die „New York Times" ihren Artikel jetzt unter die Schlagzeile: „*Akten* beweisen: Kurt Waldheim diente unter einem Kriegsverbrecher".

Das amerikanische Blatt erklärt, Waldheim (der bei Kriegsende Oberleutnant der deutschen *Wehrmacht* war) habe der Heeresgruppe E (Südost) angehört und im Juli 1942 an einer Operation gegen jugoslawische Partisanen teilgenommen. Außerdem *sei Waldheim* 1943 im Stab des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe E, Generaloberst Löhr, in Saloniki tätig gewesen, als in der Stadt mit der Deportation von 42 000 Juden begonnen wurde.

Der ÖVP-Vorsitzende Alois Mock hat sich entschieden vor seinen Präsident*schaftskandidaten gestellt. Wald*heim selber dementiert, an irgendwelchen Kriegsverbrechen oder Judendeportationen beteiligt gewesen zu sein.

Seite 2: Waldheim unter Feuer

Gegendarstellung

„In der Ausgabe der Zeitung „DIE WELT" vom 4. *März 1986* heißt es auf Seite zehn unter der Überschrift „Kewenig entwirft Verhaltensregeln für Berliner CDU": „Der Vorsitzende des wichtigen parlamentarischen Bau*ausschusses, der die Baupolitik* Berlins maßgeblich bestimmt, der CDU-Abgeordnete Rudolf Müller, nimmt als Steuerberater die Interessen einer der zentralen Figuren des Skandals *wahr – des Bauträgers Kurt Franke*".

Richtig ist vielmehr: „Ich, Rudolf Müller, bin nicht der Steuerberater des Herrn Kurt Franke, noch war ich es zu irgendeinem Zeitpunkt, noch habe ich in *dieser Eigenschaft* seine Interessen in irgendeiner Form wahrgenommen."

Rudolf Müller

Der Handel faßt Tritt

Py. – Mit knapp 480 Mrd. DM hat der Einzelhandel 1985 erstmals wieder neben einem nominalen (2,4 Prozent) auch ein preisbereinigtes Umsatzplus (0,7 Prozent) erzielt. Das waren Vorboten einer Entwicklung, die erst in den letzten Monaten des Jahres seinen Umsatzzuwachs langsam zur Entwicklung des privaten Verbrauchs aufschließen ließen. Der private Verbrauch seinerseits rückte wieder etwas näher an die Wachstumsraten des Sozialprodukts von nominal plus 4,8 (real 2,5) Prozent heran. Der Einzelhandel faßt wieder Tritt.

Es ist jedoch kaum verwunderlich, daß SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte 5,7 Prozent zulegten und auch die Supermärkte mit einem Plus von 3,1 Prozent überdurchschnittlich abschnitten. Diese Vertriebsformen nutzen erhebliche Preisvorteile in einer Zeit zu Ende gehender *Kaufzurückhaltung*. Aber die Zuwachsraten, geringer als in den Vorjahren, lassen erkennen, daß die Zeiten vorüber sind, in denen Marktanteile zu Lasten anderer Vertriebsformen gewonnen wurden. Keinesweg zufrieden dürften Warenhäuser und Versandhandel gewesen sein. Je breiter das Sortiment, desto geringer war der Zuwachs, beim Versandhandel wurde sogar ein Minus registriert.

Eine der interessantesten Erkenntnisse aus der Zahlenanalyse zeigt, daß offenbar der stationäre Facheinzelhandel „wieder im Kommen" ist. Dies beweisen auch die jüngsten Umsatzergebnisse des Facheinzelhandels. Mit den Auswirkungen der Steuerreform und allgemein verbesserten Konsumklima wächst das Bedürfnis, wieder weniger anonym, wenn auch etwas teurer, einzukaufen.

Vulkan

ww. – Wo sind sie geblieben, die Vulkan-Aktien? Auch nach der außerordentlichen Hauptversammlung herrscht weiter Rätselraten über das Paket von fast 30 Prozent, das der Bremer Senat kürzlich an Schweizer Bankiers veräußert hat. Es dürfte längst untergebracht sein. Für das Land Bremen brachten sie dem Vernehmen nach 50 Millionen DM. Die Regierung des Zweistädtestaates hat für die beschlossene Kapitalerhöhung von 66 Millionen garantiert, doch bei einem Ausgabekurs von 110 DM der neuen Aktien gegenüber einem Börsenkurs von 150 DM dürfte dieses Risiko überwunden werden. Die Landesregierung reibt sich nun die Hände. Wer aber mischt nun beim Bremer Vulkan mit? Danach gefragt, zuckt Werftchef Norbert Henke mit keiner Wimper, sondern nur mit den Schultern: Angeblich weiß er es nicht. Das Luft- und Raumfahrtunternehmen MBB hat den Ankauf dementiert, bestreitet dabei aber nichtn doch noch wassern zu wollen. Bleiben zwei Rätsel: wo sind die Aktien und wo landet MBB?

MASCHINENBAU / Positive Erwartungen haben Bedingungen spürbar verbessert

Der größte deutsche Industriezweig erweist sich wieder als „äußerst vital"

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der Maschinen- und Anlagenbau, größter deutscher Industriezweig, erweist sich derzeit als „äußerst vital", meint Otto H. Schiele, Präsident des Branchenverbands VDMA. Zwar läuft das Auslandsgeschäft schon seit einigen Monaten nicht mehr so hochtourig wie zuvor, und es wird auch 1986 insgesamt im Gefolge von Dollar-Talfahrt und sinkenden Opec-Einnahmen gedämpfter ausfallen. Doch Auftragsbestand und wachsende Inlandsnachfrage lassen *ein* preisbereinigtes Produktionsplus von sechs Prozent erwarten.

„Ich bin zuversichtlich, daß es uns gelingt, die neugewonnene Vitalität auch in den nächsten Jahren zu erhalten", so Schiele. Denn: „Was dem Maschinenbau mehrere Jahre gefehlt hatte, war ein für Wachstum und Modernisierung günstiges Investitionsklima. Das hat sich nun eingestellt. Niedrigere Zinsen, gemäßigte Kostenentwicklung, bessere Gewinne und positive Zukunftserwartungen haben die Investitionsbedingungen spürbar gebessert."

Doch auch die Industrie selbst hat an ihrem Erfolg mitgearbeitet. So *habe man den Abstand auf den Gebieten* der computergestützten Fertigungs- und Entwicklungstechniken – sowohl in der eigenen Produktion als auch in den Erzeugnissen – gegenüber den Konkurrenten in Frankreich und Großbritannien deutlich ausbauen können, nicht zuletzt durch gemeinsame Anstrengungen innerhalb des VDMA.

Bessere Rahmenbedingungen wie auch eigene Leistung haben sich bereits 1985 sichtlich ausgewirkt. Das Wachstum der Produktion um neun Prozent übertraf die Voraussage von fünf Prozent („Wer wollte solchen Irrtum beklagen?") drastisch. Die Auftragseingänge der Branche nahmen insgesamt um 15 (preisbereinigt: elf) Prozent zu. Dabei hielten sich die Inlandsnachfrage mit plus 14 (real: elf) und die Auslandsorders mit plus 15 (real: zwölf) Prozent die Waage.

Zwar hielt die Entwicklung der *Umsätze damit beinahe Schritt:* Sie nahmen um 13 Prozent auf 142,7 (161,2) Mrd. Mark zu; die Exporte allein *wuchsen um 16 Prozent auf* 92,7 (80,1) Mrd. Mark und erreichten damit einen Umsatzanteil von 57,5 (56,1) Prozent. *Dennoch* waren *die neuen* Aufträge nicht so schnell abzuarbeiten: Im Oktober – jüngere Zahlen liegen noch nicht vor – *hatte sich* die Reichweite der Auftragsbestände auf 6,4 (5,6) Monate verlängert.

Das weitere Wachstum findet seine Grenzen vor allem in den verfügbaren Kapazitäten der Branche. Sie waren im Dezember 1985 bereits zu 89,3 (85,7) Prozent ausgelastet. „Im Durchschnitt bedeutet das Vollauslastung und im Einzelfall sogar Engpässe." Dieser Klemme könne man nur durch kapazitätserweiternde Investitionen und durch Schaffung neuer Arbeitsplätze entgehen.

So rechnet die Branche damit, daß sie ihre Beschäftigtenzahl in diesem Jahr noch einmal um 30 000 erhöhen kann. Die gleiche Prognose für 1985 wurde deutlich übertroffen: Im Dezember arbeiteten 1 048 850 Menschen im Maschinenbau, 43 000 mehr als ein Jahr zuvor. Gleichzeitig war die Zahl der Kurzarbeiter auf 6000 (24 000) geschrumpft.

Weil eine überwiegend mittelständische Branche wie der Maschinenbau ohne ein gesundes Maß an Skepsis nun einmal nicht auskommt, hat Schiele auch noch ein paar Wermutstropfen parat. Im Vordergrund steht dabei nicht einmal so sehr der generelle Abwärtstrend im Auslandsgeschäft, der sich schon im zweiten Halbjahr 1985 abgezeichnet hatte und im Januar mit einem Auftragsrückgang um neun Prozent bestätigt wurde. Ihm werde man mit der wachsenden Inlandsnachfrage und wohl auch mit dem europäischen Geschäft gegensteuern können.

Zunehmende Sorge bereitet aber der Abstieg des US-Dollars: „Ein Kurs von 2,30 oder gar 2,20 Mark wäre für viele Maschinen-Exporteure ein spürbarer Hemmschuh", schätzt Schiele. Immerhin werden 20 bis 25 Prozent der Maschinenbau-Ausfuhren auf Dollar-Basis oder in Konkurrenz mit Anbietern aus dollarabhängigen Regionen abgewickelt.

INNERDEUTSCHER HANDEL

Die Bezüge aus der „DDR" sind wieder leicht gesunken

Mk./ews. Berlin

Der innerdeutsche Handel hat sich *nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums* im vergangenen Jahr recht zufriedenstellend entwickelt. *Allerdings dürfte das kräftige Wachstum* der Lieferungen aus der Bundesrepublik verglichen mit 1984 von 18 *Prozent auf 8,6 Milliarden Mark* in diesem Jahr kaum gehalten werden können. Denn dabei handelt es sich zum *Teil* um die *Deckung* eines Nachholbedarfs, da die Bezüge der „DDR" 1984 um sechs Prozent zurückgegangen waren.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin erwartet in diesem Jahr Impulse durch stärkere Investitionsgüterlieferungen. Denn nach einer mehrjährigen Investitionspause werde die „DDR" mehr für die Modernisierung ihrer Wirtschaft tun müssen.

Die Bezüge aus der „DDR" sind im vergangenen Jahr leicht um ein Prozent auf 8,2 Milliarden Mark gesunken. Die Experten des Wirtschaftsministeriums sehen darin eine Korrektur der starken Steigerung des Vorjahres. Werden beide Jahre, 1984 und 1985, zusammengefaßt, so ergibt sich für die Lieferungen ein Plus von knapp sechs und bei den Bezügen von vier Prozent. Dieses Wachstum liegt leicht unter dem, was in den Vorjahren registriert worden war. Um das Niveau des innerdeutschen Handels abzusichern, spricht sich das DIW für eine Ausweitung der Kontingente aus. Letztlich bestimmen die Liefermöglichkeiten der „DDR" wegen des starren Rechnungssystems auch ihre Bezüge.

Als Folge der stark gestiegenen Lieferungen aus der Bundesrepublik *ergab sich für sie 1985 ein Überschuß* von 428 Millionen Mark, verglichen mit einem Defizit von 990 Millionen *1984. Ohne Berücksichtigung des für* die „DDR" traditionell defizitären Dienstleistungsaustauschs wies der reine *Warenverkehr 1985 für die* „DDR" einen leichten Überschuß von 23 Millionen Mark aus.

Der Gesamtsaldo der gegenseitigen Verbindlichkeiten einschließlich der Inanspruchnahme des Swing (kumulierter Aktiv-Saldo), der 1984 von 4,1 auf 3,1 Milliarden Mark gesunken war, stieg 1985 auf 3,5 Milliarden Mark. *Er* liegt damit aber immer noch unter dem Niveau des Jahres 1978 von 3,7 Milliarden Mark, obwohl sich das Volumen des innerdeutschen Handels seitdem von 8,8 auf 16,7 Milliarden Mark nahezu verdoppelt hat.

Die „DDR" hat den Swing, obwohl zur Jahresmitte eine neue Vereinba*rung getroffen wurde, im* vergangenen Jahr nur im Durchschnitt mit weniger als 200 Millionen Mark ausgenutzt, möglich wären *600 Millionen* Mark gewesen. Zu Beginn dieses Jahres ist der Betrag weiter gesunken.

Ob die „DDR" von der günstigen Konjunktur der Bundesrepublik profitieren wird, hängt davon ab, ob sie ihr Warenangebot aufpolieren kann. Die Preissenkung bei Öl dürfte ihr Liefervolumen drücken.

Reform überfällig

Von HEINZ HECK

Es gilt, ein historisches Ereignis zu feiern: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik war Nordrhein-Westfalen 1985 mit 93 Millionen Mark Empfängerland im Länderfinanzausgleich. Zugleich ist das chronisch „finanzschwache" Bayern mit nur noch 29 Millionen auf seinem historischen Tiefpunkt angelangt, wäre sogar um Haaresbreite aus der Verteilung ganz herausgefallen.

In diesen beiden dürren Zahlen spiegelt sich zugleich ein Stück Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit. Das mit Kohle und Stahl einstmals bärenstarke Bundesland an Rhein und Ruhr brachte in den 50er Jahren noch als Geber den Löwenanteil (50 Prozent und mehr) für den horizontalen Finanzausgleich auf, fiel in den 60er Jahren auf rund ein Viertel zurück und ist seit 1981 in der „toten Zone", wo es weder Ansprüche noch Zahlungen gibt.

Bayern hingegen, als *Zonengrenzland* ein wirtschaftlicher Nachzügler, hat von der ersten Stunde an kassiert, im Spitzenjahr 1980 sogar über 400 Millionen Mark. Der Aufschwung im Südosten war jedoch so gewaltig (der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann: „Bayern dürfte 1985 erneut Spitzenreiter des Wirtschaftswachstums im Bundesgebiet gewesen sein."), daß der Freistaat künftig nicht mehr auf die Zuwendungen der verbliebenen reichen Länder Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen *angewiesen* ist und finanziell auf eigenen Beinen stehen kann.

Mehr noch: Wenn immer es gilt, finanzielle Stärke zu demonstrieren, ist Bayern vorn. Als einziges Bundesland befürwortete es eine einstufige Steuersenkung (statt der beschlossenen zwei Stufen 1986/88 und entsprechend gestreckten *Einnahmeausfällen*). Bayerns Finanzminister Max Streibl ist mit seinem Steuerreformvorschlag für die nächste Legislaturperiode von 38 Milliarden Mark netto (also ohne kompensierende *Steuererhöhung* an anderer Stelle) der mit Abstand ehrgeizigste unter den Pläneschmiedern.

Doch ach: Wenn es ums Kassieren geht, ist und bleibt Bayern finanzschwach. Die Rede ist vom vertikalen Finanzausgleich, den der Bund mit 1,5 Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen, 1986 also knapp 1,74 Milliarden Mark, an Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein zahlt. Mit der En*de vergangenen Jahres* vom Bundesrat beschlossenen Regelung für 1986/87 ist Bremen erstmals in den Kreis aufgenommen worden.

Auch hier zeigt sich Bayern – aller*dings als Nehmerland* – mit stolzen Zahlen. Für die 302 Millionen, die der Freistaat beispielsweise in diesem *Jahr kassiert, sucht man vergeblich* nach einer wirtschaftlichen Begründung. Die gibt es auch nicht. Denn der Verteilungsschlüssel, so Diether Posser, nordrhein-westfälischer Finanzminister und einer der prominentesten Kritiker des geltenden Systems, bestimmt sich „im wesentlichen nach Kriterien, die aus Steuerkraftmerkmalen der leistungsschwachen Länder in den Jahren 1968 und 1969 errechnet wurden". Eine erstaunliche Bemerkung. Aber noch erstaunlicher ist, daß sie nicht dementiert werden konnte.

Posser weiter: „Die Ungereimtheiten hinsichtlich Höhe und Verteilung der Bundesergänzungszuweisungen sind so offensichtlich geworden, daß die überfällig werdenden Veränderungen für das eine oder andere Land einen schmerzhaften Ein*schnitt in liebgewordene* Besitzstände bedeuten müssen."

Mit einem solchen „Einschnitt" ist am 24. Juni zu rechnen, wenn das Bundesverfassungsgericht sein Votum zum Finanzausgleich verkündet. Dieses Votum könnte auch die erwähnte Regelung für 1986/87 in Frage stellen. Denn es ist kein plausibler Grund für die Zahlung von Ergänzungszuweisungen an ein Land er*kennbar, das in diesem Jahr* vollends aus dem horizontalen Finanzausgleich herausfallen dürfte (nachdem die Zahlungen in der Vergangenheit ungerechtfertigt hoch waren).

Auf Antrag von Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein hat die unionsregierte Ländermehrheit die Verteilung der Ergänzungszuweisungen im Bundesrat Ende 1985 für 1986 und 1987 noch *einmal festgeklopft* – *mit der* Begründung, der Kompromiß sei „sachgerecht und verfassungsgemäß" und habe „*daher auch für die Jahre* 1986 und 1987 Bestand". Wahrscheinlich ist, daß die Verfassungsrichter das am 24. Juni ganz anders beurteilen.

AUF EIN WORT



„Für die sehr energieintensiven Papierfabri*ken ist es ein ständiges* Handikap, daß das im internationalen Vergleich sehr teure deutsche Stromangebot monopolartig geregelt ist. Es ist zum Beispiel nicht möglich, in grenznahen Standorten aus Frankreich billigeren Strom zu beziehen."

Carl-Ludwig Graf von Deym, Präsident des Verbandes Deutscher Papierfabriken, Bonn FOTO: JUPP DARCHINGER

Kabinett billigt den ERP-Entwurf

AP, Bonn

Das Bundeskabinett hat den Entwurf für den ERP-Wirtschaftsplan 1987 gebilligt. Der Plan sieht Kredite an Privatunternehmen und Gemeinden in Höhe von 4,6 Mrd. DM (1986: 4,4 Mrd. DM) vor. Schwerpunkt ist dabei nach einer Mitteilung des Wirt*schaftsministeriums die außerordent*liche Aufstockung der Mittel zur Förderung von Bauinvestitionen in Städ*ten und Gemeinden um 800 Mill. DM.* Neben Baumaßnahmen werden durch zinsverbilligte ERP-Kredite besonders Umweltschutzmaßnahmen, Existenzgründungen und Investitionen in Problemregionen gefördert.

ARBEITSLOSE

Für bessere Qualifizierung nur schwer zu motivieren

ews. Berlin

Keine „machtvolle" Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Sachen des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz erwartet Hartman Kleiner, Hauptgeschäftsführer der Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeberverbände, heute mittag vor dem Rathaus.

Kleiner beklagte bei der Vorlage des Jahresberichts der Arbeitgeberverbände, daß die Qualifizierungsof*fensive des Berliner Senats, der sich* die Arbeitgeber im November angeschlossen hätten, vielfach im Sande verlaufe. „Die Schwierigkeit, Arbeitslose zu motivieren, ist unterschätzt worden", erklärte Kleiner. Zu jedem Lehrgang müßten etwa sechsmal soviel Teilnehmer eingeladen werden, wie benötigt werden.

Wenn Berlin aus der Schlußlichtposition bei der Qualifizierung herauskommen solle, dann müßten aber weiter große Anstrengungen gemacht werden. Kleiner wies auf den Mangel an Facharbeitern, aber auch den aktuellen Bedarf von rund 3000 bei den Anlernberufen hin. Trotz einer Zahl von rund 15 000 Arbeitslosen unter 25 Jahren in Berlin hätten die Betriebe größte Schwierigkeiten, Interessenten zu finden.

Als den wichtigsten Erfolg seit vielen Jahren bezeichnete Kleiner die Erhöhung der Zahl der Industriearbeitsplätze um 5000 auf 160 500 im Jahresdurchschnitt 1985. Damit sei Berlin nach einem jahrzehntelangen dramatischen Rückgang der Industriebeschäftigung endlich wieder eine wachsende Industriestadt geworden. Mit einem Plus von 3,3 Prozent liege Berlin weit vor dem Bundesdurchschnitt mit einem Wachstum von nur 1,5 Prozent.

US-KONJUNKTUR

Führende Indikatoren senden diesmal die falschen Signale

Sbt. Washington

US-Handelsminister Malcolm Baldrige hat davor gewarnt, den scharfen Rückgang der führenden Konjunkturindikatoren im Januar um 0,6 Prozent überzubewerten. Gelegentliche Ausschläge nach unten seien in Expansionsperioden nicht ungewöhnlich. Viel wichtiger sei es, daß der Index dennoch in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresbasis um 5,7 Prozent zugenommen habe, verglichen mit nur 2,4 Prozent im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Das deute auf ein gesundes Wirtschaftswachstum in der Zukunft hin.

Die Einschätzung wird von privaten Forschungsinstituten in den USA geteilt, wenn auch eine Verlangsamung des Konjunkturverlaufs im letzten Jahresdrittel für möglich gehalten wird. Normalerweise sagt der Index die wirtschaftliche Entwicklung in drei bis sechs Monaten voraus. Allerdings *erfaßt* er nur indirekt den Dollar- und Ölpreisverfall, deren stimulierende Wirkung nicht zu un*terschätzen ist. Hinzu kommt, daß die* Geldmenge in Amerika 1985 schneller gewachsen ist als in irgendeinem *anderen Jahr seit 1945*. Dasselbe gilt für den Lagerabbau. Außerdem sprechen die Rekordbeschäftigung und *die Aktienhausse für ein weiterhin* hohes Konjunkturtempo.

Nach Angaben des Handelsministeriums in Washington waren im Januar die Investitionsgüteraufträge zu *82er Preisen, die ausstehenden Kredite*, die Firmengründungen, die reale Geldausweitung und die Zahl der gearbeiteten Wochenstunden negativ. Positiv schlugen die Konsumgüter- und Materialorders, die Baugenehmigungen, die Aktienkurse und die Veränderungen empfindlicher Rohstoffpreise zu Buch. Konstant blieben die Lieferfristen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Börsenumsatzsteuer soll abgeschafft werden

Köln (rtr) – Die Bundesregierung will nach den Worten des Parlamentarischen Staatsekretärs beim Bundeswirtschaftsministerium, Rudolf Sprung, die Gesellschafts- und Börsenumsatzsteuer abschaffen. Darüber bestehe im Kabinett bereits Einigkeit. Der Zeitpunkt der Abschaffung der beiden Steuern hänge jedoch von haushaltspolitischen Zwängen ab. Die Regierung plane darüber hinaus weitere Erleichterungen für die externe Kapitalbeschaffung der Unternehmen. So *sollen* indirekte Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen durch Beteiligungsgesellschaften erleichtert werden.

Gegen „Elefantenhochzeit"

Bonn (dpa/VWD) – Besorgt hat sich der Präsident des Bundeskartellamts, Wolfgang Kartte, über die anhaltende Fusionswelle und die Rolle der Banken als Fusionshelfer geäußert. In einem Beitrag für die Mitgliederzeitschrift der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) äußerte Kartte *ordnungspolitische* Bedenken gegen diese Entwicklung. Außerdem bezweifelte er den volkswirtschaftlichen Nutzen von „Elefantenhochzeiten".

Aufschwung dauerhaft

Hamburg (AP) – Das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung erwartet, daß der wirtschaftliche Aufschwung auch über das Jahr 1986 hinaus andauert. In seinem jüngsten Konjunkturbericht schreibt das Institut, die Auftriebskräfte seien erheblich ausgewogener und zugleich stärker geworden, während der Kosten- und Preisanstieg ungewöhnlioch gering sei. Deshalb dürfe der Aufschwung auch über das Jahr hinaus andauern.

Weltbank-Anleihe

Frankfurt (DW.) – Die Weltbank begibt unter Federführung der Deutschen Bank und Mitführung der *Dresdner Bank, Commerzbank und* Westdeutschen Landesbank eine DM-Anleihe in zwei Tranchen zu je *300 Mill. DM.* Konditionen der ersten Tranche: Laufzeit 30 Jahre, Zinssatz 6,25 Prozent, Ausgabekurs zu pari. Zweite Tranche: 10 Jahre, 5,75 Prozent, Ausgabekurs 99,5 Prozent.

D-Mark stärker

Köln (dpa/VWD) – Der Außenwert *der D-Mark im Verhältnis zu den* Währungen der 14 wichtigsten Industrieländer hat sich binnen Jahresfrist um knapp zehn Prozent verbessert. Als Grund nannte das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) die besonders niedrige Teuerungsrate in der Bundesrepublik von zuletzt unter einem Prozent.

Stammkapital ungenügend

Düsseldorf (dpa/VWD) – Nur jede vierte Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) verfügt in Nordrhein-Westfalen über mehr Stammkapital als die gesetzlich vorgeschriebenen 50 000 Mark. Diese geringe *Kapitalbasis wirke sich auch auf die* hohe Fluktuation der GmbH-Unternehmen aus, berichtete das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik. So seien im vergangenen Jahr 8 786 GmbHs neu hinzugekommen, aber 5 265 im Handelsregister gelöscht worden.

Gleiche Betriebsprüfung

Bonn (dpa/VWD) – Die Deutsche Steuergewerkschaft *hat die Finanzminister* des Bundes und der Länder aufgefordert, die Betriebsprüfungen über Ländergrenzen hinweg zu vereinheitlichen. Es sei ein Verstoß gegen die steuerliche Gleichbehandlung und eine Verzerrung des Länderwettbewerbs um die Betriebsstandorte, wenn ein Großbetrieb in einem Bundesland alle drei Jahre und woanders alle sechs Jahre geprüft werde und wenn diese Schwankungsbreite bei Mittelbetrieben sogar zwischen fünf und fünfzehn Jahren liege.

„Sprudelrekord"

München (AP) – In der Bundesrepublik gab es 1985 einen „Sprudelrekord". Nach einem Bericht des Ifo-Instituts stieg der Verbrauch von Mineralwasser, alkoholfreien Erfrischungsgetränken und Fruchtsäften von 148,4 Liter pro Kopf im Jahr 1984 *auf den Höchststand von 156,4 Liter.*

MEXIKO

Regierung legt Kreditbedarf fest

dpa/VWD, Mexiko-Stadt

Mexiko wird 1986 seine Gläubiger im Ausland um neue Kredite in Höhe von sechs Mrd. Dollar bitten. Vor kurzem hatte die Regierung noch von neun Mrd. Dollar geredet. Außerdem strebt das Land eine Senkung der für die Auslandsschulden fälligen Zinszahlungen um 800 Mill. Dollar an. In einer Mitteilung des mexikanischen Finanzministeriums heißt es, die Regierung wolle mit diesen Krediten und der *Erhöhung* des *Haushaltsdefizits* von fünf auf acht bis neun Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt den Ausfall aus den Öleinnahmen ausgleichen, der auf sechs Mrd. Dollar geschätzt wird.

Schon vor dem Ölpreisverfall hatte Mexiko in seiner Haushaltsplanung für 1986 eine Nettokreditaufnahme von rund vier Mrd. Dollar eingeplant. Mexiko ist mit 100 Mrd. Dollar verschuldet. Das von Minister Jesus Silva Herzog geleitete Ministerium versicherte, Mexiko werde keinen Überbrückungskredit verlangen, um die *Krise zu bewältigen. Die* Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), die nach dem drastischen Ölpreisverfall eingestellt worden waren, sollen wieder aufgenommen werden. Mexiko hatte allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres seinen Ölpreis um 8,68 Dollar je Barrel (159 Liter) gesenkt.

EUROPÄISCHE INDUSTRIE / Studie der EG-Kommission – „Erstklassiges Wissenskapital" ungenügend genutzt

Die Wettbewerbsposition hat sich etwas verbessert

WILHELM HADLER, Brüssel

Die europäische Industrie ist nach einem Jahrzehnt deutlicher Strukturschwäche (1972 bis 1982) in eine Sanierungsphase eingetreten, die sich durch eine günstigere Kostenentwicklung, eine Erholung der Investitionen und vorteilhafte Wechselkursverhältnisse auszeichnet. Zu diesem Schluß kommt die EG-Kommission in einer eingehenden Untersuchung über die Wettbewerbsposition der Gemeinschaft. Die Verbesserungen *dürfen jedoch nicht darüber hinweg*täuschen, daß weiterhin Strukturanpassungen nötig seien.

So genießt die japanische Industrie nach den Erkenntnissen der Kommission in den meisten Bereichen nach wie vor komparative Vorteile gegenüber ihrer europäischen Konkurrenz, vor allem in bezug auf die Produktivität, die Investitionsquote, die Kapitalkosten und die Lohnstückkosten; gegenüber der amerikanischen Industrie habe die europäische dagegen bei unterschiedlichen *Leistungen ihre Position insgesamt* behaupten können.

Nach dem Bericht weist besonders die Verarbeitungsindustrie in der EG noch „bedenkliche Symptome" auf, dazu gehöre ein allzu begrenztes Engagement in den wachstumsträchtigsten Sektoren (Informatik und Elektronik) und auf den rasch expandierenden Märkten. Hier sei das europäische Angebot der Nachfrageentwicklung nicht gefolgt, was sich in einem stärker zunehmenden Einfuhranteil niederschlage.

Im Dienstleistungssektor sei die Situation der Gemeinschaft „alles in al*lem" zufriedenstellend.* Dagegen scheint die technologische Wettbewerbsfähigkeit „verbesserungsfähig" zu sein. *Zwar* profitiere die europäische Industrie nach wie vor von einem erstklassigen Wissenskapital, dies sei jedoch noch immer dadurch gehandikapt, daß der technologische Fortschritt langsamer in die Produktionsprozesse eindringe und daß sie weniger als ihre Konkurrenten ihr technologisches Potential in industrielle und kommerzielle Erfolge umzusetzen vermöge.

Die japanische Herausforderung, so meinen die Experten, sei gegenwärtig weniger eine technologische Herausforderung, als eine auf dem Gebiet der industriellen Logistik, des *Marketing* und der *langfristigen* Handelsstrategie. In der EG hätten zwei Faktoren einen ebenso großen Einfluß auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wie die Technologie: die staatlichen Rahmenbedingungen und die Fähigkeit der Unternehmen, sich an die neuen Gegebenheiten des Weltmarktes anzupassen.

Immerhin verzeichnet die Analyse auch Elemente einer industriellen „Renaissance" *in der* Gemeinschaft. Seit 1982/83 seien bedeutende Fortschritte in Richtung einer stärkeren *Förderung* der *Entwicklung* der produktiven Tätigkeiten gemacht worden. Die Mitgliedstaaten nähmen zunehmend von Interventionen Abstand, und die Strategien der Unternehmen und Regierungen berücksichtigten immer stärker die europäische Dimension.

Günstig verlaufen ist auch die Entwicklung der Arbeitskosten. Während die EG in den 70er Jahren eine mittlere Position zwischen den USA und Japan einnahm, hat sich die Erhöhung der realen Löhne in Europa seit 1982 erheblich verlangsamt. Zusammen mit Fortschritten in der Arbeitsproduktivität *führte dies* zu einem Rückgang der Lohnstückkosten, wobei allerdings zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zum *Teil* erhebliche Unterschiede bestehen.

Eine der Ursachen für mangelnde Wettbewerbsfähigkeit ist die ungenügende Rentabilität der industriellen Aktivitäten in der EG. Wie der Studie zu entnehmen ist, ging die Kapitalrendite in der Gemeinschaft in den *60er und 70er Jahren* zurück und blieb im Zeitraum von 1971 bis 1984 mehr oder weniger konstant. Auch zur *Zeit sei* sie vergleichsweise niedrig. In den USA habe sich dagegen die Rentabilität stärker erholt.

Einer der Bestimmungsfaktoren für die Wettbewerbsleistung ist nach der Analyse schließlich auch die Qualität und Motivation des Managements. Hier meinen die Experten, daß die Ausbildung von Führungskräften in Europa unzureichend und die Gehälter der leitenden Angestellten in der EG im *Durchschnitt* wesentlich niedriger seien als in den USA und in Japan.

FINANZSKANDAL / Millionen wurden veruntreut

Ein Robin Hood in Österreich

freis. Wien

Mit einem geradezu skurrilen Skandal sieht sich derzeit die zweitgrößte österreichische Versicherungsgesellschaft konfrontiert: Der *Mitte* Dezember „aus gesundheitlichen Gründen" ausgeschiedene Generaldirektor der Bundesländer-Versicherung, *Kurt Ruso,* wurde eher durch Zufall jetzt nachträglich der Untreue überführt. Diese bestand darin, daß der *Manager zwischen 1979* und 1985 durch fingierte Schadensmeldungen Personen aus seinem Freundes- und Bekanntenkreis eine Summe zwischen 60 und 65 Mill. Schilling (rund neun Mill. DM) hat zukommen lassen. Nach Angaben des jetzigen Generaldirektors Walter Petrak habe sich Ruso aber dabei gar nicht selbst bereichert, sondern diese Handlungen einfach nur gemacht, „um *Gutes zu tun*".

Unter den 35 bis 40 Nutznießern dieser Aktionen befindet sich auch das Zisterzienserstift Rein bei Graz, das mit 22 Mill. Schilling den weitaus *größten* Betrag erhalten hat. Petrak weist aber darauf hin, daß ein Teil dieser Schadenssumme wegen angefallener Wasserschäden zu Recht ausbezahlt worden sein könnte.

Erst vor wenigen Wochen war der Abt dieses Stiftes *seiner Funktion* enthoben worden, weil der begründete Verdacht bestand, er habe sich während der letzten Jahre ein privates Vermögen aufgebaut und das Stift um Millionenbeträge geschädigt. In beide Skandale sind hochgestellte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verwickelt. Im Falle der Bundesländer-Versicherung war unter den Geldempfängern auch ein Stadt*rat der konservativen* Volkspartei (ÖVP) in Wien namens Fürst.

Die Bundesländer-Versicherung hat zwar jetzt den früheren Generaldirektor nachträglich fristlos entlassen und ihn aller Ansprüche verlustig erklärt, ihm zugleich aber auch die Möglichkeit einer Wiedergutmachung *eingeräumt. Über acht* Mill. Schilling sind nach Angaben von Petrak solcher Art bereits an die Versicherung gezahlt oder zumindest versprochen worden. Sollte Ruso den gesamten Schaden gutmachen, würde er in Folge „tätiger Reue" einer Strafverfolgung entgehen.

RENTEN-OPTIONSHANDEL / Zunächst sind insgesamt 14 Anleihen von Bund, Post und Bahn zugelassen

Neues Kurssicherungsinstrument zum 1. April

KAREN SÖHLER, Bonn

Börsianern wird zum 1. April ein neues Anlage- und Kurssicherungsinstrument in die Hand gegeben: der Renten-Optionshandel. Schon lange durchdenkt die Börsensachverständigen-Kommission im Bundesfinanzministerium diese Form, mit festverzinslichen Wertpapieren zu spekulieren. Ein *Blick in die Vereinigten Staaten* und die Niederlande, wo seit Jahren sehr intensiv mit Rentenoptionen Geschäfte gemacht werden, hat die Vorarbeiten beschleunigt. Nun sind sie in Abstimmung mit der Kreditwirtschaft, der Wertpapierbörsen, der Deutschen Bundesbank, den Emittenten und den institutionellen Anlegern abgeschlossen. Zunächst werden insgesamt nur 14 Anleihen von Bund, Post und Bahn zum Terminhandel zugelassen.

In den Grundzügen wird sich der Renten-Optionshandel an den mit Aktienoptionen anlehnen. Es besteht *die Möglichkeit, eine Kauf- oder eine* Verkaufsoption zu erwerben. Der Spekulant erhält also entweder das Recht, innerhalb der gewählten Optionsfrist jederzeit vom Verkäufer (Stillhalter) eine festgelegte Anzahl von Papieren zu einem vereinbarten Preis zu kaufen, oder das Recht, innerhalb der abgesprochenen Frist eine festgelegte Anzahl von Renten zu *einem vereinbarten* Preis zu verkaufen. Im ersten Fall hofft der Anleger auf eine Kurssteigerung, im zweiten auf eine Kursminderung. Wer die Entwicklung falsch eingeschätzt hat, besitzt die Möglichkeit, seine Option verfallen zu lassen, das erworbene Recht also nicht auszuüben.

Der Spekulant verliert dann den gezahlten Optionspreis, der kontinuierlich mit Hilfe einer komplizierten Formel von einer freien Maklerfirma errechnet wird. Entscheidend sind die längerfristigen Kursschwankungen, der Basispreis, zu dem die Wertpapiere ge- oder verkauft wer*den, und der kurzfristige Geldmarkt*satz. Ein Beispiel: Ein Anleger bezieht *Optionen* für Papiere im Wert von 100 000 DM zu einem Optionspreis von 1,58 Prozent. Er muß also 1580 DM bezahlen. Eine Fehlspekulation kostete höchstens etwa 1600 DM (einschließlich Makler-Courtage und Gewährleistungsgebühr), ließe man die Option verfallen.

Der *Unterschied zum Aktien-Op*tionshandel läßt sich an Hand des Beispiels gut erklären:

- Im Renten-Optionshandel müssen mindestens Optionen für Papiere im Wert von 100 000 DM erworben werden; im Handel mit Aktien mindestens Optionen für 50 Aktien.
- *Es gibt nicht drei, sondern nur zwei* Laufzeiten: sechs und zwölf Monate. Die Optionen können nur am 25. Kalendertag im Januar, April, Juli oder Oktober fällig gestellt werden.
- Der Basispreis wird nicht so vielfältig variiert wie beim Aktien-Optionshandel. Die Staffelung geht *grundsätzlich* von zwei Prozentpunkten aus. Beträgt der aktuelle Kurs 97 *Prozent beispielsweise, kann der* Basispreis 96, 94 oder 92 Prozent betragen und 98, 100 oder 102 Prozent. Der Spielraum nach oben und unten ist also begrenzt. Ein vergleichbares Limit wird jetzt auch für den Aktien-Optionshandel eingeführt, um sogenannte Mondpreise zu verhindern.

Der Renten-Optionshandel ist im Grunde weniger für kleine Anleger gedacht als vielmehr für solche, die in der Lage wären, ihren Anspruch auszuüben. Das erforderte aber ein verfügbares Kapital von mindestens 100 000 DM. Als große Anleger fallen allerdings im Augenblick Investment-Gesellschaften weg; *ihnen ist* der Zugang zu diesem Handel noch verwehrt. Bei Versicherungsgesellschaften bestehen unterschiedliche Meinungen, ob das Aufsichtsamt in Berlin befragt werden muß oder nicht. Sie werden sich daher zunächst zurückhalten, bis eine klare Regelung gefunden ist.

DEUTSCH-NIEDERLÄNDISCHER HANDEL

Auf Rekordniveau geklettert

HELMUT HETZEL, Amsterdam

Mit einem Rekordergebnis kann der bilaterale Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den *Niederlanden aufwarten.* Erstmals in der Geschichte überschritt er im vergangenen Jahr mit einem Volumen von 104,5 Milliarden DM die magische 100-Milliarden-Grenze. „Aber wir sind zuversichtlich", so der Präsident der deutsch-niederländischen Handelskammer Willem von Ilsemann vor Journalisten in Amsterdam, „daß die Handelsströme zwischen beiden Ländern auch in Zukunft noch weiter gesteigert werden können".

Gute Exportchancen für die deutsche Industrie auf dem niederländischen Markt sehe er im Bereich der Investitionsgüterindustrie. Daneben sei in Holland aber in Zukunft insgesamt auch mit einer erheblichen Belebung auf dem Konsumgütermarkt zu rechnen.

Die bilaterale Handelsbilanz zwischen den beiden Nachbarländern schloß auch im vergangenen Jahr erneut zu Ungunsten der Deutschen ab und stieg auf ein deutsches Defizit von zwölf Milliarden DM an. Die deutschen Importe aus Holland erreichten 1985 einen Wert von 56 Milliarden DM; umgekehrt bezogen die Niederlande Waren aus der Bundesrepublik Deutschland im Wert von *46,5 Milliarden DM.* Für die Bundesrepublik sind die Niederlande damit nach wie vor hinter Frankreich, aber noch vor den USA der zweitwichtigste Handelspartner.

Die Schwerpunkte der niederländischen Exporte lagen auch im letzten *Jahr in den Bereichen Agrarindustrie* und auf dem Energiesektor; sie konnten aber auch auf dem Büromaschinen- und EDV-Sektor überdurchschnittlich zulegen. Maschinenbau, Chemie, Kunststoffe und Kraftfahrzeuge sind dagegen die deutschen Exportschlager auf dem holländischen Markt.

BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE

Sehr gute Ertragslage

ews. Berlin

Nach dem dritten erfolgreichen *Jahr in Folge, das Geschäftsjahr 1985* erhielt von Vorstandsmitglied Manfred Tüngler sogar das Prädikat „sehr gut", erwartet die Bank für Handel und Industrie AG (BHI) Berlin, eine hundertprozentige *Tochter* der Dresdner Bank AG, Frankfurt, ein Ergebnis „in Sichtweite des 85ers". Der Einstieg in den ersten beiden Monaten sei gut gelungen. Doch glaubt Tüngler, daß das glänzende Wertpapiergeschäft des Vorjahres nicht ganz wiederholbar sei.

1985 hat die Bank der strukturellen Verbesserung des Geschäfts Vorrang vor der stärkeren Ausweitung des Bilanzvolumens gegeben. So stieg die Bilanzsumme nur noch um 2,7 (6,8) *Prozent auf 9,7 Mrd. DM*, das Geschäftsvolumen wurde um 1,8 Prozent auf 10,1 Mrd. DM gesteigert. Ihren Niederschlag fanden die Strukturverbesserungen in der Ertragslage. Trotz leicht abgeschwächter Zinsmarge, die im Vorjahr noch bei 3,1 Prozent lag, wurde beim *Zinsüberschuß* ein Plus *von 1,9 Prozent* auf 276,3 Mill. DM erreicht. Auch das *Teilbetriebsergebnis stieg leicht* um 0,3 Prozent auf 158,2 Mill. DM.

Die Kundeneinlagen wuchsen bei der BHI um 7,8 Prozent auf 6,3 Mrd. DM. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ermäßigten sich um ebenfalls 7,9 Prozent auf 2,8 Mrd. *DM. Im Aktivgeschäft* wurde das Volumen der Kundenkredite um 2,2 Prozent auf 5,9 Mrd. DM erhöht, die Forderungen gegenüber Kreditinstituten sanken um 11,3 Prozent auf 2,5 Mrd. DM.

Aus dem Jahresüberschuß von wiederum 50 Mill. DM wurden 30 Mill. DM in die offenen Rücklagen gestellt und wieder 18 Prozent Dividende auf das Grundkapital von 125 Mill. DM gezahlt.

Die haftenden Eigenmittel werden *jetzt noch einmal um 90 Mill. DM auf* 520 Mill. DM erhöht, denn der Aufsichtsrat hat die Erhöhung des Grundkapitals um 30 Mill. DM aus dem bestehenden genehmigten Kapital gebilligt. Die neuen Aktien, die vom 1. Januar 1986 an gewinnberechtigt sind, wurden von der Dresdner Bank zum Emissions-Kurs von 300 Prozent übernommen.

BAUINDUSTRIE / WELT-Gespräch mit Verbandspräsident Günther Herion – Höhere Investitionen der Kommunen erhofft

Entwicklung im Inland zuversichtlich beurteilt

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Seit Jahren erstmals wieder zuversichtlich beurteilt die deutsche Bauindustrie ihre Geschäftsentwicklung im Inland. Wie Verbandspräsident Günther Herion in einem Gespräch mit der WELT erklärte, sei davon auszugehen, *daß in diesem Jahr der relativ* hohe Auftragseingang im Wirtschaftsbau und die steigende Tendenz des Auftragseinganges im öffentlichen Bau zu einer Produktionssteigerung in beiden Bereichen führen werde. Der Wohnungsbau wird zwar weiter rückläufig sein, jedoch entfallen bei der Bauindustrie nur rund zehn Prozent des Gesamtgeschäftes auf diesen Sektor. Insgesamt dürfte die Produktion der Bauindustrie in diesem Jahr um etwa drei Prozent zulegen.

Herion glaubt, daß sich wieder Kostendeckung erzielen lasse. Drei Prozent *Preissteigerung müßten ausreichen.* Im letzten Jahr hätten Kosten- und Preisentwicklung noch mit plus vier beziehungsweise plus einem Prozent auseinandergeklafft. Diese jahrelange Unterdeckung habe zu einer Auszehrung des Eigenkapitals geführt. Das sei schon so weit fortgeschritten, daß viele Bauunternehmen *nur noch durch Absicherung ihrer* Geschäftskredite aus dem Privatvermögen existieren könnten.

Insofern werden auch die Insolvenzen in diesem und auch im nächsten Jahr weiter zunehmen. 1985 lag die Zahl der Insolvenzen im gesamten Bauhauptgewerbe mit 2256 um 11,6 Prozent über der Vergleichszahl des Vorjahres und erreichte einen neuen traurigen Rekord.

Für mäßige Lohnerhöhung

Entscheidend für die diesjährige Kostenentwicklung werden laut Herion die Tarifabschlüsse sein. Der Bauindustriepräsident wollte zwar keine konkrete *Zahl nennen, meinte* aber dennoch, daß drei Prozent Lohnerhöhung schon zu hoch wären, weil die Bauindustrie gerade aus der Vorruhestandsregelung einen Kostenschub von zwei Prozent der Lohnsumme zusätzlich bekommen habe. An sich mache die gegenwärtige Lage der Bauindustrie „überhaupt keine Lohnerhöhung möglich". Aber mit einer Null-Runde käme man nicht zurecht. „Wir wollen sie auch nicht, denn der deutsche Bauarbeiter hat natürlich Anspruch darauf, an der wirtschaftlichen Entwicklung teilzunehmen." Herion befürchtet, daß die Arbeitskräfte anderenfalls dem Bau davonlaufen würden, und er ergänzte, daß die Bauindustrie für jeden ausbildungswilligen jungen Mann eine echte Chance biete, „denn es gibt am Arbeitsmarkt keine arbeitslosen Baufacharbeiter".

Ganz anders als im Inland verläuft die Geschäftsentwicklung im Auslandsbau. Nach Herions Worten ist die Dollarkursentwicklung für den Auslandsbau „von katastrophaler Auswirkung". Die Auslandstätigkeit der deutschen Bauindustrie, die sich *zu etwa 80 Prozent auf die Opec-Länder* beschränkt, werde dadurch erschwert, daß die auftraggebenden Länder nunmehr in Zahlungsschwierigkeiten gerieten. Von dem Bauvolumen der deutschen Bauindustrie in einer Größenordnung von etwa 40 bis 50 Milliarden Mark entfielen immerhin noch etwa sechs bis acht Milliarden Mark auf das Auslandsgeschäft. Die Tendenz sei so stark rückläufig, daß insbesondere bei *den großen Firmen eine* Entlassungswelle anstehe.

Weniger Auslandsaufträge

Die Auftragseingänge im Auslandsbau, die von 1984 auf 1985 bereits von 4,7 auf 2,7 Milliarden Mark zurückgefallen waren, werden in diesem Jahr „unter zwei Milliarden liegen". 1981 waren es noch rund 12 Milliarden Mark gewesen.

Für die Zukunft erhofft sich Herion eine weitere Verstetigung der Baunachfrage, insbesondere höhere Investitionen der Kommunen, „denn die ganze Misere liegt eben in dem Rückgang der Investitionstätigkeit" von *Städten und Gemeinden. Die Bauindustrie* hätte sich gewünscht, daß der Bundesfinanzminister „nicht nur mit der Sprache, sondern mit Taten" die Gemeinden zu mehr Investitionen angeregt hätte. Aber das habe er leider nicht getan. Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen seien relativ spät gekommen und zu gering ausgefallen.

OK-TEDI-PROJEKT

Deutsche Partner sind zufrieden

VWD, **Frankfurt**

„Auf gutem Weg" sieht die deutsche Seite jetzt das Gold/Kupfer-Projekt OK-Tedi in Papua-Neuguinea. Die erreichte Revision des OK-Tedi-Vertrags bedürfe allerdings noch der Billigung durch das Parlament von Papua-Neuguinea und der Aushandlung weiterer Detailvereinbarungen, verlautet es aus dem Kreis der deutschen Partner, zu denen neben Degussa und der *Metallgesellschaft* auch die bundeseigene Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (DEG) gehört.

Der bis 1989 veranschlagte Investitionsaufwand der OK-Tedi-Partner wird in dem neuen Vertrag jetzt auf eine Größenordnung von *1,4 Milliarden* US-Dollar für das Gesamtprojekt einschließlich des Kupferabbaus begrenzt, während ursprünglich allein für die Goldphase rund 1,2 Milliarden Dollar vorgesehen waren.

Die Reduzierung wird unter anderem durch den Verzicht auf einen *kompletten neuen Hafen* und ein Kraftwerk erreicht. Stark zu Buch schlägt dem Vernehmen nach auch der günstige Ankauf von Aufbereitungs- und Flotationsanlagen für die Kupfererze aus den USA, die nach dortigen Grubenschließungen nicht mehr benötigt werden.

Gleichzeitig haben die OK-Tedi-Partner eine Entschuldung der stark fremdfinanzierten Projektgesellschaft vereinbart – für die deutsche Seite wirkt sich dabei der zwischenzeitliche Rückgang des Dollarkurses positiv aus.

Nach dem neuen OK-Tedi-Konzept wird der Kupfererz-Abbau schon Anfang 1987 anlaufen und soll dann schrittweise bis Anfang 1989 auf über 60 000 Tagestonnen gesteigert werden. Die eigentliche Gold-Phase wird *voraussichtlich Mitte 1988* beendet, gewisse Goldmengen dürften jedoch auch später während der Kupfer-Phase noch anfallen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Klöckner im Aufwind

Düsseldorf (J. G.) – Auch im bisherigen Verlauf von 1985/86 (30. 9.) halte bei der Klöckner-Werke AG, Duisburg, die 1984/85 erreichte Wende des verlustreichen Stahlbereichs ins Positive an; *hoch sei der Auftragseingang* in den (ertragreichen) Konzernbereichen Maschinenbau und Kunststoffverarbeitung geblieben, so daß man hier nun auch mit Personalaufstockung die Kapazitäten „vorsichtig" erhöht. Im Anschluß an die jüngste Aufsichtsratssitzung wiederholt der Konzern, daß *1984/85* (erstmals seit langem) mit „gut positivem" Ergebnis aus laufendem Geschäft schließe. Als letzter (und größter) Konzernteil wurde nun auch der *Stahlbereich in die rechtliche* Selbständigkeit ausgegliedert und die AG zu einer auch rechtlich reinen Holding gemacht.

Eisenwaren teurer

Köln (dpa/VWD) – Preiserhöhungen um drei bis fünf Prozent für Eisenwaren haben viele Hersteller zum Abschluß der Internationalen Kölner *Eisenwarenmesse angekündigt*, die gestern zu Ende gegangen ist. Wie die Kölner Messegesellschaft berichtete, hat das Ordergeschäft gegenüber der Eisenwarenmesse 1985 wieder angezogen und – „die vor der Messe in Branchenkreisen geäußerte Zuversicht in die weitere wirtschaftliche Entwicklung" bestätigt.

Klaus Barthelt wird 60

Offenbach (DW.) – Dr.-Ing. E. h. Klaus Barthelt, Vorstandsvorsitzender der Kraftwerk Union AG, vollendet am 7. März 1986 sein 60. Lebensjahr. Nach dem Studium der Rechte trat Barthelt in die Siemens-Schuckertwerke AG ein und war dort mit *Stabs- und Linienfunktionen* in Vertrieb, Verwaltung und Grundsatzabteilungen betraut. Bei Gründung der Kraftwerk Union AG im Jahr 1969 wurde Barthelt zunächst zum Sprecher des Vorstandes delegiert und drei Jahre später zum Vorstandsvorsitzenden berufen.

Neue Töchter für TUD

Düsseldorf (Py.) – Die zur niederländischen Otra N. V. gehörende Technische Unie Deutschland GmbH (TUD), Düsseldorf, hat vom britischen Elektro-Konzern Thorn-Emi Plc. zwei deutsche Elektro-Großhandlungen erworben. Die TEG Technischer Elektro-Großhandel *GmbH, Bochum* und die Technischer Elektro-Großhandel Rudolf Ahlemann GmbH, Bremen, mit zusammen 140 Mill. DM Umsatz steigern den Gesamtumsatz der TUD-Gruppe auf 450 Mill. DM.

Risiken bei Agrarkrediten

Hannover (dos) – Bei von der Landwirtschaft nachgefragten Krediten *müssen die Banken* ihr Augenmerk verstärkt auf das Betriebsergebnis und weniger auf den Verkehrswert der Höfe richten. Nach Angaben der Norddeutschen Landesbank zeigt sich bei Zwangsversteigerungen, daß die Landpreise eher zurückgehen. Das Institut wies 1985 Kreditanträge mit einem Volumen von 136 (100) Mill. DM aus. Knapp ein Fünftel der Anträge mit einem Wert von 25 Mill. DM wurden abgelehnt. Zur Auszahlung kamen 102 (84) Mill. DM. Der Bestand an Agrarkrediten beläuft sich auf gut 1,3 Mrd. DM.

Océ erhöht Dividende

Düsseldorf (Py.) – Die niederländische Océ van der Grinten-N. V., Venlo, hat im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 11.) den Reingewinn um 20 Prozent auf 77,4 Mill. hfl gesteigert, den Umsatz um 7,5 Prozent auf 1,97 Mrd. hfl. In einem Zwischenbericht wird der Reingewinn je 20-hfl-Aktie mit 29,41 (25,92) hfl angegeben. Die Dividende soll von 9 auf 10 hfl steigen. Alle Länder und Bereiche haben zur positiven Umsatz- und Ertragsentwicklung beigetragen.

Schweizer Werte notiert

München (dpa/VWD) – Seit Dienstag werden an der Bayerischen Börse folgende Schweizer Werte gehandelt: BBC Brown Bovery + Cie Inhaberaktien (EDV-Kürzel: BBS) zu 2035 DM, Ciba Geigy Inhaberaktien (CGI) zu 4605 DM, Cross Air Inhaberaktien (CAI) zu 1955 DM, Nestlé Partizipationsscheine (NESP) zu 1790 DM, Sandoz Partizipationsscheine (SAZP) zu 2050 DM, Schweizer Bankverein Inhaberaktien (SVZ) zu 650 DM und Zürich Versicherung Inhaberaktien (ZVI) zu 7300 DM. Das Bankhaus H. *Aufhäuser hat die Werte eingeführt.*

NAMEN

Emil Bast, Inhaber der Bast-*Bau-Firmengruppe*, Erkrath-Unterfeldhaus, wird am 7. März 60 Jahre alt.

Dr. **Christian Nissen**, Geschäftsführer der Zentrale Markt- und Preisberichtstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft GmbH, Bonn, vollendet am 10. *März sein 60. Lebensjahr.*

Dr. **Harald Schmid**, Geschäftsführer er BHW Bausparkasse, Hameln, scheidet Ende Mäz aus dem Unternehmen aus. Zu seinem Nachfolger wurde Daniel J. *Gumpel*, Direktor der Landesbank Schleswig-Holstein, bestellt.

Dr. **Guido Sandler**, persönlich haftender Gesellschafter der Dr. August Oetker KG, Bielefeld, ist zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Frankfurt, vorgeschlagen worden. Er löst dort **Hans-Georg Karg** ab. Sandlers Nachfolger im Getränkebereich der Oetker-Gruppe wird **Klaus Peter Erbrich**, der unter Beibehaltung seines Vorstandsmandates bei der Binding Brauerei AG Generalbevollmächtigter der Dr. August Oetker KG werden wird.

Dietrich Schröder (44) wurde mit *Wirkung vom 1. Juli 1986 zum ordent*lichen Vorstandsmitglied der Leonberger Bausparkasse AG, Leonberg, bestellt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arolsen: Walter Lambion, Ingenieur, Arolsen-Wetterburg; **Bad Kreuznach:** Elbertzhagen GmbH & Co. KG, Gießerei, Simmertal; **Bensheim:** Andreas Zieringer Metallhütte – Metallgroßhandel GmbH; **Berlin Charlottenburg:** Tankstellen Betriebsges. Seestraße 1 mbH; **Duisburg:** Nachl. d. Günter Alexander Sandberg, Oberhausen; **Essen:** Elektro Schmitz GmbH; **Freudenstadt:** SÜD-WEST-REPRO Höpfner & Giesen GmbH Graphischer Betrieb f. Tiefdruck- u. Offset-Reproduktionen; **Friedberg:** Renate Buß geb. Zeigler, Kauffrau; **Fritzlar:** Gerhard Reiß, Maurermeister, Edermünde-Grifte; **Hamm:** Georg Albert Ebmeyer, Bergkamen; **Hannover:** Siemon Freizeitfahrzeuge GmbH; **Kempten:** Nachl. d. Viktoria Rist, Maierhöfen; **Langen:** Wilfried Barre, Bederkesa; **Lebach:** Werotherm Irsch u. Winter GmbH, Saarwellingen; **Meppen:** Steffens Bauges. mbH, Haren (Ems); **München:** Bott & Walla GmbH & Co.; Nachl. d. William Robert Jones; MEDIA – J. Lippitz GmbH; Saga-GmbH, Bauunternehmung; Simon Spitz; **Ottweiler:** Alfred Hellbrück, Transportunternehmer, Eppelborn-Humes; **Recklinghausen:** Hans-Jürgen Wiese, Kaufmann, Herten.

Anschlußkonkurs eröffnet: Bersenbrück: Jürgen Raube, Hotelkaufmann, Bramsche; **München:** GABAU-Ges. f. Automationstechnik u. Anlagenbau mbH & Co., KG f. Förderungstechnik, Gräfelfing.

Vergleich beantragt: Berlin Charlottenburg: Wagner-Immobilien *GmbH + Co. KG*; **Heidelberg:** 1. Braun KG Spedition GmbH & Co. u. 2. Heifu Unternehmensberatung GmbH, Edingen-Neckarhausen; **München:** ATEX Airtravel Exclusiv GmbH.

Pfaff: „Maßvoller" Kapazitätsaufbau

Wb. Kaiserslautern

Unter dem Vorbehalt der nicht absehbaren Dollar-Auswirkungen hält der Vorstand der G.M. Pfaff AG, Kaiserslautern, seine „Ausgangsdaten für die zukünftige Geschäftsentwicklung" für gut. Die weltweit große Nachfrage nach Schuh- und Bekleidungsmaschinen habe zu einem hohem Auftragsbestand im Industriemaschinenbereich geführt, dem man *sich mit „maßvollem" Kapazitätsaufbau* anpassen werden. Die Haushaltsnähmaschinen sollen von der gewachsenen Konsumneigung im Inland profitieren.

Schon 1985 hat eine „zufriedenstellende" Geschäftsentwicklung für eine Verbesserung von Ergebnis und Finanzstruktur gesorgt. Der Umsatz nahm um 8 Prozent auf 1016 (938) Mill. DM zu. Bei weiterhin deutlich stärkerer Auslandsnachfrage stieg der Auslandsanteil am Umsatz auf 71 (69) Prozent. Der größere Schub kam aus dem Industriemaschinengeschäft, das um 11 Prozent auf 688 (621) Mill. DM zunahm. Die Haushaltskunden dagegen zeigten sich (vor allem im Inland) noch zurückhaltend – der Umsatz mit ihnen nahm nur um 3 Prozent auf 328 (317) Mill. DM zu. Dank der günstigen Entwicklung konnte auch die Zahl der Arbeitsplätze in der Gruppe insgesamt, um knapp 2 Prozent auf 9 380 (9210), im Inlandskonzern auf 7 330 (7 200) *ausgeweitet werden.*

ÖL / Diskussion in Washington: Entwicklung des Marktes wirkt insgesamt positiv

Niedriger Preis drückt die Zinsen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Der weltwirtschaftliche Nutzen, der über niedrigere Inflationsraten und Zinsen aus dem Verfall der Ölpreise resultiert, ist um ein Vielfaches größer als der Schaden, der in den Produzentenländern entsteht. Auf diese Formel läßt sich das Ergebnis einer Veranstaltung des mit deutschen Marshallplan-Geldern geförderten Institute for International Economics in Washington bringen, an der Fachleute aus vielen Staaten, darunter der ehemalige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Horst Schulmann, teilnahmen.

Einig war man sich darin, daß das billigere Öl die Teuerungsraten um mehr *als ein und* die Zinsen um 1,5 Prozent (Libor) drückt. Erheblich reduziert wird die noch vor einigen Monaten bestehende globale Rezessionsgefahr, vor allem auch durch die weniger schweren Zinslasten in der Dritten Welt. Was ebenfalls eintritt, darauf wies besonders Schulmann hin, ist eine erhebliche Veränderung der Handelsströme: Die Einfuhren der *Industriestaaten werden zu-*, die der Ölexportländer abnehmen.

Auf die Dritte Welt beschränkt lassen sich die Auswirkungen des Ölpreisrutsches ziemlich genau berechnen. Legt man einen Preis von *15* Dollar je Barrel (159 Liter) zugrunde, dann büßen die Produzenten der Dritten Welt wie Gabun, Venezuela, Nigeria, Mexiko, Algerien, Ecuador, Trinidad, Indonesien, Malaysia, Peru und Ägypten zusammen 30,6 Mrd. *Dollar an Exporterlösen ein. Zugleich* sparen sie jedoch 4,1 Mrd. Dollar Zinsen für ihre Auslandsschulden. Im Einzelfall sinken Mexikos Ölausfuhren um 6,2, die Zinszahlungen um 1,46 auf 8,2 Mrd. Dollar.

Andererseits schrumpft die Ölrechnung der wichtigsten ärmeren Ölimportländer Griechenland, Türkei, Brasilien, Uruguay, Portugal, Indien, Chile, Philippinen, Südkorea, Thailand, Pakistan, Bangladesch und Taiwan insgesamt um 16,1 Mrd. Dollar, während die Einsparungen im Zinsendienst 4,2 Mrd. Dollar ausmachen. Statt elf zahlt das am höchsten verschuldete Land, Brasilien, nur noch 9,5 Mrd. Dollar. In der Konsequenz wird Brasilien in die Lage versetzt, mehr Industriegüter zu importieren, was auch die Teuerung bremst. Das *Einfuhrplus kann* ein Viertel betragen.

Übereinstimmung herrschte darin, daß das südamerikanische Land „die Intensivstation verlassen kann", wenn *auch das neue brasilianische* Stabilisierungspaket nur gemischte Noten erhielt. So ist die brasilianische Währung immer noch zu hoch bewertet, was auf Kosten der Außenposition gehen *kann;* die *fiskalischen* Schnitte sind unzureichend, und die *Lohnindexierung* bleibt insofern erhalten, als, wenn auch auf höherem Niveau, ein Auslöser eingebaut worden ist.

Gemessen an der Leistungsbilanz verschlechtert sich unter den Ölländern Venezuelas Position um 6, Nige*rias um 5, Mexikos um 4,8*, Algeriens um 3,8 und Indonesiens um 3,1 Mrd. Dollar. Bei den Ölverbrauchern führt der Preisrutsch dazu, daß sich Brasiliens Leistungsbilanz um 4,3, Griechenlands um 1,8, der Türkei um 2, Portugals um 1,3, Indiens um 2, Chiles um 0,5, der Philippinen um 1, Südkoreas um 3,3 und Thailands um 0,9 Mrd. Dollar verbessert.

Unterm Strich bleibt, daß sich die Lage Ägyptens und Südkoreas wegen ebenfalls sinkender Kanalgebühren und des Verlustes von Bauaufträgen im Mittleren Osten zusätzlich verdüstert, während Indonesien, das die Einfuhren schon gekappt hat, aus dem Schlimmsten heraus ist. Venezuela *muß* sich weiter verschulden.

Einhellig kamen die vier Dutzend *Teilnehmer zu dem Urteil, daß netto* viel mehr Länder vom Ölpreissturz profitieren als umgekehrt. Am härtesten betroffen ist jedoch auf der Verliererseite Mexiko, das etwa 2,5 Pro*zent seines* Bruttosozialprodukts verliert und dessen Währungsreserven von 8 auf 4 Mrd. Dollar gesunken sind. Bei einer Auslandsschuld, die 97 Mrd. Dollar erreicht hat, macht der *Bedarf an frischem Geld 6,5 Mrd.* Dollar aus, wovon 2,5 Mrd. Dollar von den Privatbanken kommen sollen und der Rest aus öffentlichen Quellen. Das Leistungsbilanzdefizit steigt auf 4,5 *Mrd. Dollar. Dem Land steht* jetzt ein noch härterer Sanierungskurs bevor. Die Chancen für steigende Wachstumsraten sind schlecht.

FEINMECHANIK UND OPTIK / Es fehlen Fachkräfte

Weltmarkt-Position gestärkt

HEINZ STÜWE, Bonn

Die deutsche feinmechanische und optische Industrie ist ein Musterbeispiel für den Exportboom des vergangenen Jahres. Ohnehin traditionell stark exportorientiert, konnten die Unternehmen der Augenoptik, Optik und Labortechnik, Foto- und Videotechnik, Feinmechanik, Meß- und Automatisierungstechnik und der Medizintechnik 1985 auf den Auslandsmärkten noch einmal kräftig zulegen. Der Ausfuhrwert stieg um 19 Prozent auf knapp 10 Mrd. DM. Real blieb noch ein stattliches Plus von 15 Prozent. Die Exportquote wurde auf über 70 Prozent geschraubt.

Georg Wilhelm Oetjen, Vorsitzender des Verbandes der deutschen feinmechanischen und optischen Industrie, räumte vor der Presse in Köln zwar ein, daß der günstige Dollar-Kurs an diesem Export-Boom nicht ganz unbeteiligt war. Die Verbesserung der Position auf den Weltmärkten ist seiner Ansicht nach in erster Linie eine Folge der Produktinnovationen der deutschen Industrie. „Die heute so populäre Forderung, Industrie und Wissenschaft näher aneinanderzurücken, ist für die deutsche Feinmechanik und Optik seit jeher eine Selbstverständlichkeit", betonte Oetjen. Sechs bis zehn Prozent des Umsatzes würden in Forschung und Entwicklung investiert.

Die wichtigsten Auslandskunden der Branchen sind die Industrieländer. Die USA liegen mit einem Anteil von 16 Prozent an der Spitze, gefolgt von den größeren EG-Staaten. „Erfreuliche Zuwachsraten" meldete *Oetjen für den ostasiatischen* Raum: Der sprunghafte Ausfuhranstieg nach China (im ersten Halbjahr 1985 plus 75 Prozent auf 40 Mill. DM) belege, *daß die Chancen diese Marktes nicht* nur frühzeitig erkannt, sondern auch genutzt würden.

Obwohl der Inlandsabsatz mit der Exportsteigerung nicht Schritt hielt, verbuchte die Branche mit 10,5 Prozent (real 8,5) eine weit überdurchschnittliche Zunahme des Gesamtumsatzes auf 13,7 Mrd. DM. Die größte Fachgruppe des Verbandes ist die Medizintechnik. 297 Betriebe mit 40 000 Beschäftigten setzten 1985 insgesamt 4 Mrd. DM (plus 4,5 Prozent) um. Einen überdurchscnittlichen Umsatzzuwachs um 15 Prozent auf über 1,9 Mrd. DM verbuchten die 175 Mitgliedsunternehmen in der Feinmechanik.

Die gute Geschäftsentwicklung *schlug sich auch* in der Beschäftigung nieder. 5500 neue Arbeitsplätze – eine Steigerung von 4,5 Prozent – wertet der Verbandsvorsitzende als *Indiz* für den Konjunkturoptimismus der Branche. Die Auftragseingänge der ersten beiden Monate des neuen Jahres stützen diese Zuversicht ebenso wie die verbesserte Ertragslage.

Probleme sehen die Branchensprecher vor allem in einem Punkt: im Mangel an Fachkräften. „Es ist in Deutschland nicht möglich, Optiker zu bekommen", führte Professor Rolf Rodenstock, Inhaber der Optischen Werke G. Rodenstock in München, als Beispiel an. Einige Firmen müßten sich deshalb die Frage stellen, ob sie in Deutschland noch weiter *expandieren könnten* oder ins Ausland gehen müßten. Eigene Versäumnisse bei der Ausbildung sehen die Branchensprecher nicht. Sie verweisen darauf, *daß die Ausbildungsquote* in den letzten Jahren auf sechs Prozent gesteigert wurde.

VEREINS- UND WESTBANK / Bisher bester Abschluß des norddeutschen Instituts

Dividende aus dem vollen geschöpft

JAN BRECH, Hamburg

Bei der Beurteilung des Ergebnisses für das Geschäftsjahr kommen selbst die konservativen Banker der Vereins- und Westbank AG, Hamburg, nicht umhin, das Prädikat „gut" zu bemühen. Immerhin legt die größte norddeutsche Regionalbank, die sich schon in den vergangenen Jahren auf hohem Ertragsniveau bewegt hat, für 1985 ihren bislang besten *Abschluß* überhaupt vor.

Das Ergebnis ermöglicht es der Bank sowohl nach außen als auch nach innen aus dem vollen zu schöpfen. So wird einmal der Hauptversammlung am 16. April in Kiel vorgeschlagen, die Dividende um zwei auf 12 DM zu erhöhen. Das, so betont der Sprecher des Vorstands, Eberhard-Rainer Luckey, entspräche der seit Jahren verfolgten „ertragsorientierten Dividendenpolitik". Zum anderen hat die Bank die Risikovorsorge noch einmal erhöht. Gut verdient hat die Bank in allen Tätigkeitsbereichen. Das erhöhte Geschäftsvolumen und die leicht verbesserte Zinsmarge von 2,68 (2,58) Prozent führten zu einem um 3,2 Prozent höheren Zinsüberschuß. Luckey hält es für ein markantes Zeichen, daß die Bank 1985 an jedem Tag mehr als 1 Mill. DM Zinsüberschuß erwirtschaftet hat.

Noch deutlicher fiel die Ertragssteigerung im Dienstleistungsgeschäft aus. Der Provisionsüberschuß erhöhte sich um stattliche 24,5 Prozent. Vor allem reüssierte die Bank im Wertpapiergeschäft, das Luckey, der ansonsten zur Zurückhaltung neigt, sogar als „überaus gut" bezeichnet. In der Steigerung des Gesamtbetriebsergebnisses um 55,5 Prozent schlägt sich der erfolgreiche Eigenhandel der Bank mit Wertpapieren nieder. Die *Verbesserung des* Teilbetriebsergebnisses gibt Luckey mit 23 Prozent an.

Die Steigerung des Jahresüberschusses um *fast 24 Prozent läßt* zudem erste Erfolge in der Eindämmung der Kosten erkennen. Die Konzentration der Hauptverwaltung in Hamburg an einem Platz ist weitgehend abgeschlossen, die Automatisierung der Betriebsabläufe weiter vorangekommen. Im *Zuge* der Rationalisierung hat die Bank die Belegschaft um 80 auf 4210 Mitarbeiter reduziert.

Die Entwicklung in diesem Jahr knüpft nahtlos an die des Vorjahres an. Die beiden ersten Monate, so Luckey, seien sehr zufriedenstellend verlaufen und im Wertpapiergeschäft habe die Bank bereits jetzt die Hälfte des Gesamtergebnisses von 1985 eingefahren. Bei der künftigen Expansion setzt die Bank auf das ihr angestammte Gebiet in Norddeutschland. Die Eröffnung neuer Niederlassungen im Ausland ist nicht im Gespräch. Es bleibt zunächst bei der Niederlassung in Miami, die 1985 gut abgeschnitten hat. Im Inland ist dagegen die Eröffnung eines Büros am Frankfurter Platz vorgesehen, vor allem um das Wertpapiergeschäft zu aktivieren.

Im Beteiligungsbereich der Bank sind nach Angaben von Luckey die Verkaufsgespräche über die Schachtel an *der Bavaria-St. Pauli-Brauerei* AG mit dem Großaktionär Reemtsma vertagt worden. Offensichtlich bestehen erhebliche Unterschiede in den Preisvorstellungen.

Zur Anpassung der eigenen Mittel an das erweiterte Geschäftsvolumen hat die Vereins- und Westbank Anfang dieses Jahres von dem genehmigten Kapital zum Teil Gebrauch gemacht und das Grundkapital um 22,7 Prozent auf 157 Mill. DM erhöht. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu 200 DM bei einem Bezugsverhältnis von 6 zu 1. Zusätzlich schlägt die Verwaltung der HV vor, bei 1991 einmalig oder mehrmals Optionsanleihen oder Genußscheine bis zu 100 Mill. DM zu begeben. Den Inhabern von Optionsanleihen können Aktien der Bank bis zu 25 Mill. DM eingeräumt werden. Entsprechend soll die HV 25 Mill. DM bedingtes Kapital schaffen.

Vereins- und Westbank	1985	±%
Kundeneinlagen (Mill. DM)	8113	+ 9,8
Bankeinlagen	2892	+ 7,0
Forderungen an		
Kunden	6816	+ 4,9
Banken	2521	+ 19,9
Eigenmittel	484	+ 2,1
Bilanzsumme	13 180	+ 9,7
Geschäftsvolumen	14 788	+ 9,4
Zinsüberschuß	365	+ 3,2
Provisionsüberschuß	150	+ 24,5
Jahresüberschuß	42	+ 23,7

INTERNATIONALE HANDWERKSMESSE

Aussichten günstig beurteilt

DANKWARD SEITZ, München

Wesentlich günstiger als noch vor Jahresfrist beurteilt das deutsche Handwerk inzwischen seine Aussichten. Mit entsprechendem Optimismus sieht denn auch dieser zweitgrößte Wirtschaftsbereich der Bundesrepublik der bevorstehenden 38. Internationalen Handwerksmesse in München (8.–16.3.) entgegen. Selbst wenn noch nicht ganz der Anschluß an die allgemeine positive Konjunkturentwicklung gefunden wird, so besteht nach Ansicht des Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Paul Schnitker, dennoch die große Chance, einiges an Boden wettmachen zu können: „Das Handwerk holt auf!"

Das Anziehen der inländischen Investitionstätigkeit und des Konsums – immerhin produziert das Handwerk zu 98 Prozent für den Binnenmarkt – lassen, so *Schnitker*, für 1986 eine Umsatzsteigerung um rund 3 bis 3,5 Prozent und ein Anstieg der Beschäftigtenzahl um ein Prozent erwarten. Einziges Sorgenkind: *Die tiefgreifende* Struktur- und Anpassungskrise im Baubereich wird sich wiederum negativ auf das sonst positive Bild auswirken. Bau- und Ausbaugewerbe tragen nämlich noch immer rund 37 (49) Prozent zum Gesamtumsatz dieser Wirtschaftsgruppe bei.

Vor allem unter diesem Gesichtspunkt muß die Aussage Schnitkers, daß das Handwerk in seiner Gesamtheit 1985 hinter dem Wachstum der übrigen Wirtschaft zurückgeblieben ist, relativiert werden. Nominal konnte nämlich im vergangenen Jahr nur ein Umsatzplus von etwa eins (real minus 2,5) Prozent auf 384 Mrd. DM erzielt werden. Klammert man das Bau- und Ausbaugewerbe aus, konnte sonst „überall ein stattliches Plus im Gleichschritt mit der Gesamtwirtschaft" verzeichnet werden. Und nur durch die Baukrise bedingt sank auch die Zahl der Beschäftigten 1985 um 1,7 Prozent auf etwa 3,85 Millionen. Dabei erhöhte sich die Zahl der Betriebe noch um 0,2 Prozent auf rund 540 000, obwohl noch 212 000 Insolvenzen (minus 1,4 *Prozent*) gezählt wurden.

Trotz aller nun tendenziellen Verbesserungen forderte Schnitker die *politischen* Verantwortlichen auf, endlich entscheidend die Rahmenbedingungen für das Handwerk und damit seine Beschäftigungsmöglichkeiten und *-chancen* wirkungsvoll zu verbessern. Handlungsbedarf sieht er dabei vor allem in der Steuer- und Finanzpolitik sowie der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. *„Das Handwerk* braucht jetzt Kostensenkungen und nicht das Gegenteil!"

Vor allem sollten, so Schnitker, die zweite Stufe der Steuerreform auf Anfang 1987 vorgezogen und eine steuerstundende Investitionsrücklage als vorgezogene Abschreibung ermöglicht werden. Auch müßte die „Beschäftigungsbremse" der Personalnebenkosten nicht weiter angezogen, sondern gelockert werden.

DRUPA / Rekorde für die Fachmesse – Boom im Druck- und Papiermaschinenbau

„Das beste Jahr unserer Geschichte"

J.G. Düsseldorf

Das Zeitalter der Elektronik ist entgegen früheren Prognosen auch das Zeitalter der Druckindustrie. Kurt Werner, Chef der Darmstädter Maschinenfabrik Goebel GmbH und abermals Drupa-Präsident, hat zum frühen Auftakt der Düsseldorfer „Internationalen Messe Druck und Papier – DRUPA" (2. bis 15. Mai) allen Anlaß zu dieser Feststellung. Ein Jahrzehnt liegt bereits die düstere Zeit zurück, als im Prognoseschwall über dem Vormarsch „druckfreier" elek*tronischer Medien und „papierloser Büros"* die deutschen Druck- und Papiermaschinenbauer nur noch ein Auftragsrinnsal von ihrer weltweit unsicheren Kundschaft bekamen.

Seitdem geht es mit der Branche aufwärts. Rasant zumal in jüngerer Zeit. 1985 wuchs der Produktionswert um 21 (12) Prozent auf 8,2 Mrd. DM und bei gut dreiprozentiger Preissteigerung auch der reale Auftragseingang um stolze 17 Prozent. „Das beste Jahr unserer Geschichte", resümierte Werner im Rückblick auf 1985. Für 1986 wird der Superlativ erst recht fällig.

Denn die mit drei Vierteln ihres *Absatzes vom Export lebenden* Druck/Papiermaschinenbauer (40 000 Beschäftigte) sind zum guten Teil bereits bis nach 1987 hinein voll beschäftigt. *Der Dollarkursfall „kneift* erst wenig" (Werner), selbst auf dem für die Branche größten Exportmarkt USA. Da zahle sich nun mit Kundentreue aus, daß man beim Dollarhöhenflug (Dollar-)Preisnachlässe gewährt habe. Zusätzliches zum Boom werde die in 160 Länder exportierende Branche gewiß von der Messe bekommen.

Als „weltgrößte Fachmesse" ihrer Art registriert sie bereits zwei Monate vor Beginn im Vergleich zur Vorgängerin (1982) Plusraten von 18 Prozent auf 168 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche und von 12 Prozent auf 1432 Aussteller. Die Deutschen sehen *sich auf dem Markt dank intensiven* technischen Fortschritts mit nahezu 40 Prozent Anteil an der Weltproduktion als die unangefochten Größten. Für die Rendite aus ihrem Boomgeschäft galt das bislang noch nicht. Sie lag nach Werners Urteil 1985 mit gut zwei Prozent Nettogewinn vom Umsatz noch deutlich unter dem Niveau der 60er Jahre. Aber auch da zeige 1986 weiter aufwärts.

BBC / Fritz Leutwiler vorübergehend Konzernchef

Die Dividende fällt aus

dpa/VWD, Baden/Mannheim

Das größte Schweizer Elektrounternehmen, die BBC AG Brown, Boveri und Cie., Baden, läßt für das Geschäftsjahr 1985 die Dividende ausfallen. Bei einem Umsatzrückgang um rund zehn Prozent auf 2,49 Mrd. Franken (2,99 Mrd. DM) fiel der Reingewinn mit 7,5 Mill. Franken (9 Mill. DM) – verglichen mit 28,4 Mill. Franken 1984 – deutlich niedriger aus.

Als Ursachen wurden von dem drittgrößten Konzern der Schweiz nicht kostendeckende Aufträge genannt, die aus Beschäftigungsgründen hereingenommen wurden. Den Angaben zufolge mußte auch auf Auslandsbeteiligungen mehr abgeschrieben werden. Angesichts der „unbefriedigenden Ertragslage" werde der Generalversammlung am 28. Mai keine Dividende (zuletzt sechs Prozent) vorgeschlagen.

Der konsolidierte Auftragseingang des BBC-Konzerns, zu dem vor allem auch die BBC Mannheim gehört, erreichte 1985 13 Mrd. Franken (15,6 Mrd. DM), vier Prozent mehr als im Vorjahr. Die starke Umsatzsteigerung um 24 Prozent auf 13,9 Mrd. Franken (16,7 Mrd. DM) beruht zu einem großen Teil auf der Abrechnung des Hochtemperaturreaktors THTR 300 in Hamm. Beim Konzernerfolg wird eine Verbesserung erwartet.

Für den im Februar vorzeitig ausgeschiedenen Vorsitzenden der Konzernleitung, Piero Hummel, wird der Präsident des Verwaltungsrates, Fritz Leutwiler, interimistisch dieses Amt übernehmen.

IM BLICKPUNKT / Arbeitgeberfunktionär und Unternehmer: Hans Peter Stihl

Mit dem Wohl des Waldes eng verbunden

Das Baumsterben betrachten wir gewissermaßen als eine Existenzgefährdung unserer Firma." Für Hans Peter Stihl (53), persönlich haftender Gesellschafter der Waiblinger *Firma Andreas Stihl*, des größten Motorsägenherstellers der Welt, hat das große Umweltschutzthema unserer Tage durchaus konkrete Bezüge zum Wohl und Wehe *dieses seit 60 Jahren* bestehenden Familienunternehmens.

Mit dem Namen Stihl verbindet sich freilich nicht nur das Faktum, daß aus diesem Unternehmen jede vierte weltweit produzierte Motorsäge stammt. Der in seiner schwäbischen Art eher introvertiert erscheinende, sachlich und knapp argumentierende Firmenchef hat über das Unternehmen hinaus in der Öffentlichkeit einen größeren Bekanntheitsgrad erworben in seiner Rolle als Vorsitzender des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württembergs und damit in vielen Tarifschlachten erprobter Verhandlungsführer. Hängt doch an seinem Verhandlungsgeschick sehr viel, wenn man sich vor Augen *führt, daß* beinahe *regelmäßig* wegweisende Tarifmarken in der wirtschaftlich robust dastehenden Metallbranche des Südwestens gesetzt werden.

Zurück zum Firmenchef Stihl: Er widerspricht Vermutungen, daß kränkelnde Wälder automatisch größere *Abholzaktionen* nach sich zögen, damit den Sägenbedarf erhöhten und zumindest vorübergehend Umsatzimpulse für die international operierende Stihl-Firmengruppe bewirkten. Gleichwohl sei das Unternehmen sehr stark daran interessiert, die Schadstoffbelastung von Boden, Wasser und *Luft* so weit wie möglich zu reduzieren.

Gute Absatzperspektiven

Man habe beispielsweise für die Kettenschmierung ein auf Pflanzenbasis bestehendes biologisch abbaubares Öl eingeführt, um so zu einer geringeren Belastung des Waldbodens beizutragen. Außerdem sei man dabei, Mischungsöle zu entwickeln, um das für den Sägenmotor benötigte Benzin mit möglichst wenig Öl zu versetzen.

Überhaupt ist Stihl aufgrund von Untersuchungen davon überzeugt, daß auch weiterhin der Holzzuwachs in der Welt größer sein werde als das Holzvolumen, das jährlich eingeschlagen werde. Deshalb ist er hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten seines Unternehmens, dessen geschäftliche Basis auch künftig die Motorsäge sein werde, optimistisch. Die im *Jahre 1926* von seinem Vater Andreas Stihl gegründete Firma hat sich zu einer kräftig wachsenden Unternehmensgruppe entwickelt, die mit einer deutlich zweistelligen Zuwachsrate in 1985 erstmals die Milliarden-Marke beim Umsatz überschritten hat. Zum Stammhaus, einer KG, gehören heute sechs Werke in der Bundesrepublik, nämlich drei in *Waiblingen sowie Werke in Ludwigs*burg, Prüm-Weinsheim (Eifel) und Wiechs am Randen (Kreis Konstanz). Komplementär und geschäftsführen der Gesellschafter der KG ist Hans Peter Stihl, der zusammen mit seiner Schwester Eva Mayr-Stihl, die Kommanditistin *ist, die Geschäftsleitung* bildet. Die weiteren zwei Kommanditisten sind gleichfalls Geschwister Stihls.



Hans Peter Stihl

ZEICHNUNG: BÖHLE

Über die Inlandsaktivitäten hinaus gehören zur Unternehmensgruppe ein rundes Dutzend Tochter- und Schwesterfirmen im Ausland, von denen die in der Schweiz, den USA, Brasilien und Australien auch produzieren. Ein Standort, der noch in Frage käme, sei der südostasiatische Raum, doch gebe es hierfür keine konkreten Pläne. In diesem Zusammenhang verweist Stihl auch auf die schwierige Kostenlage des Produktionsstandorts Bundesrepublik. Eine Kostenanalyse zwischen der Stihl-Fertigung hierzulande und der in der Schweiz ergebe, daß dort in der Produktion um 24 Prozent billiger gearbeitet würde. Und dies, obwohl der direkte Lohn in der Schweiz höher liege. Die Differenz resultiere aus den *hier höheren Lohnnebenkosten*, den kürzeren Arbeitszeiten, mehr Feiertagen und höherem Krankenstand.

Stihl, der sich, nach der Ertragslage des Unternehmens befragt, allenfalls ein „zufriedenstellend" abringen läßt, verkauft sein Sägen-Programm, das in den letzten Jahren um eine Reihe weiterer tragbarer Motorgeräte erweitert wurde, in insgesamt 130 Ländern. Der Auslandsanteil *am Umsatz* erreicht 85 bis 90 Prozent.

Da der Weltmotorsägenmarkt stagniert, Stihl aber ein flottes Wachstumstempo vorlegt, heißt dies Marktanteilsgewinne zu Lasten der Konkurrenz. Im Wettbewerb befindet man sich mit einem guten Dutzend anderer Firmen, davon drei aus USA und vier aus Japan. Stihl: „Wir sind offenbar in der Lage, die Wünsche der Abnehmer besser *zu treffen." Gleich*wohl sehe auch er für seine Produkte noch große Entwicklungsmöglichkeiten, sei es in der Verbesserung der Unfallsicherheit, der Umweltverträglichkeit, der Lebensdauer und des Service. Es werde deshalb großes Gewicht auf Forschung und Entwicklung (fünf Prozent vom Umsatz) gelegt. Hier sind allein 300 Mitarbeiter beschäftigt. Insgesamt beschäftigt Stihl weltweit rund 5400 Mitarbeiter, davon etwa 3700 im Stammhaus.

Mitarbeiter beteiligt

Der Führungsstil des Hans Peter Stihl, der den Kontakt zum Mitarbeiter sucht und nach der Devise „Information ist die Voraussetzung für Motivation" verfährt, zeichnet sich durch kollegialen Umgang und weitgehende Delegation aus. Gute Erfahrungen hat er mit seiner Offerte gemacht, den Mitarbeitern Genußrechte als Unternehmensbeteiligung im Rahmen des 936-DM-Gesetzes anzubieten. Fast 700 Mitarbeiter machten bisher von diesem Angebot Gebrauch.

Zur diesjährigen, erst anlaufenden Tarifrunde in der *Metallindustrie* meint Stihl, er halte es für die richtige Taktik beider Tarifparteien, in diesem Jahr verstärkt auf Einkommenssteigerungen *zu setzen*. Es könnten diesmal auch mit bescheidenen Lohnerhöhungen relativ kräftige reale Einkommenszuwächse geschaffen werden. Die Metallarbeitgeber wollten mit der IG Metall offene Verhandlungen führen, um möglichst rasch zu einem vernünftigen Konsens zu kommen.

Eine rationelle Zeiteinteilung eröffnet dem Diplomingenieur Stihl, der verheiratet ist und sieben Kinder hat, auch weiterhin Freiraum für seine Hobbys: An Wochenenden fährt er gern Motorrad oder geht auf die Jagd. Im übrigen liest er viel und hört gern klassische Musik oder auch Jazz.

WERNER NEITZEL

HEWLETT-PACKARD

Dollar dämpft das Wachstum

nl. Böblingen

Die Hewlett-Packard GmbH, Böblingen, größte ausländische Tochtergesellschaft des gleichnamigen amerikanischen Elektronik-Konzerns, rechnet auch für das laufende Jahr 1985/86 (31. 10.) mit einem weiteren Wachstum bei Umsatz und Gewinn. Eberhard Knoblauch, Vorsitzender der Geschäftsführung, geht freilich davon aus, daß das Unternehmen unter der 20prozentigen durchschnittlichen Umsatzzuwachsrate der zurückliegenden Jahre bleiben werde. Als Grund dafür nennt er vor allem den starken Verfall des Dollarkurses, der zwar einerseits die Importe des Böblinger Unternehmens von der amerikanischen Mutter verbillige, aber andererseits den auf Dollarbasis laufenden Export beeinträchtige. So erwartet Knoblauch denn auch im Export kein Wachstum.

Auf längere Sicht ist man jedoch zuversichtlich, wieder an die Dynamik früherer Jahre anknüpfen zu können. Dazu sollen u. a. auch die Impulse von den Produktneuheiten beitragen. In das neue Geschäftsjahr ist die Böblinger Firma mit einem Auftragsbestand von 410 Mill. DM gegangen, was eine Reichweite von 2 (Vorjahr: 2,4) Monate bedeutet.

Im Berichtsjahr 1984/85 war auch Hewlett-Packard ab Mai von der Marktschwäche in der Computertechnik betroffen gewesen. Der Auftragseingang war bis zum Herbst „nicht zufriedenstellend". Dieser Tatbestand hatte Sparmaßnahmen bei HP zur Folge, die aber mit Besserung des Auftragseingangs wieder aufgehoben wurden.

Der Umsatz der Hewlett-Packard GmbH hat im Berichtsjahr um 23 Prozent auf 2,6 Milliarden DM zugenommen, wovon rund 1,3 Milliarden DM aus der Produktion in den deutschen Werken stammen. Die Exportquote lag bei unverändert 59 Prozent. Der Jahresüberschuß verbesserte sich um 9,8 Prozent auf 140,7 Mill. DM. Das Stammkapital wurde im Wege des Prinzips „Schütt aus – hol zurück" um 80 Mill. auf 300 Mill. DM aufgestockt, eine weitere Erhöhung um 50 Mill. DM ist für dieses Jahr vorgesehen.

Investiert wurden im Berichtsjahr 124 (180) Mill. DM und abgeschrieben 78 (60)Mill. DM. Im laufenden Jahr sollen 70 Mill. DM investiert werden. Die Zahl der Mitarbeiter vergrößerte sich auf 4500 (4200).

DEUTSCHE LEASING / Erstmals für eine Milliarde Mark neue Aufträge – Mietvolumen um fünf Prozent höher

„Eine Super-Fusion mit der DAL gibt es nicht"

dpa/VWD, Frankfurt

Die Deutsche Leasing AG (DL) in Frankfurt wird die angeschlagene Deutsche Anlagen-Leasing (DAL) GmbH, Mainz, nicht komplett übernehmen. Vorstandsvorsitzender Albrecht Dietz sagte bei der Vorlage der Bilanz: „Eine Super-Fusion wird es mit Sicherheit nicht geben." Damit wollte er unter Gerüchte und Vermutungen über eine Elefantenhochzeit in der deutschen Leasing-Branche einen Schlußstrich ziehen.

Dietz räumte ein, daß sich die DAL-Gesellschafter, die zum Großteil auch diejenigen seines Unternehmens sind – nämlich Landesbanken und letztlich Sparkassen –, Gedanken um eine praktikable Lösung machen. Der Bestand der Immobilien-Leasing-Firma DAL wird auf 16 Milliarden DM geschätzt, darunter sieben Milliarden „gutes Geschäft" und drei Milliarden an Wertberichtigungen.

Denkbar ist laut Dietz, daß die Deutsche Leasing von einem bestimmten Zeitpunkt an das Neugeschäft der DAL fortführt, während der gesunde DAL-Bestand samt Vermögensverwaltung bei den fünf Großbanken-Gesellschaftern verbleibt. Eine Übernahme des gesamten DAL-Milliarden-Vermögens durch die Deutsche Leasing sei jedoch selbst nach Vornahme aller Wertberichtigungs-Maßnahmen wirtschaftlich gesehen höchst unzweckmäßig. „Der Zug ist doch abgefahren", kommentierte Dietz.

Zum 1. April wird die Deutsche Leasing das Neugeschäft der Wiesbadener FL Finanz-Leasing GmbH übernehmen, die vor allem Büromaschinen ausleiht. Von den 85 Mitarbeitern sollen 45 ihren Arbeitsplatz behalten und 25 bis 30 einen Wechsel nach Frankfurt angeboten bekommen.

Die Bedeutung der Übernahme liegt laut Dietz darin, daß die Landesbanken und Sparkassen ihre Leasing-Aktivitäten verstärkt auf die Deutsche Leasing konzentrieren. Künftig werden alle Landesbanken mit Ausnahme der Badischen Kommunalen Landesbank zusammen mit den beiden größten Sparkassen – der Hamburger Sparkasse und der Landesgirokasse Stuttgart – den Gesellschafterkreis bilden.

Erstmals über einer Milliarde DM lag das Neugeschäft der Gruppe Deutsche Leasing im Geschäftsjahr 1984/85 (30. September). Wie der Vorstand bei der Vorlage des Jahresberichtes in Frankfurt dazu erläuterte, übertraf die Zuwachsrate von 12,5 Prozent die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen deutlich. Alle Unternehmensbereiche und Tochtergesellschaften haben zur Ausweitung beigetragen. Besonders erfreulich entwickelten sich die DIF Bank und die LGS Leasinggesellschaft der Sparkasse.

Der DL-Konzern hat im Berichtsjahr Leasing- und Mietkaufprojekte im Anschaffungswert von 883,8 Millionen DM an die Kunden ausgeliefert, 18,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Das Mietvolumen (ausstehende Forderungen für abgeschlossene Miet- und Mietkaufverträge) ist um 4,6 Prozent auf 2,35 Milliarden DM gestiegen. Die Umsatzerlöse erhöhten sich um 5,3 Prozent auf 945,3 Millionen DM. Der Bestand an Mietausrüstungen ist um 8,5 Prozent auf 3,35 Milliarden DM (Anschaffungswerte) gewachsen. Mit Abschreibungen von 1,85 Milliarden DM wurde allen Risiken Rechnung getragen.

Durch die höheren Umsätze, bessere Margen im Neugeschäft und weitere Produktivitätsfortschritte konnte die Deutsche Leasing ihren Ertrag erneut steigern. An die Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Gesellschafter wird ein Gewinn von 14,0 (12) Millionen DM gezahlt. Mit einer Rücklagendotierung von wieder zehn Millionen DM werden die Eigenmittel auf 85,0 Millionen DM aufgestockt.

Das Geschäftsjahr 1985/86 liegt bisher im Plan, wenn auch das Abschlußvolumen zum Ende des Kalenderjahres schwächer als erwartet ausfiel. Die Deutsche Leasing rechnet für das Gesamtjahr mit einer Steigerung ihres Neugeschäfts um rund 15 Prozent, wobei vom FL-Anschlußgeschäft und der verbreiterten Basis für das LGS-Konzept zusätzliche Impulse für die zweite Jahreshälfte ausgehen werden. Vertriebs- und Abwicklungskapazität sollen weiter ausgebaut werden. Im Berichtsjahr wurden 435 (404) Mitarbeiter beschäftigt.

BERLINER INDUSTRIEBANK / Spitzenergebnisse

Anstieg der Kreditanträge

ews. Berlin

Für die Berliner Wirtschaft war 1985 ein hervorragendes Investitionsjahr. So registrierte die Berliner Industriebank AG, die auf Investitionskredite spezialisiert ist und ERP-Mittel verwaltet, gegenüber 1984 einen deutlichen Anstieg der Kreditanträge auf 1030 (853) mit 1885 (1472) Investitionsvorhaben. Dabei wurde das Niveau des Rekordjahres 1983 erreicht. Aus der Industrie gingen 758 (448) Anträge für 1419 (1070) Vorhaben ein.

Auch die Kreditzusagen und -auszahlungen, die 1984 jeweils wegen Überhängen aus dem Vorjahr erstmals die Milliardengrenze überschritten hatten, stabilisierten sich mit 912 (1055) und 810 (1071) Mill. DM auf „sehr hohem Niveau", betonte Vorstandsmitglied Bruno Schröder. Bemerkenswert sei, daß für die drei Jahre des Berliner Aufschwungs von 1983 bis 1985 die Kreditzusagen um durchschnittlich 200 Mill. DM jährlich höher lagen als in der vorangegangenen Dreijahresperiode.

Ein neues Spitzenergebnis ist auch bei der Finanzierung von Existenzgründungen in Berlin registriert worden. Insgesamt wurden im Rahmen des ERP-Programmes 241 (212) Zusagen über 28 (21) Mill. DM erteilt. So haben sich die Gründungen im verarbeitenden Gewerbe – Elektrotechnik, Feinmechanik/Optik, Maschinenbau, Kunststoffverarbeitung und Bekleidungsgewerbe – erhöht, so Schröder. Bei den Innovationsmitteln, zugesagt wurden in elf Fällen 6,2 Mill. DM, stammen die geförderten Unternehmen überwiegend aus dem Investitionsgüterbereich einschließlich der Softwareherstellung.

Finanziert wurde das Kreditgeschäft im letzten Jahr mit 583 Mill. DM aus ERP-Mitteln, und mit 294 Mill. DM aus Privatdarlehen nach Paragraph 16 Berlinförderungsgesetz. Die Bilanzsumme der Industriebank stieg 1985 erstmals über die fünf-Milliarden-Grenze, bedingt durch den Anstieg des Kreditvolumens auf 4,45 (4,19) Mrd. DM. Es werde wieder ein gutes Ergebnis ausgewiesen, erklärte Schröder, das die Ausschüttung der traditionellen Dividende von sechs Prozent und eine angemessene Rücklagenbildung ermögliche.

WERBEAGENTUR BMZ / Fünf Etats hinzugewonnen

Hoffen auf das Neugeschäft

Py. Düsseldorf

„Für die deutsche Werbeagenturbranche wird das Jahr 1986 wohl nicht schlechter werden als 1985. Ob es besser wird, bleibt abzuwarten." Diese Ungewißheit begründet Georg Baums, Mitinhaber und Geschäftsführer der Werbeagentur Baums, Mang & Zimmermann GmbH & Co. KG (BMZ) damit, daß für 1986 nennenswerte Etaterhöhungen nicht vorgenommen worden sind. Sollte jedoch die Konsumgüterkonjunktur in der ersten Jahreshälfte kräftiger anspringen, würden auch Etataufstokkungen stattfinden. Für die Branche gibt es nach den Baums' Worten Wachstum nur noch durch „New Business."

Die BMZ-Agentur, die 1985 den Agenturumsatz um 15,3 Prozent auf fast 122 Mill. DM erhöht hat, wuchs schneller als der Durchschnitt der Top-Fifty der Branche, unter denen BMZ jetzt die 20. (22.) Stelle erklommen hat. Baums hob dabei die größere Unabhängigkeit von den Mediaumsätzen (55 Prozent) gegenüber den Honorarumsätzen (45 Prozent) hervor. Das sei auch branchentypisch. Für 1986 sieht die Planung einen Agenturumsatz von 130 Mill. DM vor.

Im vergangenen Jahr wurden vier neue Kunden – Jagenberg (Maschinen), Joy (modische Textilien), Milton (Spielzeug), Reginaris (Mineralbrunnen) und Toyota (Autos) – gewonnen, der Horten-Etat lief aus, Honda kündigte seinen Motorrad-Etat wegen des neuen BMZ-Kunden Toyota. Die Agentur betreut mit 109 Mitarbeitern 26 Etats.

Fernsehwerbung macht inzwischen 20 Prozent des Umsatzes aus. Wichtiger sei jedoch die Qualität der Kampagnen. Baums: „Dem Unterhaltungswert der TV-Werbung muß mehr Beachtung geschenkt werden. Also: mehr Spaß, weniger Holzhammer." Diese Mahnung fiel im eigenen Haus auf fruchtbaren Boden: BMZ erhielt für den Pattex-Spot den Silbernen Löwen für TV-Werbung in Cannes.

LBS WÜRTTEMBERG / Mehr junge Kunden bedient

Stabile Zuteilungsfristen

nl. Stuttgart

Für die Landesbausparkasse Württemberg, Stuttgart, verlief der Start in das neue Geschäftsjahr 1986 „erfolgversprechend". Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Heinz Wilderer habe das Institut in den ersten beiden Monaten „wiederum leichte Plusraten" im Neugeschäft erzielt. Im ganzen Jahr 1985 schloß die LBS Württemberg rund 110 000 Neuverträge über Bausparsummen von 3,13 Mrd. DM ab, was der Stückzahl nach einen Zuwachs von 4,9 Prozent bedeutet. Damit habe die Bausparkasse zugleich die Marktführerschaft in ihrem Arbeitsgebiet gesichert.

Stolz ist Wilderer darüber, daß die Kasse bereits im dritten Jahr hintereinander mit konstanten Ansparzeiten aufwarten kann. Die Wartefristen bis zur Zuteilung betragen beim Universaltarif bei 40prozentiger Sofortauffüllung 52 Monate und bei 50 Prozent Sofortauffüllung 37 Monate. Grundlage dafür ist der sich stabilisierende Geldeingang, der insgesamt um 0,8 Prozent auf 2,53 Mrd. DM zunahm. Dem Rückgang der Spareinlagen um 3,7 Prozent standen dabei um 3,9 Prozent höhere Zins- und Tilgungsbeiträge gegenüber. Der gesamte Geldausgang betrug auf 2,45 Mrd. DM (plus 3,5 Prozent), was heißt, daß ein Einzahlungsüberschuß von 45 Mill. DM verblieb. Insgesamt verwaltete die Kasse am Jahresschluß unverändert 1,23 Mill. Verträge mit einer Bausparsumme von 37,9 Mrd. DM (plus 0,8 Prozent).

Der Anteil der Groß- und Schnellverträge am Neugeschäft verringerte sich um einen Prozentpunkt auf 13,2 Prozent. Erneut gestiegen ist die Zahl der Neuverträge mit Bausparern unter 25 Jahren. Auch bei den Kunden aus dem öffentlichen Dienst steht die LBS Württemberg gut da. Deren Anteil am Neugeschäft blieb mit 16,3 Prozent unverändert. Zur Ertragslage meinte Wilderer, man habe gegenüber dem Vorjahr noch etwas zugelegt. Der Jahresüberschuß werde höher ausfallen als beim letzten Abschluß (23,7 Mill. DM). Die Bilanzsumme blieb bei knapp 7,2 Mrd. DM.

BANKHAUS REUSCHEL / Mehr als 40 000 Kunden

Freude über die Aktienhausse

sz. München

Ein erneut recht flottes Wachstumstempo hat 1985 das Münchner Bankhaus Reuschel & Co. vorgelegt. So gelang es dem zur Dresdner-Bank-Gruppe gehörenden Institut, seine Bilanzsumme wiederum um 13,4 Prozent auf 2,33 Mrd. DM auszuweiten. Im Vergleich dazu: Die Bilanzsumme aller Banken in Bayern stieg 1985 um 6,8 Prozent und die aller Privatbanken um 7,5 Prozent. Und mit einem Plus von 12,1 (13,9) Prozent auf 2,75 Mrd. DM überschritt das Geschäftsvolumen von Reuschel erstmals auch die 2,5-Mrd.-Marke. Dazu haben, so der persönlich haftende Gesellschafter Bernd Voss, einige außergewöhnliche Faktoren (guter Aktienmarkt) beigetragen, die sich nicht so schnell wiederholen würden.

Getragen wurde das Wachstum von der Ausweitung des Breitengeschäfts und der Dienstleistungen. So erhöhte sich beispielsweise die Anzahl der Kunden auf 40 200 (38 800). „Schrittmacher der Expansion" waren die Forderungen an Kunden, die um 15,1 Prozent auf fast 1,2 Mrd. DM zunahmen. Ein „echter Großkredit" wurde nicht vergeben. Das Kreditvolumen erhöhte sich um 14,1 Prozent auf 1,73 Mrd. DM. Die Kundeneinlagen stiegen um 22,1 Prozent auf 1,38 Mrd. DM. Der Wertberichtigungsbedarf wurde als „ganz unbedeutend" bezeichnet.

Zufrieden zeigte sich Voss auch mit der Ertragsentwicklung. Das Teilbetriebsergebnis des Instituts habe sich um rund 30 Prozent verbessert und die Handelsgewinne um 40 Prozent. Den größten Ergebnisbeitrag leistete der Zinsüberschuß, der bei einer Zinsmarge von 2,75 (2,65) Prozent um 15 Prozent stieg und den Verwaltungsaufwand um deutlich 30 Prozent überdeckte.

Wie jedes Jahr wurde die Hälfte des Bilanzgewinns von 20 (14) Mill. DM an die Eigentümer ausgeschüttet. Die andere Hälfte fließt den Rücklagen zu. Danach verfügt die Bank bei einem Grundkapital von 35 Mill. DM über Eigenmittel von insgesamt 114,8 Mill. DM.


Wie heißt der internationale Postkurierdienst,
der Ihnen zeigt, wie klein die Welt ist?
DATAPOST. In 30 Stunden von München nach Buenos Aires, pünktlich zum vereinbarten Zeitpunkt am Ziel. Das ist der große Service, der unsere Welt überschaubarer, kleiner macht. Denn DATAPOST-Sendungen werden bevorzugt behandelt und auf den schnellsten Postwegen befördert.
Wenn Sie Schriftstücke, Datenträger, wichtige Dokumente oder eilige Waren zu versenden haben: Sprechen Sie doch mal mit dem Fachmann, Ihrem Kundenberater beim Postamt. Die Rufnummer steht im Telefonbuch unter „Post".
Information in Btx über * 20000 #.
DER INTERNATIONALE POSTKURIERDIENST - DATAPOST.
Post
Die Post auf der
Hannover Messe '86
CeBIT – 12.–19. März
Halle 1 – 7a3, Halle 6 – 405, Halle 15, Beratungszentrum 2

Renten nachgebend

Die vorbörslich noch freundliche Tendenz setzte sich während der Börsenzeit nicht durch. Bei den öffentlichen Anleihen kam es im längeren Laufzeitbereich zu Abgaben, die zum Teil von Kreditinstituten vorgenommen worden sind. Die Kurse gaben hier bis zu einem Viertelpunkt nach. Im kürzeren Bereich hielten sich die Abschläge in engeren Grenzen. Am Pfandbriefmarkt war die Tendenz zwar wieder unsicher, doch änderten sich hier die Notierungen kaum, weil sie in den letzten Tagen auch nicht so heraufgesetzt worden waren wie bei den öffentlichen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

F 3½ dgl. 84 o. O.	95,75	95,75
F 7½ Jap. Synth. 82 m.O.	215G	215G
F 7½ dgl. 82 o. O.	103G	103G
F 5½ Jusco 85 m. O.	239,75G	243,75G
F 5½ dgl. 85 o. O.	100	100
F 3½ Kansai Paint 84 m.O.	146G	139G
F 3½ dgl. 84 o. O.	95,0bG	95,5G
F 3½ Kaufhof 84 m. O.	185,5	185
F 3½ dgl. 84 o. O.	80,6	80,5
F 3½ dgl. 85 m. O.	151	151
F 3½ dgl. 85 o. O.	80,75	80,5
F 3½ Kobe S. 85 m. O.	132G	132G
F 3½ dgl. 85 o. O	92,75	92,5
F 3½ Linde Int. m. O.	171	171G

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

AN ALLE BESUCHER DER HANNOVER MESSE:



OLIVETTI AUF DER CeBIT '86 HANNOVER

HALLE 1, STAND 4i 2/4k3
Kopierer
Elektronische Schreibmaschinen und Textsysteme.
Minicomputersysteme
Office Automation
Super Minicomputer mit UNIX. V
Terminalsystem

HALLE 2, BANKENSONDERSTAND
Bankenanwendungen

HALLE 13, STAND 312/314
Personal Computer
Drucker

Warenpreise – Termine

Gut behaupten konnten sich die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Während Kaffee höher bewertet wurde, ging Kakao niedriger aus dem Markt.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	4.3.	3.3.
März	341,00	340,00
Mai	292,00	295,00
Juli	256,00	258,10

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board-cif.		
St.L. 1 CW	279,25	278,35
Am. Durum	276,19	275,29

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
März	102,00	101,10
Mai	106,00	105,60
Juli	108,90	108,70

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
März	95,00	93,50
Mai	90,50	91,90
Juli	90,00	91,70

HAFER Chicago (c/bush)		
März	124,50	126,50
Mai	120,25	120,50
Juli	117,00	117,25

MAIS Chicago (c/bush)		
März	225,25	229,50
Mai	225,25	228,25
Juli	224,00	226,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
März	98,30	99,20
Mai	100,90	100,70
Juli	101,70	101,70

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	4.3.	3.3.
März	250,00	233,40
Mai	253,75	234,75
Juli	251,43	247,43

KAKAO New York ($/t)	4.3.	3.3.
März	1960	2012
Mai	2000	2046
Juli	2041	2089
Umsatz	2741	1859

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Mai	6,92	6,85
Juli	7,11	7,05
Sept.	7,22	7,15
Okt.	7,30	7,24
Jan.	7,40	7,39
Umsatz	19552	30071

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)		
	6,22	5,77

KAFFEE London (£/t) Robusta	4.3.	3.3.
März	2520-2525	2445-2455
Mai	2615-2620	2520-2525
Juli	2690-2700	2595-2598
Umsatz	8553	7879

KAKAO London (£/t)		
März	1523-1530	1462-1542
Mai	1518-1519	1556-1557
Juli	1545-1549	1585-1586
Umsatz	10492	1900

ZUCKER London (£/t) Nr.6	4.3.	3.3.
Mai	174,40-174,60	174,40-174,30
Aug.	180,00-181,00	180,20-181,00
Okt.	183,80-184,00	193,60-184,20
Umsatz	1727	2084

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	3.3.	4.3.
schw. Saraw.spez.	890,00	890,00
weiß.Saraw.	1380,00	1380,00
weiß.Munt.	1390,00	1390,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	4.3.	3.3.
März	84,50	81,80
Mai	84,40	82,60
Juli	85,00	83,60
Sept.	83,75	83,00
Nov.	84,55	83,90
Umsatz 1800	1500	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	4.3.	3.3.
	19,00	19,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	17,25	17,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
März	16,98	16,75
Mai	17,30	17,07
Juli	17,62	17,38
Aug.	17,75	17,50
Sept.	17,70	17,45
Okt.	17,48	17,50
Dez.	18,00	17,82

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	15,00	15,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	13,00	14,50
Choise white hog 4 % fr. F.	10,00	10,80

TALG New York (c/lb)		
top white	12,25	12,50
fancy	11,75	12,00
bleichf.	11,50	12,00
yellow max. 10% fr.F	11,00	11,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
April	38,15	38,35
Juni	43,10	43,10
Juli	43,40	43,35

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
März	53,60	54,35
Mai	55,50	56,60
Juli	56,57	57,45

HÄUTE Chicago (c/lb)	4.3.	3.3.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,50	56,50
Kühe einh. schwere River Northern	43,00	45,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
März	532,25	525,50
Mai	534,75	527,50
Juli	537,00	530,75
Aug.	533,50	528,00
Sept.	514,00	512,00
Nov.	509,50	507,75
Jan.	520,50	517,75

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
März	161,80	159,30
Mai	162,80	160,40
Juli	163,20	160,70
Aug.	162,50	160,90
Sept.	156,00	154,80
Okt.	151,60	151,60
Dez.	153,00	153,00

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	4.3.	3.3.
März	289,00	284,90
Mai	297,50	293,10
Juli	304,50	300,80

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	4.3.	3.3.
	11,50	11,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	5.3.	4.3.
cif	510,00	510,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	455,00	455,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	235,00	220,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	94,50	93,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	280,00	270,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	224,50	223,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	4.3.	3.3.
März	62,65	62,25
Mai	63,52	63,15
Juli	64,00	63,62
Okt.	44,98	44,50
Dez.	44,95	44,55
März	45,80	45,45

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	43,50	43,50

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	5.3.	4.3.
März	502-504	500-505
Aug.	525-528	522-525
Dez.	526-534	523-526
Umsatz	53	20

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	5.3.	4.3.
März	40,50	40,50
April	40,50	40,50
Juli	40,50	40,50
Okt.	40,50	40,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	5.3.	4.3.
März	597,00-600,00	594,00-596,00
Mai	–	608,00-612,00
Juli	615,00-620,00	615,00-620,00
Umsatz	15	27

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	3.3.	4.3.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	5.3.	4.3.
März	12361	12287
April	12301	12277

KAUTSCHUK London (p/kg)	4.3.	3.3.
RSS 1 April	unerh.	63,00-64,00
RSS 1 Mai	unerh.	63,50-64,50
RSS 2 April	unerh.	62,00-63,00
RSS 3 April	unerh.	60,75-61,75
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	5.3.	4.3.
April	202,00-204,00	205,00-207,00
Mai	203,00-205,00	206,00-208,00
Nr. 2 April	198,00-199,00	200,00-202,00
Nr. 3 April	197,50-196,50	197,50-198,50
Nr. 4 April	190,50-191,50	192,50-193,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	3.3.	4.3.
BWC	390	390
BWD	355	355
BTC	385	385
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	5.3.	4.3.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	254,75-254,91	251,60-251,76
dritt. M.	263,08-263,24	259,60-259,76
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	81,98-82,14	81,04-81,12
dritt. M.	84,92-85,08	84,24-84,40
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	925,58-926,24	912,86-914,46
dritt. M.	942,24-942,89	953,67-955,28
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	133,91-137,17	131,32-132,92
Prod.-Pr.	149,08	148,10
REINZINN 99,9 %	unerh.	unerh.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	5.3.	4.3.
	20,99	20,81

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	5.3.	4.3.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	325,13-327,42	319,02-321,26
BLEI in Kabeln	89,75-90,75	88,75-89,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	5.3.	4.3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	291-297	287-295
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	327-334	324-331
MS 63	313-315	308-312

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	5.3.	4.3.
Leg. 225	342-345	342-345
Leg. 226	344-347	344-347
Leg. 231	379-380	379-380
Leg. 233	389-390	389-390

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	5.3.	4.3.
PLATIN (DM/g)	30,70	30,15
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	24830	24480
Rückn.-Pr.	24080	23730
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	24880	24500
Rückn.-Pr.	24220	23850
verarbeitet	26100	25700
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24380	24020
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	417,80	405,50
Rückn.-Pr.	405,10	393,20
verarbeitet	436,10	423,30

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	5.3.	4.3.
10.30	342,20	337,90
15.00	341,50	337,15
Zürich mit.	344,20-344,70	337,80-338,30
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	75950	75100
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	388,70	384,55
3 Mon.	400,20	396,00
6 Mon.	410,95	406,75
12 Mon.	432,85	428,45
PLATIN (£/Feinunze) London	4.3.	3.3.
fr. Markt	270,25	280,95
PALLADIUM (£/Feinunze) London	4.3.	3.3.
f. Händl.-Pr.	71,75	75,10

New Yorker Metallbörse

	4.3.	3.3.
GOLD H & H Ankauf	337,15	335,60
SILBER H & H Ankauf	557,00	550,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	412,00-414,00	412,00-414,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	107,50-108,50	108,00-109,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
März	561,50	558,00
April	566,80	563,30
Mai	569,50	565,50
Juli	577,00	573,50
Sept.	585,00	580,00
Dez.	594,50	590,00
Jan.	599,50	596,50
Umsatz	13000	24000

KUPFER (c/lb)	4.3.	3.3.
März	64,45	63,15
Mai	65,25	64,00
Juli	65,60	64,55
Sept.	65,95	65,00
Dez.	66,65	65,55
Jan.	66,80	65,75
März	67,15	66,10
Umsatz	5700	4200

Londoner Metallbörse

	5.3.	4.3.
ALUMINIUM (£/t)		
mitt. Kasse	780,00-780,50	786,00-787,00
3 Mon.	805,50-806,00	812,50-813,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	251,00-251,50	253,00-253,20
3 Mon.	260,00-260,50	263,00-263,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	977,00-977,50	977,50-978,00
3 Monate	997,00-998,00	997,00-997,50
ab. Kasse	–	969,50-970,00
3 Monate	–	990,50-991,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	972,00-975,00	958,00-960,00
3 Monate	997,00-999,00	988,00-990,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	433,00-433,50	427,50-428,00
3 Monate	444,00-447,00	440,00-441,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	225-230
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	55-60

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	4.3.	3.3.
April	42,40-42,60	39,42
Mai	38,80-39,00	38,33
Juni	37,85	37,74
Juli	37,80-38,05	–

GASÖL – London ($/t)	4.3.	3.3.
März	167,25-168,00	165,00-165,50
April	137,75-138,25	133,50-133,75
Mai	128,00-128,25	128,50-129,00
Juni	120,00-120,25	127,50-128,00
Juli	125,00-126,00	128,25-128,75
Aug.	127,50-128,50	–
Sept.	130,50-131,50	–

BENZIN – New York (c/Gallone)	4.3.	3.3.
April	38,20-38,50	39,70
Mai	38,60-38,75	40,15
Juni	39,20-39,30	40,35
Juli	39,50	40,55
Aug.	39,90	–

ROHÖL – New York ($/Barrel)	4.3.	3.3.
April	11,90-12,05	12,25-12,30
Mai	12,25-12,38	12,61-12,70
Juni	12,45-12,60	12,92-12,99
Juli	12,75-12,90	13,05-13,10
Aug.	13,00-13,10	13,35

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	4.3.	3.3.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	–	–
Forties	15,70N	16,50N
N. Sea Brent	16,20N	16,70N
Bonny Light	–	–

Kartoffeln

London (£/t)	4.3.	3.3.
April	96,60	93,00
Mai	104,30	100,30
Nov.	78,20	78,30
Febr.	86,30	86,00

New York (c/lb)	4.3.	3.3.
März	1,86	1,86-1,89
April	1,87	1,90-1,91
Mai	2,10	2,10-2,12
Nov.	3,33-3,35	3,33-3,35

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	4.3.	3.3.
März	171,50	165,50
Mai	169,90	164,90
Juli	171,50	166,50
Sept.	169,50-170,40	165,40

Devisenterminmarkt

Am Terminmarkt kam es am 5. 3. durch schwächere Euro-Dollar und Zinssätze zu keiner Veränderung der Swap-Sätze.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,68-0,58	1,94-1,84	3,80-3,60
Pfund/Dollar	0,62-0,60	1,59-1,56	2,97-2,92
Pfund/DM	2,90-1,50	7,00-5,60	12,3-10,9
FF/DM	39-23	93-77	143-127

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5.3.: Tagesgeld 4,80-5,00 Prozent; Monatsgeld 4,55-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,35-4,45 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5.3.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,408 Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,408 Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 5.3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5.3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅝-7¾	4⅜-4½	3⅛-3¾
3 Monate	7½-7⅝	4⅜-4⅝	3½-3¾
6 Monate	7½-7⅝	4½-4⅝	3½-3¾
12 Monate	7⅛-7⅜	4½-4⅝	3½-3¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 5.3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,25; Verkauf 19,25 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5.3. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1130,00	–
5 US-Dollar (Indian)**	730,00	888,10
5 US-Dollar (Liberty)	390,00	524,30
1 £ Sovereign alt	186,25	235,13
1 £ Sovereign Elizabeth II.	175,00	222,30
20 belgische Franken	149,00	198,36
10 Rubel Tscherwonez	186,25	239,69
2 südafrikanische Rand	167,00	212,04
Krüger Rand, neu	747,00	891,48
Maple Leaf	765,25	912,29
Platin Noble Man	916,50	1084,71
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	219,25	278,45
20 schweiz. Franken „Vreneli"	167,25	219,17
20 franz. Franken „Napoléon"	173,00	225,72
100 österr. Kronen (Neuprägung)	706,75	869,34
20 österr. Kronen (Neuprägung)	142,00	184,68
10 österr. Kronen (Neuprägung)	73,25	100,61
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	332,45	413,54
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	78,25	112,81

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Jan. 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/1 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,13) – 7,00 (5,56) – 7,50 (5,90) – 8,00 (6,20). Ausgabe 1986/2 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,00 (5,16) – 7,00 (5,62) – 7,50 (5,99) – 8,00 (6,32) – 8,00 (6,56). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,77. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,00, Kurs 101,00, Rendite 5,76.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 5.3.86	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	55,106	6,60
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	105,896	6,60
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	55,83	6,45
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	39,23	6,75
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,75	6,12
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,50	6,29
Deutsche Bk. 5	287,00	23.1.95	133,00	9,04
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	107,25	5,82
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	78,28	5,82
DSL-Bank R.266	100,00	1.6.95	55,29	6,50
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	107,57	6,75
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	51,75	6,50
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	56,61	6,35
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,66	6,71
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	56,12	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,89	6,83
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,78	6,73
SGZ-Bank D60	100,00	12.6.95	54,28	6,40
WestLB 600	100,00	2.5.95	54,90	6,35
WestLB 601	100,00	2.5.00	40,00	6,50
WestLB 605	100,00	1.6.01	38,25	6,51
WestLB 602	100,00	3.10.05	28,45	6,63
WestLB 500	126,86	16.2.89	110,65	4,75
WestLB 501	137,01	16.2.90	111,70	5,31
WestLB 503	115,76	3.10.88	103,50	4,44
WestLB 504	141,85	1.10.91	105,00	5,56
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,28
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	62,25	8,32
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	54,00	10,92
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	60,25	8,89
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	59,00	9,18
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	56,75	8,47
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	48,00	9,67
Penney (A+)	100,00	17.2.94	48,00	9,65
Sears (AA)	100,00	27.5.94	49,25	8,97
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,00	8,74
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	49,125	8,20

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,55 (4,55)	100,5	101,3	102,3	103,2	104,2	105,1
2	4,85 (4,90)	100,3	102,0	103,8	105,7	107,6	109,4
3	5,25 (5,30)	99,50	101,8	104,5	107,2	109,9	112,6
4	5,70 (5,73)	97,20	100,7	104,2	107,7	111,2	114,6
5	5,86 (5,87)	95,95	100,6	104,4	108,6	112,8	117,1
6	6,05 (6,00)	94,45	99,85	104,3	109,2	114,1	119,0
7	6,25 (6,30)	92,55	98,60	103,6	109,1	114,6	120,2
8	6,50 (6,50)	90,30	96,35	102,5	108,5	114,6	120,6
9	6,64 (6,63)	88,55	95,15	101,7	108,3	114,9	121,5
10	6,67 (6,66)	87,45	94,55	101,7	108,9	115,9	123,0
15	6,90 (6,98)	81,80	90,90	100,9	109,1	118,2	127,3

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,757 (112,660)
Performance-Rentenindex: 238,519 (238,292)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	4. März	7,625-7,82
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	7,60
	60–270 Tage	7,30
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,60
	60 Tage	7,65
	90 Tage	7,50
Certificates of Deposit	1 Monat	7,45
	2 Monate	7,45
	3 Monate	7,45
	6 Monate	7,45
	12 Monate	7,55
US-Schatzwechsel	15 Wochen	6,82
	26 Wochen	6,76
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,87
	30 Jahre	8,05
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	17. Febr.	630,6 Mrd. $ (- 0,5 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
März	129,15	130,45
Juni	130,65	132,20

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	4.3.	3.3.
9¾ EEC 90	104,125	103,25
11¾ dgl. 90	109,125	108,75
10⅜ EIB 95	108,875	108,375
11 dgl. 91	110,375	109
11⅝ dgl. 90	111,625	111,125
11¾ dgl. 95	117,375	116,75
12 dgl. 95	119,375	118,375
12⅛ dgl. 90	114	113,375
12⅜ dgl. 95	123,75	122,625
13 dgl. 96	120,25	119,625
10⅜ Wld Bk 95	111	110,25
10⅜ dgl. 88	104,375	104,125
10⅝ dgl. 90	108,5	108,125
10⅞ dgl. 95	112,375	111,625
11 dgl. 92	111,75	111
11⅛ dgl. 88	106,375	106,25
11⅜ dgl. 90	110,375	110,125
11⅝ dgl. 89	108,25	107,875
11⅞ dgl. 90	111,25	110,875
12 dgl. 95	118,375	117,625
12⅛ dgl. 94	120,75	119,875
12⅜ dgl. 94	124,25	123
6⅞ Sears 91	104,25	104,25
6⅜ Swed.Ex.91	102,5	102,375
7 TRW 94	102,375	102,375
6⅞ Un.Tech.92	102,5	102
6⅝ World Bk90	103,25	103,125
6⅝ dgl. 94	104,125	103,75
7 dgl. 94	106,375	105,875
7⅜ dgl. 95	108,75	108,5
8 dgl. 95	109,375	109

Euro-Yen

	4.3.	3.3.
6⅝ Al.Corp 91	102,625	102,125
6⅞ Allied 95	99,5	99,5
7⅝ ADB 94	107,875	107,375
7 Austria 95	105,875	105,5
7 BP 92	104,625	104,5
6⅞ Denmark 92	102,875	102,5
7 Deam.Bk. 92	104	103,75
7 Dow Chem.94	102,125	102
6⅞ EDF 95	105,875	105,25
6⅛ Eurofima86	99,75	99,75
6⅝ dgl. 92	102,625	102,5
6⅝ dgl. 93	102,375	102,125
7⅜ dgl. 94	106,125	105,625
6⅞ Fannie 92	103,875	103,625
6⅞ Fnl.Rep90	103,125	103
6⅛ GMAC 90	102,125	102
7⅛ Goodyear95	102,75	102,5
6⅞ dgl. 94	102	101,875
6⅞ ITT 92	101,75	101,625
6⅞ McDonal.92	102,125	102
6⅞ Montreal95	102,625	102,375
7⅜ N.Bruns.95	106,5	106,375
7⅛ N.Zeald.90	104,625	104,375
7⅜ dgl. 89	105,5	105
7 Pac.Gas 94	102,75	102,75
6⅝ Penney 92	100,625	100,25
6⅝ Procter 92	102,75	102,625
6⅝ Sallie 92	102,5	102,375

Lux. Franc Bonds

	4.3.	3.3.
9⅞ Akzo 87	99,75	99,75
9⅞ Asea 89	100,75	100,75
6⅞ Asian Dv87	97	97
10⅛ BFG Lux90	103	103
11 BNP 90	102,25	102,25
9 dgl. 95	100	100
10⅝ Ceca 94	104,25	104,25
11 dgl. 92	104,5	104,5
13 dgl. 91	103	103
12⅛ Comee92	104,5	104,5
8 Coptel 88	97,75	97,75
8⅛ dgl. 89	98	98
11 Cr.Lyon.88	101,25	101,75
15 dgl. 89	105	103
7⅞ Den.Mtg 88	96,75	96,75
10⅝ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	105	105
12⅛ dgl. 88	100,75	100,75
12⅛ dgl. 92	102,5	102,5
9 Eurofima 95	101	101
10 dgl. 91	103,5	103,5
10 dgl. 94	104	104
11⅝ dgl. 89	101,75	101,75
8 EIB 91	97,75	97,75
9⅞ dgl. 95	102,25	102,25
9⅞ dgl. 88	102	102
9⅞ dgl. 95	102,75	102,75
10⅛ dgl. 94	105	105
11⅛ dgl. 88	102	102
12⅛ dgl. 90	103,5	103,5
9⅞ Hypo Bk.88	101,25	101,25
9⅞ Ind.B.F.95	100,5	100,5
11 Krediet.95	106,5	106,5
7⅞ dgl. 87	98	98
10 dgl. 90	102	102
11⅛ dgl. 89	102,25	102,25
8 Luxair 87	98,5	98,5
8⅛ dgl. 87	98,75	98,75
10⅛ Lux Bk.91	102,25	102,25
9 Met.Chim 95	101,25	101,25
10⅛ N.Lx.Al92	103	103
12⅛ Nord L.89	101	101
8 Norges 86	98,75	98,75
8 Oslo 89	98	98
8⅛ dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
10⅛ Paribas89	101	101
8 Philips 89	97,75	97,75
7⅛ Renault 88	96,75	96,75
9⅛ Sogenal 92	101	101
10⅛ Solvay 87	101	101
10⅛ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sverigeu 88	97,5	97,5
9⅛ Volvo 87	100	100
9⅛ Worldbk.90	100,75	100,75
10⅛ dgl. 89	102	102

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,60418

	4.3.	3.3.
8⅛ Cop City91	97	97
12⅛ dgl. 92	103	103
8⅛ CCA 91	97	97
11⅛ Ned. G.88	101,5	101,5
9⅛ Queb. P.94	99	99
8⅛ SDR 94	97	97

ECU

	4.3.	3.3.
10⅛ ALDbk89	102,75	102,75
10⅛ dgl. 91	105	104,875
9⅛ ABN 92	103	102,875
All Nippon 95	102,5	102
9⅛ ANZ 97	103,125	102,875
10⅛ Austria95	108,5	108,375
10 BNDA 92	101,75	101,875
9 M.+Hope 92	102,5	102,125
9 Bk.Hels.96	99	98,875
9⅛ Bk.Tok.90	102,875	102,875
10⅛ dgl. 97	103,5	103,625
10⅛ dgl. 91	103,5	103,375
8⅛ BNP 95	100,75	100,25
8⅛ Bay.Vbk.88	101,25	100,875
8⅛ BFCE 95	99,375	99,25
9⅛ dgl. 92	105,125	105,125
9⅛ dgl. 95	105,25	105,125
9⅛ Bell 92	100,25	99,875
9⅛ CNT 92	105,125	105,125
9⅛ dgl. 95	105,25	105,125
8⅛ Cargill 95	100,5	100,25
10⅛ Ceca 89	106,625	106,75
11⅛ dgl. 94	109,25	109,25
9 Cariav. 95	101	101
9 Chrysl. 92	99	98,875
10 dgl. 91	102,375	102,25
10⅛ dgl. 95	101,875	101,875
9 ClubMed 88	101,75	101,875
9⅛ Consol 92	102,625	102,25
9⅛ dgl. 95	107	106
9⅛ CCF 95	105	102,375
9⅛ CrdNord 91	103,5	103,5
11⅛ CrdFonc90	107,125	107,125
11⅛ dgl. 90	107	107,125
8⅛ CrdNat 95	102,5	102,375
10⅛ dgl. 94	108,75	108,625
8⅛ Crdanst.94	101,5	101,375
9⅛ Credito 92	101,625	101,625
9⅛ Denmark 90	101,25	100,75
10⅛ Denmark91	106,375	106,375
9⅛ Dresd.bk95	104,25	104
9 EDF 97	105	104,875
8⅛ EEC 93	101	101,125
8⅛ ELFAqu. 88	100	99,875
9 Esso Gut 91	99,875	100
9⅛ dgl. 93	99,875	99,875
10 Euratom 97	107,125	107
9⅛ Eurofima95	106,25	106
11 dgl. 92	107,875	108
8⅛ EIB 92	100,75	100,75
8⅛ dgl. 95	101,375	101,375
9⅛ dgl. 95	107,75	107,5
10⅛ dgl. 94	107,375	107,25
10⅛ dgl. 94	107,25	107,25
10⅛ dgl. 90	107	107
11⅛ dgl. 92	107,5	107,625
11⅛ dgl. 94	110	110,125
9 Eutelsat 93	108,25	100,25
8⅛ Fiat 90	101	100,875
9 IBKFinal 95	99,75	99,625
8⅛ Ford C.93	101,75	101,375
10⅛ Giroz. 95	107,125	107,125
10⅛ GTE 92	107,25	107,25
10 IADB 95	105,375	105,5
8⅛ IBM 90	105	102,75
9 Imatran 96	99,875	99,625
11 BII 89	104,875	104,875
9⅛ Italia 89	101,75	101,875
10⅛ dgl. 92	105,625	106
11⅛ dgl. 90	108	108
9⅛ Kansall 92	101,625	101,625
9⅛ Kblfima 92	103,75	105,625
11⅛ LTCB 90	106	106,25
10⅛ Magal 95	104,375	104,25
8⅛ Mits.Tr.95	98,875	98,75
9 MoetHen.91	103,375	103,125
9⅛ Mol 90	101,5	101,75
8⅛ Morgan 90	100	100
8⅛ Motorola92	102,25	102,125
9 Nerea 95	100,375	100,5
9⅛ N.Zeal. 90	102,375	102,375
9⅛ N.Zeal.92	105,625	105
11 Nipp.Crb91	106	106,125
9 OstLbk. 89	100,875	100,875
8⅛ Olivetti95	102,5	102,5
10 Pechin.90	103,5	103,5
9 Petroc.93	98,5	98,5
9⅛ Peugeot 90	102,625	102,5
10⅛ dgl. 90	105,625	105,625
9 Philips 93	105,25	104,75
9⅛ Piba 92	103,125	103,25
10 Prvbk. 92	103,625	103,25
11⅛ Queb.Pr89	106,25	106,25
10⅛ RATP 92	104,25	104,25
9⅛ Rabobk. 95	106	105,875
8⅛ Reynolds91	100,625	100,625
10⅛ Roybk.Cd89	103,625	103,625
9 SAS 95	103,875	103,75
9 Sanwa 95	99,875	99,875
8⅛ Secpac 90	98,75	98,75
11⅛ SNCF 94	108,875	108,875
9 SNCI 95	100,5	100,25
10⅛ Sparkas91	104	104
9⅛ Sumitcorp95	105,875	105,375
9 Sumitfin 95	105,375	105,125
9 Unbk.Nor.95	100,5	100,625
9⅛ WestLB 90	104	104,25
9⅛ Westpac92	102,375	102,5
8⅛ Worldbk 95	100,625	100,5
9⅛ dgl. 95	–	–
9⅛ dgl. 92	104,75	104,75
10⅛ dgl. 89	105	104,75
10⅛ dgl. 88	104,625	104,75
10⅛ dgl. 94	107	106,875
11 dgl. 95	107,375	107,375

ECU-Tageswerte

	4.3.	3.3.
Dollar	0,974486	0,966681
Bfr	44,0346	44,0106
DM	2,15087	2,14942
Hfl	2,42842	2,42782
£	0,671133	0,67380
Dkr	7,94547	7,94129
FF	6,61676	6,6171
Lira	1463,68	1462,59
I-£	0,711303	0,711057
Sfr	1,82229	1,81494
öS	15,1143	15,0991
Peseta	135,726	135,703
Skr	6,96514	6,94097
Nkr	6,80532	6,78224
Kan-$	1,39059	1,37607
Esc	143,103	142,344
Fmk	4,92895	4,92138
Yen	174,579	174,003
Drachme	134,099	133,505

SZR-Wert

	4.3.	3.3.
Dollar	1,15708	1,15272
DM	2,55310	2,55985

Aktienmarkt uneinheitlich

Tauschoperationen bestimmten die Tendenz

DW. – Nach dem kräftigen Kursschub am Dienstag stand die Mittwochbörse im Zeichen von Gewinnrealisationen. Vor allem Bank- und Chemie-Aktien mußten Verluste hinnehmen. Dabei dürfte es sich teilweise um Tauschoperationen gehandelt haben, die zugunsten konsumnaher Unternehmen, Maschinenbaugesellschaften und Autowerten vorgenommen wurden. Die wieder gewachsene Zurückhaltung ausländischer Anleger ließ solche Operationen nicht ohne negative Auswirkungen auf die Kurse der abgegebenen Papiere zu.

Bei den Bankaktien machte sich zusätzlich der Stillstand in der Zinssenkung bemerkbar, die bisher für Anregungen gesorgt hatte. Immerhin tendierten aber die Aktien der Deutschen Bank noch zeitweise um 15 DM über dem Vortagsstand, ein Zeichen dafür, daß hier zumindest vorbörslich Kaufaufträge aus dem Ausland vorgelegen haben dürften. Ähnliches gilt für Siemens. Gut im Markt lagen die Autoaktien, vor allem BMW und VW. Bei Daimler vollzieht sich der Wiederanstieg prozentual langsamer, weil aus dem Flick-Besitz übernommene Papiere zu Gewinnmitnahmen benutzt werden. Von den Maschinenbauwerten konnten sich sowohl KHD als auch Linde kräftig erholen. Lebhaft gehandelt wurden Thyssen. Im Einzelhandelsbereich gab es Kursgewinne, die zum Teil über 10 DM gingen.

Frankfurt: Flachglas zogen um 9 DM an, Adler und Aesculap notierten jeweils 15 DM, Contigas 10 DM und Hochtief 35 DM höher. MAN-Roland mußten 28 DM abgeben und Thüringer Gas verminderten sich um 9 DM.

Düsseldorf: Bilfinger befestigten sich um 10 DM, Dyckerhoff St. stiegen um 2,80 DM und Leffers verbesserten sich um 20 DM. Hageda sanken um 3 DM, Keramag gaben um 5 DM nach und Rhenag verloren 4 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi gingen mit plus 5,50 DM und HEW mit plus 2,20 DM aus dem Markt. Haller Meurer wurden um 5 DM zurückgenommen. Beiersdorf erhöhten sich um 5 DM und Holsten Brauerei um 2,10 DM.

Berlin: Bergmann wurden um 15 DM, Schering um 13,50 DM und Rheinmetall St. um 11 DM heraufgesetzt. Springer befestigten sich um 7 DM. Tempelhofer Feld wurden um 20 DM und Spinne Zehlendorf um 15 DM niedriger taxiert.

München: Aigner erhöhten sich um 5 DM, Audi AG zogen um 20 DM an, Leonische Draht stiegen um 7 DM und Flachglas um 13 DM an. Agrob St. gaben um 3 DM nach, Grünzweig verminderten sich um 4,50 DM und Wanderer fielen um 10 DM.

Stuttgart: Kolbenschmidt erhöhten sich um 11 DM, Zeag Zement verteuerten sich um 14 DM und IWKA machten 3,50 DM gut. Daimler verzeichneten ein Plus von 19 DM und WMF St. konnten sich um 4 DM verbessern.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 281,29 (278,79)
WELT-Umsatzindex: 7736 (8158)
Advance-decline-Zahl: 127 (150)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam · Kopenhagen · Luxemburg · Brüssel · London · Madrid · Hongkong · Mailand · New York · Paris · Johannesburg · Stockholm · Singapur · Tokio · Sydney · Oslo · Toronto · Wien · Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 182,05 (183,89); Elektrowerte: 338,45 (332,48); Autowerte: 732,57 (714,98); Maschinenbau: 165,59 (162,25); Versorgungsaktien: 170,79 (172,01); Banken: 381,96 (394,17); Warenhäuser: 157,30 (154,88); Bauwirtschaft: 441,47 (435,49); Konsumgüterindustrie: 159,71 (157,27); Versicherung: 1434,52 (1408,07); Stahlpapiere: 171,97 (168,11)

Kursgewinner (Frankfurt):

Schiess	100,00	+33,00	+49,9%
VFS Vers.	540,00	+60,00	+12,0%
WMF Vz.	142,00	+10,50	+7,5%
Münch. Rück. Inh.	3400,00	+250,0	+7,4%
Aach. Münch. Bet.	2560,00	+155,0	+6,4%
Norddt. Hypo	250,00	+15,00	+6,3%
Thyssen Ind.	146,50	+8,50	+6,1%
Kolbenschmidt	285,00	+15,00	+5,5%
Münch. Rück. NA	3000,00	+150,0	+5,2%
Alte Leipziger B	1100,00	+50,00	+4,7%

Kursverlierer (Frankfurt):

MAN Vz.	171,00	-12,00	-6,5%
Bay. Vereinsbk.	507,00	-30,00	-5,7%
MAN-Rol.	534,00	-28,00	-4,9%
Patrizier Br.	400,00	-20,00	-4,7%
Henniger Brau	142,90	-7,00	-4,6%
Koepp	210,00	-10,00	-4,5%
Veith-Pirelli	500,00	-24,00	-4,5%
Magd. Feuer	870,00	-40,00	-4,3%
Riedel-de Haen	833,00	-38,00	-4,3%
Bay. Hypobk.	560,00	-24,50	-4,1%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750,00 G, Kötitzer 1900,00 B, VAB 3000,00 T
Düsseldorf: BASF 309,00, Bayer 315,00, BHF 488,00, Contigas 370,00 G, Contigummi 210,00, IWK 302,00 G, Linde 595,00, Metallges. 315,00 T, Nixdorf 550,00, Rütgers 419,00, Salamander 300,00 G, Schering 518,00, VEW 170,00
Frankfurt: Adt 45,10, Allweiler St. 280,00 G, Allweiler Vz. 208,00b bB, BASF 302,00, Bayer 315,50, BHF 488,00 T, Contigas 375,00, Contigummi 212,00, Dresdner Bk. 390,00 T, IWK 300,00 T, KSB 175,00 G, KSB Vz. 170,00 G, Linde 594,00, Magdeburger Feuer 525,00 B, Magdeburger Feuer NA 1250,00 T, Mainkraft 520,00 G, Metallges. 315,00, Moto Meter 233,00, Nixdorf 550,00, Pfaff 220,00 G, Rütgers 411,00, Salamander 310,00, Schering 522,00, VEW 170,30, Wella 740,00, Ymos Vz. 175,00
Hamburg: Doag 365,00, Schering 517,00
München: BASF 305,50, Bayer 314,00 bG, Bay. Hypo 450,00, BHF 480,00 T, Bc. Wolk. 225,00 TB, IWK 305,80, Contigas 351,00 bG, Linde 580,00 T, Metallges. 322,00 B, Nixdorf 547,00, Rütgers 405,00 G, Salamander 305,00 G, Schering 520,00 bG, Stumpf 128,00 bG, VAB 2900,00 TG, VEW 169,00 bG, Wanderer 530,00 G

Devisenmärkte

Der US-Dollar schloß am 5. März in New York nach einem kurzen Ausflug unter 2,2000 bei 2,2130 und wurde zu Beginn in Europa ebenfalls bewertet. Das Geschäft verlief zunächst sehr ruhig mit niedrigsten Kursen bei 2,2050. Um die Mittagszeit kam es zu einer Belebung und einer Befestigung auf 2,2210 zur Notiz. Die Bundesbank griff nicht ein. Der Markt mißt der morgigen Zentralbankratssitzung weiterhin große Bedeutung bei. Die Tatsache, daß keine Pressekonferenz stattfinden wird, wurde nicht so interpretiert, daß eine Senkung des Diskontsatzes damit vom Tisch sei. Im Gegenteil, der Kurs lief später bis 2,2320 weiter. Das Englische Pfund verbuchte einen starken Zulauf und reagierte mit einem Plus von 1,97 Prozent auf 3,2590. Der Kanadische Dollar erholte sich 1,63 Prozent auf 1,5687. Weitere Sonderbewegungen waren nicht auszumachen. US-Dollar in: Amsterdam 2,506; Brüssel 45,445; Paris 6,79; Mailand 1511,40; Wien 15,568, Zürich 1,8782; Ir. Pfund/DM 3,259; Pfund/Dollar 1,4674; Pfund/DM 3,025.

Devisen und Sorten

5.3.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,217	2,225	2,1909	2,16	2,26
London[2]	3,252	3,266	3,177	3,17	3,32
Dublin[2]	3,018	3,082	2,922	2,94	3,09
Montreal[1]	1,5647	1,5727	1,5328	1,50	1,60
Amsterd.	88,42	88,64	88,255	87,50	89,25
Zürich	118,15	118,35	117,53	116,50	119,25
Brüssel	4,875	4,895	4,815	4,75	4,95
Paris	32,435	32,595	31,64	31,75	33,50
Kopenh.	26,98	27,10	26,825	26,25	28,00
Oslo	31,58	31,70	30,97	31,00	32,75
Stockh.**	30,86	31,02	30,41	30,25	32,00
Mailand[3]**	1,4645	1,4745	1,4165	1,41	1,51
Wien	14,217	14,257	14,148	14,12	14,34
Madrid**	1,58	1,59	1,55	1,57	1,72
Lissabon**	1,497	1,517	1,41	1,25	1,90
Tokio	1,235	1,238	–	1,20	1,26
Helsinki	43,74	43,94	43,075	42,75	44,75
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,578	1,433	–	1,00	1,70
Frankf.	–	–	–	1,71	1,80
Sydney*	1,583	1,573	–	1,48	1,63
Johannbg.*	1,103	1,137	–	1,05	1,30
Hongkong *	28,27	28,55	–	24,50	32,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.



Die Träger der Wirtschaft.

Die Entwicklung mußte einfach so kommen: Nachdem Gottlieb Daimler und Karl Benz 1886 den alten Traum vom „selbstbeweglichen" Wagen für die Beförderung von Personen in die Tat umgesetzt hatten, lag damit eine andere Idee schon auf der Straße:

Das selbstbewegliche Fahrzeug für den Transport von Gütern.

Es vergingen keine 10 Jahre, bis Daimler und Benz als erste der gerade ins Industriezeitalter aufbrechenden Welt mit dem Nutzfahrzeug ein überaus wichtiges Verkehrsmittel zur Seite stellen konnten.

Es ist keine Frage, daß wir unseren heutigen Lebensstandard ohne die Transportleistung des Nutzfahrzeugs nicht erreicht hätten.

Tag für Tag müssen viele Millionen Tonnen von Gütern, seien es Lebensmittel oder hochwertige Maschinen, selbst in die entlegendsten Winkel der Welt gebracht werden.

Vom Produzenten zum Händler. Vom Händler zum Verbraucher. Zuverlässig, wirtschaftlich und schnell.

In der Bundesrepublik Deutschland werden ca. 80 Prozent der beförderten Gütermenge mit dem Nutzfahrzeug transportiert. Hier wie in anderen Ländern der Welt hängt die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen in erster Linie vom Automobil ab. Aber auch die Entsorgung und damit eine wesentliche ökologische Anforderung unserer Zeit wäre ohne das Nutzfahrzeug unvorstellbar.

Über die Transportleistung hinaus ist auch die Herstellung der Nutzfahrzeuge von großer wirtschaftlicher Bedeutung.

Daimler-Benz produziert Nutzfahrzeuge im In- und Ausland. Damit wird auch ein wichtiger Beitrag zur Industrialisierung in vielen Ländern geleistet, insbesondere durch die Vermittlung von „know how" und die Ausbildung einheimischer Fachkräfte:

Entwicklungshilfe im besten Sinne.

So trägt das Nutzfahrzeug zum Wachstum der Wirtschaft bei.

Zum Nutzen des Menschen.



HANDBALL / Trotzdem Hoffnung

● Spanien kann der Retter sein – mit seinem verblüffend hohen Sieg über die UdSSR. Jetzt ist für die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland bei der Handball-Weltmeisterschaft doch noch Platz sechs und damit die direkte Qualifikation für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul möglich. Das verwischt etwas die Blamage im Spiel gegen die „DDR" (15:24), nach dem auch Bundestrainer Simon Schobel scharf kritisiert wurde.

● So kann die Mannschaft aus der Bundesrepublik noch Platz drei in der Tabelle der Gruppe 1 erreichen: Ein Sieg über Jugoslawien morgen im letzten Spiel. Ein Unentschieden gegen Jugoslawien, wenn Spanien gleichzeitig gegen die „DDR" verliert oder auch unentschieden spielt. Eine Niederlage mit bis zu fünf Toren Differenz gegen Jugoslawien, wenn Spanien gegen die „DDR" verliert oder unentschieden spielt.

Angriffe auf Schobel, aber die Spieler stehen fest zu ihrem Trainer

ULRICH DOST, Zürich

Der Strick lag schon um ihre Hälse, und er schnürte auch schon so fest die Kehlen zu, daß es ihnen die Sprache verschlug. Die 15:24-Niederlage gegen die „DDR", die sich die Auswahl des Deutschen Handball-Bundes (DHB) bei der Weltmeisterschaft in Olten erlaubte, war kaum an Peinlichkeit zu überbieten. Die Aussichten auf die direkte Qualifikation durch einen sechsten Platz für das Olympiaturnier 1988 in Seoul schienen wie eine Seifenblase geplatzt, der Weg über die B-Weltmeisterschaft 1987 in Italien war unausweichlich. Bis die Spanier kamen, die die UdSSR mit 25:17 besiegten und damit die Spieler aus der Bundesrepublik wieder freier atmen ließen.

Nun hatten sie wieder Luft und konnten reden, weil ihnen plötzlich im heutigen Spiel in Luzern (20.45 Uhr) gegen Jugoslawien selbst eine Niederlage *mit fünf* Toren Unterschied noch das Erreichen das Klassenziels ermöglichen könnte.

Also sprach der Bundestrainer Simon Schobel: „Heute wird eine ganz andere Mannschaft auf dem Parkett stehen. Die Jugoslawen liegen uns. Wir werden noch einmal ein gutes Spiel machen." Der Optimismus von Schobel verblüfft. Oder will hier nur jemand durch Pfeifen im dunklen Wald seine Angst vertuschen?

Denn längst ist eingetreten, was Schobel am allerwenigsten verkraften kann. Er muß sich mit Kritikern auseinandersetzen, die ihm bei seiner Arbeit Fehler vorhalten. Und mit Heinz Jacobsen, Manager des THW Kiel, Sprecher der Bundesligaklubs, *ist ein Mann mit seiner Kritik an die* Öffentlichkeit getreten, dessen Urteil Gewicht besitzt.

Was Jacobsen am meisten verärgert, ist das Gerede von Schobel nach den Niederlagen gegen die UdSSR und die „DDR": Den Spielern fehle die Kraft und Spritzigkeit. Jacobsen: „Was hat er mit ihnen denn in der Vorbereitung gemacht? Die Spieler, die alle sechsmal die Woche trainieren, kommen doch in einem guten Zustand zu ihm. Er hat sie bloß auf diesem Stand halten und Spielzüge mit ihnen üben müssen." Jacobsen glaubt außerdem, daß das starre Festhalten an einem Auswechselrhythmus (Wunderlich spielt nur auf Angriff, Happe kommt für ihn in der *Verteidigung) auf der Bank nur* Hektik erzeuge. Mehrere Spieler (Wunderlich, Happe, Michael Roth, Schwalb, Lommel) seien mit Verletzungen zu den Lehrgängen erschienen, zudem habe eine Grippe sein Team geschwächt. Schobel: „Die einzigen, die das volle Programm durchgezogen haben, waren Uwe Schwenker und die drei Torleute – daß sie hier meine stärksten Spieler sind, wundert mich nicht." Und: „Ich habe meinen Spielern immer gesagt, daß wir in den ersten vier Spielen die Qualifikation schaffen müssen, sonst sind wir auf Fremde angewiesen."

Es fällt schwer, daran zu glauben, daß Schobel mit seiner Mannschaft auch Angriffszüge einstudiert hat, die verstanden wurden *und nachvollziehbar* sind. Auch wenn Assistenztrainer Heiner Brand versichert: „Selbstverständlich haben wir Spielzüge einstudiert. Trotzdem bleibt der Angriff die große Schwäche."

Von einer Seite kann sich Schobel auf jeden Fall auf Rückendeckung verlassen. Die Mannschaft steht geschlossen hinter ihm. Torwart Andreas Thiel sagt: „Er hat unser Vertrauen. Eine Abstimmung über den Bundestrainer wie 1982 wird es nicht geben. Da kann ich für die ganze Mannschaft sprechen. Unsere Vorbereitung war optimal. Die beiden letzten Spiele hat eindeutig die Mannschaft verloren nicht der Bundestrainer." Und dann setzte der Gummers*bacher noch einen* drauf: „Wenn Schobel als Bundestrainer abgelöst wird, höre ich sofort auf. Ich spiele nur unter ihm in der Nationalmannschaft." *Das müßte* Schobel eigentlich stutzig machen. Ein Trainer, der so beliebt ist, ist meistens einer, der den Spielern nicht weh tut, ihnen also angenehm ist.

Simon Schobel wird in seiner Kritik tatsächlich nie persönlich. Er piesackt die Spieler auch nicht. Er redet ihnen ein, sie seien Siegertypen, weil sie bei einem mittelmäßig besetzten Olympiaturnier in Los Angeles die Silbermedaille gewannen. Er unternimmt nichts dagegen, daß seine Spieler von einem „starken Wir-Gefühl" sprechen. Doch wenn es darauf ankommt, verstecken sie sich dahinter, weil sie in ihrer Gesellschaft Schutz und Verständnis finden, aber nie Kritik und Druck. Heinz Jacobsen sagt: „Die Dinge müssen ausgesprochen werden, sonst bewegt sich nichts." Andreas Thiel sagt: „Es wäre schade, wenn diese Mannschaft auseinanderbricht." *Simon Schobel sagt:* „Diese Mannschaft braucht keinen Psychiater."

Braucht sie auch nicht, aber einen Trainer zum Beispiel, der Spielern wie Martin Schwalb und Thomas Happe die Zigarette aus den Fingern schlagen sollte, statt ihnen beim Rauchen zuzuschauen.

Ergebnisse und Tabelle

Gruppe 1: „DDR" – Bundesrepublik Deutschland 24:15, Jugoslawien – Schweiz 27:19, UdSSR – Spanien 17:25.

1. Jugoslawien	4	4	0	0	93:78	8:0
2. „DDR"	4	3	0	1	90:71	6:2
3. Deutschland	4	2	0	2	71:78	4:4
4. Spanien	4	1	1	2	71:68	3:5
5. UdSSR	4	1	0	3	80:94	2:6
6. Schweiz	4	0	1	3	67:83	1:7

Heute: Jugoslawien – Deutschland (20.45 Uhr in Luzern), „DDR" – Spanien, UdSSR – Schweiz.

Gruppe 2: Südkorea – Schweden 26:29, Island – Dänemark 25:16, Rumänien – Ungarn 17:19.

1. Ungarn	4	4	0	0	88:80	8:0
2. Schweden	4	3	0	1	100:90	6:2
3. Island	4	2	0	2	91:89	4:4
4. Südkorea	4	1	0	3	103:103	2:6
5. Rumänien	4	1	0	3	82:90	2:6
6. Dänemark	4	1	0	3	89:101	2:6

Heute: Island – Schweden, Südkorea – Ungarn, Rumänien – Dänemark.

SPORT-NACHRICHTEN

Schneller Hürdensprint

Kobe (dpa) – Der Kanadier Mark McKoy lief in Kobe (Japan) eine neue Weltjahresbestzeit über 50 m Hürden. McKoy lief die Strecke in 6,25 Sekunden. Die alte Bestmarke hielt der Amerikaner Foster mit 6,35 Sekunden.

Schwimm-Weltrekord

Montreal (sid) – Der kanadische Schwimm-Olympiasieger Alex Baumann (21) hat in Montreal seinen eigenen Weltrekord über 200 m Lagen in 2:01,42 Minuten eingestellt.

Marina Kiehl Erste

Düsseldorf (sid) – In der neuen Weltrangliste des internationalen Skiverbandes FIS nimmt Marina Kiehl (München) im Super-Riesenslalom (Super-G) Platz eins ein. Zweite ist Traudl Hächer (Schleching). Bei den Herren ist Markus Wasmeier (Schliersee) Zweiter hinter Zurbriggen (Schweiz).

Vorverkauf gestoppt

Düsseldorf (dpa) – Der Kölner EC muß seinen Kartenvorverkauf für die Finalspiele um die deutsche Eishokkey-Meisterschaft stoppen und die Eintrittspreise neu festsetzen. Das verfügte das nordrhein-westfälische *Wirtschaftsministerium als Landes-*Kartellbehörde. Es wirft den Kölnern „mißbräuchliche Ausnutzung seiner marktbeherrschenden Stellung in Form des Ausbeutungsmißbrauchs" vor. Der Kölner EC wollte seine Preise für die zwei oder drei Heimspiele gegen die Düsseldorfer EG um bis zu 200 Prozent erhöhen. Außerdem sollten die Karten nur im Paket für alle Spiele abgegeben werden.

Nun um Weltmeisterschaft

London (sid) – Der farbige englische Schwergewichts-Europameister der Profi-Boxer, Frank Bruno, schlug in London den Südafrikaner Gerrie Coetzee nach 1:50 Minuten k.o. Er will nun den amerikanischen Weltmeister Tim Witherspon herausfordern.

ZAHLEN

TENNIS

Hallen-Turnier von Princeton, Damen, 1. Runde: Sukova (CSSR) – Pfaff (Deutschland) 6:1, 6:1, Hanika (Deutschland) – Paradis (Frankreich) 6:4, 7:6. – **Damenturnier** in Hershey/Pennsylvania, 1. Runde: Betzner (Deutschland) – Reynolds (USA) 2:6, 7:5, 7:6.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren: Altena – Saarbrücken 8:8.

TENNIS / Gegen Mexiko mit bekanntem Team: Becker, Westphal, Maurer



Jessica ist immer dabei: Michael Westphal, Freundin

Minister wartete vergebens

Die Dame im „Club Aleman de Mexico" sagte: „Ihr werdet sicher gewinnen." Boris Becker antwortete: „Favoriten? Wir werden sehen. Wenn wir verlieren, geht die Welt auch nicht unter." Kein sehr ergiebiges Gespräch vor dem Daviscup-Spiel der deutschen Mannschaft in Mexiko, das morgen beginnt. Immerhin aber mehr, als Martin Bangemann mit dem Wimbledonsieger sprechen konnte. Der Wirtschaftsminister und die deutschen Tennisspieler fuhren aneinander vorbei. Gerade als der Wagen des Politikers von der deutschen Botschaft in Mexico City abfuhr, trafen die Spieler zum Empfang von Botschafter Heinz Dittmann ein – mit einer Verspätung von 70 Minuten. Dann blieben sie nur 14 Minuten. Die Mannschaftsführung entschuldigte sich, Trainer Niki Pilic knurrte: „Die sollen froh sein, daß wir überhaupt gekommen sind." Unhöflichkeit oder Organisationspanne? Zumindest das letztere liegt nahe. Niemand in der deutschen Delegation ist froh darüber, das Michael Westphals Freundin Jessica in dem Hotel wohnt, in dem auch die Spieler ihre Zimmer haben. Nur: Westphals Vater hat das Zimmer beim Deutschen Tennis-Bund reservieren lassen, und der hat es dann bestellt – für Jessica Stockmann. Es hätte bekannt sein können, schon lange vorher.

Seit gestern steht fest, was eigentlich nur noch Formsache war: Boris Becker und Michael Westphal bestreiten die Einzel, Andreas Maurer wird wieder im Doppel an der Seite von Becker eingesetzt. Heute wird die Reihenfolge der Einzelspiele ausgelost.



„Favoriten? Wenn wir verlieren, geht die Welt . . .



. . . Welt auch nicht unter." – Boris Becker

FOTOS: DPA

VFB STUTTGART

Trainer Otto Baric muß gehen. Kommt Latteks Assistent?

dpa/sid, Stuttgart

Nur neun Monate dauerte das Gastspiel von Otto Baric beim Fußball-Bundesligisten VfB Stuttgart. Am *Mittwoch wurde der Trainervertrag* mit dem 53jährigen Jugoslawen mit Wirkung vom 31. Mai gelöst, seine Arbeit mußte Baric bei den Schwaben jedoch sofort einstellen. Der von Rapid Wien nach Stuttgart gewechselte Baric und der VfB hatten in der vergangenen Saison einen Zwei-Jahres-Vertrag ausgehandelt. In dieser Saison ist Baric der dritte Trainer nach Werner Biskup (Hannover 96) und Hannes Löhr (1. FC Köln), der vor dem Ende der Bundesligasaison vorzeitig gehen mußte.

In einem Gespräch mit Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder und Geschäftsführer Ulrich Schäfer hatte Baric am Montagabend Verstärkung für die neue Saison gefordert. Bei einer Präsidiumssitzung am Dienstag wurde diese Forderung abschlägig beschieden. Außerdem kam das Präsidium zu der Ansicht, daß es besser sei, sich direkt von Baric zu trennen.

Sein vorläufiger Nachfolger ist Co-Trainer Willi Entenmann. So gut wie fest steht aber, daß der ehemalige Stuttgarter Spieler Egon Cordes (Assistenztrainer beim FC Bayern München) Nachfolger von Baric wird.

Schumacher im Aufgebot

„Ich bleibe dabei: meine Aussage *vor dem Sportgericht ist falsch wie*dergegeben worden. Und ich gehe auch davon aus, daß Toni freigesprochen oder zumindest seine Sperre reduziert wird. Und dann ist er gegen Brasilien dabei." Das meinte Teamchef Franz Beckenbauer vor der Berufungsverhandlung gegen National*torhüter* Toni Schumacher heute in Frankfurt und dem Länderspiel gegen Brasilien am nächsten Mittwoch.

Schumacher gehört zum 20 Spieler umfassenden Aufgebot für das Länderspiel gegen die Brasilianer. Nach Lage der Dinge aber wird der Kölner nur dann zum Einsatz kommen, wenn er in der heutigen Verhandlung freigesprochen wird. Ob er aber gesperrt bleibt oder nicht – nach Beckenbauers Ansicht soll Schumacher in jedem Fall am Sonntag zum Treffpunkt nach Frankfurt anreisen, um am Trainingslager im Sporthotel Erbismühle im Taunus teilzunehmen.

Beckenbauer wird schon heute bei der Verhandlung vor dem DFB-Sportgericht im Fall Schumacher tätig werden. Nach ihren telefonischen Vernehmungen während der Verhandlung in der vergangenen Woche wollen Beckenbauer und Roland Wohlfarth vom FC Bayern München nun heute in Frankfurt persönlich als Zeugen auftreten. Der 1. FC Köln hatte Beckenbauers fernmündliche Aussage zu Schumachers Platzverweis vom 22. Februar in München als ungünstig für den mit vier Wochen Sperre belegten Torwart kritisiert.

Köln hatte durch die nach dem Spiel abgegebene Stellungnahme Beckenbauers, die rote Karte sei „lächerlich", Entlastung für Schumacher erhofft.

FUSSBALL / Ein Holländer in Ungarn – Köln 1:1 bei Sporting Lissabon

Jos Smeets wird in der Provinzstadt Szombathely wie ein König behandelt

OLAF BROCKMANN, Budapest

Daß ein Fußballspieler aus einem Land des Ostblocks von einem Profiverein in Westeuropa eingekauft wird, ist nichts Besonderes mehr. Sogar der Papst setzte sich dafür ein, daß sein polnischer Landsmann Boniek in Italien spielen durfte. In der Tschechoslowakei werden Spieler sogar von einer staatlichen Behörde vermarktet, die dann – zum Wohle des Devisenkontos – Ablösebeträge festsetzt und mitkassiert, mitunter auch vom späteren Gehalt. Der Weg von Ost nach West im Sport ist über das Geld einfacher geworden, nur die „DDR" muß noch davon ausgenommen werden.

Aber den Anstrich des Ungewöhnlichen besitzt, daß jetzt erstmals in der umgekehrten Richtung ein Transfer zustande gekommen ist. Als erster Fußballspieler der westlichen Welt wechselt der Holländer Jos Smeets in den Osten. Freiwillig. Schließlich kassiert er beim ungarischen Erstligaklub Haladas Szombathely sehr gut.

Die Ungarn behaupten zwar, daß Smeets *nur Forint* kassiere, er selbst aber sagt: „Ich verdiene sehr gut, und mein Gehalt wird in Dollar auf eine Bank in Wien überwiesen." Die Finanzierung *läuft folgendermaßen ab:* Haladas hat einige Spieler an unterklassige österreichische Vereine ausgeliehen, deren Gehälter bleiben im Westen und sind für Smeets reserviert.

Zudem erhält Smeets in Szombathely so viele Forint, daß er diese gar nicht ausgeben kann. „Ich werde wie ein König behandelt und lebe dementsprechend", sagt der 28 Jahre alte Niederländer. Noch residiert er im Hotel „Savaria" auf Zimmer 201. „Aber in drei, vier Wochen bekomme ich meine eigene Wohnung."

Am Samstag wird er mit Haladas in Pecs, dem früheren Fünfkirchen, sein erstes Punktspiel in Ungarn bestreiten. Sein neuer Klub steht zur Zeit nur auf Platz acht der Tabelle. Der gelernte Linksaußen Smeets will Haladas mindestens auf den fünften Platz vorschießen.

Ehe sein Debüt feststand, mußten alle Beteiligten allerdings mächtig zittern, denn der bürokratische Weg war langwierig. Erst gestern hatte er alle notwendigen Papiere beisammen, *auch die Arbeitsgenehmigung*, die Aufenthaltsgenehmigung und den Gesundheitspaß vom Arzt.

Bisher spielte Jos Smeets bei Heer Maastricht in der obersten niederländischen Amateurliga. Als Maastricht im Vorjahr bei einem Turnier in Ungarn spielte, fiel Smeets dem Haladas-Trainer Peter Török auf. Über den ungarischen Verband wurde der überraschende Transfer konkretisiert.

„Ich wurde zu einer zehntägigen Probe eingeladen, und alle waren begeistert", urteilt Smeets selbst. Im Februar bestritt er bereits drei Testspiele und schoß in ihnen zwei Tore. In der ungarischen Provinzstadt mit nur 75 000 Einwohnern wurde er über Nacht der neue Held. Die Lokalpresse feiert ihn als „holländische Tulpe".

In Szombathely grassiert jetzt das Fußballfieber. Denn in 14 Tagen steigt das Spitzenspiel gegen den Erzrivalen Honved Budapest. Das kleine, nur 23 000 Zuschauer fassende Stadion ist bereits ausverkauft. Eine Flut von holländischen Reportern, auch zwei Fernsehteams, haben sich bereits angesagt. Jos Smeets genießt seine Popularität: „Alle Zeitungen schreiben in Holland über mich. Ich werde *berühmt*."

„Ich hätte auch für drei Jahre unterschreiben können, wollte mich *aber nicht binden*", *meinte der ge*lernte Installateur, der noch von einer großen Karriere träumt. „Ich fange jetzt klein an und höre in fünf Jahren groß auf." Ungarn will Smeets nur als Sprungbrett für neue Taten nehmen: „Ich will nach Österreich wechseln."

Über die Grenze ist es dann nicht mehr so weit. Ohnehin scheint Smeets ein Wandervogel zu sein. Als Jugendlicher spielte er bereits bei Borussia Mönchengladbach, dann als Halbprofi zwei Jahre lang in Lüttich. Jetzt zog es ihn zum Abenteuer nach Ungarn, obwohl er zu diesem Land bisher nie eine persönliche Bindung besaß. Noch spricht er kein Wort Ungarisch: „Ich werde auch nur so viel lernen, daß ich mich mit den Mannschaftskameraden auf dem Spielfeld verständigen und das Essen im Hotel bestellen kann."

Ein Beispiel, das Schule machen kann? Im Augenblick erscheinen wohl nur die Ungarn in der Lage zu sein, ideologische Schranken auch im Sport zu überwinden. Und wenn Amateur Smeets Erfolg hat, könnte das tatsächlich eine Chance für Sportler aus dem Westen sein. Die Ungarn gucken nicht auf den Pfennig, wenn es um den Fußball geht . . .

Allofs' Elfmeter und das große Glück

B. LINNHOFF, Lissabon

Ersatzspieler Thomas Häßler schaute verdutzt drein. Sein Trainer hatte in der Jubelarie auch ihm gratuliert, obwohl er nur auf der Bank gesessen hatte. Anschließend schickte Georg Kessler seine Schützlinge in die Kurve, in der 150 jubelnde Anhänger standen. Derweil pfiffen 60 000 enttäuschte Portugiesen. Glücklicher als in seinem 138. Europacup-Auftritt hatte der 1. FC Köln noch selten das Wunschergebnis erreicht: 1:1 bei Sporting Lissabon.

„Ich dachte, ich werde verrückt", kommentierte Karl-Heinz Thielen die Dramatik der letzten Minute. 1:0 führte Sporting zu diesem Zeitpunkt durch einen Treffer des farbigen Briten Meade in der 54. Minute. 2:0 oder 3:1 wäre Chancen- und Spielanteilen nach das gerechte Resultat gewesen. Als jeder Kölner hoffte, mit der knappen Niederlage davonzukommen, fiel der Ausgleich.

Olaf Janßen wurde von Virgilio im Strafraum gefoult. Schiedsrichter George Courtnay entschied allen Protesten zum Trotz auf Elfmeter. Klaus *Allofs*, bis dahin nach Pierre *Litt*barski schwächster Kölner, verwandelte den Strafstoß. Doch Janßen stand im Halbkreis an der Strafraumgrenze, und deshalb mußte Allofs zur Wiederholung antreten. „Nervös war ich schon. Bei uns beiden im Angriff war vorher nichts gelaufen, das trug nicht gerade zur Sicherheit bei." Doch Allofs traf erneut, obwohl er sogar noch leicht in den Boden trat.

Auch ein Trainer braucht Glück, Kessler hatte es. 80 Minuten Abwehrschlacht mit zu vielen Ballverlusten im zaghaften Aufbau und zu seltenen Entlastungsangriffen endeten mit dem bestmöglichen Resultat. Zudem bewies Kessler beim Auswechseln eine glückliche Hand. Janßen kam nach 64 Minuten für Pisanti und leitete den Ausgleich ein. „Hätte er das Tor selbst gemacht, wäre es ein goldener Griff gewesen", meinte Kessler, „so war es ein silberner."

Die zweite Auswechslung traf zehn Minuten vor Schluß Littbarski. Der Nationalspieler gewann kaum einen Zweikampf und enttäuschte stark. „Er hat im Moment seine Form nicht und mußte im Sinne der Mannschaftsleistung gegen Dickel ausgetauscht werden", lautete die Begründung des Trainers. „Ich habe so gespielt, als ob der Schuhspanner noch in den Stiefeln wäre", kommentierte der Nationalspieler die eigene Leistung.

Der 1. FC Köln steht nun vor dem Gewinn der 5000-Mark-Prämie für das Erreichen des Halbfinales im Uefa-Cup. „Gegen diese starken Portugiesen ist das Ding aber noch nicht gelaufen. Wir haben uns nur eine gute Ausgangsbasis erkämpft, weil Sporting nun auch etwas tun muß", schätzt Allofs die Chancen ein, „wenn uns vorher jemand ein 1:1 angekündigt hätte, wären wir alle hochzufrieden gewesen." „Wir sind noch nicht da", sagt auch Kessler, „wir dürfen am 18. März nicht an ein 0:0 denken. Das würde zwar reichen, aber es wäre die falsche Ausgangsposition. Unser Ziel muß Sieg heißen."

Vor allem der Trainer hofft jetzt auf etwa 40 000 Zuschauer im Rückspiel, denn auch er ließ keinen Zweifel daran, daß er für die nächste Saison Verstärkungen wünscht: „Mit Thomas Allofs sind wir im Angriff stärker. Aber mit ihm ist es nicht getan. Um die Mannschaft ausgeglichen zu machen, benötigen wir zusätzliche neue Spieler." Eine gute Einnahme im Rückspiel und eine weitere im Halbfinale könnten auch Schatzmeister Thielen auf diese Linie bringen, der in Lissabon noch erklärte: „Mit Thomas Allofs sind unsere Investitionsmöglichkeiten erschöpft."

MOTORSPORT

Drei Tote bei der Rallye in Portugal

sid, Estoril

Beim Auftakt der Rallye Portugal, dem dritten WM-Lauf, kam es zum bislang schwersten Unfall durch Zuschauer-Leichtsinn. Der 33 Jahre alte portugiesische Ford-Pilot Joaquim Santos wurde vom Publikum irritiert, geriet in einer Kurve ins Schleudern und *wurde in die Menge* katapultiert. Schreckliche Bilanz: Drei Tote, eine 36jährige Frau und zwei Kinder im Alter von sieben und zehn Jahren, sowie 33 zum Teil Schwerverletzte. Selbst 2470 Polizisten konnten die Zuschauer nicht unter Kontrolle bekommen. Die Rallye wurde unterbrochen; für gestern abend (Mittwoch 19.25 Uhr) ein Neustart festgesetzt.

Joaquim Santos kann laut Polizeiaussagen für den Unfall nicht verantwortlich gemacht werden. Als er die verhängnisvolle Stelle passierte, standen die Menschen mitten auf der Straße. Ford-Sportdirektor Peter Ashcroft zog inzwischen seine beiden Werksfahrer Blomqvust und Grundel (beide Schweden) zurück.

Schon auf den ersten Kilometern klagten die Teams über randalierende Fans. Türen von vorbeifahrenden Fahrzeugen wurden eingetreten, die Wagendächer mit Stöcken bearbeitet.

STAND ● PUNKT

Wahnsinn

Nun ist es also passiert: In Portugal ist ein Rallye-Fahrzeug in die viel zu dicht an der Strecke stehenden Zuschauer gerast. Die Folgen waren tödlich. Was in den letzten Jahren immer und immer wieder als mahnendes Menetekel an der Wand erschien, ist also zur grausamen Realität geworden.

Hat denn niemand hingehört, wenn über den tödlichen Unfall als unausweichliche Konsequenz des modernen Rallye-Sports gesprochen wurde? Walter Röhrl, immerhin jemand, der sich als zweimaliger Weltmeister recht gut auskennt in diesem Geschäft, warnte schon vor Jahren vor einigen Weltmeisterschafts-Läufen. Und zu denen, die Röhrl am liebsten gemieden hätte wie der Teufel das Weihwasser, wäre er nicht Werksfahrer und damit an Weisungen gebunden, gehörte schon seit fünf Jahren die Portugal-Rallye.

Bereits 1982 berichtete Röhrl, in Portugal würden die Zuschauer den mit Vollgas heranbrausenden Autos nur noch eine schmale Gasse als Durchschlupf lassen. Und für viele Fans würde es zu einer Art Mutprobe geworden sein, so recht nach Torero-Manier in letzter Sekunde vor dem mit 200 Stundenkilometern heranstürmenden Rallye-Boliden wegzuspringen. Röhrl damals: „Das sind doch lauter Irre. Nicht auszudenken, *wenn da mal ein Auto in so eine* Menschentraube fliegen würde. Das gäbe ein schreckliches Blutbad."

Wie gesagt, das war 1982.

Inzwischen hat sich einiges in diesem Sport verändert. Der Konkurrenzkampf ist erheblich härter geworden, der Einsatz der Mittel dementsprechend brutaler. Was nunmehr auf Schotter, Sand und Asphalt bewegt wird, hat mit Serien-Fahrzeugen *längst nichts mehr zu tun, jedenfalls* nicht in der höchsten Rallye-Spitze. Die Firma Lancia, Arbeitgeber des finnischen Weltmeisters Henri Toivonen, kam deshalb Ende des letzten Jahres zu folgender Aussage: „Moderne Rallye-Fahrzeuge verfügen heute über Leistungswerte zwischen 400 und 600 PS, haben Allradantrieb und wiegen weniger als 900 Kilogramm. Mit ihnen lassen sich Beschleunigungszeiten realisieren, die denen der Formel 1 mindestens ebenbürtig sind – und das alles auf Pisten, die seit zehn Jahren nicht verändert wurden. Die Zuschauermassen entlang der Strecken bergen vor diesem Hintergrund ein Sicherheitsrisiko."

Und wer da glaubt, daran sei nur die böse Konkurrenz im Ausland beteiligt, braucht sich nur mal einen Audi Sport Quattro aus Ingolstadt anzusehen. Über Röhrls Rallye-Werkzeug schreibt das Fachblatt „Auto, Motor, Sport" treffend: „Vorn ziert eine Bugschürze den Quattro, die selbst in den Tagen der Deutschen Rennsport-Meisterschaft Aufsehen erregt hätte, hinten ragt ein Leitwerk in den Himmel, das jeden Formel-1-Konstrukteur vor Ehrfurcht erstarren läßt."

Und die Zuschauer? Röhrl im Jahre 1985: „Wenn von den Zuschauern keine Vernunft zu erwarten ist, von den *Kontrollorganen* keine Kontrolle, dann bleibt eigentlich nur noch eine Konsequenz: Aufhören!"

Konsequenz eines Konsequenten.

Unvernünftige Zuschauer, miserable Straßen und viel zu schnelle Autos – das ist die ausweglose Situation. Die Rallye-Branche zittert deshalb vor dem scheinbar Unvermeidlichen, vor der großen Rallye-Katastrophe, bei der fünfzig oder mehr Zuschauer ihr Leben lassen müssen. Es wäre das Ende aller Rallye-Veranstaltungen auf unbestimmte Zeit und vorerst sogar das Ende des gesamten Motorsports. In Portugal wurde es gestern eingeläutet. KLAUS BLUME

Mit <u>Kevlar</u>* verstärkte Glasfaserkabel von Siemens sorgen dafür, daß lebenswichtige Verbindungen nicht abreißen.

Besuchen Sie uns auf der
HANNOVER-MESSE
vom 9. – 16. 4. in Halle 23, Stand 340



Die Tutzinger Hütte in den bayrischen Bergen liegt 1800 m hoch. Oft ist das Telefon die einzige Verbindung zur Außenwelt und zu den umliegenden Hütten. In Notfällen kann es sogar lebensrettend sein. Weil die Hüttenwirte den Rettungseinsatz organisieren müssen, wenn Menschen in Bergnot geraten sind. Daß die Telefon-Freileitungen in dieser Region besonders hohen Strapazen ausgesetzt sind, ist klar. Sturmböen zerren an den Leitungen, und im Winter lasten Schnee und Eis zentnerschwer auf den Kabeln. Häufig wurden die bisherigen Kupferkabel auch durch Blitzschlag zerstört. Die Verbindungen waren für Stunden oder gar Tage unterbrochen. Und die Post hatte einen sehr hohen Aufwand an Reparaturen.
Darum suchte man nach einer Lösung, die solche Probleme ausschaltet. Seit 1980 hat die Post bei elf Anschlüssen dieser Art mit KEVLAR verstärkte selbsttragende Glasfaser-Luftkabel von Siemens eingesetzt. Und obwohl *auch schon entwurzelte Bäume auf* die Leitungen gestürzt sind, ist die Verbindung nie abgerissen.

<u>Kevlar</u> hat auch direkte Verbindungen zum Weißen Haus.



Mehr Verbindungen durch Glasfaserkabel.

Das Weiße Haus hat die Kapazität seiner weltweiten Verbindungen erheblich erweitert. Denn die bisherigen Telefon-Kupferkabel wurden durch Glasfaserkabel ersetzt, die mit KEVLAR verstärkt sind.
KEVLAR ist die ideale Kabelverstärkung für die zugempfindlichen Glasfasern, weil es die Zugfestigkeit erhöht. Denn es *gab bisher kein anderes* Material, das so wenig wiegt und zugleich eine so hohe Festigkeit aufweist.
Außerdem macht KEVLAR die Kabel leichter und ermöglicht einen geringeren Durchmesser.

<u>Kevlar</u> ist eine außergewöhnlich starke und vielseitige Faser.

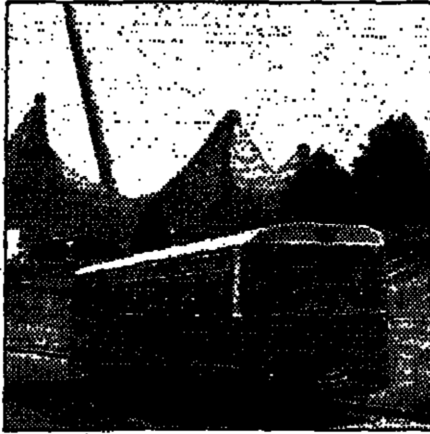
Keine andere Faser-Art bietet eine solche Kombination von Eigenschaften: KEVLAR ist extrem leicht und zugleich extrem stabil. Bei gleichem Gewicht hat es die fünffache Festigkeit von normalem Stahl. Durch seine Flexibilität ist es mühelos formbar, aber kaum dehnbar. KEVLAR ist auch korrosionsfrei, nicht magnetisch und leitet keine Elektrizität. Temperaturen spielen dabei kaum eine Rolle. Denn KEVLAR verkraftet –40° C genauso *problemlos* wie +130° C. Außerdem ist KEVLAR hitzebeständig, selbstverlöschend und verkohlt erst bei Temperaturen von über 425° C.
KEVLAR gibt es in Form von Fäden und Fasern, aus denen die jeweiligen Produkte entwickelt werden.

<u>Kevlar</u> macht Flugzeuge sicherer, stabiler und schöner.

KEVLAR bietet Konstrukteuren und Designern *außergewöhnliche* Möglichkeiten. Weil es extrem leicht, stabil und robust ist und sich in jede Form bringen läßt.
Das geringe Gewicht geht übrigens nicht zu Lasten der Sicherheit. Ganz im Gegenteil. KEVLAR erhöht sogar noch die Festigkeit. Hinzu kommt, daß man KEVLAR auch mit anderen Fasern kombinieren kann. Und dadurch die Möglichkeiten noch erweitert. So wurde KEVLAR beispielsweise beim Airbus A 310 zur Verstärkung mit Kohlefasern kombiniert. Über das Ergebnis freut sich auch die Lufthansa. Weil sie durch die Gewichtsreduzierung bei jeder Maschine dieses Typs rund 100.000 DM Treibstoffkosten pro Jahr spart.

<u>Kevlar</u> macht Autos leichter, sicherer und umweltfreundlicher.

Die Karosserie-Außenteile des Audi Sport Quattro und des Audi Quattro Rallye sind aus KEVLAR. Dadurch wurden beim Audi Sport Quattro ca. 65 kg *Gewicht eingespart. Und die* Rallye-Version ist sogar ca. zwei Zentner leichter als eine „Ganzstahlkarosserie". *Doch auch in anderen* Bereichen fährt man mit KEVLAR besser. So sind beispielsweise die Hochgeschwindigkeits-Reifen führender



Münchner Stadtbusse mit asbestfreien Bremsbelägen.

Hersteller wie Michelin, Pirelli, Kléber und Dunlop mit KEVLAR verstärkt.
Gerade bei Autoteilen mit sehr hoher Beanspruchung hat sich KEVLAR bewährt. So sorgen zum Beispiel mit *KEVLAR verstärkte Zylinderkopfdich*tungen für mehr pannenfreie Kilometer. Und immer häufiger werden Bremsbeläge mit KEVLAR statt mit Asbest verstärkt. So hat beispielsweise die Stadt München ihre Stadtbusse mit asbestfreien Bremsbelägen nachrüsten lassen. Und die meisten Automobil-Hersteller wie Audi, Daimler-Benz, Ford, Opel und VW verwenden für ihre in Deutschland produzierten Pkw-Modelle teilweise asbestfreie, mit KEVLAR verstärkte Scheibenbremsbeläge.

<u>Kevlar</u> kann sogar eine Revolverkugel stoppen.

Einen außergewöhnlichen Beweis für die extrem hohe Festigkeit von KEVLAR liefern Kugelschutzwesten, wie sie auch die Polizei verwendet. Schon eine 1 kg leichte Weste aus KEVLAR kann eine Kugel aus einer 0,38 Special stoppen. Bei Fechtsportlern soll Schutzkleidung aus KEVLAR in Zukunft sogar Vorschrift sein. Auch *bei Sturzhelmen, Rennanzügen und* Arbeitshandschuhen sorgt KEVLAR für besseren Schutz.

<u>Kevlar</u> kann weder rosten noch brennen.

Deshalb läuft mit KEVLAR auch überall da alles bestens, wo das Material härtesten *Strapazen* ausgesetzt ist. Zum Beispiel in Förderbändern. Führende Förderbandhersteller wie Phoenix, Dunlop-C.C.T. Belgium, Depreux, Kléber Industrie, Scholtz und Trelleborg haben bereits über 130.000 m Förderbänder auf KEVLAR Basis hergestellt. Die meisten laufen



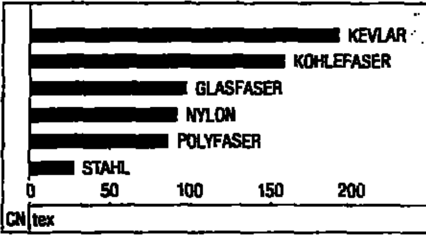
Selbstverlöschendes, rostfreies Förderband.

in deutschen Kohlezechen. Manche schon seit 9 Jahren. Probleme gab es dabei noch nie.

<u>Kevlar</u> ist keine Zukunftsvision, sondern Realität.

Auch wenn es ein bißchen fantastisch klingt, es stimmt. Alles, was wir hier über KEVLAR sagen, ist erprobt, bewährt, bewiesen. Und schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß KEVLAR ein faszinierendes Material ist. *Es zeigt Möglichkeiten auf, um mit* bisher schier unlösbaren Problemen fertig zu werden. Und in den 90er *Jahren wird vieles ohne KEVLAR* undenkbar sein. Darum sollten Sie heute schon mehr darüber wissen.

Spezifische Zugfestigkeit



KEVLAR ist 5mal stärker als Stahl.

KEVLAR*

eine Technologie-Faser von Du Pont.

Die „Engineering-Fibres Division" von Du Pont hat im High Tech-Bereich vielfach *Pionierarbeit* geleistet. Und kann dadurch Möglichkeiten aufzeigen, wie man die Festigkeit, Zuverlässigkeit und Sicherheit von Produkten verbessert. Das gilt heute genauso wie für die Zukunft. Beispiele für diese Entwicklungen sind Produkte wie Teflon*, Tyvek*, Typar*, Nomex*, Cordura* und hochfestes Nylon.
Du Pont de Nemours (Deutschland) GmbH, *Hans-Böckler-Straße* 33, 4000 Düsseldorf 30.

Du Pont,
Ihr Partner für Entwicklungen

*Eingetragenes Warenzeichen von Du Pont



G. Finn über Buchenwald und Sachsenhausen

Speziallager der Sowjets

Die Chronologie beginnt am 12. *Juli 1936 und* vermerkt: „50 Häftlinge aus dem Konzentrationslager Esterwegen werden zum Aufbau des Konzentrationslagers nach Sachsenhausen gebracht." Und sie endet mit der Feststellung: „Ein Restkommando von 180 Häftlingen wird am 28. Februar entlassen, letzte acht Häftlinge am 10. März 1950." Die letzte Jahreszahl mag manchen irritieren, wie auch der Titel „Sachsenhausen 1936–1950". Dasselbe gilt für eine zweite Broschüre: „Buchenwald 1936–1950". Beide heißen im Untertitel schlicht „Geschichte eines Lagers". Der Verfasser, Gerhard Finn, hat Buchenwald selbst kennengelernt, nach 1945, als Jugendlicher.

Eine Ausnahme war das nicht. „Zu den aus dem Nachkriegs-Buchen-



wald hervorzuhebenden Häftlingen gehören die Jugendlichen. Bis September 1952 waren westlichen Suchdiensten 3125 Häftlinge bekannt, die bei der Verhaftung, Verschleppung oder Verurteilung das 18. Lebensjahr noch nicht überschritten hatten. Von den Jugendlichen waren bis zu diesem Zeitpunkt 1089 verstorben." Und die folgende Liste mit einigen der Opfer beginnt: „Walter Anderka aus Berlin, 14 Jahre alt, Todesjahr nicht bekannt." Entsprechendes gilt auch für Sachsenhausen.

Es geht in diesen beiden Broschüren um eine fatale Kontinuität. Sie beginnen jedesmal mit einer Chronologie, die 1936 einsetzt und sich im Laufe der folgenden neun Jahre zu einem Bild des Grauens addiert, obwohl Sachsenhausen und Buchenwald keine Vernichtungslager wie Auschwitz oder Treblinka waren. Nur endet das nicht 1945. Vielmehr wurden Sachsenhausen und Buchenwald im August 1945 als Speziallager des MWD (des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes) erneut in Betrieb genommen. Die beiden ehemaligen KZs wie 13 weitere Speziallager in der sowjetischen Besatzungszone dienten, wie es ein MWD-Offizier ausdrückte, als „eine Art Sicherheitsverwahrung, ohne daß irgendein Urteil gefällt wurde". Betroffen waren davon keineswegs nur Kriegsverbrecher und Nationalsozialisten, wie es offiziell hieß, sondern auch zahlreiche Männer und Frauen, die der Sowjetisierung Mitteldeutschlands Widerstand entgegensetzten oder die einfach nur denunziert worden waren. Darunter befanden sich sogar manche, die am selben Ort oder in einem anderen KZ während der Nazizeit inhaftiert waren, ebenfalls aus politischen Gründen.

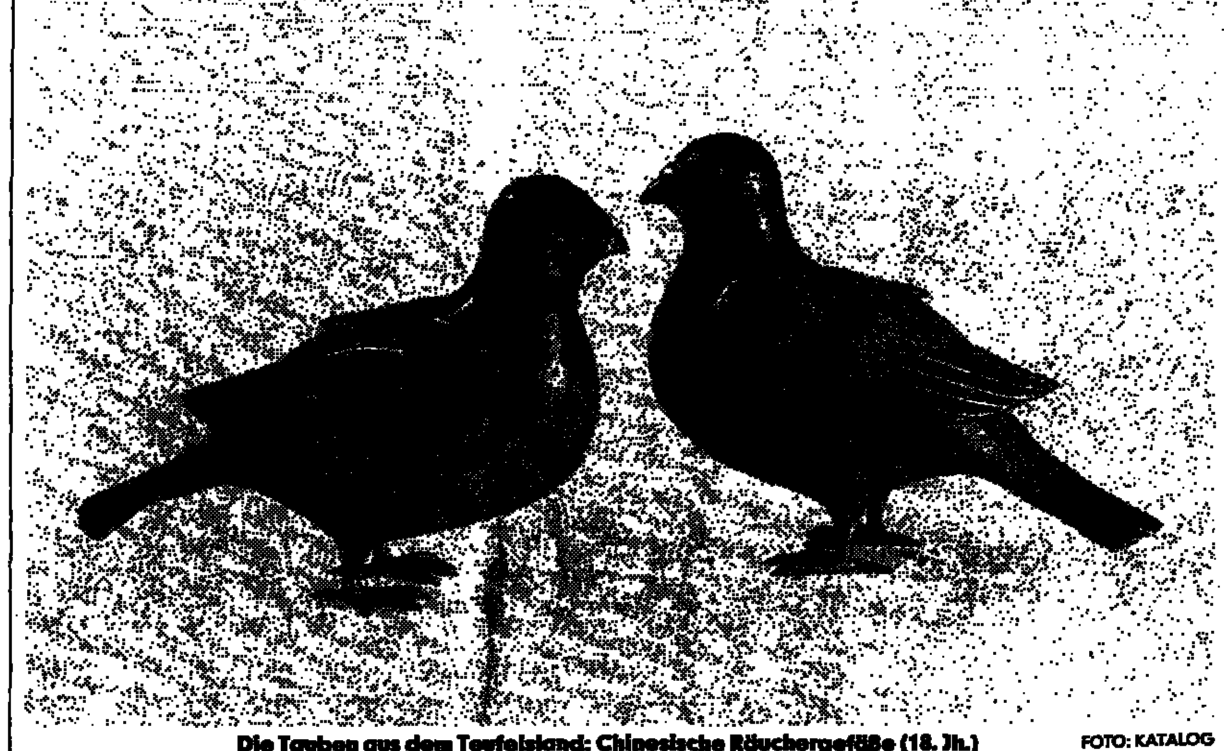
In beiden Heften arbeitet Gerhard Finn dann die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der KZs und der MWD-Speziallager heraus. Das betrifft die jeweilige Bestimmung der Lager, die Art und die Zahl der Häftlinge, ihre Lebensbedingungen und die Todesrate. So waren im KZ Buchenwald insgesamt 238 000 Personen inhaftiert, von denen 56 000 umkamen oder umgebracht wurden. Im Speziallager wurden 32 000 „interniert", von denen etwa 13 000 nicht überlebten. In Sachsenhausen kamen von 1936 bis 1945 116 000 von 250 000 Häftlingen zu Tode, und von 1945 bis 1950 waren es wahrscheinlich 20 000 von 50 000 bis 60 000 „Internierten".

Den Abschluß bilden Kurzbiographien bekannter Opfer der beiden Lager sowie Literaturhinweise. Dabei fällt auf, daß den zahlreichen Veröffentlichungen über die nationalsozialistischen Konzentrationslager nur wenige Titel über die Nachkriegszeit gegenüberstehen. Daß bei dieser Beschränkung auf die Jahre bis 1945 auch politischer Opportunismus ins Spiel kommt, belegt ein prominentes Beispiel.

Finn verweist bei Eugen Kogons „Der SS-Staat" ausdrücklich auf die zweite Auflage von 1946. Denn für diese Ausgabe hatte Kogon noch das Kapitel „Das deutsche Volk und die Konzentrationslager – seit 1945" hinzugefügt. In späteren Ausgaben ließ er es jedoch dann ohne irgendeine Erklärung wieder wegfallen, so als ob die Geschichte von Buchenwald wie von Sachsenhausen 1945 endete. Daß dem nicht so war, ist kaum noch bekannt. Deshalb sind die beiden Broschüren von Gerhard Finn wichtig.

PETER DITTMAR

Gerhard Finn: „Buchenwald 1936–1950" und „Sachsenhausen 1936–1950", Urheber Verlag, Bonn, jeweils 64 Seiten, mit Abbildungen, 5,80 Mark.



Die Tauben aus dem Teufelsland: Chinesische Räuchergefäße (18. Jh.) FOTO: KATALOG

Seltenes chinesisches Cloisonné im Kölner Museum für Ostasiatische Kunst

Einst zierten sie die Verbotene Stadt

Sie nannten sie die „Ware aus dem Teufelsland", auch „Muslim-Ware" oder „Falang", was auf die Herkunft aus dem Frankenland – das für den gesamten europäischen Westen stand – deutet. Der Besucher im Kölner Museum für Ostasiatische Kunst wird allerdings nichts Europäisches bei den „kaiserlichen Prunkgefäßen" entdecken, die dort zu sehen sind. Es handelt sich um chinesisches Cloisonné aus der Sammlung des Schweizers Pierre Uldry, die 380 Objekte umfaßt, von denen 130 gezeigt werden.

Für die Wissenschaftler sind sie wahrlich teuflisch. Denn ihre Herkunft, ihre Einordnung und ihre Datierung sind kaum erforscht, weil die literarischen Quellen spärlich und die Auskünfte, die die Stücke selber geben, widersprüchlich sind. So ist der Bestandskatalog der Sammlung Uldry nach dem Katalog zu der Frankfurter Ausstellung „Die Ware aus dem Teufelsland" von 1981 eines der wenigen wissenschaftlichen Werke über dieses Spezialgebiet ostasiatischen Kunsthandwerks.

In China wurden Cloisonné-Arbeiten erst zur Ming-Zeit (1368–1644) geschätzt, obwohl die Technik, auf Metall pulverisiertes farbiges Glas aufzuschmelzen, bereits seit dem 13. Jahrhundert vor der Zeitwende in den mittelmeerischen Kulturen bekannt war. In der keltischen Kunst gibt es dann einen ersten künstlerischen Höhepunkt, während China diese Technik unter dem Hsüan-te-Kaiser (1426 bis 1436) zur Vollendung führt.

Zu unterscheiden sind drei Emailtechniken: Champlevé (Grubenschmelz), bei dem das Glas in Vertiefungen des Metalluntergrunds eingeschmolzen wird, das sogenannte Maler-Email, bei dem die Farben frei nebeneinander gesetzt sind, und – in China bevorzugt – das Cloisonné (Zellenschmelz), bei dem auf den Metallgrund Stege aufgelötet werden, um diese Zellen dann mit Glaspaste auszufüllen. Das ist eine schwierige Technik, die in China höchst exklusiv, vorwiegend für den kaiserlichen Haushalt, gepflegt wurde. Deshalb durfte Cliosonné auch vor dem 19. Jahrhundert nicht exportiert werden.

Im Gegensatz zu anderen kunstgewerblichen Arbeiten für die Verbotene Stadt, bei denen das kaiserliche Gelb Leitfarbe ist, herrscht beim Cloisonné Türkis vor. Die Farbskala beschränkt sich weitgehend auf sechs Töne: Weiß, ein dunkles Blau, Türkis, Violett, Rot bis Braun und Gelb. Da diese Farben nicht vermischt werden, wirken die Gefäße sehr bunt. Allerdings entpuppen sie sich beim genauen Hinsehen als raffiniert entworfene Bilder und Ornamente voller Symbole.

In Köln begrüßt den Besucher ein großer Schultertopf mit gewölbtem Deckel, mehr als 60 cm hoch und fast 55 cm dick, um den sich kaiserliche Drachen winden. Daneben stehen Gefäße, die die Formen archaischer Bronzen aufnehmen, sowie Schalen und Bildplatten mit literarischen Szenen oder dem taoistischen Pantheon. Besonders reizvoll sind jedoch die verschiedenen Tierfiguren. Ein Paar Tauben oder zwei Enten, die als Räuchergefäße dienten, ein großes bauchiges Zeremonialgefäß, das von drei Kranichen getragen wird, oder eines, das auf drei Elefantenköpfen ruht.

Es ist eine exotische Sammlung, die durch die Vielfalt der Formen besticht und mit Bildkompositionen fasziniert, die die Eigenheiten des Cloisonné – ungebrochene Farben durch goldene Stege getrennt – vollendet zu nutzen verstehen. (Bis 1. Juni; Katalog 65 Mark.)

PETER JOVISHOFF

Esslingen: „Der Schulfreund" von Joh. M. Simmel

Lieber Hermann Göring!

In einem Sessel, eingehüllt in eine Wolldecke – nur die Pantoffeln gucken heraus –, sitzt Briefträger Ludwig Fuchs. Plötzlich greift er nach dem vor ihm stehenden Koffer, entnimmt ihm Schwimmflossen und Taucherbrille und streift sie sich über. Der staunenden Tochter und deren Ehemann, die ihm gerade mitgeteilt haben, daß die USA ihm die Einreiseerlaubnis verweigert hätten, ruft er ungläubig zu: „Wißt ihr was, ich schwimm' euch einfach hinterher." Und er beginnt zu tanzen, wirr und grotesk. Alle diejenigen, die seinen Lebens- und Leidensweg einmal gekreuzt haben, versammeln sich auf der Bühne und betrachten kopfschüttelnd bis teilnahmslos die aberwitzigen Verrenkungen ihres „Opfers".

Dies ist das Schlußbild eines Stükkes – des einzigen – von Johannes Mario Simmel. Der Titel: „Der Schulfreund". 1959 war es uraufgeführt worden, in Mannheim, und kurz darauf spielten es unzählige Bühnen. Auch Film und Fernsehen nahmen sich seiner an. Dann hat man es vergessen. Die Württembergische Landesbühne in Esslingen hat das Stück jetzt wieder ausgegraben. Grund für den Autor, der Premiere beizuwohnen. Über das Publikum, tat er wohlwollend in einem Interview mit der Lokalpresse kund, war er verblüfft: „Die haben an den richtigen Stellen gelacht."

Das will was heißen, denn in dem Stück gibt es eigentlich nichts zu lachen, es ist ernst, traurig und böse. Wir tun einen Blick in die Zeit des Zweiten Weltkrieges. Ludwig Fuchs, der Geldbriefträger, hat einen Schulfreund, und zwar keinen geringeren als Hermann Göring. An ihn erinnert sich Fuchs angesichts des Unrechts an den Juden und der Schrecken des Krieges, und er beschließt, ihm einen Brief zu schreiben mit der naiven Bitte, endlich Schluß zu machen mit dem ganzen Wahnsinn.

Der Brief wird, bevor ihn Göring zu Gesicht bekommt, zuständigkeitshalber der Gestapo zugeleitet. Fuchs gerät in das Räderwerk der Diktatur und muß mit einem Prozeß vor dem Volksgerichtshof rechnen. Göring erfährt jedoch von dem Brief, erinnert sich seinerseits an Fuchs, der ihn einst großzügig hat abschreiben lassen, und rettet den Freund durch die Zubilligung der Unzurechnungsfähigkeit im Sinne des Paragraphen 51. Mit diesem „Jagdschein" kommt Fuchs gut durch den Krieg.

Doch als er sich nach 1945 darum bemüht, amtlich wieder „normal" zu werden, stößt er auf unerwartete Schwierigkeiten: Alle Zeugen, die den wahren Sachverhalt kennen, wollen oder können ihm nicht helfen. Fuchs sieht sich schließlich gezwungen, eine Straftat zu begehen, um eine erneute Untersuchung seines Geisteszustandes zu erzwingen. Prompt wird ihm zum Zeitpunkt der Tat volle Zurechnungsfähigkeit attestiert. Hoffnungsfroh sitzt er seine Gefängnisstrafe ab, muß aber am Ende (siehe oben) erfahren, daß er als Vorbestrafter im Land der unbegrenzten Möglichkeiten unerwünscht ist.

Eine traurige Gestalt, eine tragische Zeit, eine Schweijkiade, wenn man so will. Und was macht man in Esslingen daraus? Im ersten Teil (bis 1945): Uniformen, Knobelbecher, Frontmeldungen, Offiziersjargon und Rassenwahn von SS-Ärzten. Die Dialoge und Charaktere wirken gekünstelt, aufgesetzt. Das Dritte Reich und seine Schrecken: durch die Brille des Kleinbürgers Fuchs betrachtet.

Der zweite Teil ist eine Aneinanderreihung allzu unwahrscheinlicher Begegnungen des um seine Rehabilitierung kämpfenden Briefträgers mit ehemaligen NS-Größen, die sich inzwischen erfolgreich arrangiert und eingerichtet haben, einig im Bestreben, die braune Vergangenheit möglichst schnell zu vergessen.

In diesem Irrgarten sucht der „gute Mensch", der naiv-treuherzige kleine Mann aus dem Volk, eben der Briefträger Fuchs (Peter Loth), seinen Weg – und scheitert. Was ihm widerfährt, bleibt aber für den Zuschauer eigenartig fern und fremd. Dieser ist Betrachter eines ihn nicht (mehr) betreffenden Schicksals in einer unwirklich, grotesk scheinenden Epoche seiner eigenen Geschichte. Das Stück gerinnt zu schierer Unterhaltung, der Zuschauer wird zum Voyeur.

Die Regie (Rudolf Seitz) arbeitet mit eingestreuten Revue-Elementen, eine Live-Combo müht sich ab, die einzelnen Bilder musikalisch zu verbinden oder Hintergrundgeräusche zu produzieren. Man ist darum besorgt, dem Stück auch inszenatorisch den oberflächlich-konstruierten Grundtenor erhalten zu wollen. Man will weder belehren noch langweilen. Das Ergebnis liegt in der Mitte. Mittelmaß eben.

JOSEF PAULI

Nächste Aufführungen: im März nur außerhalb von Esslingen; Karteninformation: 0711 / 356797.

Kokoschkas geistiger Mentor: Der Philosoph, Theologe, Pädagoge Comenius

Wie die Welt ist und wie sie sein soll

Als Kind hatte Oskar Kokoschka von seinem Vater eine mehrsprachige Ausgabe des „Orbis pictus" von Johann Amos Comenius geschenkt bekommen. Dafür war er dem Vater zeitlebens dankbar, und „Jan" Comenius, wie er ihn seinem eigentlichen Vornamen entsprechend künftig immer nannte, wurde sein geistiger Mentor bis ins hohe Alter. Noch als 87jähriger gab er seinem Comenius-Drama die endgültige Fassung, und als er fast 90 war, zeichnete er dazu sechs Lithographien.

Er hatte das Stück als 50jähriger in Prag begonnen, als Reflex auf die politischen Zeitläufte. Kokoschka nämlich sah in dem mährischen Pädagogen und tschechischen Nationalhelden des 17. Jahrhunderts eine prophetische Schlüsselfigur der Gegenwart, in einem Sinn, der sich vom Künstlerischen mehr und mehr auch auf das Politische verlagerte.

Der mährische Philosoph und Theologe Jan Amos Komensky (1592–1670), der sich als Gelehrter zeitgemäß Comenius nannte, war Prediger und zuletzt Bischof der sogenannten Böhmischen Brüder, die, aus der hussistischen Bewegung hervorgegangen, in strenger Kirchenzucht lebten, den Kriegsdienst verweigerten und im Dreißigjährigen Krieg schlimmen Verfolgungen ausgesetzt waren.

Das Leben des Comenius glich einer immerwährenden Flucht von einem Exil ins andere, von Böhmen nach Polen, London, Ostpreußen, Ungarn, Schweden und schießlich Amsterdam, wo als eine seiner letzten Schriften jener „Orbis sensualium pictus" erschienen ist, der einen so nachhaltigen Eindruck auf Oskar Kokoschka ausüben sollte. Das fibelartige Anschauungsbuch wurde die erfolgreichste und populärste Veröffentlichung des ebenso frommen wie aufgeklärten pädagogischen Reformers, immer wieder aufgelegt und in zahlreiche Sprachen übersetzt, hat es viele Generationen von Kindern mit ihrer Umwelt vertraut gemacht. „Aus dem ‚Orbis pictus' lernte ich",

Comenius – ZDF, 23.05 Uhr

schreibt Kokoschka in seinen Lebenserinnerungen, „wie die Welt ist und wie sie sein soll, so daß sie für Menschen wohnlich wird. Jan Amos Comenius war ein Humanist."

Dieser Humanist unternahm den barocken Versuch, die Zeitalter zu überbrücken, mittelalterliche Frömmigkeit und neuzeitlichen universalen Bildungsdrang in Einklang zu bringen. Neben seinem Entwurf einer christlich-humanistischen Gesamtwissenschaft bilden vor allem seine pädagogischen Schriften einen Markstein in der Geschichte der Bildung und haben mit ihrer bahnbrechenden Forderung nach „Bildung für alle" nicht an Aktualität eingebüßt. Seine Forderung, daß jedes Dorf eine Schule, jede Stadt eine Hochschule, jede Provinz eine Universität erhalten sollte, blieb natürlich Utopie wie sein Entwurf eines christlichen Weltstaates, doch seine Bemühungen um die praktische Pädagogik hatten insofern Erfolg, als tatsächlich viele deutsche Fürsten damals die allgemeine Schulpflicht einführten.

Der „Orbis pictus" mit seinem pädagogischen Axiom „Erkennen durch Sehenlernen" bedeutete damals einen enormen didaktischen Fortschritt. Was er für den Maler Kokoschka bedeutete, teilt sich in seinen Bildern, Zeichnungen und Schriften mit. Als er den tschechischen Staatspräsidenten Jan Masaryk porträtierte, unterhielt sich Kokoschka über das Werk Comenius', dabei malte er dessen Bild in das Porträt des Präsidenten und forderte diesen auf: „Sie mit der Autorität eines Staatslenkers könnten diese Erziehungsmethoden durchsetzen, für die Comenius gestritten hat."

Wir wissen, daß man Jan Masaryk nicht die Zeit dazu ließ. Sein Tod verstärkte in Kokoschka noch die Impulse zu dem politischen Drama „Comenius", das letzten Endes eine Tragödie des Scheiterns ist. Es war das erste Mal, daß Kokoschka als Dramatiker sich eines historischen Stoffes angenommen hat. Kurz vor der Veröffentlichung des Comenius-Dramas entstand der Plan, die Uraufführung nicht auf der Bühne, sondern im Fernsehen zu verwirklichen.




Oskar Kokoschkas „Jan" Comenius: Thomas Holtzmann FOTO: URSULA RÖHNERT

Bei den Vorbereitungen dazu entdeckte der Regisseur Stanislav Barabas, daß Kokoschka in allen Gestalten seines Dramas mehr oder weniger sich selber dargestellt hatte. Er zog daraus die interessante Konsequenz – die auf der Bühne gar nicht denkbar wäre – und gesellte zu seinen Bühnengestalten auch noch den echten, den lebendigen Kokoschka, ließ ihn mit den Schauspielern sprechen und stellte ihn zum Schluß zwischen die Requisiten, gewissermaßen als den Akteur in allen Rollen. Überflüssig zu sagen, daß der Film sich weitgehend auch an Kokoschkas szenischen Entwürfen orientierte.

EO PLUNIEN

KRITIK

Ist das britischer Humor?

Wollte man überhaupt noch ein gutes Haar an Gerald Thomas' Versuch eines komischen Films lassen, dann allenfalls jene Szene, in der Taxi-Unternehmer Charlie seine zahllosen Kaleschen generalstabsmäßig auf den bösen Feind dirigiert, ihn von den herrlichen, alten, schwarzen Getümen umzingeln und am Ende der Polizei in die Fänge geraten läßt ...

Das wäre dann aber auch wirklich alles Erwähnenswerte in Thomas' 1963er Film **Diese müden Taxifahrer** – ein erneuter Schlag ins Wasser, mit dem das ZDF sich ja nun schon mehrmals benetzt hat. Kaum erfindlich, was die Programm-Macher sich gedacht haben, als sie diese lange Latte Peinlichkeiten unter dem Motto „Ist ja irre" eingekauft haben – die Öffentlich-Rechtlichen als Clip-Schule der Nation? Ein deutsches Trauerspiel.

Bedauerlich nur, daß mit diesen „Taxifahrern" der britische Humor alles andere als erschöpfend illustriert wird, erschöpfend höchstens im anderen Sinn: Charlie, der Taxi-Unternehmer, hat nur seinen Job im Kopf und verschlampt darüber den Hochzeitstag, worauf seine Frau mit ihrer Toleranz am Ende ist und ein Gegenunternehmen aufmacht, mit lauter knusprigen Fahrerinnen in flotten Kleidchen und flotten Autos. Als Charlies Unternehmen fast Pleite macht, erfährt er, daß die Göttergattin hinter dem Fiasko steckt.

Doch am Ende siegt kollegiale Solidarität, Charlies Frau und eine Kollegin werden von den Taxi-Männern aus den Klauen zweier Gangster befreit, siehe oben, ein Blödmann namens Pintpot sorgt für den „running gag", und als Pintpot am Schluß glaubt, die Bösen im Alleingang bezwungen zu haben, hat alles längst sein Happy-End. Ist ja irre.

ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Klischees über Deutschland aus amerikanischer Sicht abzubauen, hat sich die Deutsche Welle zum Ziel gesetzt. Über das „Public Broadcasting System", ein nicht-kommerzielles Fernsehnetz mit ungefähr 300 Sendern, werden ihre Pilotsendungen ausgestrahlt, die ein Programm mit Dokumentationen und kulturellen Beiträgen bringen. Das **Fernsehprogramm für die USA** soll nun erweitert werden. Hierfür wurde mit PBS Oregon ein zunächst für zwei Jahre gültiger Vertrag abgeschlossen.

Vorgesehen sind 30minütige Sendungen über die Bundesrepublik, die von der Nordseeküste bis zu den Bayerischen Alpen vorgestellt werden soll. Außerdem sollen deutsch-amerikanische Gemeinsamkeiten und die Unterschiede zwischen beiden Nationen gezeigt werden.

*Für die durch die Programmerweiterung entstehenden Mehr*ausgaben hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages für 1986 vier Millionen Mark bewilligt.

E. J.

*

Vier vorbildliche Sendungen, die vor allem Senioren wichtige Informationen lieferten, sind gestern in Berlin mit dem **Wilhelmine-Lübke-Preis** des Kuratoriums Deutsche Altershilfe ausgezeichnet worden.

Die Preisträger sind: Hans Jürgen Schultz vom Süddeutschen Rundfunk (7000 DM) für seine Sendung „Die neuen Alten: Ausblick auf eine kommende Gesellschaft"; Carmen Winklmüller vom Bayerischen Rundfunk (5000 DM) für ihr Feature „Alle unter einem Dach ... Im Alter bei den Kindern leben – Frieda K. und ihre Familie"; Carmen Thomas (WDR) für ihre Betrachtung über „Hört da der Spaß auf? Sexualität im Alter" (ebenfalls 5000 DM) und die regelmäßigen „Informationen für die ältere Generation" von Ernestine Koch im Bayerischen Rundfunk (3000 DM).

hrk.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Ist ja irre
Diese müden Taxifahrer
11.55 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Bocksprünge
Plaudereien mit Heinz Schenk und seinen Gästen: Johanna von Koczian, Pit Krüger und Hans Putz
16.55 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
17.20 Fußballschule
2. Technik
Technik, das heißt zuallererst „Ballbeherrschung", ist natürlich das A und O des Fußballs. Dabei wird in der zweiten Folge der „Fußballschule" deutlich, daß zum „Fuß"-Ball auch der Kopf gehört, nicht nur im Sinne von „Köpfchen haben".
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Kreuz von Agadez
Beobachtungen bei einer Wüsten-Rallye
Von Michael Busse und Maria-Rose Bobbi
Anfang des Jahres starteten 150 Motorräder, 344 Autos und 85 Lastwagen von Paris nach Dakar. Weniger als ein Drittel erreichten die afrikanische Stadt, fünf Teilnehmer starben, zwei liegen im Koma, und unzählige wurden verletzt.
21.00 Der 7. Sinn
21.05 ARD-Sport extra
Hallenhandball-WM
Jugoslawien – Bundesrepublik Deutschland
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Themen: *Kampf am Kiosk* – neue Sterne am Zeitschriftenhimmel / Der Streit der Dichter – Fragen vor dem Berliner Schriftstellerkongreß / Bühnenkunst – Maler erobern das Theater
22.30 Tagesthemen
23.00 Die literarische Filmerzählung
Erinnerung – Sicaron
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Daten-Schatten
3. Folge: Sorgsame Obacht
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Stein des Marco Polo
Abenteuer in Venedig
Der Diebstahl
Regie: Aldo Lado
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Teufels Großmutter
Geschichten mit Brigitte Horney
Die Hamburger Krankheit
Regie: Rob Herzet
19.00 heute
19.30 Laß das mal den Tony machen
Tony-Marshall-Show
Regie: E. Böhmer
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Diagnosen '86: Neue Methoden, Fortschritte, Hoffnungen
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
22.05 Was nun, Herr Zimmermann?
Fragen an den Bundesinnenminister von Klaus Bresser, Wolfgang Herles und einem Überraschungsgast
23.05 Comenius
Schauspiel von Oskar Kokoschka
Fernsehbearbeitung: Stanislav Barabas
Mit Thomas Holtzman, Traugott Buhre, Evelyn Opela, Charles Regnier u. a.
Comenius alias Bischof Johann Amos Komensky inspirierte den Maler und Schriftsteller Oskar Kokoschka zu diesem Schauspiel. Der Zuschauer begleitet den Kirchenmann auf der Flucht durch das Europa des 17. Jahrhunderts. Außerdem *äußert sich Kokoschka* selbst zu seiner Beziehung zu Comenius.
0.45 heute

SAT 1

15.00 Kum Kum
Die Hochzeit
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Kicker-Stammtisch
Sportdiskussion live aus Ludwigshafen
18.00 Abenteuer Wildnis
Tod im Schlamm
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 BRAVO TV
19.45 Der Rebell von Java
Amerikanischer Spielfilm (1952)
21.30 APF blick
22.15 Konzert in SAT
22.45 High Chaparral
23.35 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
Unstillbarer Hunger
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 cinema international
Teorema – Geometrie der Liebe
Italienischer Spielfilm (1968)
23.20 Kennwort: Kino
23.50 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Kom doch mal in die Küche
18.53 7 vor 7
Nachrichten, Sport, Wetter
19.22 Karlchen
19.30 Sierra
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Django, dein Henker wartet
Italienischer Spielfilm (1967)
22.01 RTL-Spiel
22.07 Weltrekord
22.40 Wetter / Horoskop / Betthupferl

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Shoah (2)
Französischer Dokumentarfilm von Claude Lanzmann (1985)
(Original mit deutschen Untertiteln)
21.45 Die alten, bösen Lieder
Bonn wird 2000 Jahre alt, ist aber als Musikstadt noch recht jung, kaum 150 Jahre.
22.30 Bücherjournal
Wolfgang Borchert zum 65. Geburtstag ...
23.20 Der Sternenhimmel im März
23.35 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Lernen für eine friedliche Zukunft
19.00 Musik für uns – Musik für euch
19.15 Manche mögen's feucht – Tiere in Nordamerika
20.00 Tagesschau
20.15 Shoah (2)
Franz. Dokumentarfilm (1985) über die Judenvernichtung in Europa
22.10 Bücherjournal
23.00 Göher und Söher Peichel
Talent für zwei
23.45 Nachrichten

HESSEN

18.30 WDR-Computerclub
19.05 Grand Café (5)
19.30 Die schönste Frau der Welt
Ital.-franz. Spielfilm (1955)
21.05 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.45 Abschied vom Städtl
Osteuropas jüdische Welt
22.30 Claire (4)
23.20 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST

18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Schweinbrand
Amerikanischer Autorenfilm über ein Familientreffen
20.55 Ein Himmel voller Schilder
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Kunststück im Dritten
22.45 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Gemeinsam sind wir stark
22.30 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.45 Drehort: Mein Ort

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Nur Du allein
Amerikanischer Spielfilm (1956)
20.35 Der große Vogel Mond
20.45 Stationen
21.30 Rundschau
21.45 Opfer des Verbrechens
Die rechtswissenschaftliche Diskussion und der notwendige Schutz der Opfer im Verfahren gegen die Täter
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau
23.25 Märkische Forschungen
DEFA-Spielfilm (1982)

Boy Goberts Lustseuche

egw – Die „Josefstadt Lustseuche" habe ihn während seiner Vorbereitungszeit immer mehr ergriffen, ließ Boy Gobert, der neue Direktor des Wiener Theaters in der Josefstadt, bei seiner ersten Pressekonferenz die Anwesenden wissen. Darunter will er die Tradition des von Max Reinhardt ausdrücklich den Schauspielern gewidmeten Theaters verstanden wissen.

Grundthemen seines Spielplans sind Liebe, Familie, Irrungen und Theater. Gespielt werden also Stücke, in denen die Schauspieler wirklich spielen können: Tschechows „Drei Schwestern", Albees „Virginia Woolf", Shakespeares „Komödie der Irrungen", Marivaux' „Die Unbeständigkeit der Liebe", Pirandellos „So ist es, wie es Ihnen scheint", Sartres „Die Eingeschlossenen von Altona", Gerhart Hauptmanns „Vor Sonnenuntergang". Als reizvolle Novität ist „Happy-End", das Nachfolgestück zur „Dreigroschenoper" von Lane-Brecht-Weill vorgesehen.

Gobert legt also das Hauptgewicht nicht auf Uraufführungen und Entdeckungen. In den Kammerspielen, seinem zweiten Haus, will er die Unterhaltung pflegen. Nichts Neues also, nur Neuinszenierungen. Insgesamt seriöses Theater ohne große Überraschungen.

Nun werden die Wiener, die sich sonst von der „Uraufführungsseuche" ihrer Bühnen sekiert fühlen, bald räsonieren, sie hätten mehr Originalität erwartet, gerade in den Kammerspielen. Einen Aristophanes etwa, und im Großen Haus doch bitte mehr Österreichisches, wie es bisher mit Hofmannsthal, Schnitzler, Bahr, Raimund und seinen Zeitgenossen hier gepflegt worden ist.

Aber die Ära Gobert hat ja erst begonnen, mit Regisseuren wie Klaus Emmerich, Ernst Wendt, Holger Berg und Hermann Kutscher. Gobert selbst will „Vor Sonnenuntergang" inszenieren, später den Don Carlos spielen. Denn, das hat er bei Nestroy gelernt, „Es kommt weniger darauf an, *was* man leistet, als vielmehr darauf, *wo* man es leistet."

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Chronicles of Culture"

Geist und Geschmack

Leopold Tyrmand, der streitbare polnische Romancier und Entdecker des Tyrmandschen Gesetzes (es lautet: Wer angesichts der modernen Kommunikationstechniken einem kulturellen Übel nicht sofort entgegentritt, fördert es stillschweigend), hat seit seiner Emigration in die USA kräftig am Thron der kulturell tonangebenden liberalen Elite gerüttelt. Vor einem Jahr ist Tyrmand unerwartet gestorben. Er hinterläßt ein doppeltes Erbe: die Ingersoll-Literaturpreise und die Monatsschrift „Chronicles of Culture".

Die 1984 gegründeten und hochdotierten Ingersoll-Preise gehen weiter. Im November wurden Robert Nisbet (Wissenschaft) und Eugène Ionesco (Literatur) ausgezeichnet. Bei den „Chronicles of Culture" hat Tyrmand in Thomas J. Fleming einen Nachfolger gefunden.

„Chronicles of Culture" (Rockford Institute, Rockford, Illinois 61 105) ist die einzige überregionale Ideenzeitschrift, die im Mittleren Westen herauskommt. Schon der Standort grenzt sie gegen den Jargon, die Schaukämpfe und die Modetrends des Kritiker-Establishments der Ostküste ab. „Chronicles of Culture" steht mit beiden Beinen mitten im amerikanischen Herzland, huldigt jedoch nicht dem dort verbreiteten Anti-Intellektualismus, sondern kämpft mit den Waffen der Belesenheit, des Geschmacks und der geschliffenen Kritik.

Thomas J. Fleming zählt als Herausgeber des „Southern Partisan" zu jenem „anderen" Amerika der Südstaatentradition, für die er in „Criticón" 93 (Knöbelstr. 36, 8000 München 22) eine Lanze bricht. Der amerikanische Konservatismus verfügt jedoch auch über andere Traditionsbestände. So geht die Januarnummer von „Chronicles of Culture" auf den „New Humanism" von Irving Babbitt und Paul Elmer More ein, dem Sinclair Lewis durch seine Nobelpreisrede von 1930 den Todesstoß versetzte. Lewis bezeichnete die akademische Tradition als „very dead" und den „New Humanism" als „schwärzeste Reaktion inmitten einer aufregend revolutionären Welt".

Revolutionäre und ähnliche Aufregungen lagen dem abgeklärt-klassischen Denken von Babbitt und More allerdings fern. „Jede Doktrin von Rang", meinte Babbitt, „ist eine disziplinarische Sache. Doch der Mensch in der Masse verabscheut Disziplin." So geriet der „New Humanism" 50 Jahre lang ins Abseits. Wenn heute das Interesse an Babbitt und More wieder erwacht, so erklärt es Stephen L. Tanner damit, daß angesichts der Schwächung der Institutionen, der Verwirrung des Wertgefühls und des Zurücktretens der sozialen Autorität „Babbitts und Mores kühne Verteidigung der Zurückhaltung, der Disziplin, der Maßstäbe und der Tradition eine aufmunternde und heilsame Wirkung" ausstrahlt.

Als Gegenbeispiel sind die politischen Eskapaden der amerikanischen Kirchen lehrreich. Fleming greift das „sanctuary movement" heraus, in dem 150 Kirchen illegale Einwanderer aus Mittelamerika unterstützen. Ein schöner Altruismus mit „Dritte-Welt"-Flair? Fleming zweifelt: „Das Übergreifen der Individuen und Kirchen in den Bereich der staatlichen Angelegenheiten lädt den Staat geradezu ein, sich in die Rechte der Kirchen, Individuen und Familien einzumischen." Thomas Molnar („War, Peace and the Church's Teaching") findet an den Erklärungen der katholischen Bischöfe zur nuklearen Abrüstung am erstaunlichsten, daß sie von der akkumulierten Erfahrung der Menschheit so wenig Gebrauch machen wie von der kirchlichen Lehre. Molnar weist das im Detail nach.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Hamburg: Das Milwaukee Symphony Orchestra

Komet mit Klangschweif

Milwaukee, am Michigansee gelegen, leitet seinen Namen aus der Indianersprache her: „Versammlungsort am Wasser". Heute schlägt die Stadt Kapital aus Milch und Wasser, Versammlungsort ist sie auch geblieben, sogar Treffpunkt der Schönen Künste: Werbespot des Regierungspräsidenten von Wisconsin und des Bürgermeisters der Stadt in einem Faltblatt, das sie dem Milwaukee Symphony Orchestra mit ins Gepäck seiner ersten Europareise stopften. Nach einer musikalischen Zwischenlandung in London gab das Orchester jetzt in Hamburg sein bundesdeutsches Entree.

Lucas Foss und seine 90 Orchestermusiker, die samt und sonders solistische Qualitäten besitzen (übrigens ein reichliches Drittel Damen), winken also unauffällig mit dem Zaunpfahl der touristischen und industriellen Anziehungskraft ihres Stammquartiers, zumal auch die Sponsorfirmen der Europatournee ihre Visitenkarte abliefern. Auffällig hingegen empfehlen sich die musikalischen Botschafter des Mittleren Westens durch die Kultur des Instrumentalklangs in allen Gruppen. Hamburg empfing sie sozusagen mit offenen Armen. Die Große Musikhalle war bis auf den letzten Platz gefüllt, obwohl die Eintrittspreise so außerordentlich waren wie das Orchester.

Ihren Einstand gaben die Musiker aus Milwaukee mit einem Stück, das erst fünf Jahre alt ist und trotzdem Leuten, die beim Musikhören gern die Beine ausstrecken, nicht auf die Füße tritt: Jacob Druckmans „Aureole". Dieser orchestrale „Strahlenkranz" versieht eine Melodie auf Leonard Bernsteins dritter Symphonie mit einem Kometenschweif aus Tontrauben und Klangspritzern, farbigen Akkordscherben und glitzernden Streicherglissandi – ein Feuerwerk über den Michigansee, ausgeführt in neuester Raketentechnik.

Nach dieser vorzüglichen Referenz, die Lucas Foss als Meister der Koordination mit gespitzten Zeigefingern vorstellte, wuchs die Spannung auf Prokofjews drittes Klavierkonzert mit dem Publikumsliebling Ivo Pogorelich. Solist und Orchester blieben den (von der Schallplatte geführten) Erwartungen denn auch nichts schuldig. Foss und sein uneitler Star, der sich während seiner Studien in Moskau, vor allem bei seiner heutigen Frau Aliza Kezeradze, intensiv mit der Pianistik Prokofjews, Rachmaninows und Skrjabins auseinandergesetzt hat, fanden rasch zusammen. Zumal die Variationen der Gavotte gerieten zu Kabinettsstücken des kontrastreichen, tanzvergnügten Maskenspiels.

Zum Glück regiert der Komponist Lucas Foss den Dirigenten gleichen Namens, führt ihm Faust und Finger, Arme und Beine (und läßt ihn den Taktstock in die Ecke werfen). Foss führt strukturell, schließt Haupt- und Nebenlinien des Kompositionsprozesses und elektrisiert die Musik zugleich mit vegetativen Energieströmen. Er durchschaut und empfindet Musik mit dem ganzen Körper, und das Orchester hat in wenigen Jahren unter offenbar günstigsten Probenbedingungen gelernt, diese ganz unprofessionelle Körpersprache in Klangnuancen und -valeurs zu übersetzen.

Zum Schluß Brahms – oder Beethoven? Selten hört man den Beethoven in Brahms' Erster unverstellter. Brahms, nach unendlichen sinfonischen Geburtswehen, ein Theatraliker, ein strahlender, wolkenloser Inszenator des Dramas „per aspera ad astra"? Brahms am Michigansee ist eben nicht Brahms in Pörtschach oder Mürzzuschlag. *LUTZ LESLE*

Tourneedaten: Hannover (6. 3.), Bonn (7.), Amsterdam (8.), Düsseldorf (9.), Frankfurt (11./12.), Wiesbaden (13.), Stuttgart (14.), München (15.), Linz (17.), Wien (18.)

Die Kraft einer Tänzerin, älter zu werden: WELT-Gespräch mit Stuttgarts Ballettchefin Marcia Haydée

„Und ich sagte, John, Du bist verrückt"

Nach wie vor zählt das Stuttgarter Ballett zu den führenden Compagnien der Welt: Als seine Gründerfigur, John Cranko, 1973 starb, wagte das kaum einer zu hoffen. Doch Marcia Haydée, die nach der kurzen, ruhmlosen Ägide Glen Tetleys die Leitung der Truppe übernahm, hielt das Stuttgarter Ballett auf Erfolgskurs. Im Gespräch mit der WELT räsoniert sie über die Zeiten mit Cranko und die Zukunft – ihre eigene wie die der Truppe.



Seit zehn Jahren auf Erfolgskurs: Die in Rio de Janeiro geborene Leiterin des Balletts von Stuttgart FOTO: CAMERA PRESS

WELT: Seit zehn Jahren sind Sie Direktorin des Stuttgarter Balletts. Haben Sie geahnt, was auf Sie zukommt?

Haydée: Nein. Ich habe den Direktionsposten eigentlich nur deshalb übernommen, weil sonst niemand da war. Die Kompanie hat mich darum gebeten. Ich selbst habe immer gehofft, daß ein anderer Direktor wird. Denn Tänzerin zu sein, das ist mein Leben. Dafür habe ich gearbeitet. Das ist meine große Begabung: auf der Bühne zu sein. Ich mache das bis zu dem Tag, an dem kein Choreograph mehr mit mir arbeiten will. Solange sie nach mir verlangen, tanze ich. Es gibt nicht viele Tänzerinnen in meinem Alter, Tänzerinnen mit einer solchen Reife. Vielleicht reizt das die Choreographen: mit einer Frau, nicht mit einem jungen Mädchen zu arbeiten.

WELT: Wie bringen Sie das unter einen Hut: Zur gleichen Zeit Ballettdirektorin zu sein und Ballerina?

Haydée: Es gibt keine Schwierigkeiten. Ich bin eine Tänzerin, die weiß, daß sie außergewöhnlich ist. Alle akzeptieren, was ich geworden bin. Daß ich weiterhin tanze, bedeutet der Kompanie viel. Sie will mich sehen. Ich wollte eigentlich keinen „Schwanensee" mehr tanzen. Aber die Kompanie drängte mich dazu. Ein einziges Mal, damit die jungen Leute einmal sehen, wie ich „Schwanensee" mache.

Insofern gebe ich meinem Ensemble, was sonst vielleicht ein Choreograph seinem Ensemble gibt. Als Tänzerin. Wie hart kann man arbeiten? Wie weit kann man gehen? Wie kann man eine große Tänzerin werden, ohne dazu von Natur aus begabt zu sein? Ich bin nicht prädestiniert für diesen Beruf. Ich habe nicht unbedingt die idealen Voraussetzungen für eine Tänzerin.

WELT: Woher nehmen Sie die Kraft?

Haydée: Ich weiß es nicht. Vielleicht gewinnt man aus jeder Belastung mehr Kraft. Wenn man daran glaubt, etwas erreichen zu können, bekommt man auf einmal Kraft. Wenn man Angst hat, gelingt einem nie etwas. Das ist wie auf der Bühne. Wenn man sich vor einem Schritt fürchtet, wird er immer danebengehen. Wenn man keine Angst hat, gelingt er.

WELT: Haben sie je daran gedacht, zu choreographieren?

Haydée: Nein. Niemals. Ich glaube nicht, daß ich dazu die Begabung hätte. Choreographieren, das heißt mehr, als nur ein paar Schritte zusammenzustellen. Es braucht mehr. Das einzige, wozu ich Lust hätte, wäre die Einstudierung von Balletten wie „Dornröschen", „Coppélia" oder „Giselle". Ja, das könnte ich machen: eine Klassiker-Produktion, bei der ich nicht die Schritte zu ändern brauche. Ein „Rosen-Adagio" beispielsweise kann nicht besser sein.

WELT: Aber für Sie selbst ist die Arbeit mit Choreographen stets prägend gewesen?

Haydée: Ja, deshalb lege ich einen so großen Wert darauf, daß meine Kompanie unentwegt mit Choreographen arbeitet, kreativ arbeitet. Wahrscheinlich sind deshalb aus dem Stuttgarter Ballett immer wieder neue Choreographen hervorgewachsen. Daß sie das Ensemble später verlassen haben, hängt wiederum mit dem Gewicht zusammen, das das riesengroße Repertoire für sie darstellt. Da wollen junge Leute wie Uwe Scholz lieber eine eigene Gruppe haben (Zürich, Anm. d. Red.), ein eigenes Gesicht – obwohl sie in Stuttgart meiner Meinung nach immer die Freiheit gehabt haben, das zu machen, was sie wollten.

WELT: Kann man die Wünsche der Gast-Choreographen steuern?

Haydée: Man kann es zumindest versuchen. Aber ich weiß, wenn man einem Choreographen eine bestimmte Musik vorschlägt oder eine bestimmte Größe vorgibt, ihn um etwas Klassisches bittet oder um etwas Modernes, fühlt er sich behindert. Choreographen sind sehr, sehr sensible Menschen. Man muß ihnen die absolute Freiheit lassen, falls etwas gelingen soll.

WELT: Wir brauchen Sie eigentlich gar nicht zu fragen, ob Sie sich jemals vorgestellt haben, etwas anderes zu tun.

Haydée: Wenn Sie mich heute fragen: Nein. Ich möchte nichts anderes tun. Ich will in Stuttgart bleiben. Ich will weiter mit dem Ballett arbeiten. Wenn ich nicht mehr tanze, möchte ich in der Schule oder in der Kompanie aushelfen. Aber wer weiß? Vielleicht kommt der Tag, und ich sage: Nein, es ist genug! Ich gehe! Aber ich glaube nicht daran. Die Verantwortung für die Tänzer, die meinetwegen nach Stuttgart gekommen sind, ist zu groß.

WELT: Haben Sie diese Folgen nicht absehen können, als Sie den Direktorenposten übernahmen?

Haydée: Ich war naiv. Ja, ich habe den Posten einfach übernommen. Gott sei Dank hatte ich diese dreizehn Jahre mit Cranko. John hat immer zu mir gesagt: Eines Tages übernimmst Du die Kompanie! Und ich habe ihm geantwortet: John, Du bist verrückt! Er sagte: Eines Tages bin ich müde und will nur noch choreographieren, und dann leitest Du die Kompanie. Und er hat immer in der Kantine gesessen, und ich habe zugeschaut, wie er die Besetzungen ausgetüftelt hat.

Manchmal fragte ich ihn: Warum setzt Du den in dieser Rolle ein, er ist doch nicht gut dafür? Und er antwortete: Genau deswegen. Weil er so viele Rollen hat, in denen er gut ist, muß er eine haben, in der er falsch ist und erst daran arbeiten muß. Mit mir hat das Cranko oft gemacht. Das gleiche versuche ich mit meiner Kompanie.

WELT: Angst vor der Zukunft haben Sie also nicht?

Haydée: Als ich in Stuttgart Solopartien übernahm, war ich schon relativ alt. Aber ich habe immer gewußt, daß ich eines Tages die Chance bekäme. Es machte mir nichts aus zu warten. Dann kam Cranko. Erst mit vierzig hatte ich Probleme. Plötzlich dachte ich, ich schaffe es nicht mehr. Ich kann nicht mehr so gut tanzen. Ich hatte jedes Selbstvertrauen verloren. Die Jahre sind vorbei. Wenn man sie durchsteht, bekommt man einen neuen Ansporn, einen neuen Impuls. Jeder kennt diese Augenblicke in jedem Beruf. Man muß eben kämpfen. Jeder Tag ist ein Kampf. Und jeder hat mal Lust, alles hinzuwerfen. Nur wer wirklich lebt, kennt diesen Kampf. HARTMUT REGITZ

Wedekinds „Marquis von Keith" in Hamburg

Knall über dem Parkett

So versessen ist unser Jahrzehnt ja keineswegs auf Wedekind, daß man nicht jedes Rencontre mit ihm und seinen sarkastischen Seelenaufreißern begrüßen müßte. Zumal mit dem „Marquis von Keith", diesem bös-brillanten Verdikt über die Gründerzeit. Nicht nur manch „neu-heimatlicher" Betrug- und Bauskandal wird da gnadenlos vorgespiegelt, zeitlosere Aktualität garantiert der Kampf zwischen zynischem Lebensgenuß und Moral, den der Autor an Keith und seinem Gegenspieler Scholz in schneidender Dialektik ausgestanzt hat. Knifflig allerdings, dem Januskopf Wedekind, dem Menschenverächter und Moralisten, gleichermaßen gerecht zu werden.

Am Hamburger Thalia Theater, wo Jürgen Flimm mit recht erfolgreichen „Gynt"-, „Faust"- und „Ödipus"-Inszenierungen seinen vom Glück zurzeit nicht gerade begünstigten Schauspielhaus-Kollegen Peter Zadek ganz schön in die Verunsicherung treibt, ließ man den „Marquis von Keith" nun in scharf rhythmisiertem und choreographiertem Spiel über die Bühne gehen. Zum alten Eisen gehört dieser Wedekind, dieses Enfant terrible der Jahrhundertwende, jedenfalls noch lange nicht. Daran ließ „DDR"-Regisseur Thomas Langhoff mit seiner kraftvoll-intelligenten „Keith"-Einrichtung keinen Zweifel.

Eine schöne, sinnträchtige Pointe gleich zu Beginn. Im klinisch-weißen Art-deco setzt Hochstapler Keith zum nervtötenden Tropfen eines Wasserhahns den Revolver an seine Schläfe, doch zieht er ihn im allerletzten Augenblick resolut in den Bühnenhimmel. Schuß und Knall: Der brenzlige Rauch wird als markante Duftnote einen ganzen Abend lang über dem Parkett hängenbleiben bis hin zum Finale, in dem der nun total ruinierte Keith die Pistole noch einmal an die Schläfe setzt, aber sie so entschlossen wie zu Beginn ablenkt ins Nirgendwo: War auch sein Leben nur ein Schuß in die Luft, kein Grund, sich von ihm endgültig zu verabschieden. So ist der Mensch, ein Spieler, ein Halunke, durch nichts totzukriegen.

Langhoff hat dieses Wedekindsche Credo mit klugem Gespür für die Symmetrien und dramatischen Widerhaken des Stücks herauspräpariert. Und es bleibt nicht seine einzige amüsant-dekouvrierende Inszenierungs-Volte. Freilich hat er bei seinem Versuch, nicht in belangloses Räsonieren zu geraten, sondern effektvolle, ja, zuweilen bissig-erheiternde Bühnenaktion zu bieten, gegen Ende hin immer schärfer in die Trickkiste grotesker Verzerrung gegriffen. Auch hat er nicht immer jene erhellende Distanz schaffen können, die dem Zuschauer zu erkennen gibt: „Wir spielen hier Leben, aber im selben Augenblick durchschauen wir es auch." Unerläßlicher Balanceakt speziell für diesen Wedekind.

Wolf-Dietrich Sprenger kam diesem Gebot als Keith-Antagonist Scholz lange erstaunlich virtuos nach: eine absurde Kunstfigur, wie sie so herrlich jämmerlich und konsequent nur das Leben erfinden kann. Ulrich Pleitgen ließ den Bankrotteur Keith dagegen eher aus aufgebrachter Normalität denn aus mephistophelischer Abgefeimtheit erwachsen, entzog ihm so die Dimension eiskalt-einnehmenden Zynismus, die seine eigentliche Sprengkraft ist.

Vom billigen Panoptikum bis zum Passionsspiel reichen die Versuche, den „Marquis" theatralisch einzufangen. Langhoff suchte einen Mittelweg in hochgespanntem, kantig zäsuriertem Spiel, das sich – von seinen Überzeichnungen einmal abgesehen – als ein nicht unattraktiver Schritt erwies, Wedekind in die 90er Jahre hinüberzuführen. KLÄRE WARNECKE

Weitere Aufführungen: 7., 8. und 13. 3.



Nicht totzukriegen: Ulrich Pleitgen als Marquis von Keith, aus der Hamburger Aufführung FOTO: LENA

Bremen: Das Werk des Konstruktivisten Graevenitz

Ein Punkt auf dem Akt

Als sich Gerhard von Graevenitz (1934 bis 1983) im Jahr 1956 an der Münchner Kunstakademie bewarb, löste er das Problem, bei der Aufnahmeprüfung eine Aktzeichnung anfertigen zu müssen, auf eine ebenso simple wie provokative Weise: Er zeichnete eine senkrechte Linie aufs Blatt und versah sie oben mit einem Punkte. Graevenitz hatte die Prüfung bestanden.

Diese Begebenheit, die er selbst gern erzählte, ist in gewisser Weise charakteristisch für diesen Künstler, der zu den namhaftesten Konstruktivisten und Kinetikern in Deutschland und seiner Wahlheimat Holland zählte. Die Retrospektive, die jetzt (nach Ludwigshafen) in der Bremer Kunsthalle zu sehen ist – eine etwas verkleinerte Version der Gedächtnisausstellung in Otterlo –, ist vielleicht sogar eher von den biografischen Perspektiven her zu erschließen als von einer strukturellen Analyse.

Graevenitz kam 1956 eigentlich gar nicht nach München, um Kunst zu studieren. Die Tatsache, daß Bayern sein Wirtschaftsabitur nicht anerkannte, ließ ihn auf Alternativen sinnen. Die Musikhochschule wies ihn ab, weil er kein Instrument spielte. Die Kunstakademie wäre ihm eigentlich auch verschlossen geblieben, weil er nicht zeichnen konnte. Daß er doch Künstler wurde, erklärt sich also aus dem Zusammenspiel von Voraussetzungslosigkeit, Zufall und spielerischem Kalkül.

Alle drei Phänomene haben schließlich auch sein Werk bestimmt. Graevenitz hatte kein künstlerisches Weltbild, er adaptierte auch keines, er schuf sich eines aus der Ratio heraus, indem er Strukturen, gesetzmäßige Variationen und Bewegungen, in einen Beziehungszusammenhang brachte.

Das begann mit Reliefs, bei denen halbkugelförmige Vertiefungen in Gips gedrückt wurden, deren „Leben" erst mit der Variation des Lichteinfalls begann. Das setzte sich fort in kinetischen Objekten, die Quadrate, Rechtecke, lineare Strukturen nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten ordneten und diese Strukturen dann wiederum mit ebenso genau abgestimmten Lichtbewegungen konfrontierten. Und das führte dann zu jenen größeren Wänden, auf denen balkenartig hervortretende Rechtecke ganz vereinfacht und sparsam rhythmisch zueinander gruppiert wurden.

Graevenitz war es dabei immer darum zu tun, das Kontrollierte und das Unvorhersehbare, die Ordnung und den Zufall miteinander in Beziehung zu bringen, freilich nicht in einer Gegensätzlichkeit, sondern in dem Sinne, daß Zufall Kalkül wird, Ordnung sich als bewegte Variation erweist. Dabei teilte er freilich das Schicksal aller konstruktiven Kunst: In der völlig abstrakten Rationalität erschöpft sich auch die unendliche Variation zu einem endlosen Gleichmaß. Die schöpferische Kraft des Zufalls erlahmt in der Wahrnehmung des Rezipienten zur unterschiedslosen Beliebigkeit, auch wenn dem in „Wahrheit" nicht so ist.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Bis 6. April, Bottrop: 27. April bis 22. Juni; Katalog 30 Mark.

KULTURNOTIZEN

„Alltag in der Antike" am Beispiel griechischer Vasen aus dem Würzburger Martin-von-Wagner-Museum stellt das Mönchengladbacher Museum Schloß Rheydt vom 9. März bis zum 19. Mai vor.

Ivan Gantschevs Illustrationen für Kinderbücher zeigt die Zentrale Kinder- und Jugendbibliothek in Frankfurt am Main bis zum 27. März.

„Von Weimar zu Hitler – Nationalsozialismus 1919–1945" ist der Titel eines Programms des Goethe-Instituts in Dublin mit Ausstellungen, Vorträgen und Filmen.

Die 8. Europäische Silbertriennale findet bis zum 4. Mai im Deutschen Goldschmiedehaus in Hanau statt.

Für das Textilmuseum Bocholt, eines der sieben Teile des Westfälischen Industriemuseums, wird am 13. März der Grundstein gelegt.

Zeitgenössische bulgarische Kunst zeigt das Kunsthaus Royal Art in Hannover in Zusammenarbeit mit dem Komitee für Kultur in Sofia vom 6. April bis zum 4. Mai.

Im Kloster Bebenhausen ist ein Schloßmuseum eingerichtet worden, das die historische Einrichtung der Wohnstätte des letzten württembergischen Königs zeigt.

Pasquale Festa Campanile, italienischer Schriftsteller und Filmregisseur, ist in Rom im Alter von 59 Jahren gestorben.

JOURNAL

Radiosymphoniker Berlin: Hindemith-Uraufführung

gtl. Berlin

Riccardo Chailly und Peter Ruzicka, Chefdirigent bzw. Intendant des Radio-Symphonie-Orchesters Berlin, das demnächst sein 40jähriges Bestehen feiert, gaben das Programm der nächsten Saison bekannt. Kernstück eines dem jungen Hindemith gewidmeten mehrteiligen Projekts ist die konzertante Aufführung von „Das Nusch-Nuschi", begleitet von der Uraufführung des „Ragtime wohltemperiert" (1921). Weitere Uraufführungen: Frank Michael Beyer (Mysteriensonate), Peter-Michael Hamel und Hans-Joachim Hespos. Werke von Rihm, Ligeti, K. A. Hartmann, Berio, Stockhausen, Henze, Constant, Halffter, Penderecki stehen gleichfalls im Spielplan. Wie sonst nur noch in Washington und Paris wird Mstislav Rostropowitsch anläßlich seines 60. Geburtstags an einem Abend drei Cello-Konzerte (Saint-Saëns, Bloch, Dvořák) spielen.

Abermals Urteil gegen Arno-Schmidt-Stiftung

dpa, Celle

Im Rechtsstreit um die Verlagsrechte an Werken des verstorbenen Schriftstellers Arno Schmidt ist die Arno-Schmidt-Stiftung vor dem Oberlandesgericht Celle erneut unterlegen. Wie ein Sprecher der Stiftung mitteilte, habe das Gericht eine Berufungsklage der Stiftung gegen ein Urteil des Landgerichts Hannover zurückgewiesen, in dem einer Klage des S. Fischer Verlags in Frankfurt gegen die zunächst von der Witwe Schmidts ausgesprochene und nach ihrem Tod von der Stiftung aufrechterhaltene Kündigung sämtlicher Verträge „aus wichtigem Grund" stattgegeben worden war. Die Stiftung hat gegen das Urteil Revision beim Bundesgerichtshof angekündigt.

Erste Stiftungsprofessur für Bonner Institut

dpa, Bonn

Die erste Professur im Rahmen seines neuen Förderprogramms „Stiftungsprofessuren" hat der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft jetzt am Institut für Operationsforschung der Universität Bonn errichtet. Der Verband wird für zunächst fünf Jahre 500 000 Mark bereitstellen. Danach übernimmt das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium die Finanzierung. Die Stelle soll mit hochqualifizierten Ausländern oder auch mit deutschen Nachwuchswissenschaftlern besetzt werden. Dafür ist ein offener internationaler Wettbewerb vorgesehen.

Deutsch-französische Buch-Biennale im Elsaß

AFP, Schiltigheim

Die erste deutsch-französische Buch-Biennale findet vom 10. bis 13. April in Schiltigheim bei Straßburg statt. Auf der viertägigen Verkaufsmesse soll das Verlagswesen im weiträumigen Einzugsgebiet des Rheins (Elsaß, Franche-Comté, Lothringen, Luxemburg, Baden-Württemberg, Saarland, Schweiz) vorgestellt werden. Die vom Atelier Alsacien zusammen mit der Stadt Schiltigheim veranstaltete Biennale bietet neben Podiumsgesprächen und Liederabenden auch eine Ausstellung: Zeichnungen von T. Ungerer.

Erinnerung an den Maler Carl Lohse

DW. Regensburg

An den Maler Carl Lohse (1895 bis 1965) erinnert die Städtische Galerie Regensburg mit einer Ausstellung seiner Werke aus expressionistischer Zeit (1919–1921). Gezeigt werden 27 Gemälde und sechs Aquarelle. Die Ausstellung bleibt bis zum 30. März geöffnet, der Katalog kostet 15 Mark.

Erste Journalistenschule in China eröffnet

AFP, Peking

Die erste chinesische Journalistenschule ist in Peking eröffnet worden und bildet noch in diesem Jahr Studenten aus. Bisher konnten sich künftige Journalisten an einigen chinesischen Universitäten ausbilden lassen. Parteichef Hu Yaobang definierte kürzlich als Aufgabe der Presse, die Standpunkte der Partei widerzuspiegeln, deren Sprachrohr sie sei.

Schüler-Wettbewerb: Treffen Junger Autoren

dpa, Berlin

Erstmals veranstalten die Berliner Festspiele ein „Treffen Junger Autoren". Schüler vom zehnten Lebensjahr an aus Berlin, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein (von 1987 an bundesweit) sind aufgefordert, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Vom 20. bis 24. November findet dann das Treffen statt. Bewerbungsunterlagen kann man bei den Berliner Festspielen, „Treffen Junger Autoren '86", Budapester Straße 50, 1000 Berlin 30, anfordern.

Nun bekommt auch NRW einen Orden

WILM HERLYN, Düsseldorf

Bald soll sie vorbei sein – die schreckliche Zeit ohne Orden. Nach dem Beispiel der Bundesländer Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und dem Saarland will nun auch Nordrhein-Westfalen Bürger mit herausragenden Verdiensten angemessen belobigen, und zwar so, daß jedermann es sehen kann.

Einmütig wird der Landtag morgen das entsprechende Gesetzesvorhaben verabschieden. Mag doch mancher Parlamentarier diese Auszeichnung auch als Herzensanliegen empfinden. Vor allem ist sie aber eines der Regierung Johannes Rau. Sie erinnerte sich, eingedenk ihrer Kampagne „Wir in Nordrhein-Westfalen", an die bislang vergeblichen Versuche der Regierung Franz Meyers (CDU) vor 26 Jahren und verknüpft nach mehreren mißglückten Anläufen die Hoffnung, mit dem Orden das Identitätsgefühl der Bürger an Rhein und Ruhr mit der künstlichen Schöpfung der britischen Besatzungsmacht zu stärken. Der Glanz des Landesordens – dem Markenzeichen eines bekannten Schnapsproduktes nicht unähnlich – soll die Feiern zum 40jährigen Bestehen des Bindestrichlandes überstrahlen.

Meyers scheiterte

Das Landesbewußtsein stärken, das hatte schon Franz Meyers vor. Anlaß bot sich ihm 1960 beim zehnjährigen Bestehen des Landes. Er wollte nicht nur damals einen Orden einführen, sondern zugleich ein Großes Landeswappen. In diesem Wappen sollten sich die Zeichen der zehn wichtigsten Territorien des Gebietes wie die Wappen der drei einstigen Reichsstädte, Aachen, Köln und Dortmund um das Signet von NRW gruppieren. Doch Meyers scheiterte mit dem Ansinnen am Spott der Medien und des Landtags – obgleich die CDU damals die absolute Mehrheit im Parlament hatte.

Da aber der Drang zum bunten Blech für die Brust durchaus nicht abnahm, die Quote der Bundesverdienstkreuze für das bevölkerungsreichste Land jedoch zu klein war, machte 1971 die SPD-geführte Landesregierung erneut einen Anlauf mit einem Kompromiß. Das achteckige Ehrenzeichen sollte nur für die Vitrine zu Hause, nicht aber zum Tragen gedacht sein.

Kein Auftragsschub

Der halbherzige Kompromiß scheiterte auch – wer einen Orden hat, will ihn ja auch öffentlich vorzeigen. Auch Sondierungen 1977 in dieser Sache blieben ohne Erfolg. Im Entwurf heißt es: „Das Ordenskreuz soll als Steck-Kreuz auf der linken unteren Brustseite getragen werden. Anstelle des Ordens kann auch eine grün-weiß-rote Rosette auf der linken oberen Brustseite angeheftet werden."

Doch wird der Ordenssegen des „Malteser-Kreuzes" in den Landesfarben auf 2500 verdiente Bürger beschränkt werden. Für die Ordensindustrie, vor allem mittelständische Unternehmen im märkischen Teil des Sauerlandes, die seit Jahrzehnten Orden und Ehrenzeichen für den Export in die gesamte Welt produzieren, wird diese Begrenzung keinen neuen Auftragsschub bedeuten. „Den Stillen im Lande soll dieser Orden gewidmet sein," versicherte Rau. Aber zunächst scheint jetzt schon eines sicher zu sein: Die beiden Regierungschefs, die vergebliche Anläufe machten, werden die ersten Träger sein – Franz Meyers (CDU) und Heinz Kühn (SPD).

Mammut-Projekt vorerst gestoppt / Kreml-Führung hält sich Option für den Fünfjahres-Plan ab 1991 offen

Die großen Ströme der Sowjetunion (rechts der Jenissej) sollen vorerst fließen, wie sie immer flossen. Von Süden nach Norden. Die Planungsbehörde in Moskau stoppte jetzt das gigantische Projekt, das die Umleitung der Flüsse vorsah (blaue Pfeile auf der Karte). Vermutlich hat sich Parteichef Gorbatschow den Bedenken der Gegner angeschlossen, die unabsehbare ökologische Folgen, wie die Überflutung riesiger Waldgebiete und globale Klimaveränderungen, befürchteten. FOTO: DPA



Plötzlich ist der Spiegel des Kaspischen Meeres gestiegen

Noch vor drei Monaten meldete die Deutsche Presse-Agentur aus der sowjetischen Hauptstadt: „Umfangreiche Bauarbeiten für die erste Phase des umstrittenen sowjetischen Mammutprojektes einer teilweisen Umleitung nördlicher Flüsse in den Süden der UdSSR sind in vollem Gange." Jetzt wurde das Projekt nach Angaben des stellvertretenden Chefs der staatlichen Planungsbehörde Gosplan, Leonard Wid, gestoppt. Allerdings nur „vorläufig". Für den 13. Fünfjahresplan ab 1991 könne das 14 Millionen Rubel teure Projekt laut Wid durchaus „reale Bedeutung" bekommen.

Die aufsehenerregende Kehrtwendung bringen Beobachter mit dem Wechsel in der sowjetischen Führungsspitze in Verbindung. Mentor der Umleitungspläne für die Wassermassen von zwölf nordrussischen und sibirischen Strömen in den trokkenen Süden der Sowjetunion sei nämlich Gorbatschow-Vorgänger Tschernenko gewesen.

Er habe nicht nur um die Jahreswende 1984/85 den Baubeginn für die erste Phase des Kanalprojektes angeordnet, mit der zunächst sechs Kubikkilometer Wasser jährlich aus nordrussischen Strömen nach Süden in die Wolga umgeleitet werden sollten. Sondern er habe auch jener Sitzung des Zentralkomitees im Oktober 1984 vorgesessen, auf dem die zweite, noch weit gigantischere Phase dieses größten Eingriffs in die Natur von Menschenhand beschlossen worden war: die Umleitung von weiteren 25,3 Kubikkilometern Wasser aus dem 5300 Kilometer langen sibirischen Flußsystem von Ob und Irtysch nach Süden in den Syrdarja.

Der neue Parteichef Gorbatschow habe den Plänen von Anfang an skeptisch gegenübergestanden, berichten jetzt Moskau-Experten. Dennoch war zumindest das Wolga-Projekt erst in seiner Amtszeit im Oktober vergangenen Jahres in den Plan für die Wirtschaftsentwicklung der Sowjetunion bis zum Jahr 2000 aufgenommen worden. Hochrangige sowjetische Politiker und Experten wie der Minister für Bodenverbesserung und Wasserwirtschaft, Nikolaj Wassiljew, und der Leiter des Instituts für Wasserfragen, Grigori Woropajew, machten zu jener Zeit erstmals konkrete Angaben über den Stand der Bauarbeiten und den Umfang der Planungen.

Danach war bereits mit dem Bau von Dämmen an der Onega und den Seen Wosche und Latscha begonnen worden. Die Zielplanung für das Umleiten von Wassermassen aus den nordrussischen Strömen Petschora, Suchona, Dwina und Onega wurde nun sogar mit 20 Kubikkilometern pro Jahr angegeben. Über die Wolga sollten sie dem Kaspischen Meer zugeleitet werden, dessen Wasserspiegel ständig sinke.

Zur Umleitung von Ob und Irtysch, so hieß es nun, werde ein 2600 Kilometer langer Kanal gebaut, der dem austrocknenden Aralsee über den Syrdarja 27 Kubikkilometer Wasser im Jahr zuführen solle. 150 sowjetische Institute arbeiteten seit 15 Jahren an dem Projekt, das von Untersuchungskommissionen nunmehr positiv bewertet worden sei, wurde dazu nunmehr kategorisch erklärt. Die Realisierung der Pläne sei „keine Frage mehr".

Ja, die Experten und Politiker gingen in ihren Ankündigungen sogar noch weiter. Plötzlich war auch von der Umleitung von Flüssen im Kaukasus und der Ukraine die Rede. „Der Appetit kommt beim Essen", erläuterte Minister Wassiljew dazu schmunzelnd. Zur Begründung machte er eine Rechnung auf: Im Süden der Sowjetunion gebe es ein Defizit an Wasserressourcen. 85 Prozent der sowjetischen Bevölkerung und 80 Prozent der gesamten Industrie- und Agrarproduktion des Landes konzentrierten sich auf Gebiete, denen nur 16 Prozent der Wasservorräte zur Verfügung stünden.

Noch drohender klang das Szenario des Experten Woropajew. Bis zum Jahr 2000 würden die Wasserquellen in Mittelasien samt den Flüssen Syrdarja und Amudarja versiegen – die endgültige Austrocknung des Aralsees werde die unausweichliche Folge sein. Damit sei das Ende der Landwirtschaft gerade in den Siedlungsgebieten der kinderreichen islamischen Bevölkerung besiegelt.

Haben die Befürworter des Riesenprojektes mit ihren düsteren Prophezeiungen womöglich den Bogen überspannt? Westlichen Beobachtern war seit Monaten aufgefallen, daß eine regelrechte Gegenkampagne in sowjetischen Medien in Gang kam, an der auch Schriftsteller mitwirkten. Gewarnt wurde vor unabsehbaren ökologischen Folgen, vor der Überflutung riesiger Waldgebiete, vor der Abschmelzung des Eispanzers im Nordpolarmeer, vor globalen Klimaveränderungen, vor der Überschwemmung „zahlloser Denkmäler der Kultur und Geschichte", vor unabsehbaren „sozialethischen Folgen".

Möglicherweise hatten die Warner einen allerhöchsten Protegé. Parteichef Gorbatschow hat die Wassernöte in seinem Reich schon viel früher lakonisch auf „Wasservergeudung" zum Preis von 2,5 Milliarden Rubel zurückgeführt. Ist das der tiefere Grund, weshalb Chefplaner Wid den Pegel des Kaspischen Meers plötzlich seit Ende der siebziger Jahre wieder auf geheimnisvolle Weise steigen sieht? Jedenfalls hat er damit die wohl verblüffendste Begründung für den Stopp des Projekts gefunden.

DANKWART GURATZSCH

Ein Provinzler erobert Fleet Street

Mit Farbe und neuer Drucktechnik tritt Eddy Shahs „Today" gegen die Konkurrenz an

REINER GATERMANN, London

Schon bevor der 41jährige Eddy Shah am Dienstag die ersten 1,2 Millionen Exemplare seiner neuen Boulevardzeitung „Today" (Heute) auf den englischen Markt warf, war er bereits als Revolutionär bei den Pressebaronen der Fleet Street gefürchtet und wohl auch bewundert. Da kam der Provinzler aus Manchester mit der hochtrabenden, fast irrwitzigen Idee, eine völlig neue nationale Tageszeitung herauszubringen, etwas, was in den vergangenen acht Jahren in Großbritannien niemand mehr gewagt hatte. Das hätten schon die Druckergewerkschaften verhindert.

Ende 1984 hatte Eddy Shah sein Konzept präsentiert, das starrköpfige Gewerkschaften und Fleet-Street-Konkurrenz gleichermaßen aufschrecken sollte: modernste Technik, viel Farbe und eine völlig neuartige Vereinbarung mit den Gewerkschaften, nicht mit den traditionellen Druckerorganisationen, sondern mit den Elektrikern, mit denen er sich auf ein Nichtstreik-Abkommen einigte.

Eddy Shah war allerdings nicht der Krösus, der die erforderlichen 8,5 Millionen Pfund (rund 29 Millionen Mark) an Eigenkapital sowie die Sicherheiten für weitere 10 Millionen Pfund an Krediten aus eigener Kraft aufbringen konnte, also begann er bei den Kapitalisten und Großbanken der Londoner City mit dem „Klinkenputzen". Die Resonanz war – gelinde gesagt – zurückhaltend.

Als er sich schon nach amerikanischen Geldgebern umschauen wollte, bekam er vom deutschen Hersteller seiner neuen Druckpressen den Tip, er solle die Londoner Filiale der ungarischen Nationalbank fragen. Nach zwei Gesprächen war der Finanzierungsvertrag unterschrieben. Kurz darauf wurde die News UK als Verlag der „Today" gegründet. Eddy Shah selbst brachte nur 50 000 Pfund ein.

Jetzt wurde die Konkurrenz hellhörig, und alles, was seit ein paar Monaten auf Fleet Street geschieht, darunter der dramatische Umzug der „Times", der „Sun", der „Sunday Times" und der „News of the World" ins „Fort Murdoch" mit der Kündigung von über 5000 Druckern, sind eine Folge der Shah-Attacke. Denn mit der rigorosen Einführung der Elektronik und ohne den teuren Ballast gewerkschaftlicher Auflagen druckt der Neukömmling jetzt an drei verschiedenen Orten den „Today" nach eigenen Angaben um fast 80 Prozent billiger als die Konkurrenten.

Politisch ungebunden, jedoch knapp rechts der Mitte angesiedelt, dürfte das 44-Seiten-Produkt, 16 Seiten in Farbe, vor allem dem „Mail" (Auflage 1,8 Millionen) und dem „Express" (1,9) gefährlich werden. Beide erschienen denn auch am Geburtstag des „Today" – ausnahmsweise – mit Farbe auf der ersten Seite.

Staatsanwalt ermittelt

Unglück in der Grube Camphausen hat ein Nachspiel

ULRICH REITZ, Saarbrücken

Das Unglück in der Grube Camphausen, bei dem am Abend des 16. Februar sieben Menschen starben, wird nun auch die Staatsanwaltschaft in der Landeshauptstadt beschäftigen. Wie die Justizbehörde der WELT mitteilte, hat die Staatsanwaltschaft aufgrund der Ergebnisse der Vorermittlungen ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Körperverletzung eingeleitet.

Wie der Sprecher der Staatsanwaltschaft, Hans-Helmut Messinger, erklärte, ist es nicht auszuschließen, daß die im Netzbach-Schacht eingesetzte Gasabsauganlage „konstruktionsbedingt bei niedrigen Außentemperaturen gegen eine Vereisung sich abschlagenden Wassers anfällig war". Im Rahmen der weiteren Ermittlungen wird die Staatsanwaltschaft nun überprüfen, ob dieser Umstand für das Unglück „(mit)ursächlich und vor dem Unfall bekannt war oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt hätte erkannt werden können und müssen".

Ein Gutachten, das dem ständigen Ausschuß für Grubensicherheit in Saarbrücken kurz nach dem Unglück vorgelegt wurde, hatte festgestellt, daß im Bereich der Gasabsaugung mehrfach Störungen aufgetreten waren. Zwei Stunden vor den beiden todbringenden Explosionen hatten die Grubenwarte Vereisungen in einem Bereich der Absauganlage gemeldet. Der Vorsitzende des Grubensicherheitsausschusses, Hans-Albert Lauer, bestätigte, daß die Gasabsauganlage tatsächlich nicht vereisungssicher ist. Störungen in der Anlage waren dafür verantwortlich, daß zu Beginn der Woche eine Arbeitsschicht auf der Grube Camphausen vorsichtshalber evakuiert werden mußte. Diesmal sollen Vereisungen jedoch nicht die Ursache gewesen sein.

WETTER: Mild und Regen

Lage: Die Kaltfront des Sturmtiefs über dem Nordmeer wandert über den Norden und die Mitte Deutschlands nach Osten. Mit dieser Front bleibt die Zufuhr milder Meeresluft erhalten.

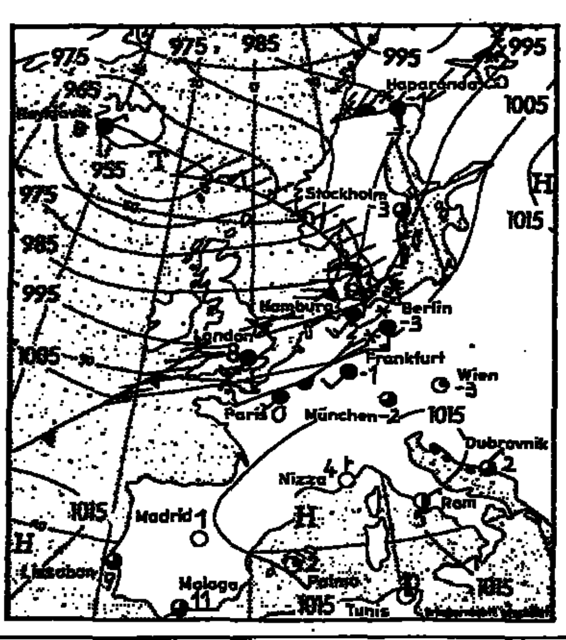
Vorhersage für Donnerstag: Im Norden und der Mitte starke Bewölkung und vereinzelt leichter Regen. Ab Mittag Bewölkungsauflockerungen und kaum noch Schauer. Im Süden während des ganzen Tages stark bewölkt und zeitweise Regen. Temperaturen im allgemeinen bei 5 bis 9 Grad. Im Norden stellenweise bis null Grad absinkende Temperaturen mit Glättegefahr auf den Straßen.

Weitere Aussichten: Heiter bis wolkig, tagsüber mild, nachts örtlich geringer Frost.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.55 Uhr*, Untergang: 18.12 Uhr; **Mondaufgang:** 6.13 Uhr, Untergang: 14.04 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 6. März, 7 Uhr

Hochdruckzentrum
Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	4	R
Bielefeld	7	bd
Braunlage	2	Sp
Bremen	6	Sp
Dortmund	6	bd
Dresden	5	bd
Düsseldorf	8	bd
Erfurt	3	R
Essen	6	bd
Feldberg/S.	1	Sp
Flensburg	5	Sp
Frankfurt/M.	5	R
Freiburg	8	bd
Garmisch	9	bd
Greifswald	4	bd
Hamburg	6	Sp
Hannover	7	bd
Kahler Asten	2	R
Kassel	3	Sp
Kempten	7	bw
Kiel	6	R
Koblenz	7	R
Köln-Bonn	6	bd
Konstanz	8	bw
Leipzig	4	bd
List/Sylt	2	Ne
Lübeck	5	Sp
Mannheim	5	R
München	9	bd
Münster	7	Sp
Norderney	4	Sp
Nürnberg	4	R
Oberstdorf	7	bw
Passau	3	R
Saarbrücken	2	Sp
Stuttgart	6	R
Trier	5	Sp
Zugspitze	-3	S

Ausland:		
Algier	17	bw
Amsterdam	7	R
Athen	16	bd
Barcelona	13	bw
Belgrad	4	bw
Bordeaux	13	he
Bozen	9	he
Brüssel	7	Sp
Budapest	3	Ne
Bukarest	3	bw
Casablanca	12	bw
Dublin	8	bw
Dubrovnik	13	he
Edinburgh	7	he
Faro	16	he
Florenz	12	wl
Genf	9	he
Helsinki	-2	S
Hongkong	21	wl
Innsbruck	6	bd
Istanbul	5	bd
Kairo	25	he
Klagenfurt	5	bw
Konstanza	3	bd
Kopenhagen	3	bd
Korfu	14	he
Las Palmas	19	he
Leningrad	-1	S
Lissabon	16	he
Locarno	7	he
London	9	bd
Los Angeles	17	he
Luxemburg	8	bd
Madrid	12	wl
Mailand	5	bw
Malaga	12	Sp
Mallorca	15	he
Moskau	-3	wl
Neapel	15	he
New York	5	bw
Nizza	14	he
Oslo	0	S
Ostende	8	bd
Palermo	15	he
Paris	7	bd
Peking	13	wl
Prag	3	bd
Rhodos	17	he
Rom	12	he
Salzburg	6	bw
Singapur	24	Rs
Split	12	wl
Stockholm	-1	S
Straßburg	5	bw
Tel Aviv	21	he
Tokio	18	bw
Tunis	18	bw
Valencia	15	wl
Varna	4	bd
Venedig	7	he
Warschau	2	S
Wien	0	bd
Zürich	7	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Ausbrecherkönig wieder hinter Gittern

PETER SCHMALZ, München

Die Szenen sind bekannt vom „Alten" oder vom „Kommissar": Da jagen Räuber, die Polizei im Nacken, mit schwerer Limousine über die Landstraße, suchen ihr Heil in der Unwegsamkeit einer Kiesgrube, werden gestellt und ziehen die Pistolen. Schüsse peitschen durch die trostlose Gegend, die Polizei verstärkt ihr Aufgebot, blechern kommt über das Megaphon die Aufforderung, sich zu ergeben: „Hier spricht die Polizei, Sie sind umstellt, jeder weitere Widerstand ist zwecklos."

Und manchmal werden sogar Fernsehkrimis wahr. Wie jetzt in der Nähe von München, wo es, wie ein Beamter anschließend meint, zuging „wie im echten Krimi". Nur vielleicht noch ein bißchen spannender, denn die Pistolen machten nicht nur Lärm, sondern verschossen echte Munition, und der Hauptdarsteller ist zumindest in Süddeutschland bekannter als die meisten Bösewichte vom Bildschirm.

Theo Berger heißt der Mann mit bürgerlichem Namen, aber die Boulevardpresse zeichnete ihn mit weit interessanteren Titeln aus. „Al Capone vom Donaumoos" heißt er oder auch „Ausbrecherkönig". Jedenfalls ist er einer, der für eine Schlagzeile immer gut ist – und das nun schon seit zwei Jahrzehnten. Damals war er Chef einer vierköpfigen Bande, die Banken überfiel und aus Autos und Häusern mitnahm, was sich versilbern ließ.

Zwei Jahre später folgte das erste Urteil: 15 Jahre Zuchthaus. Doch wenige Monate darauf gelang Berger die erste Flucht, die ein jahrelanges Wechselspiel zwischen Ausbruch und Festnahme einläutete. Schon 1969 stand er erneut vor Gericht, mußte sich diesmal des versuchten Polizistenmords verantworten und bekam nochmals 15 Jahre.

Eine weitere Flucht aus der Justizvollzugsanstalt Straubing, Bayerns sicherstem Gefängnis, brachte nur wenige Augenblicke in Freiheit, weil sich Berger beim Sprung von der Anstaltsmauer einen Fersenbruch zuzog. Im Juni 1980 türmte er bei Außenarbeiten und atmete vier Wochen lang „ungesiebte Luft", was ihm nach der vierten Flucht drei Jahre später nur noch für 12 Tage gelang.

Nach Schußwechsel verhaftet: Der krebskranke Theo Berger FOTO: DPA

Doch im letzten Jahr schien das Leben hinter Gittern für den inzwischen 44jährigen Ganoven, dessen Bruder bei einem Schußwechsel mit der Polizei umgekommen ist, endgültig vorüber zu sein. Die Anstaltsärzte hatten bei ihm Leukämie festgestellt und dem Krebskranken nur noch eine kurze Lebensdauer vorhergesagt. Sein Anwalt bat damals um Milde und vorzeitige Entlassung: „Berger ist kein Sicherheitsrisiko mehr." Für Berger öffneten sich die Gefängnistore, und er lebte seither auf dem Hof seiner Eltern.

Dort aber scheint ihn das beschauliche Leben gelangweilt zu haben.

Als am Dienstag in Garching bei München eine Bank überfallen wurde, konnten die Täter in einem gestohlenen Mercedes zunächst flüchten. Auf einer Landstraße wird der Wagen später von einer Polizeistreife entdeckt und verfolgt. Bei einem Autokino springen zwei Männer aus dem Fluchtfahrzeug, hetzen in eine Kiesgrube und feuern auf die Polizisten. Schließlich aber geben beide auf, und die Beamten erkennen in Theo Berger einen alten Bekannten. Er wird verdächtigt, im Februar zwei weitere Banken im Raum München überfallen zu haben. Diesmal dürften sich die Gefängnistore für immer hinter ihm schließen.

Folgenschwerste Ereignisse dieses Jahrtausends

SAD, New York

Neun führende Historiker der Vereinigten Staaten wurden zu dem Thema befragt, welches die ihrer Meinung nach wichtigsten und folgenschwersten Ereignisse des zu Ende gehenden Jahrtausends waren. Die Antworten veröffentlichte, chronologisch geordnet, die Zeitschrift „National Geographic" wie folgt: Der Aufstieg Westeuropas zur militärisch und wirtschaftlich führenden Weltmacht gleich zu Beginn dieses Jahrtausends; die Mongoleneinfälle des 13. und 14. Jahrhunderts; die Pest des 14. Jahrhunderts; die Entdeckung Amerikas durch Kolumbus; die Aufklärung des späten 18. Jahrhunderts; die amerikanische Revolution von 1776 und die französische Revolution von 1789; der Bau der Eisenbahnen in aller Welt im 19. Jahrhundert; die industrielle Revolution; die Zündung der ersten Atombombe 1945 sowie die komplexen Probleme der Gegenwart wie Bevölkerungsexplosion, Umweltverschmutzung und die drohende Gefahr eines Atomkriegs.

Stahltür wurde zur Falle

AP, Caracas

Eine stählerne Sicherheitstür wurde vermutlich den Opfern des Brandes in der chilenischen Botschaft in Caracas am Montag (WELT vom 5. 3.) zum Verhängnis. Der Chef der Feuerwehr in der venezolanischen Hauptstadt, Enrique Garcia, teilte mit, es sei den Feuerwehrleuten nicht gelungen, die Tür, die zu einem Notausgang führte, zu öffnen. Offenbar brach das Feuer nach einem Kurzschluß in der elektrischen Schaltanlage des 14geschossigen Gebäudes aus und breitete sich durch den Fahrstuhlschacht in die obersten Stockwerke aus. Nach Angaben des chilenischen Generalkonsuls in Caracas, Aguiles Gallardo, hatte das Gebäude keine Not- oder Feuertreppen.

Militärpolizist erschossen?

dpa, Ramstein

Ein NATO-Militärpolizist des Hauptquartiers der Alliierten Luftstreitkräfte Europa-Mitte in Ramstein (Kreis Kaiserslautern) ist gestern an den Folgen eines Schusses gestorben. Bisher ist nicht bekannt, ob es sich um einen Unfall oder um Selbstmord handelt. Der Vorfall ereignete sich bei der Wachübergabe, als der Soldat seine Waffe entlud.

Tresore geborgen

AP, Washington

Marinetaucher haben gestern nach Angaben der Schiffsagentur CTC zwei Tresore des am 16. Februar vor Neuseeland gesunkenen sowjetischen Kreuzfahrtschiffes „Michail Lermontow" geborgen. Die Tresore, die Wertgegenstände der Passagiere enthalten, sollen in den nächsten Tagen geöffnet werden. Taucher suchen immer noch nach dem Besatzungsmitglied Pawel Zaglyadimow, der als einziger vermißt wird.

Frachter gesunken

rtr, Bremerhaven

Glück im Unglück hatten die sieben Besatzungsmitglieder des deutschen Frachters „Antares", der gestern im Hafen von Bremerhaven von dem sowjetischen Frachtschiff „Compozitor Boronin" gerammt wurde und sank. Die sieben Seeleute konnten sich nach Angaben der Wasserschutzpolizei durch einen beherzten Sprung auf die Kaimauer retten. Ursache für das Unglück war nach Angaben der Wasserschutzpolizei ein totaler Energieausfall auf der „Boronin". Dadurch sei das 6840 BRT große Schiff manövrierunfähig geworden.

Hund entdeckte Gräber

dpa, Bonn

Eine schnüffelfreudige Hundenase brachte es an den Tag: Auf dem Lyngsberg in Bonn-Bad Godesberg wurden drei menschliche Skelette entdeckt, die vermutlich aus der Endphase der Merowingerzeit Ende des 7., Anfang des 8. Jahrhunderts stammen. Die Knochenfunde, die zunächst die Kripo beschäftigten, identifizierten die hinzugezogenen Archäologen des Rheinischen Landesmuseums Bonn bald als Bestattungsinhalt eines Plattengrabs.

Alternative zum Psychiater

AP, Amsterdam

Eine Alternative zu „all den Pillen, Pulvern und Psychiatern" soll von Mai an in Amsterdam ein „Aggressionszentrum" sein. Dort können frustrierte und aggressive Amsterdamer ihren Zorn mittels eines Hämmerchens an alten Kühlschränken, Waschmaschinen und Autowracks abreagieren. Hintergrund dieser Idee ist ein ernsthaftes Programm zur Bekämpfung des Vandalismus in der niederländischen Stadt, durch den jährlich ein Schaden von mehreren Millionen Gulden entsteht. Bevor das Zentrum seine Tore öffnen kann (Eintritt frei), müssen die Stadtväter allerdings noch einen Zuschuß von rund 13 000 Mark bewilligen.

ZU GUTER LETZT

„Deutsche Seehäfen stehen mit dem Rücken zur Wand", sagte der Geschäftsführer der Bremischen Hafenvertretung, Helmut Detken gegenüber dpa.